

Wiener Landtag

37. Sitzung vom 9. August 1996

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

- | | | |
|---|---------|--|
| 1. Entschuldigte Abgeordnete | (S. 3) | 7. Pr.Z. 1254-MDPLTG, P. 6: Gesetz, mit dem die Besoldungsordnung 1994 (6. Novelle zur Besoldungsordnung 1994), die Pensionsordnung 1995 (2. Novelle zur Pensionsordnung 1995), das Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1995 (1. Novelle zum Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1995) und das Wiener Bezügegesetz 1995 geändert werden (Beilage Nr. 29) |
| 2. Fragestunde: | | Berichterstatte: Amtsf StR Johann Hatzl (S. 91 u. 93) |
| 1. Anfrage (S. 3); 2. Anfrage (S. 4); | | Redner: Die Abgen Jutta Sander (S. 92) und Johann Herzog (S. 92) |
| 3. Anfrage (S. 6); 4. Anfrage (S. 7); | | Abstimmung (S. 93) |
| 5. Anfrage (S. 9); 6. Anfrage (S. 10). | | |
| 3. Wortmeldungen zur Geschäftsordnung: | | 8. Pr.Z. 1461-MDPLTG, P. 7: Unabhängiger Verwaltungssenat Wien - Tätigkeitsbericht 1995 |
| Abg Dr Peter Pilz (S. 13) und amtsf StR Johann Hatzl (S. 13) | | Berichterstatte: Amtsf StR Johann Hatzl (S. 94 u. 98) |
| 4. Mitteilung des Einlaufs | (S. 13) | Redner: Die Abgen Jutta Sander (S. 94), Dr Matthias Tschirf (S. 96), Dr Helmut Günther (S. 96) und Godwin Schuster (S. 97) |
| 5. Mitteilung des amtsführenden Stadtrates der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik | (S. 14) | Abstimmung (S. 99) |
| Mitteilung des amtsführenden Stadtrates der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen der Stadt Wien | (S. 22) | 9. Pr.Z. 1268-MDPLTG, P. 1: Gesetz über Kleingärten (Wiener Kleingartengesetz 1996) |
| 6. Pr.Z. 142-GBI, P. 5: Geschäftsordnung des Landtags für Wien gemäß § 129 der Wiener Stadtverfassung (Beilage Nr. 30) | | (Beilage Nr. 31) |
| Berichterstatte: Amtsf StR Johann Hatzl (S. 27 u. 89) | | Pr.Z. 249/95-GPS, P. 2: Gesetz, mit dem die Bauordnung für Wien, das Wiener Kleingartengesetz und das Wiener Gasgesetz geändert werden (Beilage Nr. 14) |
| Redner: Abg Dr Peter Pilz (S. 27 u. 83), StR Dr Bernhard Görg (S. 31), die Abgen Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz (S. 36), Ing Karl Svoboda (S. 43 u. 74), Ingrid Kariotis (S. 49), Susanne Jerusalem (S. 50), Walter Nettig (S. 53) und Dkfm Dr Ernet Maurer (S. 58), StR Mag Hilmar Kabas (S. 58), die Abgen Heinz Vettermann (S. 63), Helga Seeliger (S. 66), Ing Peter Westenthaler (S. 69 u. 78), Gerhard Kubik (S. 74), Georg Fuchs (S. 78), Dr Wilfried Series (S. 80), Walter Prinz (S. 82), Mag Franz Karl (S. 84), Dr Helmut Günther (S. 87) sowie Rudolf Hundstorfer (S. 88) | | Berichterstatte: Amtsf StR Dr Hannes Svoboda (S. 99 u. 104) |
| Abstimmung (S. 91) | | Redner: StR Mag Christoph Chorherr (S. 99), die Abgen Georg Fuchs (S. 100), |

- Walter Prinz (S. 101) und Franz-Karl Effenberg (S. 102)
Abstimmung (S. 104)
10. Pr.Z. 278-GUV, P. 4: Gesetz, mit dem das Wiener Baumschutzgesetz geändert wird (Beilage Nr. 33)
Berichterstatte: Amtsf StR Fritz Svihalek (S. 105)
Abstimmung (S. 105)
11. Pr.Z. 1256-MDPLTG, P. 3: Gesetz, mit dem das Wiener Abfallwirtschaftsgesetz geändert wird (Beilage Nr. 32)
Berichterstatte: Amtsf StR Fritz Svihalek (S. 105)
Abstimmung (S. 105)
12. Pr.Z. 3639/LAT: Antrag der Abgen Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz, Johann Herzog und Dr Helmut Günther, betreffend Ablehnung des Integrationspakets durch den Wiener Landtag

- Verlesung durch Schriftführer Abg Gerhard Zeihsel (S. 105)
Begründung durch Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz (S. 106)
Abstimmung (S. 107)
13. Pr.Z. 3638/LF: Dringliche Anfrage der Abgen Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz, Dr Rüdiger Stix, Johann Herzog und Dr Helmut Günther, betreffend Sicherheit der Wiener Bevölkerung
Verlesung durch Schriftführer Abg Gerhard Zeihsel (S. 107)
Begründung durch Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz (S. 108)
Redner: Abg Gerhard Pfeiffer (S. 108), StR Mag Hilmar Kabas (S. 111) sowie die Abgen Dr Rüdiger Stix (S. 113) und Dr Matthias Tschirf (S. 115)
Beantwortung durch Lhptm Dr Michael Häupl (S. 116)

(Beginn um 9.00 Uhr.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich begrüße Sie sehr herzlich, wünsche einen schönen guten Morgen und eröffne die 37. Sitzung des Wiener Landtags.

Entschuldigt sind die Abgen Haubenburger, Keneisei, Dr Maier, Margulies und Putz.

Wir kommen zur Fragestunde.

(In der Fragestunde werden von Präsidentin Ingrid Smejkal folgende Anfragen aufgerufen:

1. Anfrage (Pr.Z. 116/LM/KGR): Abg Susanne Jerusalem an den Landeshauptmann:

Welche Konsequenzen ziehen Sie aus der Tatsache, daß der Verwaltungsgerichtshof eindeutig festgestellt hat, daß das Assoziationsabkommen der EWG mit der Türkei aufgrund des EU-Beitrittes auch für Österreich volle Gültigkeit hat und Vorrang vor österreichischen Gesetzen besitzt?

2. Anfrage (Pr.Z. 137/LM/KVP): Abg Johannes Prochaska an den Landeshauptmann:

Wie ist es erklärbar, daß sich in einem Verfahren, betreffend Übertretung des Parkometergesetzes, zwei Magistratsabteilungen - einerseits die MA 46 im Verfahren beim UVS Wien, andererseits die MA 4 im Verfahren in nächster Instanz beim Verwaltungsgerichtshof - auf einen unterschiedlichen Verordnungsinhalt (Plan) berufen?

3. Anfrage (Pr.Z. 192/LM/KFP): Abg Dr Helmut GÜNTHER an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

Wie hoch ist der Anteil Wiens an den nun von der Europäischen Union an Österreich zurückgezählten Beträgen?

4. Anfrage (Pr.Z. 137/LM/KSP): Abg Andreas Honay an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

Jüngste Äußerungen hochrangiger Landespolitiker zum Finanzausgleich lassen ein Informationsdefizit bei diesen öffentlichen Funktionsträgern vermuten. Sehen Sie das auch so?

5. Anfrage (Pr.Z. 136/LM/KSP): Abg Eleonore Haas an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen:

Wie beurteilen Sie die neuen Vorschläge des Sozialministers zur Arbeitszeitregelung in den Spitälern?

6. Anfrage (Pr.Z. 118/LM/KGR): Abg Dr Peter Pilz an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bürgerdienst, Inneres, Personal und Wiener Stadtwerke:

Wieviele Personen sind in Ihrem Wirkungsbereich bisher nach 'vorehelichem Geschlechtsverkehr vor der Trauung' befragt worden?)

gerichtet. - Ich bitte dich, Herr Landeshauptmann, die Frage zu beantworten.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Zunächst einmal, wenn Sie als Landtagsabgeordnete hier im Landtag an den Landeshauptmann die Frage gestellt haben: "Welche Konsequenzen ziehen Sie aus der Tatsache, daß der Verwaltungsgerichtshof eindeutig" - ich hoffe, das tut er immer - "festgestellt hat, daß das Assoziationsabkommen der EWG mit der Türkei aufgrund des EU-Beitrittes auch für Österreich volle Gültigkeit hat und Vorrang vor österreichischen Gesetzen besitzt?", muß ich Ihnen mitteilen: Als Landeshauptmann habe ich überhaupt keine Konsequenzen daraus zu ziehen, denn diese Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes betrifft im wesentlichen den Bund und beinhaltet nichts anderes, als daß nicht nur dieses Übereinkommen aus 1963, sondern selbstverständlich auch der Assoziationsbeschluß aus den 80er Jahren von Bedeutung ist, für Österreich genauso wie für alle anderen EU-Länder.

Die zweite Frage wäre eindeutig im Gemeinderat und an den Bürgermeister zu stellen im Hinblick auf die Durchführung, insbesondere - wie Sie ja auch in Ihrer vorausseilenden Presseaussendung bereits angedeutet haben - was die Ausbildung und Lehrlingsbeschäftigung in der Stadt selbst betrifft.

Ich möchte aber nichtsdestotrotz noch einmal darauf hinweisen, weil es ja in den letzten Tagen - Wochen wäre vielleicht zuviel gesagt - eine doch einigermaßen merkwürdige Diskussion gegeben hat, die von zwei Seiten her bestimmt war und die beide etwas vorbeigegangen sind an der Realität letztendlich auch dieses Übereinkommens - ich habe nicht die Absicht, dies nun im Detail hier nochmals darzustellen; diskutieren können wir selbstverständlich -, daß es sich bei diesem Übereinkommen und bei dem entsprechenden Assoziationsbeschluß des Assoziationsrates der EU natürlich nicht um eine Gleichstellung mit den EU-Bürgern handelt, sondern daß es sich "nur" - "nur" unter Anführungszeichen, sage ich - um wesentliche Erleichterungen im Hinblick gerade auf die türkischen Staatsbürger im Zugang zum Arbeitsmarkt handelt. Das heißt, es werden selbstverständlich davon nicht die Zuzugsregelungen berührt, aber sehr wohl werden davon berührt der Zugang, die Möglichkeiten im Zugang zum Arbeitsmarkt selbst und natürlich auch für die Familienangehörigen. Wenn ich dies hier festhalte, dann ist dies eindeutig eine Angelegenheit des Arbeitsmarktservices der Wirtschaftspolitik des Bundes oder ähnlichem.

Auf der anderen Seite, wenn Sie mich - und ich nehme das in der bekannten Großzügigkeit, die wir ja bei den Anwendungen von Fragen hier in den letzten Jahren an den Tag gelegt haben, gleich vorweg - als Bürgermeister fragen, so darf ich darauf hinweisen, daß wir selbstverständlich im Bereich der Stadt Wien und auch der Wiener Stadtwerke Ausländer und auch Türken als Lehrlinge bereits haben.

Die 1. Anfrage wurde von Frau Abg Susanne Jerusalem gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine Zusatzfrage? - Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg Susanne Jerusalem (GRÜNE): Herr Landeshauptmann! Es ist sehr überraschend, daß Sie sagen, daß Sie als Landeshauptmann keine Konsequenzen zu ziehen haben. Machen wir Nägel mit Köpfen. Der Verwaltungsgerichtshof sagt in seinem Erkenntnis eines ganz klar: Türkische Staatsangehörige, die seit fünf Jahren legal in Österreich arbeiten und leben, haben Aufenthaltssicherheit, das heißt, sie fallen nicht mehr unter das Aufenthaltsgesetz. Der Verwaltungsgerichtshof stellt dann ähnliches auch für die Angehörigen fest.

Zweiter Punkt. Ein türkischer Staatsangehöriger, der ein Jahr hier legal arbeitet und lebt, hat bereits ein Recht auf die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung. Das hat Konsequenzen für die MA 62 und für den Vollzug des Aufenthaltsgesetzes. Und dieser Vollzug ist sehr wohl Landessache.

Ich frage Sie daher: Haben Sie dafür Sorge getragen, daß dieses Gesetz, dieses gültige Gesetz, in Wien zur Durchführung kommt und Türken, die hier fünf Jahre lang legal gearbeitet und gelebt haben, nicht mehr zur MA 62 gehen müssen und nicht mehr unter den Vollzug des Aufenthaltsgesetzes fallen?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Die Diskussion zwischen zwei Nichtjuristen in der Interpretation eines Verwaltungsgerichtshofurteils ist wahrscheinlich ein bißchen schwierig. Aber genau diese Frage der Aufenthaltsverfestigung ist eine außerordentlich strittige und steht in der von Ihnen jetzt hier dargestellten Information und Deutlichkeit keineswegs auch in diesem Gesetz drinnen.

Nichtsdestotrotz füge ich im Grundsatz hinzu: Ich bin absolut dagegen, daß man, gerade was die Europapolitik betrifft, eine Rosinenpolitik machen kann und sich herausucht, was gut ist, und verneint, was nicht gut ist. Wenn daher der Europäische Gerichtshof - wo noch ein Streitverfahren mit der Bundesrepublik Deutschland ausständig ist - diese Aufenthaltsverfestigungsbeschlüsse entsprechend faßt, dann werden wir sie selbstverständlich auch mit- und nachvollziehen. Das soll außer jedem Zweifel festgehalten werden. Natürlich steht für mich außer jedem Zweifel, daß wir uns an diese rechtsgültigen Beschlüsse, insbesondere an die Beschlüsse des Assoziationsrates, zu halten haben.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte.

Abg Susanne Jerusalem (GRÜNE): Tatsache ist aber, daß Sie sich an diese Beschlüsse nicht halten. Der Verwaltungsgerichtshof sagt ganz Eindeutiges, nämlich dieses Assoziationsabkommen ist auch für Österreich jetzt und heute bereits voll gültig. Es ist ein Gesetz, daß über den österreichischen Gesetzen steht, es ist ein Gesetz, das ab sofort zu vollziehen ist, und es macht keinen Sinn, zum Europäischen Gerichtshof

zu gehen.

Herr Landeshauptmann, Sie brechen dadurch EU-Recht! Sie brechen ein gültiges Gesetz!

Ich frage Sie daher: Ist Ihnen bewußt, daß Sie ein gültiges Gesetz brechen?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Nein, denn ich breche kein gültiges Gesetz und auch nicht das EU-Recht. Das ist bitte, mit Verlaub gesagt, unwahr, was Sie hier darstellen oder jedenfalls darzustellen versuchen. Wir brechen überhaupt kein EU-Recht, sondern wir halten uns an dieses EU-Recht, insbesondere an das, was tatsächlich in dem Assoziationsübereinkommen drinnensteht, und insbesondere an das, was den Beschluß des Assoziationsrates aus 1980 und die nunmehrige authentische Interpretation und den Hinweis auf die uneingeschränkte Anwendbarkeit auch auf Österreich betrifft.

Wir brechen daher nicht EU-Recht, um das nochmals mit aller Deutlichkeit festzuhalten, denn was für uns ganz klar darin geregelt ist, sind die Maßnahmen, die ihre Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt haben. Es ist vermutlich schwierig genug, die zu bewältigen, aber sie haben mit Sicherheit - wie alle jene Fragen, die die Aufenthaltsverfestigung selbst betreffen - ihre Auswirkungen auf das Aufenthaltsrecht selbst keineswegs so, wie Sie das hier interpretieren.

Und noch eines: Nicht ich gehe zum Europäischen Gerichtshof, nicht Wien klagt beim Europäischen Gerichtshof, sondern es geht um ein anhängiges Verfahren beim Europäischen Gerichtshof gegen Deutschland. Das ist das, worauf ich vorhin hingewiesen habe. Und ich möchte hier nicht im Raum stehen lassen, daß Sie so tun, als ob ich hier auf dem Klagswege (Abg Susanne Jerusalem: *Ich habe gesagt, der Verwaltungsgerichtshof hat gemeint, es macht keinen Sinn!*) - das haben Sie gerade getan - etwas einfordere, um irgendeinen Rechtsbruch zu legalisieren.

Also ich halte das hier noch einmal fest: Es wird weder EU-Recht noch österreichisches Recht hier gebrochen. Wir halten uns sehr genau daran, das ist überhaupt keine Frage. Und wir werden mit all jenen Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, noch hinreichend zu tun haben, auch ohne die entsprechenden Hinweise oder vorausseilenden Hinweise eines Rechtsbruches.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke.

Wir kommen zur 2. Anfrage, eingebracht vom Herrn Abg Johannes Prochaska, ebenfalls gerichtet an den Herrn Landeshauptmann, und ich bitte dich, Herr Landeshauptmann, sie zu beantworten.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Klubobmann! Die Frage: "Wie ist es erklärbar, daß sich in einem Verfahren, betreffend Übertretung des Parkometergesetzes, zwei Magistratsabteilungen - einerseits die MA 46 im Verfahren beim UVS Wien, andererseits die MA 4 im Verfahren in nächster Instanz beim Verwaltungsgerichtshof - auf einen unterschiedlichen

Verordnungsinhalt (Plan) berufen?", war deswegen ein bißchen schwierig zu beantworten, weil hier kein konkreter Fall angegeben wurde. Nachdem es sich angenehmerweise ja nicht um eine Unzahl von Fällen handelt, gehe ich davon aus, daß ich Bezug nehmen kann auf den auch in Zeitungen behandelten Fall, der nun beim Verwaltungsgerichtshof liegt, nämlich jenen Fall - ohne den Namen zu nennen - der Übertretung des Parkometergesetzes in Wien 1, verlängerte Christinengasse.

In dem konkreten Fall hat der Betroffene gegen eine über ihn verhängte Verwaltungsstrafe ein Rechtsmittel ergriffen. Bei seiner Entscheidung hat allerdings der Unabhängige Verwaltungssenat auf eine Unterlage zurückgegriffen, die ihm zwar tatsächlich von der MA 46 zur Verfügung gestellt wurde, aber keinen Bezug auf den konkreten, zur Entscheidung anstehenden Fall hatte, sondern eine Planskizze darstellte, die zur Beurteilung des relevanten Sachverhaltes nicht ausreichend war. Wie mir berichtet wurde, ist die Kurzparkzonenverordnung, also die Rechtsgrundlage für die Bestrafung, vom UVS nicht angefordert worden, sondern der Entscheidung wurde offensichtlich eben eine den Sachverhalt nicht hinreichend erläuternde Planskizze zugrunde gelegt.

Es kommt mir selbstverständlich nicht zu, die Entscheidungsfindung des Unabhängigen Verwaltungssenes zu kommentieren. Jedenfalls hat die MA 4 wegen der präjudiziellen Wirkung der nach Meinung des Magistrats unrichtigen Entscheidung des UVS im Dezember beim Verwaltungsgerichtshof Beschwerde erhoben und dieser Beschwerde die Verordnung über die Kurzparkzonen im Bereich des 1. Bezirkes sowie einen diese visualisierenden Plan beigegeben. Ich hoffe, daß nun der Verwaltungsgerichtshof mit hinreichenden Unterlagen über diese Beschwerden entscheiden kann.

Sollten Sie mich allerdings fragen, Herr Klubobmann, ob man einen derartigen Fall nicht auf eine andere Art und Weise hätte lösen können, als bis zum Verwaltungsgerichtshof zu gehen und selbigen mit einem derartigen Schmarren zu belästigen, dann stimme ich dem sicherlich zu.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine Zusatzfrage? - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Johannes Prochaska (ÖVP): Herr Landeshauptmann, Sie haben mir dankenswerterweise jetzt eine Frage erspart, weil Sie sie selbst schon miteingeschlossen haben in die Beantwortung.

Ich glaube aber trotzdem, daß Sie sich an sich der Sachlage nicht ganz bewußt sind, wenn Sie sagen: Schmarren. Es geht darum, daß ein Bürger bestraft wird, gegen die Bestrafung Einspruch erhebt, die Behörde den Einspruch behandelt, vom Magistrat Unterlagen verlangt, der Magistrat Unterlagen hergibt und in einer Zeugenaussage des dafür zuständigen Beamten dieser Magistratsabteilung festgehalten wird, es handle sich um das richtige Plandokument - er bestä-

tigt dies - im Zuge der vorgelegten Verordnung. Der Bürger bekommt Recht, wird nicht bestraft.

Die Gemeinde Wien wird zornig, geht selbst in die Berufung, und dann legt der Magistrat auf einmal ein anderes Plandokument vor, eine andere Verordnung vor, von einer anderen Magistratsabteilung, wo jetzt der Unabhängige Verwaltungssenat zu Recht sagt: Es gibt heftige Zweifel, ob dieses zweite Plandokument überhaupt rechtmäßig entstanden ist, und sollte das der Fall sein, ist es mit Sicherheit nicht rechtzeitig, sondern im nachhinein entstanden.

Und das halte ich nicht für einen Schmarren, das halte ich für einen ausgewachsenen Skandal, Herr Landeshauptmann, und ich muß Sie daher schon fragen, ob Sie bereit sind, eine Untersuchung hier anzustellen, ob es sich um Amtsmißbrauch handelt oder um eine bodenlose Schlamperei.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Wenn dem so wäre, würde ich das gerne tun, aber meine Informationen sind etwas andere. Sie sind unangenehm genug und auch nicht in einer Diskussion einer Rechtfertigung zu unterziehen, aber jedenfalls nicht von jener impliziten Börsartigkeit, die nun in der Darstellung hier auch entsprechend unterlegt wird.

Es handelt sich in der Tat um zwei Plandokumente, das eine ist eine - wenn man so will - Planskizze, die von der MA 46 angefordert wurde, das andere ist der Gesamtbestandteil der Parkometerverordnung, wenn ich das jetzt richtig herauszitiert habe. So gesehen kann ich die Diskussionen auch darüber, daß man sagt, das nunmehr von der MA 4 in der Berufung beim Verwaltungsgerichtshof vorgelegte Plandokument sei nicht in Ordnung, sei nachträglich geändert worden oder ähnliches, jedenfalls heute nicht nachvollziehen.

Aber es steht außer jedem Zweifel - und ich sagte es schon -, daß das nicht etwas ist, was man einfach nur mit stiller Duldung hinnehmen kann. Denn es ist richtig, der Kernpunkt bleibt: Es ist hier ein Bürger ganz offensichtlich zu Unrecht bestraft worden, und nicht zuletzt deswegen, weil es sich zunächst schon einmal um die bodenlose Schlamperei handelt, daß man in dieser Sackgasse Poller, die man kurzzeitig wegen Baumaßnahmen weggeräumt hat, nachher nicht wieder aufgestellt hat und sohin diese Straße überhaupt der Nutzung unterzogen worden ist. Bei einer solchen bodenlosen Schlamperei kann und soll man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Also Sie können sicher sein, daß sich das die Innenrevision ganz genau anschauen wird, was da letztendlich noch passiert ist.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, eine zweite Zusatzfrage!

Abg Johannes Prochaska (ÖVP): Diese Antwort ist schon etwas beruhigender als die erste, Herr Landeshauptmann.

Und dann frage ich Sie ganz konkret: Sind Sie bereit, die MA 4 anzuweisen, in einem so fragwürdigen

Fall ihre Berufung im gegenständlichen Fall zurückzuziehen?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Also ersteres - ich möchte das noch einmal sagen -: Das mit dem "Schmarren" war nicht abwertend gemeint. Aber ich habe vor nicht allzu langer Zeit wieder den Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes zu einem Gespräch bei mir gehabt, der von den Landeshauptleuten die Unterstützung erbittet zur Einrichtung von Landesverwaltungsgerichtshöfen. Er begründet dies mit der Menge an Arbeit, die beim Verwaltungsgerichtshof ansteht, und hat mir eine Unzahl von Fällen geschildert, die einen verzögerten Zeitablauf zur Folge haben, weil der Verwaltungsgerichtshof so viel zu tun hat. Und diese Fälle im Hinterkopf habend, habe ich mir erlaubt, zu der Sache "Schmarren" zu sagen im Vergleich zu den Fällen, die nun tatsächlich beim Verwaltungsgerichtshof anstehen oder vielleicht sogar hintanstehen aufgrund der Quantität der Fälle, wie wir tatsächlich auch wissen, ich will aus meinem Herzen da gar keine Mördergrube machen.

Aber das hat nichts damit zu tun, daß es für den betroffenen Bürger natürlich eine sehr unangenehme Angelegenheit ist, und so gesehen will ich das gar nicht abwertend wissen.

Ja, ich bin bereit, diesem Vorschlag zu folgen.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke, für die Beantwortung.

Wir kommen zur 3. Anfrage, gerichtet an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik, eingebracht vom Herrn Abg Dr Helmut Günther. - Ich bitte dich, Herr Stadtrat, die Frage zu beantworten.

Amtsf StR Rudolf Edlinger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie stellen mir die Frage: "Wie hoch ist der Anteil Wiens an den nun von der Europäischen Union an Österreich zurückgezahlten Beträgen?" Diese Frage ist von mir deshalb nicht zu beantworten, weil aus Brüssel keine Beträge zurückgezahlt wurden.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine Zusatzfrage? - Bitte.

Abg Dr Helmut Günther: Herr Finanzstadtrat, Sie haben gestern gemeinsam mit dem Herrn StR Swoboda und mit dem Präsidenten der Handelskammer Netzig das URBAN-Büro im 16. Bezirk eröffnet und dabei festgestellt, daß Sie mit 415 Millionen Schilling ein Gebiet, in dem 130 000 Leute in neun Bezirken wohnen, sozial und wirtschaftlich sanieren werden. Und als eines der Leitprojekte ist dort drinnen die Durchführung von 20 Blocksanierungen.

Jetzt gibt es dort vermutlich mehr als 20 notwendige Blocksanierungen, und ich frage Sie daher: Was wird a) die Sanierung dieser 20 Blöcke kosten und b), wie groß ist das Ausmaß der Notwendigkeiten in dem großen Gebiet und welche finanziellen Mittel sind dafür notwendig?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Rudolf Edlinger: Ich halte es für not-

wendig, zunächst einmal darauf einzugehen, daß natürlich - und ich habe eigentlich damit gerechnet, daß Ihre Zusatzfrage in diese Richtung gehen wird - deshalb keine Beträge aus Brüssel zurückbezahlt worden sind, weil ja bekanntlicherweise nicht die Gesamtsumme nach Brüssel bezahlt wird, sondern auf einem Verrechnungskonto in Österreich liegt und von Brüssel Beträge abgerufen werden. Es wurden daher keine Beträge zurückbezahlt, sondern es wurden geringere Beträge aus Brüssel abgerufen, sodaß sehr wohl ein Restsaldo von 4,8 Milliarden Schilling entstanden ist. Der Anteil des Landes Wien am Gesamtvolumen der Länder liegt bei 20 Prozent, ein Betrag, der in einer Größendimension von etwa 225 Millionen Schilling anzusetzen ist. Das wird sich bei der Gegenrechnung der Ertragsanteile im Jahr 1996 auswirken. Nur damit hier kein Irrtum entsteht.

Zum zweiten möchte ich doch auch feststellen, daß ich mich schon sehr gerne selber interpretiere und keinesfalls - und es gibt ja genug Zeugen dafür - gestern anlässlich der Eröffnung des URBAN-Büros gemeint hätte, daß mit dem EU-kofinanzierten URBAN-Projekt dieses Gebiet zu sanieren sei. Es wäre völlig unmöglich, mit diesem Betrag ein so großes Gebiet zu sanieren, genauso wie es unmöglich wäre, etwa mit der Einbremsung bestimmter Subventionen Wien zu untertunneln. Das wäre ungefähr genauso falsch und doch etwas spleenig, und ich möchte schon meinen, daß ich es verdient hätte, daß Sie mich seriöser beurteilen.

Was ich allerdings bei der Öffnung des URBAN-Büros gesagt habe, war, daß es hier gelungen ist - und es ist schon sehr bemerkenswert -, und zwar einer Stadt, die die viertreichste Region in der Europäischen Union ist, einer Stadt, die die geringste Arbeitslosigkeit aller EU-Hauptstädte mit Ausnahme von Luxemburg hat, einer Stadt, die daher kein Zielgebiet sein kann, aufgrund der Entwicklung eines extrem innovatorischen, hervorragenden Stadterneuerungsprojekts überhaupt Mittel aus der Europäischen Union in Anspruch nehmen zu können. Und ich habe darauf hingewiesen, daß sich hier in besonderer Weise der Europastadtrat in Brüssel verdient gemacht hat. Das war eine meiner Aussagen.

Und zum zweiten ist es auch jedem klar, daß mit dem Pilotprojekt URBAN-Plus im Bereich der Bezirke zwischen 15 und 18 und auch am Rand der Innenbezirke Impulse zu setzen sind und daß das URBAN-Büro, das wir gestern eröffnet haben, gerade deshalb auch unter der Führung des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds die Koordination vieler Einrichtungen übernommen hat, daß alle Mittel, die natürlich in besonderer Weise in diesem Gebiet zu konzentrieren sind, über diese Koordinationsstelle laufen und daß beispielsweise die Blocksanierungen, die Sie angesprochen haben, mit dem URBAN-Projekt von der finanztechnischen Seite her überhaupt nichts zu tun haben, sondern daß die Sanierungen im Bereich der Wohngebäude selbstverständlich aus dem zweiten Hauptstück der Wohn-

bauförderung des Landes Wien bedeckt werden.

Wesentlich dabei ist aber - und das halte ich auch für sehr notwendig -, daß wir gerade im Wohnungsreich bei Inhalten der Stadterneuerung, bei Verordnung von Assanierungsgebieten weiterhin trotz der Maßnahmen, die der Bund im Hinblick auf das Konsolidierungspaket beschlossen hat, Möglichkeiten dann haben, wenn wir Assanierungsgebiete verordnen, nämlich durch die Erhöhung des Investfreibetrages von 9 auf 12 Prozent, sodaß ich davon ausgehe, daß von diesem Signal im öffentlichen Raum im Bereich der Wirtschaftsförderung, wo wir eine Zuschußaktion hinlenken, auch private Investitionen in diesem Bereich entstehen werden, die eben schrittweise diese Bereiche, die Investitionsbedarf haben, im Sinne der Stadterneuerung entwickeln werden.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte.

Abg Dr Helmut Günther (FPÖ): Herr Finanzstadtrat! Ich habe Sie nicht interpretiert, ich habe nur Ihre Presseunterlage von gestern zitiert, und da steht das genauso drinnen, wie ich es zuerst formuliert habe. Ich bin gerne bereit, Ihnen das zur Verfügung zu stellen.

Noch eine zweite Frage: Aufgrund Ihrer eigenen Angaben kommen innerhalb der Periode 1995 bis 1999 zirka 1,7 Milliarden an EU-Mitteln Wien zugute. Wenn ich von dem ungefähr 125 Millionen Schilling abziehe für das URBAN-Projekt und zirka 55 bis 60 Millionen Schilling für das INTERREG-Projekt bleiben zirka 1,5 Milliarden Schilling über, das heißt zirka 300 Millionen Schilling pro Jahr. Und da hat es immer geheißsen, das ist vor allem für die Bereiche Ziel-3- und Ziel-4-Gebiete, also Arbeitsmarktpolitik beziehungsweise Sozialprojekte.

Jetzt meine Frage: Wieviel von den in Aussicht genommenen Mitteln sind bisher an Wien bereits zurückgeflossen, zum Beispiel in dem Bereich des WAFF?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Rudolf Edlinger: Ich kann Ihnen das jetzt nicht mit Exaktheit auf Schillinge sagen und möchte daher diese Frage insofern beantworten, als Sie ja als Mitglied des Kuratoriums des Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds darüber Bescheid wissen müssen, daß sämtliche Projekte des Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds natürlich in Koordination mit dem Arbeitsmarktservice organisiert werden und daß gerade bei den Programmen im Hinblick auf die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit beziehungsweise auch bei den Frauenprojekten Kofinanzierungen durch die Europäische Union abgewickelt werden und daß dieses Handling selbstverständlich, so wie das bei den Sozialfonds der Fall ist, über das Arbeitsmarktservice durchgeführt wird. Nachdem hier große Beträge schon in der Anlaufphase des Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds umgesetzt worden sind und wir wissen, daß die Liquidität des Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds trotz dieser Aktivitäten aufgrund dieser entstandenen Kofinanzierungen ausreichend ist, sodaß es ja erst jetzt notwendig war, die im Budget vorgese-

henen 60 Millionen Schilling tatsächlich liquiditätsmäßig dem Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds zur Verfügung zu stellen, gehe ich davon aus, daß exakt jene Beträge, die über den Sozialfonds nach Wien fließen, durch dieses Handling auch entstehen.

Ich möchte aber nicht verabsäumen, darauf hinzuweisen, daß natürlich auch Mittel des 4. Rahmenprogrammes zur Verfügung stehen, die nicht über die Gebietskörperschaften laufen, sondern die für Innovationsförderung im privaten Bereich zu erreichen sind. Ich glaube, da waren Sie anwesend, als ich in der Europakommission des Gemeinderats darüber berichten konnte, daß allein im Jahr 1995 ein hoher Anteil der über das 4. Rahmenprogramm der Europäischen Union finanzierten Projekte mit österreichischer Beteiligung und dabei wieder überproportional mit Wiener Beteiligung finanziert worden ist. Wir werden demnächst beginnen, vor allem durch den Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, der ja, wie Sie wissen, sein Euroinfocenter eröffnet hat, die in der Wiener Wirtschaft tätigen Betroffenen über jene Möglichkeiten, die es gibt und die leider viel zu wenig bekannt sind, daß auch Klein- und Mittelbetriebe über das 4. Rahmenprogramm der Europäischen Union bei Vorlage entsprechender innovatorischer Projekte Mittel direkt aus Brüssel beziehen können, zu informieren. Wir haben auch hier die Strukturen vom Infocenter des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds über unsere Brüsseler Außenstelle bis hin zu den entscheidenden Kommissionsstellen der EU und wieder die Retourinformation, die wir an die Wiener Wirtschaft weitergeben werden, organisiert, und wir werden die erste dieser ständigen Informationen, nämlich: was ist eigentlich in Brüssel auch für österreichische Betriebe möglich?, und zwar völlig im privaten Bereich und nicht über eine öffentliche Gebietskörperschaft, weitergeben, und ich bin sicher, daß die Innovation der österreichischen Betriebe ausreicht, hier zusätzliche Mittel zu bekommen.

Wir werden aber in Hinkunft gerade bei der Clusterbildung von Klein- und Mittelbetrieben - und das ist ja zum Teil auch eine ganz wesentliche Sache, um überhaupt im Bereich der Forschung und Wissenschaft tätig werden zu können - aktiv werden. Ich sehe das auch als eine der künftigen Aufgaben, die der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds im stärkeren Maße als bisher wahrnehmen wird.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Ich danke für die Beantwortung.

Wir kommen zur 4. Anfrage, gestellt vom Herrn Abg Andreas Honay und ebenfalls an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik gerichtet. - Ich bitte dich, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Rudolf Edlinger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie stellen fest, daß es Äußerungen hochrangiger Landespolitiker zum Finanzausgleich gegeben hat, die auf ein Informationsdefizit schließen lassen.

Dieser Eindruck - und das möchte ich schon sagen -

drängt sich aufgrund der Äußerungen, die von manchen Landespolitikern und zuletzt vom Herrn Landeshauptmann von Salzburg in der Öffentlichkeit getroffen wurden, auf, denn ich kann nur von einem Informationsdefizit ausgehen, vielleicht begründet durch die extrem kurze Amtszeit mancher Politiker, und daher sollte man solchen Äußerungen mit einem bestimmten Großmut begegnen. Es liegt ja weniger an der Kenntnis von einzelnen Daten als vielmehr an den richtigen Ableitungen aus diesen Daten und den maßgeblichen Rahmenbedingungen.

So ist es natürlich selbstverständlich, daß ein Finanzausgleich Zahler und Nehmer kennt. Ich halte es auch für überhaupt nicht relevant, die Bevölkerungszahl zur Maxime von irgendwelchen Finanzzuweisungen zu nehmen.

Die Äußerung des Herrn Landeshauptmannes von Salzburg hat mich insofern besonders erstaunt, weil wir ja bekanntlicherweise erst vor wenigen Monaten und unter aktiver Teilnahme natürlich des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters von Salzburg einen neuen Finanzausgleich paktiert haben und selbstverständlich zur Kenntnis genommen haben, daß Wien als die stärkste Region unserer Republik im Rahmen der föderalistischen Einstellung, die die Wiener ja seit vielen Jahrzehnten auszeichnet, bereit ist, Finanzmittel in andere Bundesländer umzuleiten, um bestimmte Entwicklungen einzuleiten, die diese Bundesländer aus eigener Kraft nicht zu leisten imstande sind.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine Zusatzfrage? - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Andreas Honay (SPÖ): Herr Stadtrat! Die ganzen Äußerungen, die hier getätigt wurden, gehen ja in eine bestimmte Richtung. Es ist hier ein Vorschlag gemacht worden in Richtung Finanzausgleich nach Wirtschaftskraft von Regionen oder von Ländern. Das wäre wahrscheinlich ein sinnvoller Vorschlag für Wien.

Ich wollte Sie da ganz konkret fragen, ob Sie das auch so sehen und ob Sie glauben, daß ein solcher Finanzausgleich in der Republik nach Wirtschaftskraft für Wien sinnvoll wäre.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsfr. Rudolf Edlinger: Nun, zunächst einmal ist diese Frage eindeutig mit ja zu beantworten, wenn man davon ausgeht, wie sich dann der Zahlungsfluß verändern würde.

Wir haben in Österreich, wenn wir das Aufkommen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben länderweise zuordnen und die Rückflüsse wieder länderweise zuordnen, folgende Zahler, und zwar nach der Quantität: Der größte Zahler ist Wien. Dann folgt Salzburg, dann Oberösterreich und dann Vorarlberg. Bei jenen Bundesländern, die Mittel bekommen, also bei den sogenannten Nehmern, liegt an erster Stelle die Steiermark, gefolgt von Niederösterreich, Kärnten, dem Burgenland und Tirol.

Wenn daher der Herr Landeshauptmann von Salzburg meint, es sei ungerecht, daß Salzburg als der zweitgrößte Zahler zahlt, dann ist das durchaus eine

Philosophie, die man anerkennen kann. Was ich nicht verstehe, ist, daß er es in Richtung Wien im besonderen Maße gelenkt hat, denn Wien ist ja der größte Zahler, den es in Österreich gibt. Ein aufkommensneutraler Finanzausgleich würde bedeuten, daß Wien jährlich um 10 Milliarden Schilling mehr an Mittel zur Verfügung hätte, weil wir 42 Milliarden Schilling an gemeinschaftlichen Bundesabgaben in Wien aufbringen, und zwar bereits bereinigt durch die Zentrallasten.

Wenn ich da vielleicht ein Wort sagen darf: Selbstverständlich gibt es viele Institute und Einrichtungen, deren Steuer in Wien eingehoben wird, obwohl die Produktionsstätten in den Bundesländern sind. Bereits bereinigt durch den sogenannten Zentralstelleneffekt würde diese Rechnung aufgehen. Unbereinigt wäre es noch um 10 Milliarden Schilling mehr.

Was eine Mehreinnahme von 10 Milliarden Schilling bedeuten würde, ist auch ganz klar: Wir würden imstande sein, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Ein ausgeglichenes Budget deshalb, weil wir, wenn Sie sich erinnern, sehr geehrter Herr Abgeordneter, auch schon beim Budget 1995, aber jetzt auch wieder beim Budget 1996 eine Defizit- oder Abgangsdeckelung von 10 Milliarden Schilling hier im Gemeinderat beschlossen haben. In dieser Abgangsdeckelung ist aber eine Schuldentilgung von 6 bis 7 Milliarden Schilling inkludiert, sodaß wir eigentlich inklusive der Schuldentilgung ein ausgeglichenes Budget vorlegen könnten - mit dem Effekt, daß Wien innerhalb eines Jahrzehntes schuldenfrei wäre.

Ich halte allerdings eine solche Überlegung für rein hypothetisch. Ich würde es auch als Sozialdemokrat gar nicht vertreten wollen in dieser Konsequenz, weil ich meine, daß wir in einem gemeinsamen Land leben und daß es Ziel einer sozial ausgewogenen Politik sein muß, letztendlich auch dort zu einem bestimmten Lebensstandard zu kommen, wo die eigene Wirtschaftskraft nicht ausreicht.

Was mich allerdings ärgert - und das sage ich in aller Deutlichkeit -, ist, daß von Zeit zu Zeit, immer dann, wenn in Westösterreich ein neuer Landeshauptmann antritt, innerhalb weniger Monate der Ausritt auf Wien erfolgt. Das war beim Tiroler Landeshauptmann ähnlich wie jetzt beim Salzburger, obwohl jede Grundlage, nämlich die da so lautet, Wien lebt auf Kosten der Länder, falsch ist. Ich glaube, daß wir als Wiener das auch in aller Deutlichkeit sagen sollen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte.

Abg. Andreas Honay (SPÖ): Ich entnehme aus Ihren Äußerungen, Sie werden nicht bei der nächsten Finanzlandesreferentenkonferenz eine Veränderung des Finanzausgleichs entwerfen.

Aber werden Sie zumindest ein Seminar mit dem Kollegen Schausberger in dieser Angelegenheit ins Auge fassen können? *(Bewegung bei der ÖVP.)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Herr Stadtrat, ich bitte dich, die Frage zu beantworten.

Amts StR Rudolf Edlinger: Ich möchte zu dem Seminar sagen: Das werde ich nicht tun, das würde etwas überheblich wirken und das paßt nicht zu meiner Auffassung, wie man mit Kollegen umgeht.

Aber ich glaube, daß es notwendig ist, daß man paktfähig zu sein hat, daß der Finanzausgleich in vielen Bereichen natürlich auch Opfer verlangt. Ich bekenne mich zu dieser Vereinbarung der Bundesländer vom 29. März.

Sollte der Finanzausgleich von anderen Bundesländern in Frage gestellt werden, dann kann ich mir durchaus vorstellen, daß wir uns dagegen nicht verwahren, allerdings unter jener Maxime, daß wir sagen: Selbstverständlich sind Wirtschaftskraft und Steueraufkommen ein ganz wesentlicher Aspekt bei der künftigen Mittelzuteilung.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Ich danke dem Herrn Stadtrat für die Beantwortung.

Wir kommen zur 5. Anfrage, gestellt von Frau Abg Eleonore Haas und gerichtet an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen. - Ich bitte dich, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, die Frage zu beantworten.

LhptmSt Dr Sepp Rieder: Frau Präsidentin! - Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Sie haben an mich die Frage gerichtet, wie wir die neuen Vorschläge des Sozialministers zur Arbeitszeitregelung in den Spitälern beurteilen.

Das Thema ist an sich nicht neu, es ist ein wichtiges Thema, und in der Tat liegt jetzt ein neuer Vorschlag des Sozialministers vor, der sich in einigen grundsätzlichen Fragen, die auch sehr wichtig sind, von den bisherigen Überlegungen und Vorschlägen unterscheidet.

Dieses Gesetzesvorhaben, wie es jetzt in das Begutachtungsverfahren gegangen ist, unterscheidet sich zunächst einmal in der Arbeitszeitfrage dadurch, daß es nicht nur für die Ärzte gelten soll, sondern den gesamten Bereich der Mitarbeiter, nicht nur in den Spitälern, sondern auch in den Pflegeheimen und vergleichbaren Einrichtungen, regeln soll. Wir halten das für einen Fortschritt, weil eine segmenthafte Beurteilung der Arbeitszeit nur einer Berufsgruppe in einem Betrieb, der derart miteinander verzahnt ist zwischen den einzelnen in diesem Bereich Tätigen, eigentlich nie vernünftig war, und daher ist die globale, umfassende Regelung sicherlich ein Fortschritt, auch wenn damit - ich füge das hinzu - eine Reihe von Problemen verbunden ist und es auch deswegen nicht einfach ist, zu sagen: ungeschaut geschluckt. Das wird es nicht sein können.

Es bezieht sich der Entwurf - wie gesagt - nicht nur auf die Krankenanstalten im eigentlichen Sinn, also auf die Spitäler, sondern auch auf die Pflegeheime. Auch da gibt es natürlich wesentliche Unterschiede in der Art und Weise der Tätigkeit und das macht eine globale pauschale Regelung anfechtbar - auch ein Punkt, wo man sich mit diesem Vorhaben im Detail beschäftigen muß.

Der zweite Unterschied und wichtige Unterschied gegenüber den bisherigen Überlegungen geht dahin, daß die Maximal-Tagesarbeitszeit im ersten Entwurf mit 8 Stunden festgelegt worden ist, im jetzigen Entwurf mit 13 Stunden und daß auch verlängerte Dienste möglich sind, und zwar sind es 10 verlängerte Dienste pro Monat, ab 1. Jänner 1997 beschränkt. Wobei die Frage des Inkrafttretens ein Punkt ist, wo ich sehr große Bedenken habe. Nach einer Zwischenstufe von 8 verlängerten Diensten pro Monat ab dem 1. Jänner 2000 werden ab 1. Jänner 2004 nur noch 6 verlängerte Dienste und nur für Ärzte zulässig sein.

Das gesamte Vorhaben ist als Etappenlösung gedacht, also in der ersten Phase sind Regelungen, die möglichst dem gegenwärtigen Zustand entgegenkommen, dann die zweite Stufe, die zweite Zäsur im Jahr 2000, und die eigentliche Einschränkung und damit auch die Problematik in der Umsetzung wird auf das Jahr 2004 verschoben.

Ich denke, daß der Entwurf an sich vom Konzept her zu bejahen ist, daß aber auch zu berücksichtigen ist, daß mit diesem Entwurf verbunden ist, wenn er Gesetz wird, daß da eine Reihe finanzieller Auswirkungen gegeben ist, wo nicht von vornherein gesagt werden kann, das ist verkraftbar, das ist ohneweiters bewältigbar.

Das dritte ist: Man muß auch sagen, daß der Entwurf eine Reihe von Regelungen, insbesondere in der Überstundenfrage, enthält, die mit dem unmittelbaren Anliegen der Arbeitszeitregelung nichts zu tun haben. Verfassungsjuristen geben zu bedenken, daß damit überhaupt in Kompetenzen der Länder bei Landesbediensteten eingegriffen wird und daß damit zum Teil Probleme verbunden sind, wie etwa die Abgrenzung zwischen jenen Bereichen der Tätigkeit in einem Spital in der Nacht, wo intensive Arbeit verbunden ist, etwa in den Unfallabteilungen, wo der Betrieb praktisch rund um die Uhr geht, und jenen Abteilungen, wo es klare Unterschiede gibt, ob im Nachbetrieb oder im Spätabendbetrieb nicht eben eine Ruhephase eintritt, die dann auch den Bediensteten zugute kommt, das heißt ja nicht, daß die überhaupt nichts zu tun haben, aber ihnen in der Arbeitsbelastung entgegenkommt.

Und so denke ich, daß man im Prinzip zu dem Entwurf sagen kann: Er ist eine um vieles bessere, geeignete Verhandlungsgrundlage für die konkreten Verhandlungen wie die früheren Entwürfe, aber es ist notwendig, über die einzelnen Punkte sehr konkret zu verhandeln. Also aus unserer Sicht ein prinzipielles Ja, aber doch mit einigen gewichtigen Vorbehalten.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Wird eine Zusatzfrage gewünscht? - Bitte.

Abg Eleonore Haas (SPÖ): Herr Stadtrat, ich habe gelesen, das Land Oberösterreich ist mit dieser Regelung nicht einverstanden. Wie verhält sich die Regelung und die Ansicht der anderen Bundesländer, und wie ist die zu bewerten und zu sehen?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat.

LhptmSt Dr Sepp Rieder: Frau Abgeordnete, es gibt

eine Reihe von Einwendungen aus anderen Bundesländern gegen das Vorhaben, wo die Bedenken viel massiver sind als in Wien, das muß man sagen. Es ist zum Beispiel die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Prokop, die ihren Landeshauptmann Pröll vertreten hat, in einem Rundbrief an alle Bundesländer, also auch an Wien, herangetreten und hat quasi aufgefordert - überspitzt formuliert - zu einem gemeinsamen Widerstand gegen das Vorhaben, was das Inkrafttreten mit 1. Jänner 1997 betrifft.

Ich denke auch, daß der Verhandlungszeitraum, den wir brauchen, sehr knapp bemessen ist, wenn das Ganze mit 1. Jänner 1997 in Kraft treten soll, und daß das sicher nicht einfach sein wird. Aber natürlich muß man auch etwas anderes sehen: Man muß sehen, daß dieses Vorhaben des Bundes sich abspielt vor dem Hintergrund der nicht lange zurückliegenden Vereinbarung der Finanzreferenten mit dem Finanzminister, mit dem Sozialminister und der Gesundheitsministerin zur Frage der Spitalsfinanzierung und zum quasi ersten Schritt der Krankenkassensanierung. Denn mit dieser Vereinbarung wurde eigentlich festgelegt, daß sowohl der Bund als auch die Krankenkassen in Zukunft einen Fixbetrag zur Verfügung stellen, ungeachtet der Kostenentwicklung in den Spitälern. Nun liegt es aber doch auf der Hand, daß eine solche Vereinbarung nur dann akzeptiert werden kann, wenn auch die Kostenentwicklung stabil bleibt und kalkulierbar bleibt. Wenn aber einseitig der Bund zusätzliche Kosten verursacht für die Spitäler, dann kann er nicht auf der anderen Seite sagen: Das interessiert mich nicht, meine Ausgaben sind gedeckelt, und es sollen die Länder mit diesen Mehrkosten zu Rande kommen, wie immer das möglich ist.

Daher ist bei dieser Vereinbarung, die ich erwähnt haben, die im März, Ende März dieses Jahres zustande gekommen ist, auch eine Regelung aufgenommen worden, wonach so eine Art Verhandlungsprinzip festgelegt worden ist: Wenn durch bundesgesetzliche Maßnahmen zusätzliche Kosten entstehen, haben die Länder die Möglichkeit, in einem Verhandlungsprinzip das zu beeinflussen.

Jetzt geht es in dem gegenwärtigen Stadium der Gespräche darum: Soll das in diesem Staatsvertrag festgelegt werden oder in einem Begleitbrief? Und es liegt auf der Hand, daß auch Wien unter dem Eindruck solcher Vorhaben, wie dieser Arbeitszeitregelung für die Spitäler, die zweifellos mit Mehrkosten verbunden ist, jetzt massiv darauf drängen wird, daß dieser Regulationsmechanismus auch tatsächlich in den Staatsvertrag kommt. Und das ist einer der Punkte, der eben mit den anderen Bundesländern abgesprochen werden muß.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? - Bitte.

Abg Eleonore Haas (SPÖ): Herr Stadtrat, ist dieses Gesetz, diese Regelung eigentlich vom Personalstand her zu verkraften?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat.

LhptmSt Dr Sepp Rieder: Frau Abgeordnete, es ist sicherlich so, daß es in der Frage der Realisierung einen deutlichen Unterschied gibt und einen Bonus gibt für Wien gegenüber den übrigen Bundesländern, der eben in der viel besseren Personalausstattung der Spitäler in Wien liegt. Ich werde einige Zahlen nennen, um Ihnen das deutlich zu machen. Und das ist eigentlich der Hauptpunkt auch der Diskussion zwischen den Bundesländern, denn bei der Einführung dieses neuen Verrechnungssystems ist die bundesweite einheitliche Regelung daran gescheitert, daß man in den anderen Bundesländern unter dem Eindruck einer viel ungünstigeren Personalsituation nicht akzeptiert hat, daß die dem Gesetz entsprechende, in Wien tatsächlich vorhandene Personalsituation auch adäquat abgegolten wird. Es liegt auf der Hand, daß wir uns im Interesse der Wiener Steuerzahler und der Wiener Bevölkerung nicht darauf einlassen konnten, einer Regelung zuzustimmen, die Wien, die Wiener Bevölkerung, den Wiener Steuerzahler in dieser Frage schlechterstellt, als sie für die adäquate, erforderliche Ausstattung nur wenig Geld zur Verfügung stellt.

Ich möchte nur einige Zahlen nennen, um zu zeigen, wie deutlich die Unterschiede sind in der Personalausstattung zwischen den Spitälern, wobei ich nur jene Spitäler herausgreife, die in anderen Bundesländern überhaupt vergleichbar sind, also wo es sich um die Schwerpunktspitäler der Bundesländer handelt.

Also wenn es zum Beispiel im Landeskrankenhaus Bregenz auf 100 belegte Betten, also 100 Patienten, 21,8, also sagen wir 22 Ärzte gibt, dann sind es in unseren Spitälern 40 beziehungsweise 42 Ärzte. Und ähnlich - ich könnte das jetzt durchgehen - verhält es sich auch in den anderen Bundesländern.

Also wir haben sowohl beim Pflegepersonal als auch bei den Ärzten und beim medizinisch-technischen Personal einen wesentlich höheren Stand pro tatsächlich betreuten Patienten, was auch zur Folge hat, daß wir mehr Qualität in den Spitälern bieten können, was aber auch zur Folge hat, daß wir mehr Kosten haben, was wiederum bedeutet, daß wir bei solchen Regelungen eher den Vorschlägen entgegenkommen können, als es etwa auf Seiten der anderen Bundesländer der Fall ist.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Ich danke für die Beantwortung.

Wir kommen zur 6. Anfrage. Sie wurde gestellt vom Herrn Abg Dr Peter Pilz und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bürgerdienst, Inneres, Personal und Wiener Stadtwerke gerichtet. - Ich bitte dich, Herr Stadtrat, die Frage zu beantworten.

AmtsSt Johann Hatzl: Soweit mir mitgeteilt wurde, gibt es keine Statistik, und man meint auch, daß diese Frage so nicht gestellt wird. Im übrigen habe ich, soweit mir das bekannt wurde, angewiesen, solche Fragen in dieser oder ähnlicher Form nicht zu stellen, egal ob sie bisher gestellt wurden oder ob beabsichtigt ist, sie zu stellen.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine Zusatzfrage? - Bitte.

Abg Dr Peter Pilz (GRÜNE): Sie sollten Ihre Beamten ein bißchen genauer fragen. Es gibt ein Blatt, das Ausländerinnen und Ausländern immer wieder vorgelegt wird, in dem vorgedruckt eine ganze Reihe von Fragen über persönliche Beziehungen drinnenstehen, unter anderem die Frage - jetzt in bezug auf Scheinehen, und Sie haben mehrere Male öffentlich erklärt, es ist unbedingt notwendig, dem Verdacht auf Scheinehen nachzugehen -: "Haben Sie vor der Trauung vorhehlichen Geschlechtsverkehr gehabt und zusammen gewohnt? Wem gehörte die Wohnung?" Das ist eine zusammenhängende Frage. Ich verfüge selbst über ein Exemplar einer Beantwortung, in der das Ganze dann ausgefüllt ist.

Herr Stadtrat! Entweder haben Sie Ihre Beamten falsch informiert oder Sie haben den Gemeinderat falsch informiert. Ich kann persönlich jetzt nicht entscheiden, was von beiden zutrifft, würde Sie aber trotzdem ersuchen, falls Sie von Ihren Beamten falsch informiert worden sind, jetzt ganz geschwind nachzufragen und dem Gemeinderat eine Antwort nachzureichen, in wie vielen Fällen Ausländerinnen oder Ausländer gezwungen worden sind, auf die Frage nach vorhehlichem Geschlechtsverkehr Antworten zu geben. - Das dazu.

Zum zweiten. Es geht ja um etwas Prinzipielleres, und das möchte ich in der ersten Zusatzfrage formulieren. Es geht darum, daß Sie eine bestimmte Vorstellung von Integrationsfähigkeit von Menschen mit ausländischer oder noch ausländischer Staatsbürgerschaft haben. Sie haben etwa in einem Interview geäußert zur Frage der Integration, wer integrierbar ist und wer nicht - ich zitiere Sie -: "Manchmal erkennt man es an der Person, an der Art, an der Sprache", und haben dann fortgeführt: "Man kann sich bei den Sicherheitsbehörden erkundigen, ob dort etwas vorliegt, nichts Strafrechtliches, was ein Grund zur Abschiebung wäre, aber etwas, das verhindert, daß man die Familien nachholt, wiederholtes Schnellfahren oder Schwarzfahren etwa. Wir holen möglichst die, die entsprechen."

Jetzt habe ich keinen Grund, diese von Ihnen mehrmals geäußerte Erklärung zu Schwarzfahren, Schnellfahren und so weiter zu bezweifeln. Ich bin nicht Ihrer Meinung. Ich frage Sie, in wie vielen Fällen Auskünfte über Schnellfahren für Bescheide entweder verarbeitet worden sind oder zur Bescheiderstellung eingeholt worden sind.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat.

Amts StR Johann Hatzl: Zum ersten Teil: Ich kann nur die Mitarbeiter, das heißt die verantwortlichen Mitarbeiter in diesem Bereich befragen. Mir wurde mitgeteilt von den jeweiligen Gruppen - die Organisation ist in Gruppen gegliedert -, daß es nicht überall Fragebogen gibt. Manche haben sich einen Fragebogen als Behelfsmittel vorbereitet. Andere fragen ohne Fragebogen bestimmte Fragen ab, die dazu führen und

notwendig sind, wie sie meinen, um das eine oder andere auch sicherzustellen oder aufzuklären. Und nicht jede dieser Fragen ist darauf ausgerichtet für eine negative Entscheidung, sondern durchaus auch aufgrund der Beantwortung eine positive Entscheidung herbeizuführen.

Ich habe darum gebeten, mir einen Fragebogen oder so einen Fragebogen, wie er verwendet wird, zur Verfügung zu stellen. In dem Fragebogen, den ich besitze, kann ich diese Formulierung nicht erkennen, die Sie hier vorgelesen haben.

Die einzige Formulierung, die ich gefunden habe und wo ich gemeint habe, die ist in Zukunft nicht als Frage zu verwenden, war: "Wurde die Ehe vollzogen?" Also nicht in der Formulierung, die Sie genannt haben. Aber unabhängig davon: Auch diese Frage wird über meinen Wunsch nicht gestellt. Obwohl es der Wunsch von Bundesdienststellen ist, diese Frage zu stellen, weil das nach Bundesauffassung eine wesentliche Frage bei der Beurteilung des Begriffes "Scheinehe - ja oder nein" ist.

Daher, falls Sie einen Fragebogen haben, der anders ist, bitte ich Sie, ihn mir zur Verfügung zu stellen, und ich werde mich erkundigen, ob es überhaupt diesen Fragebogen tatsächlich gibt. - Das ist das erste.

Das zweite: Es gibt - Sie haben das ja noch in einer Frage hier, aber ich kann das durchaus vorziehen - sehr viele Statistiken, aber es gibt nicht Statistiken zu allen Bereichen. Aber tatsächlich gibt es aufgrund der Informationen der Bundesebene über Notwendigkeiten, wie die Bundespolizeidirektion Wien Beurteilungen wünscht und vornimmt, auch eine lange Liste, in der schwerwiegende Verwaltungsübertretungen in bestimmten Bereichen aufscheinen, darunter auch in Bereichen der Straßenverkehrsordnung.

Und jetzt gleich auf den Punkt gebracht. Ich scheue mich gar nicht, hier darüber etwas zu sagen.

Erstens einmal: Das sogenannte Parkvergehen - wenn man zitiert, soll man richtig zitieren - ist sicher kein Anlaß und zumeist eine Anonymverfügung, daher gar nicht bekannt.

Wann wird es bekannt? Wenn sich jemand weigert, die Anonymverfügung zu bezahlen, und wenn daraus eine entsprechende weitere Handlung gesetzt wird.

Und ich habe ausdrücklich gesagt: Einmal, dreimal, fünfmal ist keine Frage, die uns betrifft. Aber ich stehe dazu: Wenn jemand mit besonderer Regelmäßigkeit dokumentiert - um das ganz korrekt zu sagen -, daß ihm österreichische Rechtsbestimmungen eigentlich nicht besonders wichtig erscheinen, dann kann man hier durchaus von einer mangelnden Integrationsfähigkeit sprechen. Wir sollen die einzelnen Übertretungen und Bereiche in Verkehrsdelikten nicht als Kavaliersdelikte abtun. Ein ständig falsch Parkender oder sich nicht an der Verkehrsordnung Orientierter kann dazu mit einem Beitrag leisten, daß jemand aus Ihrer engsten Verwandtschaft im Verkehr sehr gefährdet ist und zu Schaden kommt. Wir haben auch hier eine Verpflichtung.

Also noch einmal: Wir sollen bei dem bleiben, wie es ist. Wer ständig bestraft wird wegen Schnellfahrens, wer eine Bestrafung hat wegen mehrfacher Benutzung eines Kraftfahrzeuges, ohne daß er einen Führerschein besitzt, oder wer Verwaltungsstrafen ignoriert, der ist eigentlich nicht jemand, der einen besonderen Wert legt auf österreichische Rechtsbestimmungen.

Wahrscheinlich sind die Fälle, die Sie angesprochen haben, an einer Hand abzuzählen. Aber auf eine Frage, ob es so etwas geben kann, gebe ich die Antwort: Theoretisch ist es unter bestimmten Voraussetzungen möglich, daß jemand dann die Genehmigung nicht bekommt.

Und jetzt noch einen zweiten Satz dazu: Man kann natürlich jeden einzelnen Ablehnungsfall herausgreifen und die Ungeheuerlichkeit der Behörde dokumentieren, wie wenig sie sich für die Menschen interessiert. Ich möchte das nur einmal dokumentieren.

Bis jetzt sind rund 300 000 Anträge auf Verlängerungen in den drei Jahren bei uns gestellt worden. Etwa 14 000 von diesen 300 000 Anträgen haben eine Ablehnung - aus den verschiedensten Gründen - bekommen. Wir liegen so ziemlich in der Positivzustimmung bei Verlängerungen von allen österreichischen Bundesländern an der Spitze.

Präsidentin Ingrid Smejkal *(nach einer kurzen Pause)*: Entschuldige, ich habe gedacht, du sagst noch etwas darauf.

Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte.

Abg Dr Peter Pilz *(GRÜNE)*: Ich sehe, daß die Frau Präsidentin sichtlich gerührt ist. Ich nehme das zur Kenntnis. Sichtlich gerührt.

Ich möchte meine zweite Zusatzfrage auch kurz begründen.

Herr Stadtrat! Abgesehen davon, daß Sie vielleicht der einzige sind, der Verwaltungsübertretungen - Falschparken, Schnellfahren, Schwarzfahren, etwas, was auch unter in Wien Geborenen nicht ganz verbreitet ist - jetzt schon als Grund für Abschiebungen oder für die Verweigerung von Familienzusammenführungen hernimmt und die Drohung in den Raum stellt, es gebe weitere Möglichkeiten, man kann sich erkundigen, und abgesehen davon, daß ich selber einmal ganz gerne wissen möchte, wann zum Beispiel Sie das letzte Mal zu schnell gefahren sind und welche Konsequenzen das für Sie im Gegensatz zu Ausländerinnen oder Ausländern haben könnte, möchte ich Sie auf einen Punkt hinweisen und dort dann nachfragen.

Im "Standard"-Interview, in dem Sie, glaube ich, versucht haben, sehr differenziert zu argumentieren, haben Sie folgendes erklärt - ich wiederhole es, damit ich dann die Frage formulieren kann -: "Man kann sich bei den Sicherheitsbehörden erkundigen, ob dort etwas vorliegt." - Also Sie selbst richten sich an die Sicherheitsbehörden. - "Nichts Strafrechtliches, was ein Grund zur Abschiebung wäre" - damals haben Sie noch gewußt, daß einzig und allein das wirklich relevant wäre -, "aber etwas, das verhindert, daß man

die Familien nachholt. Wiederholtes Schnell- oder Schwarzfahren etwa."

Sie erklären also öffentlich, Familien können dann nicht zusammengeführt werden, wenn der Familienerhalter oder die Familienerhalterin mehrere Male falsch parkt, zu schnell fährt oder schwarzfährt. Das ist die eine Sache.

Die zweite Sache, die mich interessiert und wo ich nachfragen möchte, ist, daß wir derzeit versuchen, das Ganze rechtlich zu klären.

Ich persönlich bin der Ansicht - aber wir versuchen, das noch zu untermauern -, daß es rechtlich nicht zulässig ist, sich zum Grund der Begründung einer Abschiebung bei Sicherheitsbehörden über Verletzungen der Straßenverkehrsordnung zu informieren. Und so weit ist es jetzt.

Das möchte ich Ihnen gar nicht verschweigen. Gerade deshalb möchte ich von Ihnen wissen, in wieviel Fällen Sie von der Bundespolizeidirektion Wien über Verletzungen der Straßenverkehrsordnung von Ausländerinnen oder Ausländern informiert worden sind, in wieviel Fällen Sie selbst diese Information eingeholt haben und in wieviel Fällen diese Information bescheid-relevant geworden ist.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Johann Hatzl: Zum ersten: Ich habe Ihnen gesagt, darüber gibt es keine Statistik.

Ich werde auch keine Anordnung treffen, bei den bisherigen 14 000 Ablehnungsfällen - von 300 000 Anträgen - jeden einzelnen Akt durchzuprüfen, um eine diesbezügliche Statistik vorzunehmen. Das sehe ich nicht als sehr sinnvolle Aufgabe.

Zum zweiten: Sie irren sich. Wir sind nach der Bundesgesetzgebung in der Vollziehung dazu verpflichtet, auch von den Sicherheitsbehörden in jedem einzelnen Fall entsprechende Auskünfte einzuholen. Denn sonst würde unter Umständen auch jemand, der eines schweren Verbrechens schuldig wird, ohne diese Abfrage ganz einfach eine Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung bekommen, weil mit dem Antrag nicht feststellbar ist, ob jemand etwas in dieser Richtung getan oder nicht getan hat. Daher gibt es diese Verpflichtung. *(Abg Dr Peter Pilz: Strafrechtlich!)*

Was uns aber die Behörde mitteilt, ist Sache der Behörde. Wir haben dies dann nur zu beurteilen.

Drittens: Die Stadt Wien schiebt nicht ab, sondern sie hat zu beurteilen, ob eine Verlängerung rechtlich möglich oder nicht möglich ist.

Viertens: Ihre persönliche Frage, wann ich zum letztenmal schnell gefahren bin, kann ich folgendermaßen beantworten: Nie.

Ich weiß nicht, ob Sie einen Führerschein besitzen. Ich jedenfalls nicht. Daher bin ich noch nie am Lenkrad eines Autos unterwegs gewesen. *(Abg Dr Peter Pilz: Sie wurden zu schnell gefahren!)*

Wenn Sie unter Umständen eine Sache anspielen, die einmal in der Zeitung war und angeblich meinen Chauffeur betroffen hat, darf ich Ihnen heute noch einmal sagen, das war die Behauptung von jemand

Privatem.

Ich habe persönlich diesen Privaten aufgefordert, alle seine Unterlagen der Polizei zur Verfügung zu stellen, damit eine entsprechende Anzeige vorgenommen werden kann. Diese Unterlagen sind aber nie zur Polizei gekommen. Es hat nie eine Anzeige gegeben.

Daher ist es eigentlich eine bodenlose Frechheit von Ihnen, gegen einen Bediensteten dieses Hauses indirekt etwas nach dem Motto: er muß auf jeden Fall schuldig sein, anzuspielden, was durch nichts erhärtet ist.

Im übrigen freue ich mich, daß wir uns wieder ein Stück mehr unterscheiden. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß jemand, der in einer Gemeinschaft lebt, die Aufgabe hat, bei aller Toleranz zu seinem persönlichen Individualismus darauf zu achten, daß er sich im Rechtsbereich und in den Normregeln der Gemeinschaft korrekt verhält, für den anderen keine Bedrohung ist und auch Rechtsnormen einhält.

Sie haben eine andere Auffassung. Dazu ist Ihnen zu gratulieren.

Ich stelle also fest, daß Sie in Wirklichkeit die Personifizierung der Vertretung jener sind, die in diesem Land und in dieser Stadt eigentlich unterwegs sein können, ohne daß sie sich auch an bestimmte Rechtsnormen oder Regeln der Gesellschaft halten müssen. Ich gratuliere Ihnen zu dieser Haltung! *(Beifall bei der SPÖ. - Abg Dr Peter Pilz: Zur Geschäftsordnung!)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Die Fragestunde ist beendet.

Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Dr Pilz gemeldet. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dr Peter Pilz *(GRÜNE, von den Sitzreihen aus)*: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich ...

Präsidentin Ingrid Smejkal *(unterbrechend)*: Würden Sie bitte herauskommen? Sie stellen schließlich keine dritte Zusatzfrage. *(Abg Dr Peter Pilz: Gerne, Frau Präsidentin!)*

Außerdem bitte ich Sie, zur Geschäftsordnung zu sprechen.

Abg Dr Peter Pilz *(GRÜNE, vom Rednerpult aus fortgehend)*: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich habe mich vor Ende der Fragestunde aus einem einfachen Grund zur Geschäftsordnung gemeldet, weil ich es nämlich nicht für richtig halte, daß sich ein amtsführender Stadtrat - und sei es auch in der letzten Sitzung des Landtags - anstelle einer sachlichen Beantwortung einer Frage in eine Polemik flüchtet. *(Heiterkeit und Aufregung bei der SPÖ. - Abg Heinz Sramek: Der Erfinder der Polemik!)*

Ich ersuche Sie daher, Frau Präsidentin - und deswegen habe ich noch in der Fragestunde die Meldung zur Geschäftsordnung vorgenommen -, dem Herrn Landesrat die Möglichkeit zu geben, die sachliche Beantwortung meiner letzten Frage vornehmen zu lassen, nämlich in wieviel Fällen die Bundespolizeidirektion in anhängigen Verfahren den Landesrat informiert hat und in wieviel Fällen er von sich aus tätig geworden ist. *(Amtsf StR Rudolf Edlinger: Das hat er doch schon gesagt!)* Dankel *(Abg Dr Oskar Wawra: Sie kennen die Verfassung nicht! Es gibt keinen Landesrat in Wien! - Amtsf StR Johann Hatzl: Zur Geschäftsordnung!)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Zur Geschäftsordnung hat sich der Herr amtsf StR Hatzl gemeldet. Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Johann Hatzl: Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Ich bitte, einfach im Protokoll nachzulesen. Dann wird man feststellen, daß ich in meiner Zusatzantwort die Frage sehr wohl beantwortet habe.

Im übrigen habe ich betreffend die Polemik gegenüber dem Vorredner noch einiges zu lernen. *(Beifall bei der SPÖ und Teilen der ÖVP.)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe vorher schon festgehalten, daß die Fragestunde beendet ist und möchte nur noch in einem Satz sagen, daß wir eine neue Geschäftsordnung beschließen werden.

Ich denke - und das sage ich jetzt auch halblustig -, in meiner unendlichen Güte wird es später vielleicht nicht mehr möglich sein, die Fragestunde in dieser Form abzuhalten.

Wenn Sie, Herr Abg Dr Pilz, heute urgiert haben, daß die Beantwortungen zu lang sind, möchte ich festhalten, daß ich eigentlich auch alle Fragestellungen zugelassen habe, die in der Form unserer Geschäftsordnung auch nicht ganz entsprechen. Ich lasse nämlich auch Ausführungen und Einleitungen zu. Die Frage kommt in vielen Fällen erst sehr spät.

Ich glaube also, daß wir die Fragestunde bei dieser letzten Sitzung nunmehr als erledigt betrachten können.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 16 Abs. 2 der Geschäftsordnung bekannt, daß von den GRÜNEN eine und von den Freiheitlichen drei schriftliche Anfragen vorliegen.

Vor Sitzungsbeginn ist von den Abgeordneten der Freiheitlichen ein schriftlicher Antrag eingebracht worden.

Den vier Fraktionen wurden vor Sitzungsbeginn alle Anträge schriftlich bekanntgegeben. Überdies werden sie dem Sitzungsprotokoll im Wortlaut beigelegt. Die Zuweisungen erfolgen wie beantragt.

Herr Abg Dipl Ing Dr Pawkowicz, Herzog und Dr Günther hat einen Antrag, betreffend Ablehnung des Integrationspakets durch den Wiener Landtag, eingebracht und gemäß § 44 Abs. 1 der Geschäftsordnung die dringliche Behandlung dieses Antrags verlangt. Weiters wurde von der im § 44 Abs. 3 der Geschäftsordnung festgesetzten Anzahl von Abgeordneten die Verlesung des Antrags verlangt.

Die Verlesung des Antrags wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung erfolgen, ebenso die Begründung des Verlangens auf dringliche Behandlung und die

Abstimmung.

Die Abgen Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz und Dr Rüdiger Stix haben eine an den Herrn Landeshauptmann gerichtete Anfrage, betreffend Sicherheit der Wiener Bevölkerung, eingebracht. Gemäß § 39 Abs. 1 der Geschäftsordnung wurden die mündliche Begründung dieser Anfrage durch den Fragesteller und die Durchführung einer Debatte über den Gegenstand verlangt.

Da dieses Verlangen von der im § 39 Abs. 1 dieser Geschäftsordnung festgesetzten Anzahl von Abgeordneten unterzeichnet ist, haben die mündliche Begründung und die Debatte über den Gegenstand vor Schluß der öffentlichen Sitzung zu erfolgen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn kein Einwand erfolgt, nehme ich folgende Umstellung der Tagesordnung vor: Die Postnummern 5, 6, 7, 1, 2, 3 und 4 werden in dieser genannten Reihenfolge verhandelt. - Ein Einwand erfolgt nicht. Ich werde daher so vorgehen.

Ich sage jetzt auch etwas, das ein bißchen außer der Reihenfolge ist, über die weitere Vorgangsweise, worüber wir uns in der Präsidiale geeinigt haben.

Am Beginn der weiteren Abwicklung der Tagesordnung werden zwei Mitteilungen stehen. Die erste Mitteilung wird vom Herrn amtsführenden Stadtrat für Finanzen und Wirtschaftspolitik, Rudolf Edlinger, und die zweite Mitteilung vom Herrn amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen, Dr Hannes Swoboda, sein. *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Wieso nur zwei? - Amtsf StR Dr Hannes Swoboda: Weil ihr auch nur einen dringlichen Antrag und eine dringliche Anfrage eingebracht habt! - StR Mag Hilmar Kabas: Wir können noch etwas nachreichen!)*

Ich kann leider nur mit zwei Mitteilungen dienen. *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Habt ihr nicht mehr Stadträte!)* Dann kommt der erste Tagesordnungspunkt.

Wir haben uns geeinigt, daß diese Mitteilungen unter Tagesordnungspunkt 1 - zwar themenmäßig getrennt, aber doch in einem - verhandelt werden.

Ich hoffe, daß sich diese Vorgangsweise beziehungsweise die Meinung über diese Vorgangsweise nicht geändert hat.

Somit hat sich der Herr amtsführende Stadtrat für Finanzen und Wirtschaftspolitik gemäß § 17 der Geschäftsordnung zu einer Mitteilung zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Amtsf StR Rudolf Edlinger: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Landtags!

Ich habe mich hier und heute deshalb für eine Mitteilung zu Wort gemeldet, weil ich meine, daß die Frage der Situation der österreichischen und im besonderen Maße der Wiener Wirtschaft - und zwar eingebettet im neuen Europa - es doch legitimiert, anlässlich der letzten Sitzung des Wiener Landtags in dieser Legislaturperiode ein wenig zu beleuchten, in welcher

Position wir uns befinden und in welcher Weise wir meinen, daß die zukünftige Wirtschaftspolitik auch in dieser Stadt strukturiert werden muß, um jene neu entstandenen Chancen sowie Hoffnungen auch wahrnehmen zu können.

Gleichzeitig meine ich, daß es durchaus angemessen ist, gerade auch im Bereich der Wirtschaftspolitik jene veröffentlichten und zum Teil auch in persönlichen Äußerungen getätigten Festlegungen der unterschiedlichen politischen Parteien ein wenig zu vergleichen.

Ich glaube, daß dies durchaus geeignet ist, auf der Basis von Fakten und Zahlen - also vor dem Hintergrund der Realität - die Diskussion zu führen.

Ich glaube, daß es wichtig ist, gerade im edlen Wettstreit in einem Parlament im Vergleich zu anderen seine Argumente in der Öffentlichkeit im entsprechenden Lichte zu zeigen.

Meine Damen und Herren, wir sind Zeitzeugen - wie ich glaube - ebenso grundlegender wie faszinierender Veränderungen, welche die Welt und Europa in besonderem Maße erfaßt haben.

Ich meine, daß drei wesentliche Entwicklungen vorangestellt werden sollten, welche die Wirklichkeit, in der wir leben, das Umfeld, in dem wir Wirtschaftspolitik zu betreiben haben, und das Umfeld, das notwendig ist, wenn Unternehmer wirtschaften, betreffen.

Erstens haben wir in Osteuropa vor wenigen Jahren den unerwarteten und unglaublichen Fall der Berliner Mauer und des Eisernen Vorhangs erlebt. Warschauer Pakt und Kalter Krieg, die jahrzehntelang unser Bewußtsein geprägt haben, sind nur mehr Geschichte.

Zweitens haben wir in Westeuropa einen weiteren bedeutenden Integrationsschritt durch die Aufnahme von Schweden, Finnland und nicht zuletzt auch Österreich in die bedeutendste wirtschaftliche und zum Teil natürlich auch politische Staatengemeinschaft der Erde erlebt, nämlich in die Europäische Union.

Drittens erleben wir heute eine rasante und gewaltige Veränderung der Weltwirtschaft durch ihre Globalisierung, wo Entfernungen immer unwichtiger und Telekommunikation sowie neue Formen des Kommunizierens immer wichtiger werden. Diese Entwicklungen eröffnen neue Dimensionen und natürlich auch legitime Fragestellungen.

Ich glaube, daß wir uns die Frage stellen sollten, wie wir in Österreich und in Wien all diese neuen Herausforderungen angenommen haben. Wir sollten uns die Frage stellen, wie erfolgreich wir im Vergleich zu anderen waren und sind, weil wir keine isolierte Insel der Seligen sind. Wir könnten und sollten uns die Frage stellen, welche Chancen wir wahrgenommen haben und welche wir noch bekommen werden. Oder wir könnten und sollten uns die Frage stellen, wie die soziale Dimension dieser Entwicklung der größten Veränderung der wirtschaftlichen und auch politischen Situation in Europa seit 1945 aussieht.

An all diesen Fragen - und es wäre einfach, eine Reihe weiterer hinzuzufügen - entzündet sich gerade

auch am Vorabend einer Wahlauseinandersetzung die politische Diskussion.

Ich halte es für durchaus legitim, zu unterschiedlichen Beurteilungen und zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen zu kommen. In der Analyse, wo es um die Wahrnehmung und letztendlich auch die Bewertung von Fakten, die auf dem Tisch liegen, geht, sollte man allerdings akkordiert sein.

Die Rahmenbedingungen für das Leben in Europa, in Österreich und natürlich ganz besonders in Wien haben sich innerhalb eines Jahrzehnts und knapp vor der Jahrtausendwende grundlegend geändert. Innerhalb weniger Jahre gewann unsere Stadt eine neue Bedeutung im Herzen eines veränderten Europas.

Die philosophische Frage, ob wir die westlichste Stadt des Ostens oder die östlichste des Westens sind, ist nicht mehr notwendig und auch nicht mehr interessant. Wir liegen nicht nur geographisch, sondern auch politisch sowie von den Strömen der wirtschaftlich zu entwickelnden Beziehungen in der Mitte beziehungsweise - wenn Sie so wollen - im Herzen Europas. Wir sind daher in einer guten Voraussetzung Drehscheibe und Tor zu einem neuen demokratischeren und wirtschaftlich aufstrebenden Osteuropa geworden.

Wir sind - wie gesagt - Teil der Europäischen Union, nämlich der stärksten Wirtschaftsgemeinschaft der Welt, geworden. Aber wir stehen auch vor der Aufgabe, uns auf die nahezu dramatischen Veränderungen im internationalen Wettbewerb neu einzustellen und den Standort Österreich und Wien für das 21. Jahrhundert vorzubereiten. Wer die Diskussionen in anderen Wirtschaftsräumen wie etwa USA oder Japan verfolgt, weiß, daß in allen Ländern aufgrund der Entwicklungen ähnlich gedacht und gehandelt wird.

Zunächst einmal meine ich, daß die osteuropäische Öffnung viele neue Chancen, aber natürlich auch viele neue Probleme bringt. Es ist daher - wie ich eingangs erwähnt habe - die Frage legitim, ob wir beispielsweise die neuen Herausforderungen, die durch die Ostöffnung entstanden sind, angenommen haben und wie erfolgreich wir waren.

Ich gebe zu, daß viele Hoffnungen, die wir alle in den Jahren 1989 und 1990 gehabt haben und die nicht nur in der Politik, sondern durchaus auch bei den Menschen zu einer euphorischen Haltung und Auffassung geführt haben, sich nicht in dem Maße realisiert haben, wie viele dies erhofften.

Ich kann mich an die damalige Diskussion erinnern, als gemeint worden ist, es werde viele Jahre dauern, bis der Osten aufgrund der nicht vorhandenen Ressourcen in diesen Ländern, aufgrund des Lohngefälles und ähnlichem mehr seine wirtschaftlichen Strukturen so aufgebaut hat, daß er ein gleichberechtigter Partner sein kann. All jene, die gemeint haben, das Ganze wird eine Generation dauern, waren nicht besonders gefragt. Manche haben gemeint, zehn Jahre wird es dauern, und andere sogar, das ist zu lang und wird schneller gehen.

Wir wissen heute, daß jene, die gemeint haben, es wird eine Generation dauern, unrecht behalten werden, weil so gewaltige Veränderungsprozesse, wie sie sich in den neuen Reformstaaten entwickeln, von der Basis her eine viel längere Zeit zur Emanzipation brauchen. Daher werden wir viele neue Chancen vorfinden, aber eine geraume Zeit unseres Lebens - und das wird sogar noch die nächste Generation beschäftigen - jenes West-Ost-Gefälle innerhalb Europas, betreffend Ressourcen, Löhne, soziale Standards und ähnliches, als aktuelle Frage auf dem Tisch haben.

Ich möchte aber trotzdem sagen, daß in Anbetracht der Entwicklungen und durchaus auch unserer differenzierten Betrachtungsweise sich die Reformländer nicht wie ein Block entwickeln. Die Entwicklung in Tschechien ist völlig anders als in der Slowakei. Ungarn steht anders da als Polen. Von Rumänien und Bulgarien möchte ich gar nicht erst sprechen. Und Slowenien macht durchaus bemerkenswerte Schritte im Hinblick auf wirtschaftliche Entwicklung.

Ich glaube daher, wenn wir uns als Wiener, die wir gemeinsam in der Wirtschaft tätig sind - und nicht als Stadtverwaltung - die Frage stellen, ob wir die Ostöffnung entsprechend genutzt haben, können wir diese Frage eindeutig mit Ja beantworten. Ja, unter jenen Rahmenbedingungen, die sich dargestellt haben.

Seit 1989 stiegen die Exporte nach Osteuropa um 80 Prozent, während die Importe um 70 Prozent zugenommen haben. Im gesamten Außenhandel Österreichs hat der Osthandel an Wichtigkeit deutlich zugenommen und seinen Anteil von 9 auf 14 Prozent erhöht. Bereits ein Drittel aller Direktinvestitionen im Ausland erfolgt in den Oststaaten. Ungarn ist neben der Bundesrepublik Deutschland das wichtigste Ziel land österreichischer Direktinvestitionen im Ausland geworden.

Seit der Öffnung - das belegt auch eine Studie der Wirtschaftsuniversität, die im Auftrag der Deutschen Handelskammer erstellt wurde - haben rund 200 internationale Unternehmungen Wien als Standort für die Koordination ihrer Wirtschaftsbeziehungen mit den Reformstaaten gewählt. Neben Weltkonzernen wie Coca-Cola, Grundig, IBM, Opel, Philips oder Siemens haben je nach unterschiedlichen Schätzungen 700 bis 800 - manche meinen sogar mehr - international tätige Unternehmungen in Wien den Sitz ihrer Osteuropazentralen.

Umgekehrt haben sich - wie ich einer Schätzung der Bundeswirtschaftskammer entnommen habe - etwa 4 000 Unternehmungen beziehungsweise manchmal nur Stützpunkte aus Staaten Osteuropas in Österreich niedergelassen. Davon wieder ein Großteil in Wien.

Ich glaube, daß sich - vielen Behauptungen zum Trotz - die Anziehungskraft unserer Stadt Wien nach der Ostöffnung im Vergleich zu anderen Städten beträchtlich verstärkt hat. Das bestätigen uns auch viele Studien. Nach einer Studie des WIFO werden unsere

Standortbedingungen für die Bearbeitung der Ostmärkte als sehr gut eingeschätzt.

Ich glaube, daß man gerade, wenn man Marketing betreibt, auch - oder gerade vor allem - auf die positiven Standortfaktoren hinzuweisen hat. Besonders positiv werden vor allem der Zugang zum Ost- beziehungsweise zum Euromarkt, Standortqualitäten wie Ausbildung der Arbeitskräfte, Informationsbeschaffung und Finanzdienstleistungen, das gute Verkehrsnetz, das Kultur- und Freizeitangebot sowie auch die Bildungseinrichtungen - vor allem für die Kinder - beurteilt.

Die durch keine Fakten belegten und sehr häufig politisch gefärbten Behauptungen, daß Wien die Ostöffnung nicht genutzt hätte und der Wirtschaftsstandort Wien unattraktiv wäre, sind daher grundsätzlich falsch. Es sei denn, daß jemand geglaubt hat, wir würden uns im zukünftigen neuen Europa ausschließlich allein bewegen.

Das Paradewerk der österreichischen Motorenerzeugung, das international zu den wettbewerbsstärksten Anbietern zählt, arbeitet in Wien. Ich weiß schon, daß ich das zum x-ten Male hier behaupte. Aber Opel hat sich in Wien-Aspern seit seiner Gründung 1983 - und ich erinnere daran, daß diese Gründung und das Engagement der öffentlichen Gebietskörperschaften keinesfalls unbestritten war - zu einem der bedeutendsten Standorte des weltgrößten Konzerns, nämlich General Motors, entwickelt.

Durch die Entwicklung der neuen Motorengeneration und die Erweiterung der Getriebeproduktion werden in den nächsten Jahren 7,5 Milliarden S investiert. Auch hier haben wir uns nicht ungeteilt in einem besonderen Maße dieser Standortsicherung entsprechend gewidmet und - soweit es den EU-Bestimmungen entspricht - Förderungen gewährt. Wir meinen nämlich, daß gerade bei der Standortentscheidung eines internationalen Konzerns - wenn Sie wollen, eines Multis - ein Standort in dem Maße ungefährdet erscheint, in dem große beziehungsweise bedeutende eigene Investitionen auch auf einem Standort getätigt werden. Denn oft können große Betriebe, bei denen im Verhältnis zum Gesamtkonzern mittelgroße Investitionen getätigt werden, einem Umstrukturierungsprozeß zum Opfer fallen, wenn man nicht besonders aufpaßt.

Ich glaube daher, daß die größte Investition eines einzelnen Industrieunternehmens in Österreich in Wien stattfinden wird. Es kann schließlich niemand behaupten, daß der internationale Konzern General Motors ausgerechnet hier und heute, in dieser Zeit, in Wien gewaltige Beträge investiert, wenn nicht auch aus der Konzernzentrale Wien als ganz besonders wichtiger Standort betrachtet wird. Darüber hinaus hat Opel Austria auch die gesamte PR-Arbeit des gesamten General-Motors-Konzern für den Osten übernommen.
(Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, jetzt könnte man sagen: Mein Gott, wie oft wird dieses Beispiel denn hier noch malträtirt? Aber ich möchte trotzdem bei diesem

Beispiel bleiben, weil wir sehr bewußt - und auch im Gemeinderat kritisiert - weitere Grundstücke im unmittelbaren Bereich von Opel gekauft haben, und zwar deshalb, weil es nämlich viele Zulieferbetriebe gibt, die durch die Synergie eines sehr nahen Standorts von Opel Austria gewinnen werden.

Opel Austria sichert nicht nur selbst mehr als 2 000 Arbeitsplätze, sondern kauft jährlich bei rund 1 400 österreichischen Zulieferfirmen Waren und Dienste im Wert von über 3 Milliarden S ein. Darunter sind viele High-Tech-Teile, wodurch sowohl das Qualitätsniveau als auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Zulieferer steigen, die vielfach Klein- und Mittelbetriebe sind.

Daher haben wir dort sehr bewußt weitere Grundstücke erworben und werden 1997 in diese Betriebsansiedlungen mit entsprechenden Synergien vornehmen.

Meine Damen und Herren, Opel Austria ist kein Einzelfall. Nehmen Sie zum Beispiel Philips mit Sitz in Wien. Hier befindet sich seit der Gründung 1992 der Stützpunkt und die Zentrale dieses Elektronikkonzerns für die Nachbarstaaten im Osten in Wien.

Erst dieser Tage - aber nicht, daß Sie glauben, daß mich das freut - wurde von internationalen Agenturen angekündigt, daß die Videoproduktion von Philips in Nürnberg mit knapp 600 Mitarbeitern mit Ende des Jahres geschlossen wird und weite Bereiche der Produktion von dort ausgerechnet in das Philips-Werk in Wien verlegt werden.

Daher besteht - wie ich meine - durchaus kein Grund zum Jammern, obwohl natürlich nicht alle Bereiche, wo wir uns bemüht haben, tätig zu sein, mit ähnlichen Erfolgen ausgestattet werden konnten.

Meine Damen und Herren, der Wirtschaftsstandort Wien - das möchte ich schon sagen - ist im internationalen Wettbewerb nach wie vor attraktiv und liegt gut im Rennen. 70 Prozent der bei uns tätigen internationalen Unternehmen erwarten sich von einem wirtschaftlichen Aufholen der Oststaaten noch eine weitere Aufwertung ihrer Ostzentralen, wie das WIFO in seiner jüngsten Studie bestätigt.

Auf mittlere Sicht ist ein anhaltendes Wachstum der Ostmärkte natürlich auch der beste Beitrag zu einer weiteren politischen Stabilisierung Osteuropas. Das ist etwas, was wir vor den Toren unserer Stadt auch brauchen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe gesagt, nicht nur Osteuropa hat sich verändert. Für Österreich gab es nicht nur die Ostöffnung, sondern auch so etwas wie eine Westöffnung.

Durch den Beitritt zur Europäischen Union hat sich der große Wunsch vieler in der Wirtschaft Tätiger erfüllt. Es hat sich ein Markt mit rund 370 Millionen Konsumenten geöffnet. Heimische Exporteure leiden nicht mehr unter Diskriminierungen und Zollschränken. Das Warenangebot ist größer, die Teuerungsrate und die Lebensmittelpreise niedrig wie schon lange nicht.

Für einen großen Teil der in Wien ansässigen inter-

nationalen Unternehmen hat der EU-Beitritt auch zu einer Aufwertung des Standorts Österreich geführt - wie kürzlich in einer interessanten Studie des WIFO gleichfalls festgestellt wurde.

Innerhalb des Grundig-Konzerns hat der Standort Wien beispielsweise eine enorme Aufwertung erhalten. Mit einer Investition von 400 Millionen S wurde ein Europavertrieb von Fernsehgeräten angesiedelt. Wir haben Grundig das Grundstück über den Wiener Wirtschaftsförderungsfonds zur Verfügung gestellt und entsprechende Förderungen ausgesprochen.

Meine Damen und Herren, ein Thema, das uns sicher noch beschäftigen wird und das ich ebenfalls noch ansprechen möchte, ist die Frage der Diskussion über die Währungsunion.

Bei aller Emotion, wie man an dieses Thema herangehen kann, ist klar, daß die Währungsunion - egal wann sie kommt, wie die Währung heißen wird und mit welchen formalen Mechanismen sie erreicht wird - eine Riesenerleichterung für Österreichs exportorientierte Wirtschaft sein wird. Es fallen dann nämlich die Wechselkursschwankungen mit den Weichwährungsländern, zu denen unser zweitwichtigster Handelspartner - nämlich Italien - zählt, weg.

Wenn man die Studien genau liest, erkennt man, das Wirtschaftsforschungsinstitut hat errechnet, daß wir ein doppelt so hohes Wirtschaftswachstum haben könnten, wenn Wechselkursschwankungen nicht so viel von unseren Exporterlösen auffressen würden.

Meine Damen und Herren, die Europäische Union hat - und darauf haben wir reagiert - auch die Praxis unserer Wirtschaftsförderungsmaßnahmen verändert. Eine enorme Chance und Herausforderung für die österreichische Wirtschaft haben sich dadurch eröffnet, daß die EU große Summen für innovative Ideen von Unternehmen für technologische Forschung und Entwicklung zur Verfügung stellt.

Ich habe in der Fragestunde Gelegenheit gehabt, das vierte Rahmenprogramm kurz zu streifen. Die besondere Chance im harten internationalen Wettbewerb liegt darin, besser als die Konkurrenz zu sein.

Daher haben wir nicht nur die eigenen Mittel für Innovation von 1995 auf 1996 verdoppelt, sondern wir forcieren im Einvernehmen mit der Wirtschaftskammer über den Wiener Wirtschaftsförderungsfonds die Beratung und Information für Wiener Betriebe, um ihnen zu sagen, welche Möglichkeiten und welche Voraussetzungen man schaffen muß, um an diese enormen, durchaus fließenden Mittel der Europäischen Union heranzukommen. Das Euro-Info-Center des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds wird dazu seinen Beitrag leisten.

Meine Damen und Herren, viele Menschen haben die Veränderungen in Europa für die Wirtschaft gewollt und - wie ich meine - auch erhofft. Viele Menschen stehen diesen Veränderungen aber auch skeptisch gegenüber, weil sich ihre Erwartungen nicht erfüllt haben.

Die Grenzen sind gefallen. Der Markt ist in beide

Richtungen freier und offener geworden. Aber damit ist automatisch auch der Wettbewerb der Unternehmen, der Regionen beziehungsweise der Länder untereinander wesentlich härter geworden. Wer einen freien Markt und keinen Eisernen Vorhang will - das war und ist die Meinung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung -, muß auch zur Kenntnis nehmen, daß sich Menschen und Unternehmen aus Ost- und Westeuropa auch bei uns um wirtschaftlichen Erfolg bemühen, so wie wir dies anderswo tun.

Wien unterscheidet sich aber mehr von anderen Regionen in Europa. Der Umstand, daß sich Wien an einer - das haben wir noch viel zuwenig geprüft - fast einmaligen Bruchlinie im Wohlstands- und Lohnniveau und damit in einer einzigartig harten Wettbewerbssituation befindet, macht es vorerst sehr schwierig.

Die billigen Löhne in Osteuropa ziehen Betriebe nach Osten und Arbeitskräfte nach Westen. Die Billigpreisgeschäfte der österreichischen Nachbarländer ziehen Käufer und Milliarden Schillinge an Kaufkraft nach dem Osten. Diese Milliardenumsätze, meine Damen und Herren, die Österreicher im Ausland machen, fehlen dem heimischen Handel, fehlen faktisch unserer Wirtschaft und kosten Wirtschaftswachstum sowie Tausende heimische Arbeitsplätze.

Ich meine aber, wir sollten dies nicht beklagen. In dieser Situation liegt auch eine bestimmte Chance. Kaum wo in Europa, meine Damen und Herren, steht die Wirtschaft in einem härteren Wettkampf, und zwar aufgrund dieser Bruchlinie. Kaum wo strengt sie sich daher mehr an, wettbewerbsfähig zu bleiben oder zu werden.

Die österreichische Produktivität hat im internationalen Vergleich - ich glaube, es gibt kaum jemand, der das in Abrede stellt - Spitzenwerte erreicht. Diese Wettbewerbskraft wird uns in Zukunft zugute kommen, Aufträge und Arbeitsplätze sichern. Davon bin ich überzeugt.

Wir durchleben im Augenblick keine einfache Zeit. Aber wir werden stärker als manch andere aus diesem Veränderungsprozeß hervorgehen. Auch davon bin ich überzeugt.

Wir müssen und werden daher das Tempo der Technologisierung und Rationalisierung der Weltwirtschaft mitmachen. Es bleibt uns auch gar nichts anderes übrig, als die Produktion je Arbeitskraft zu steigern.

Ich möchte aber doch mit aller Deutlichkeit sagen, daß ich diese Politik insofern sehe, als dies geschehen soll, ohne daß die Sozialniveaus, die wir haben, entscheidend gefährdet werden.

Niedrige Löhne und niedrige Sozialstandards sind gleich mehr Arbeitsplätze, ist eine falsche Formel. Das ist eine Formel, die inhaltlich falsch ist. Sonst wäre in Ländern mit niederen Sozialstandards und niederen Löhnen - wie in Südeuropa - die Arbeitszahl höher. Aber es ist vor allem eine Formel, die wir als Sozialdemokraten entschieden und mit aller Vehemenz ablehnen, weil die Sicherung der Arbeitsplätze nach wie vor die entscheidende Zielsetzung sozialdemokrati-

scher Politik ist und bleibt! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, in den letzten Monaten - je nachdem, ob man in der Regierung oder in der Opposition ist - darüber diskutiert, wie effektiv Sparbudgets sind und welche Auswirkungen solche Budgets haben.

Ich möchte mit aller Deutlichkeit sagen, daß ich meine, wir hätten eine sparsamere öffentliche Haushaltspolitik auch zu machen gehabt, wären wir nicht der Europäischen Union beigetreten. Sonst wäre es auch nicht erklärlich, daß die Schweiz - die bekanntlicherweise nicht der Europäischen Union angehört - 1996 mit einem massiven Sparbudget versucht, in etwa jene Kriterien zu erreichen, die von der Europäischen Union als Maastricht-Kriterien bezeichnet wurden.

Ich meine daher, daß einerseits die Europäische Union zwar die unmittelbare Veranlassung war, aber andererseits es selbstverständlich notwendig war, diesbezüglich bestimmte Überlegungen anzustellen. Man muß aber sagen, daß in dieser schwierigen gesamteuropäischen Wirtschaftssituation gerade dieses Sparpaket in diesem Tempo und in dieser Art dem Arbeitsmarkt aller Länder zusätzliche Probleme bereitet.

Ich stehe nicht an, auch meine Zweifel zu äußern, ob von den öffentlichen Haushalten, von denen in vielen Ländern Wachstums- und Beschäftigungsimpulse ausgehen, diese Ziele in diesem Tempo erreicht werden können. Es ist schließlich kein Zufall, daß das zunehmende Anspringen der japanischen Wirtschaft zu einem ganz großen Teil auf die gewaltigen öffentlichen Investitionen zurückzuführen ist, die seit 1995 in Japan gesetzt werden. Öffentliche Investitionen sind nämlich gerade im Hinblick auf Wirtschaftswachstum, auf Stabilisierung und auf Kontinuität ein Faktor, den man einfach nicht außer acht lassen kann.

Es geht dabei überhaupt nicht um die ideologische Frage mehr Staat und weniger Privat oder mehr Privat und weniger Staat, sondern es geht darum, daß große öffentliche Investitionen einfach auch von den öffentlichen Gebietskörperschaften vorgenommen werden müssen. Hier gilt, jenen Handlungsspielraum, den wir als Stadt haben und der besser ist als anderswo, entsprechend aufrechtzuerhalten.

Wir werden auch in den nächsten Jahren in der Lage sein, dies zu tun! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren, es ist gar keine Frage, daß ein zweites Thema, welches sehr häufig die Diskussion bestimmt, in den Mittelpunkt rückt. Es ist überhaupt keine Frage, daß die Arbeitslosigkeit in Europa - und bedauerlicherweise auch bei uns - heute höher ist als noch vor wenigen Jahren.

Dies hat mehrere Gründe: Weil sich der wirtschaftliche Wettbewerb dramatisch verstärkt hat, weil neue Konkurrenten auf den Markt drängen und Produktivitätssteigerungen notwendig sind, weil von den öffentlichen Haushalten - wie ich bereits erwähnt habe - in Europa weniger Beschäftigungsimpulse ausgehen als

früher, aber auch weil in etlichen Unternehmen der Wert von Dividenden heute mehr zählt als die Mitarbeiter.

Wir sehen dabei nicht zu. Ich weiß, daß ich vor allem vom grünen Klubobmann einmal kritisiert worden bin. Ich glaube, bei der Budgetdebatte hat er gemeint, der Finanzstadtrat stelle sich hin und sage, es sei sozialdemokratische Politik, wenn die Arbeitslosigkeit nicht weiter steigt.

Sozialdemokratische Politik ist, in den gegebenen Rahmenbedingungen die Maxime der Arbeitsplatzsicherung optimal zu nutzen.

Wenn wir uns mit den europäischen Entwicklungen vergleichen, haben wir nicht schlecht abgeschnitten. Während in Europa in den letzten fünf Jahren die Zahl der Arbeitsplätze von 150 Millionen auf 140 Millionen zurückging, meine Damen und Herren, konnte Wien die Zahl seiner Arbeitsplätze in dieser Zeit mit rund 780 000 im Jahresmittel nahezu konstant halten.

Wir haben uns in Wien behauptet und Arbeitsplätze gesichert. In den letzten Monaten hat die Zahl der Arbeitsplätze zugenommen wie schon lange nicht. Wir hatten im Juli in unserer Stadt um 25 000 Arbeitsplätze mehr als im Februar.

Natürlich kenne ich das Argument, das sei das Winterloch. Ich erinnere mich daran, bei der letzten Budgetdebatte hat man mir prognostiziert, dem Winterloch werde ein Sommerloch folgen. Dieses Sommerloch ist aber nicht eingetreten, sondern jene sehr gezielten Maßnahmen arbeitsplatzpolitischer Natur haben dazu beigetragen, daß sich die Zahl der Arbeitslosen im gleichen Zeitraum in Wien um 10 000 verringert hat und sich in der Statistik Wien nicht nur im Vergleich mit anderen Ländern, sondern auch mit den Bundesländern in einem guten Lichte darstellt. Das sind Fakten, die man ganz einfach nicht wegwischen kann.

In Europa ist in den letzten fünf Jahren die Zahl der Arbeitslosen gestiegen. Ich habe zuerst gesagt, es gibt 10 Millionen weniger Arbeitsplätze. Laut den letzten Zahlen sind die Arbeitslosen im gleichen Zeitraum in Europa von 14 auf 18 Millionen - also um 30 Prozent - gestiegen.

In Wien ist die Zahl der Arbeitslosen nicht einmal halb so hoch gestiegen. Wien hat trotz der außerordentlichen Wettbewerbslage - auf die ich hingewiesen habe - die niedrigste Arbeitslosenrate aller Millionenstädte Europas.

Wenn uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, die alleinige Verantwortung für die Arbeitslosigkeit und die Insolvenzen zugeschoben wird - wie es die Freiheitlichen versuchen -, nehmen wir auch die Erfolge bei der Arbeitsplatzbeschaffung für uns allein in Anspruch. Wien liegt im europäischen Umstrukturierungsprozeß doppelt so gut wie die meisten anderen europäischen Länder und weit besser als die Metropolen Europas, weil wir eine offensive Wirtschaftspolitik im Sinne der Grundsätze, die wir seit Jahrzehnten vertreten, betreiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, während vor allem die Freiheitlichen mit Worten wie Rekordarbeitslosigkeit (*StR Mag Hilmar Kabas: Das ist ein existentes Problem!*) und ähnlichem verunsichern und damit wirtschaftsfeindlichen Pessimismus sowie Unzufriedenheit schüren wollen, bemühen wir uns erfolgreich um die Sicherung des Wirtschaftsstandorts. Deshalb sind die erfreulichen Unterschiede Wiens zu anderen Städten kein Zufall.

Es gibt keine andere lokale oder regionale Gebietskörperschaft in Österreich oder in Europa, die trotz Budgetkonsolidierung zur Arbeitsplatzsicherung so viel direkt in die Wirtschaft investiert wie Wien. Die Stadt Wien investiert pro Kopf und Jahr mehr als doppelt so viel wie deutsche Städte. Das ist auch notwendig.

Ich empfehle Ihnen die Lektüre des Berichts des Deutschen Städtetags. Der Deutsche Städtetag hat in einer umfassenden und sehr exakten Studie dargelegt, wie die deutschen Kommunen mit ihrer Finanznot umgehen.

Ich darf Ihnen daraus einige Dinge aufzeigen, damit Sie diese mit der Realität in unserer Stadt vergleichen können. In den Jahren zwischen 1993 und 1996 sind in 37 deutschen Städten - wobei hier nur Städte mit einer Einwohnerschaft von mindestens 300 000 untersucht worden sind - Bäder geschlossen worden, in 56 Städten Büchereien geschlossen worden, in 19 Städten Jugendfreizeiteinrichtungen geschlossen worden und in 23 Städten öffentliche Verkehrslinien minimiert worden.

Straßenerhaltung, Grünpflege, Kultureinrichtungen - ich könnte Ihnen eine ganze Litanei aufzählen - werden geschlossen, nicht deshalb, weil die dort tätigen Kommunalpolitiker diese nicht wollen, sondern weil die finanziellen Möglichkeiten, welche die Gebietskörperschaften haben, nicht mehr ausreichen, um das Ganze zu finanzieren und die Alternative des Privatisierens - wie man es immer wieder hört - in vielen Bereichen keine Alternative ist. Solche Einrichtungen sind nämlich sehr selten kostendeckend zu führen. Deshalb ergibt es überhaupt keinen Sinn, etwas auszugliedern beziehungsweise zu privatisieren und die Belastung für das Budget vom Personal- auf den Sachaufwand hinüberzuschieben.

In unserer Stadt hingegen bauen wir noch immer neue Bäder und haben keines geschlossen, errichten wir Bibliotheken in den Stadterneuerungsgebieten, errichten wir Jugendfreizeiteinrichtungen in den Stadterweiterungsgebieten und halten wir ein kulturelles Angebot sowie eine Vielfalt aufrecht, die ganz einfach das Flair und die Attraktivität dieser Stadt ausmachen. Hier ist die Realität eindeutig.

Wenn wir an allem schuld sind, was in dieser Stadt geschieht, dann geben Sie uns bitte auch die Schuldzuweisung für die Tatsache, daß wir die attraktivste, lebenswerteste und schönste Stadt auf unserem Kontinent sind! Wir übernehmen gern dafür die Verantwortung! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wer-

den auch heuer - und das nicht nur, damit man sagt, es wird anders werden - wieder 46 Milliarden S an öffentlichen Aufträgen, Investitionen und Förderungen in die Wirtschaft fließen lassen. Das wird rund 50 000 Arbeitsplätze sichern und viele neue schaffen. Allein durch den Wiener Wirtschaftsförderungsfonds haben wir in den letzten fünf Jahren 300 Betriebe in Wien ansiedeln können oder ihnen bessere Produktionsmöglichkeiten verschafft und somit 12 000 Arbeitsplätze gesichert.

Ich stehe nicht an, meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang die positive Rolle der Wiener Wirtschaftskammer besonders zu unterstreichen.

Mit dem Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds haben wir ein in Europa einzigartiges Instrument der Sozialpartner zur Direkthilfe für Arbeitnehmer geschaffen, wenn einmal alles schiefgehen sollte. Diese Einrichtung stellt nämlich sicher, daß die Menschen zielgerichtet und durch Höherqualifizierung den neuen Anforderungen für die Wirtschaft entsprechend gerüstet sein können. Auch hier meine ich, daß sich die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer, der Industriellenvereinigung, der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer in besonderer Weise für Wien und in besonders Wien-spezifischer Weise bewährt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist richtig, daß das Wirtschaftswachstum nicht mehr so hoch wie in den vergangenen 20 Jahren ist, als Wien unter den 36 größten europäischen Städten das fünfthöchste Wachstum hatte. Auch diesen Erfolg der vergangenen Jahrzehnte nehmen wir als Sozialdemokraten für uns allein in Anspruch. Unsere - wie Sie sagen - sozialistische Wirtschaftspolitik hat diese Stadt wohlhabend und reich gemacht.

Aber wir leben an dieser besonderen Bruchlinie zwischen Wohlstand und Einkommen und sind einem besonderen Wettbewerb ausgesetzt. Es wird daher einige Zeit brauchen, sich gegen die Billiglohn- und Billigpreiskonkurrenz durchzusetzen.

Meine Damen und Herren, es ist durchaus notwendig und auch richtig, sich einmal die Frage zu stellen, was Wirtschaftswachstum eigentlich ist und wie man diese Zahlen ermittelt.

Wirtschaftswachstum ist jener Prozentsatz, um den das Bruttoinlandsprodukt beziehungsweise das Bruttoregionalprodukt jährlich wächst.

Wien hat unter 206 Regionen der Europäischen Union das viertgrößte Bruttoregionalprodukt. Wir sind also schon ganz oben. Wien ist eine der wirtschaftlich reichsten und erfolgreichsten Städte der Europäischen Union. Auch das ist Ergebnis - wie Sie sagen - unserer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik. Ein geringes prozentuelles Wachstum kann daher in absoluten Zahlen durchaus ein höheres sein als anderswo, wo man weit unten ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, entscheidend ist - und ich habe diese Studien mit großer Aufmerksamkeit gelesen -, wie die Situation unserer Stadt

im Verhältnis zu anderen auf einen Zeitraum in die Zukunft prognostiziert worden ist. Dazu muß ich schon einiges sagen.

Ich lade Sie ein, durchaus bei den Autoren rückzufragen, daß selbst diese Eresco-Studie, die in der Öffentlichkeit diskutiert wird und wo Wien in Zukunft am fünftletzten Platz bei den Wirtschaftswachstumsdaten liegt, mit unglaublicher Vorsicht zu genießen ist, und zwar aus einem Faktum, das mir unbekannt war. Ich nehme an, Ihnen auch, sonst hätten Sie es nicht so polemisch verwendet.

Die Prognosen und Entwicklungen der Städte - Sie können beim WIFO rückfragen, ob ich recht habe - werden nämlich jeweils im März jedes Jahres erstellt. Auch die Eresco-Studie wird im März jedes Jahres erstellt. Aber die Städte der Bundesrepublik zählen etwa im April. Das ist ein Faktor, der jetzt geprüft wird, wie es anderswo ist. Daher sind in dieser Eresco-Studie die Daten von Wien und möglicherweise anderen europäischen Ländern - aber in Wien ganz sicher - aus dem März, wo sämtliche Wirtschaftsforschungsinstitute die Prognosen zurückgenommen haben, eingeflossen, während in Berlin die Daten etwa mit 3,5 Prozent prognostiziertem Wachstum auf der Basis der Daten des Jahres 1995 hochgerechnet sind.

Dem WIFO ist dieses Problem bewußt. Man hofft, auch hier eine Lösung zu finden. Man soll sich zwar nicht zu lange mit Statistiken aufhalten, aber ich glaube, daß sie für die Argumentation durchaus geeignet sind, um bestimmte Schlüsse daraus ziehen zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten für 1996 ein Wirtschaftswachstum für Österreich von ungefähr einem Prozent. Aber die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Konjunktur sind günstig.

In Österreich herrscht praktisch Preisstabilität. Die für die Investitionen entscheidenden langfristigen Zinsen haben auch im internationalen Vergleich ein niedriges Niveau. Die Unternehmensbesteuerung in Österreich ist im internationalen Vergleich äußerst niedrig. Und der Welthandel zeigt eine leichte Erholung.

Ich glaube auch, daß es wichtig, wenn Unternehmer schon sehr stark reagieren und vielleicht sogar realer als dies manche Politiker tun, denn der letzte Konjunkturtest des WIFO beweist, daß in der heimischen Wirtschaft wieder viel mehr Optimismus in bezug auf die Beurteilung der eigenen Zukunftschancen eingezogen ist, als dies noch vor wenigen Monaten der Fall war.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß es durchaus notwendig ist - und das habe ich schon gesagt -, diese Fragen, wo wir stehen, welchen Chancen wir haben und wie wir sie wahrnehmen auch im Verhältnis zu dem, was in den letzten Tagen alles kolportiert worden ist, darzustellen.

Mir hat es - und ich würde es so formulieren - äußerstes Vergnügen bereitet, in den Wahlprogrammen der politischen Parteien, die hier antreten, zu blättern.

Ich werde mich hüten, diese zu qualifizieren. Das steht mir nicht zu. Aber über manche Formulierungen bin ich sehr glücklich, und ich möchte dazu beitragen, daß diese möglichst viele Menschen kennenlernen.

Das quantitativ stärkste Programm ist jenes der Freiheitlichen, das bei näherem Studium und unter Einbeziehung von politischen Äußerungen freiheitlicher Würdenträger als zum qualitativ dünnsten mutiert. Es vertraut vor allem zu einem großen Teil auch auf die Vergeßlichkeit der Menschen.

Ich habe in diesem Programm auch den Abschnitt über Wirtschaft aus ungefähr 20 Seiten gelesen. Darin wünschen sich die Freiheitlichen und fordern auch, Wien zu einem Zentrum der europäischen Wirtschaft zu machen und entsprechend darzustellen.

Ich möchte doch daran erinnern, daß die FPÖ - und ich nehme diese Entscheidung auch zur Kenntnis - wesentlich dazu beigetragen hat, daß ein ganz wichtiges weltwirtschaftliches Ereignis nicht zur Durchführung kam, nämlich die EXPO. Ich sage das ganz deutlich, weil ich es nach wie vor für einen Fehler halte.

Jeder fachlich damit Beschäftigte weiß, daß ein solches Ereignis zu unglaublichen gemeinsamen Kraftanstrengungen - besonders im Bereich der Infrastrukturinvestitionen - führen muß. Informieren Sie sich zum Beispiel über die gewaltigen Verkehrsinvestitionen, die derzeit in Hannover im Hinblick auf die EXPO 2000 laufen.

Nicht, daß ich glaube, EXPO ist alles, aber stellen Sie sich vor, meine Damen und Herren, in diesem Jahr - 1996 - würde die Welt auf Wien und Österreich blicken, gerade in einer Zeit, in der es ungemein wichtig wäre, Mittelpunkt weltwirtschaftlicher Begegnungen zu sein. Wir versuchen nun mit vielen Ersatzhandlungen, dies herbeizuführen.

Im Programm der Freiheitlichen werden Dinge gefordert, die unglaublich hohe öffentliche Investitionen erfordern, und zwar alles gleichzeitig: mehr Straßen, mehr öffentlicher Verkehr, mehr Grün, mehr Freizeiteinrichtungen, mehr Kindergärten, mehr Schulen - diese Liste könnte man endlos lange fortsetzen. Es gibt kaum ein Thema, in dem die Freiheitlichen nicht mehr verlangen, außer dem, alles mit weniger Steuern zu erreichen.

Ihre Politik, meine Damen und Herren, würde den öffentlichen Haushalt Wien - falls es so etwas bei einer Gebietskörperschaft gäbe - in den glatten Konkurs führen. Während Sie über die Schulden Wiens klagen, davon reden, daß das Budget sanierungsreif wäre und teure Investitionen fordern, verlangen Sie gleichzeitig die Senkung der gesamten Steuerquote von derzeit knapp 43 Prozent auf 40 Prozent. Das kostet unsere Stadt Einnahmen von 6 Milliarden S und würde entweder das Defizit beinahe verdoppeln oder hätte aufgrund von Ausgabenkürzungen die Vernichtung von 6 000 Arbeitsplätzen zur Folge.

Ihr Programm kann ich nur so bewerten: Sie hoffen auf viel, Sie glauben an manches, aber Sie wissen mit absoluter Bestimmtheit, daß Sie von den Wienerinnen

und Wienern nie zur Verantwortung gerufen werden!

Meine Damen und Herren, Programme und Aussagen der ÖVP sind auch nicht einfach einzuordnen. Es kommt immer darauf an, von welchem Bund der entsprechende Mandatar kommt.

Ich finde es etwa bemerkenswert, wie die Volkspartei mit dem Budget der Stadt Wien umgehen will. Auf der einen Seite erwartet man sich Wirtschaftsimpulse und auf der anderen Seite sollen der Stadt gleichfalls die Mittel gestrichen werden.

Sie beklagen die Belastung der Wirtschaft durch Abgaben und fordern einen Gebührenstopp, den es nebenbei seit zwei Jahren gibt.

Ihre Forderung nach Abschaffung der Getränkesteuer, der U-Bahn-Abgabe oder auch der Ankündigungs- und Anzeigenabgabe würde das Budget um mehr als 2 Milliarden S schmälern (*Abg. Johannes Prochaska: Das bringt die Pasterk spielend herein!*), was entweder wieder auf dem Investitionsbereich oder auf dem Sozialbereich Auswirkungen hätte.

Ich habe aber bei der ÖVP - und das sage ich schon mit aller Deutlichkeit, weil mich das fast gestört hat - den nötigen Lokalpatriotismus vermißt, als uns westliche Bundesländer und vor allem der Herr Landeshauptmann von Salzburg kürzlich völlig zu Unrecht vorgeworfen haben, daß wir auf ihre Kosten gut leben würden.

Ich habe in der Fragestunde bereits kurz dargestellt, daß Sie doch auch wissen müssen, daß Wien in den Finanzausgleich um 10 Milliarden S mehr einzahlt als es herausbekommt und damit mit Abstand der größte Nettozahler ist. Die Wahrheit ist, daß die meisten anderen Bundesländer auf Kosten Wiens gut leben.

Ich meine, daß eine solidarische Äußerung einer doch wichtigen Partei in diesem Hause die Regierungsposition möglicherweise gestärkt hätte. Daher waren wir lieber stumm.

Wenn man vom Abbau der Bürokratie redet, so haben wir Maßnahmen gesetzt. Jetzt ist Ihr Wirtschaftsminister am Zug. Sie haben mich als Partner, wenn Sie ihn unter Druck setzen und wenn es darum geht, auch die Gewerbeordnung entsprechend zu entrümpeln.

Zu den GRÜNEN möchte ich nur sagen, daß ich nach wie vor auf deren Konzepte warte, wie etwa das angekündigte WED-Alternativkonzept oder das angekündigte 30 Milliarden-S-Alternativpaket.

Ich habe das grüne Programm gelesen. Das einzig Interessante dieses Programms ist die Einleitung, in der die GRÜNEN Wien loben, die Sozialdemokraten, und damit eine Meisterleistung politischer Wahrhaftigkeit an den Tag legen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch in aller Kürze darauf eingehen, wie wir meinen, daß Wirtschaft in dieser Stadt in den nächsten Jahren über die Bühne gehen sollte.

Ich glaube, wir können sagen, daß wir erstens für Aufträge und Beschäftigung zu sorgen haben. Die Stadt Wien setzt und wird weiterhin durch das Budget

der Stadt Wien Impulse für die Wirtschaft setzen. 46 Milliarden S heuer. Die Strukturen für die Zukunft sind ähnlich. Wir werden die Infrastruktur verbessern und damit entsprechende Arbeitsplätze schaffen.

Zweitens bauen wir die Infrastruktur der Stadt aus. Wir haben mit dem Bund das 30-Milliarden-S-Paket vereinbart, das technische und auch wissenschaftliche Infrastruktur in dieser Stadt fördert.

Wir verdoppeln drittens wichtige Bereiche der Wirtschaftsförderung, vor allem im Innovationsbereich.

Wir engagieren uns viertens bei der Telekommunikation. Mit dem Netz der Kabel-TV verfügt Wien bereits über eines der größten Netze Europas. Durch den Ausbau des Citynets der Wiener Stadtwerke wird zusätzlich einer hochleistungsfähiger Datenhighway entstehen.

Wir verbessern fünftens die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Erst vor wenigen Wochen haben wir einen großen Schritt zur Vereinfachung unternehmerischen Handelns durch eine radikale Reform der Bauordnung gesetzt. Ebenso fordern wir eine radikale Entrümpelung der Gewerbeordnung.

Wir schaffen sechstens Platz für Unternehmungen. Die Entwicklung des Industrieparks Nord ist zum Beispiel bereits im Gange, ebenso der Umbau einer alten Industriefläche. Weitere Grundstücke stehen zur Verfügung.

Wir holen siebentens EU-Gelder - darüber wurde gesprochen - mit all den Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, nach Wien.

Wir kümmern uns achters um die Arbeitnehmer in einer Weise, die nirgendwo sonst in Europa existiert. Etwa durch den ArbeitnehmerInnenförderungsfonds, der ganz einfach den Menschen hilft, jene Chancen wahrzunehmen, die sie brauchen.

Wir verschaffen neuntens den Frauen neue Berufschancen. Wir kümmern uns ganz besonders um die Anliegen der Frauen. Wir haben ein eigenes Programm, das gewährleisten soll, nach Jahren der Kindererziehung wieder in das Berufsleben einsteigen zu können.

Wir machen zehntens den Wirtschaftsstandort bekannt. Wir sind leistungsfähig, brauchen aber im globalen Wettbewerb mehr Werbung also eine große internationale Marketingoffensive. Gemeinsam mit der Wirtschaftskammer haben wir entsprechende, durchaus erfolgreiche Aktivitäten in China und Japan, begonnen. Unsere Brüsseler Niederlassung wird mit-helfen, den Standort Wien als Ost-West-Drehscheibe in Europa offensiv zu bewerben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen ganz klar, daß wir elftens die Finanzen dieser Stadt durch eine Budgetpolitik sichern, die nicht leichtfertig auf Einnahmen verzichtet, sich aber gleichzeitig um eine Ausgabenstraffung bemüht, die nicht auf Kosten von Investitionen sowie sozialen Dienstleistungen geht. Wir werden den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum dieser Stadt auch in Zukunft sichern und Wien lebenswert erhalten.

Nicht zuletzt ist auch die Erhaltung der einmaligen Umweltlebensqualität und Sicherheit unserer Stadt ein wichtiger Faktor für unsere Wirtschaft geworden.

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht mißverstanden werden, daß all das, was wir vorhaben, Wahlpropaganda ist. Wir können historisch belegen, wie wir die Herausforderung angenommen haben und die Zukunftsperspektive ableiten.

Ich habe Ihnen Eckdaten des künftigen wirtschaftlichen Handelns dieser Stadt vorgestellt, wenn es nach unseren Überlegungen geht. Es ist ein Programm für mehr Investitionen und Beschäftigung. Es ist ein Programm für ein wirtschaftlich leistungsfähiges Wien, das seinen Menschen einerseits Arbeitsplätze und gute Einkommen bietet, das außergewöhnliche soziale Leistungen ermöglicht und das unsere Position in einer veränderten Weltwirtschaft stärkt.

Ich glaube, es gibt keinen Grund, verzagt in die Zukunft zu blicken. Wer das dennoch aus wahltaktischen Gründen tut, schadet unserer Stadt zutiefst. "In Österreich ist die Stimmung schlechter als die Lage," hat heuer die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" geschrieben.

Ich meine, daß noch nie eine Generation so viele Chancen gehabt hat, ihre Zukunft zu gestalten, diese sozialdemokratische Politik, meine Damen und Herren, angewandt wie in Wien, bietet dafür eine solide Basis!

Das soll so bleiben! Dafür werden wir sorgen! Und dabei werden uns die Wienerinnen und Wiener unterstützen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsidentin Erika Stubenvoll: Ich danke dem Herrn amtsf StR Rudolf Edlinger für seinen Bericht.

Gemäß § 17 der Geschäftsordnung hat sich Herr amtsf StR Swoboda zu einer Mitteilung zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. *(GR Ing Peter Westenthaler: Die Kontrarede kommt jetzt! - GR Johannes Prochaska: Er widerspricht ihm jetzt! - GR Ing Peter Westenthaler: Wenn nicht, werden wir das tun!)*

Amtsf StR Dr Hannes Swoboda: Wenn Sie noch Gelegenheit dazu haben! Ich hoffe, daß Ihnen die Argumente nicht ausgehen werden!

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Als ich diesem Hohen Hause den Stadtentwicklungsplan vorgelegt habe, habe ich davon gesprochen, daß ich der Meinung bin, diese Stadt hat es nicht nur nötig, sondern macht es auch möglich, eine neue Gründerzeit zu beginnen, und zwar nicht nur eine zweite, sondern sozial und ökologisch.

Ich darf daher, Frau Präsidentin und meine sehr verehrten Damen und Herren, ein bißchen reflektieren, inwieweit dies gelungen ist und welche weiteren Schritte sowie Maßnahmen notwendig sind.

All das, was Kollege Edlinger hier gesagt hat - das wird Sie nicht verwundern - ist etwas, das ich nur voll und ganz unterstreichen kann. Kollege Edlinger hat schon einiges erwähnt, aber ich darf hier in aller Offenheit ein paar Punkte anführen, wie ich glaube, daß sich diese Stadt weiterentwickeln soll.

Die Welt hört nicht mit dem 13. Oktober 1996 auf. Sie wird in Wien - davon bin ich fest überzeugt - eine sozialdemokratische Welt bleiben, welche die neuen Herausforderungen, die auf uns zukommen, auch meistern wird.

Erster Punkt: Es ist gelungen - Kollege Edlinger hat das bereits im Detail geschildert -, eine Fülle neuer Industrie- und Gewerbestandorte aufzuweisen. Kein Betrieb, der in Wien seine Pforten öffnen möchte, kann damit argumentieren, es gäbe hier nicht genügend Grundstücke, Liegenschaften beziehungsweise Standorte dafür.

Uns alle schmerzt es, wenn sich ein Betrieb nicht in Wien, sondern vor den Toren Wiens ansiedelt. Uns alle schmerzt es, wenn der eine oder andere Betrieb aus dem dicht verbauten Gebiet eine Umsiedlung wünscht.

Meine Damen und Herren, Kollege Edlinger, Herr Präsident Nettig und meine Wenigkeit waren erst vor kurzer Zeit in einem Betrieb im 16. Bezirk, wo wir alle zustimmend nickend zur Kenntnis genommen haben, daß sich dieser Betrieb anderswo ansiedeln möchte, weil er sich in zu beengten Räumlichkeiten befindet. Gott sei Dank bleibt er in Wien, weil der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds eine Alternative anbietet.

Wir alle mußten zur Kenntnis nehmen, daß dieser Betrieb von sich aus gemeint hat, daß gerade durch die Verkehrsanlieferung mit Sattelschleppern in einem schönen Wohngebiet beziehungsweise in einem - gerade auch durch das "URBAN"-Projekt - immer schöner werdenden Wohngebiet nicht mehr der richtige Platz für den Betriebsstandort ist.

So gibt es Hunderte Beispiele, wo Sie mit Recht monieren, warum der Betrieb nicht bleibt. Sie haben aber genauso wie wir alle, dadurch, daß wir den Menschen dieser Stadt Lebensqualität bieten wollen, dazu beigetragen, daß es eine gewisse Entmischung gibt.

Wir alle müssen danach trachten, daß diese Entmischung zwischen Wohnung und Arbeiten nicht zu weit geht. Vielleicht haben wir jedem ein bißchen zuviel versprochen, ohne Lärm, ohne Gestank und ohne Probleme leben und wohnen zu können, aber dennoch in seiner Nähe einen Arbeitsplatz zu haben.

Ich glaube, daß die Aktivitäten des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds - auch die Aktivitäten der Planung - in vielen Fällen dazu beigetragen haben, die Umsiedlung beziehungsweise die Umstrukturierung möglichst angenehm und möglichst stadtgerecht zu gestalten.

Wenn es heute im Gemeinderat einen Flächenwidmungsplan gibt, über den unterschiedliche Diskussionen stattfinden werden und unterschiedliche Meinungen herrschen, darf ich auch erwähnen, daß es gerade viele Betriebe und Unternehmungen sind, die im Interesse der Finanzierung ihrer Expansion beziehungsweise ihrer Umsiedlung eigentlich den Grundstein dafür legen, daß statt einer Betriebswidmung eine Wohnwidmung erfolgt. Es ist nicht die Stadt, die diese Widmungen zurückdrängt. Es sind die Unternehmungen, die diese Umwidmungen vielfach haben wollen.

Dort, wo es geht - wir hatten unlängst einen Fall im 5. Bezirk -, haben wir uns gemeinsam bemüht, die Existenz der Betriebe im dicht verbauten Gebiet zu erhalten.

Zweitens: Wir haben in den letzten Jahren eine Vielzahl von Büro- und Dienstleistungsstandorten geschaffen.

Vielfach wird - auch vom Kollegen Pilz - moniert, daß diese Standorte noch nicht entsprechend ausgebaut worden sind, egal ob es sich jetzt um den Standort WED oder um den Standort Wien-Mitte handelt.

Auch uns tut es manchmal weh, daß die Standorte nicht schon fertig sind, wie wir uns das vielleicht gewünscht haben. Aber die Stadt hat einen ungeheuren Vorteil gegenüber vielen anderen Städten, wenn Sie zum Beispiel nach Berlin, Köln et cetera schauen. Die Bürostandorte wurden durch die Vorsicht der Stadt, aber vor allem durch die Vorsicht der Unternehmer nicht vorzeitig ausgebaut. Wir haben daher nach wie vor mit einer relativ geringen Leerstellungsrate zu rechnen. Was es für einen Büromarkt bedeutet und heißt, eine hohe Leerstellungsrate und verfallende Bürohäuser zu haben, weil sich niemand ansiedelt, kann man sich auch vorstellen.

In diesem Sinne hat jeder Investor, der nach Wien kommen möchte - und es kommen trotz aller Unkenrufe immer mehr Investoren - die Möglichkeit, rasch einen dieser Standorte auszubauen. Wir sind auf diese Nachfrage gut vorbereitet.

Drittens: Die Verkehrsinfrastruktur.

Wenn Sie heute die Verkehrsinfrastruktur ansehen und schauen, was vor fünf oder zehn Jahren vorhanden war, sind es mehr Kilometer U-Bahn, bessere S-Bahn-Anbindungen, aber auch ausgebauter Straßenbahn- und U-Bahn-Systeme. Ich würde mir wünschen, wir hätten im Straßenbau manches erreichen können, aber aufgrund des Bundesbudgets gab es diesbezüglich Grenzen.

Wenn heute Herr Klubobmann Pawkowicz meint, daß man durch ein Auflassen des Aufmarsches am 1. Mai und durch die Streichung der Subvention für die Kinderfreunde - andere hat er nicht erwähnt - Riestunnelprojekte in Wien finanzieren kann, sind wir, glaube ich, alle sehr auf seine Mitteilung gespannt, wie die vermeintliche beziehungsweise von ihm entdeckte Subvention des Mai-Aufmarsches zum Bau vieler Tunnel in Wien umgeschichtet werden kann.

Ich glaube, man sollte auch in einem Wahlkampf bei der Realität bleiben. *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Ich habe nur gesagt, daß man den Mai-Aufmarsch tieferlegen soll!)* Das ist es! Sie wollen anscheinend die ganze Stadt tieferlegen! Das ist natürlich auch eine Möglichkeit! *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Nein! Nur den Maiaufmarsch, habe ich gesagt!)*

Wir haben in dieser Stadt so viel herzuzeigen, daß wir weder eine Tieferlegung des 1.-Mai-Aufmarsches noch der übrigen Stadt für notwendig erachten! *(Beifall)*

bei der SPÖ.)

Das 30-Milliarden-S-Paket hingegen, Herr Klubobmann Pawkowicz, ist eine reelle Alternative. Es wird sicherlich darauf ankommen, die Zusagen des Bundes möglichst rasch und entsprechend einzufordern. Die Planungen sind gerade für den S-Bahn-Ausbau geeignet.

Ich werde heute in der Fragestunde des Gemeinderats noch die Gelegenheit dazu haben, einer Mandatarin darzulegen, wie die U-Bahn-Planungen in dieser Stadt vorangehen, sodaß pünktlich mit dem Datum, wo aufgehört wird, bei der U 3 zu bauen, die neuen Baustellen für die neue U-Bahn errichtet werden können.

Es geht aber nicht nur um die übergeordnete Infrastruktur, sondern auch um die lokale Infrastruktur. Diesbezüglich hat sich der Herr Klubobmann Pilz Gedanken gemacht oder versprochen, Gedanken zu machen, wie man die Widmungsgewinne von den Grundstückseigentümern im Interesse der Stadt umwidmen kann.

Während sich der Kollege Pilz Gedanken darüber macht, haben wir gehandelt. Sie finden heute im Gemeinderat Flächenwidmungsakte und andere Akte, die vorexerzieren, wie wir in der Zukunft vorzugehen haben.

Ich halte es auf die Dauer für unakzeptabel, daß Grundstückseigentümer ohne eigenen Beitrag durch die Umwidmung einen Riesengewinn machen und auch keinen eigenen Beitrag für die Infrastruktur leisten.

Wir haben uns in der Sozialdemokratie seit langem darüber Gedanken gemacht, wie wir das rechtlich in den Griff bekommen. Aufgrund der verfassungsrechtlichen Situation ist dies schwer bis fast unmöglich.

Wir haben jetzt, wo wir sehr viele Grundstücke haben und nicht auf einzelne Grundstücke angewiesen sind, erstmals einen Mechanismus in Gang gesetzt. Ich bin der Firma Wienerberger durchaus dankbar dafür, daß es in einem sehr konstruktiven Gespräch mit der Stadt Wien ein Beispiel dafür gibt, was auch viele andere Grundstückseigentümer in der Zukunft zu tun haben werden.

Es geht mir nicht darum, Eigentum oder Grundstückseigentümer zu verteufeln, aber wenn wir in unseren Programmen die Sozialpflichtigkeit des Eigentums haben, gilt das insbesondere für das Grundeigentum. Wenn jemand aufgrund der Umwidmung durch den Gemeinderat der Stadt Wien Gewinne macht, muß er einen Teil dieses Gewinns der Allgemeinheit beziehungsweise der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Das haben wir erstmals in Gang gesetzt. Das werden wir auch in Zukunft so handhaben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vierter Punkt: Diese Stadt hat es nicht nur unter Zustimmung und Mitarbeit der Sozialdemokratie, sondern auch vieler anderer - dafür möchte ich mich sehr herzlich bedanken -, aber unter Leitung der Sozialdemokratie, geschafft, mit der neuen Wiener Bauordnung einen wesentlichen Schritt der Entbürokratisierung zu

setzen. Heute wird in diesem Landtag bei den Kleingärten noch ein Nachvollzug beziehungsweise sogar eine Verstärkung erfolgen.

Wenn sich daher der Parteivorsitzende der Österreichischen Volkspartei, Herr Görg, Gedanken über eine Entbürokratisierung macht, würde ich mir wünschen, daß er auch seinen Einfluß geltend macht, damit das, was auch Kollege Edlinger gesagt hat, passiert, nämlich daß der Bund in jenen Bereichen, wo er zuständig ist - vor allem im Bereich der Gewerbeordnung - solche Schritte der Entbürokratisierung setzt.

Wir sind mit gutem Beispiel vorangegangen. Ich hoffe, daß der Herr Wirtschaftsminister entgegen seiner ersten Ankündigung - daß eine Reform der Gewerbeordnung gar nicht so wichtig ist - entsprechend folgen wird.

Ich beobachte durchaus mit Freude, daß sich in bezug auf die für die Stadt Wien wichtige Frage der Ladenöffnungszeiten eine Einigung zwischen Unternehmer, Gewerkschaftsseite und der Bundesregierung abzeichnet. Diese Stadt hat seit längerer Zeit deutlich gemacht, daß wir gerade im Tourismus mehr Einnahmen, aber auch mehr Arbeitsplätze schaffen könnten, wenn die Ladenöffnungszeiten - unter Wahrung der Rechte der Arbeitnehmer - flexibler werden.

Wir Sozialdemokraten lehnen jedenfalls ab, daß die Flexibilisierung der Arbeitswelt auf Kosten der Arbeitnehmer erfolgt! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das wäre allzu billig und allzu einfach. Wir als Sozialdemokraten müssen aber ermöglichen, daß wir die Flexibilisierung dazu verwenden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Diesbezüglich hat die Gewerkschaft in den vergangenen Wochen sehr viele positive Signale ausgesendet. Ich würde mir wünschen, auch die Arbeitgeberseite hätte ähnliches gemacht.

Eine Tourismusstadt wie Wien würde durch flexiblere und längere Öffnungszeiten gewinnen, wenn diese vernünftig gestaltet werden, und könnte zusätzlich vor allem auch den Frauen Arbeitsmöglichkeiten geben. Ich hoffe, daß es bald zu einer Einigung der Sozialpartner auf diesem Gebiet kommt.

Fünftens: Jede Stadt kann einen Wettbewerb nur gewinnen, wenn sie genügend Arbeitskräfte und genügend qualifizierte Arbeitskräfte hat.

Ich möchte nicht auf die ganzen Qualifizierungsprogramme eingehen. Den ArbeitnehmerInnenförderungsfonds hat bereits der Kollege Edlinger erwähnt. Es geht aber auch um die ausreichende Anzahl der Arbeitskräfte.

In diesem Zusammenhang darf ich ein paar Worte zur Frage der Zuwanderung und Immigration der Gastarbeiter sagen. Dies ist ein Thema, das mich nicht nur persönlich immer interessiert hat, sondern ein Thema, das ich auch für sehr wichtig halte.

Meine Damen und Herren, wenn man sich die Zahlen anschaut, sieht man, daß es in den Jahren bis ungefähr 1992 eine sehr starke Zuwanderung nach Wien gegeben hat. Die starke Zuwanderung fand nicht nur deshalb statt, weil Tür und Tor geöffnet worden

sind, sondern weil es insbesondere durch den Krieg im früheren Jugoslawien notwendig und human war, viele aufzunehmen, ohne im Einzelfall zu schauen, ob der Arbeitsmarkt genug Bereitschaft zeigt, all diesen Menschen eine Beschäftigung zu geben.

Ich habe schon vor dem Jahr 1989 aufgrund einer Studie, welche die Planung gemacht hat, darauf hingewiesen, daß ich eine durchschnittliche Zuwanderungsrate von ungefähr 6 000 für vertretbar und vertragbar halte, aber eine darüber hinaus gehende Zuwanderung nicht mit der Entwicklung dieser Stadt in Einklang zu bringen ist.

Wenn es aufgrund einer besonderen Situation - nämlich der kriegserischen Situation in Jugoslawien - eine Zeitlang eine sehr starke Zuwanderung gegeben hat, ist es absolut richtig, die Zuwanderung in den Jahren danach zu begrenzen. Das hat die Bundesregierung gemacht und die Stadt Wien voll unterstützt.

Wenn Sie sich die Zahlen der Jahre 1993, 1994, 1995 und Anfang 1996 anschauen, sehen Sie eine sehr deutliche Begrenzung der Zuwanderung in dieser Stadt im Einvernehmen mit der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Ebenso wie der Herr Landeshauptmann habe ich immer wieder betont, wie wichtig es ist, jenen Gastarbeitern beziehungsweise Ausländern, die sich in dieser Stadt befinden, die Möglichkeit der Integration zu geben. Aber ebenso wie der Herr Landeshauptmann habe ich auch darauf hingewiesen, daß dies nur möglich ist, wenn es eine begrenzte und kontrollierte Zuwanderung gibt.

Auch die Grüne Alternative hat sich in der letzten Zeit ein bißchen in Zurückhaltung geübt, weil sie auch gemerkt hat, daß eine völlig liberale beziehungsweise offene Zuwanderungspolitik nicht sozial ist und weder den Österreichern, die schon hier sind, noch den Gastarbeitern, die hier sind, und auch nicht denen, die zuwandern möchten, wirklich die Möglichkeit einer Beschäftigung gibt.

Ich meine daher, daß wir bei der Politik, die wir in den letzten Jahren vom Grundsatz her gestaltet haben, bleiben sollen, und nur eine begrenzte und kontrollierte Zuwanderung es möglich macht, jene Integrationsaufgabe zu erfüllen, für die wir Sozialdemokraten gerade stehen.

Niemand kann der Sozialdemokratie in dieser Stadt vorwerfen, daß sie nichts für diese Integration getan hat! Und niemand kann der Sozialdemokratie vorwerfen, daß sie nicht eine humane und anständige Ausländerpolitik - genau in diesem Sinne - betreibt! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sechstens: Die Sicherheit ist einer der wesentlichen Faktoren für die Entscheidung, ob ein Betrieb beziehungsweise ein Unternehmen in diese Stadt zuwandert oder ob Touristen in diese Stadt kommen.

Wo immer Sie hinkommen - ich glaube, das wissen Sie auch - wird die Sicherheit von der Kriminalität bis zur Verkehrssicherheit besonders gelobt und geschätzt.

Ich meine daher, daß Sicherheit kein Wahlkampfthema sein dürfte. Wenn, dann wäre es ein Wahlkampfthema, das wir als Sozialdemokraten - mit den Erfolgen, die wir erzielt haben - in den Vordergrund rücken könnten, egal ob es die Kriminalitätsrate selbst, die Aufklärungsrate von Straftaten oder ein rapides Absinken der Unfallraten in den vergangenen Jahren ist.

Sicherheit ist etwas, das wir mit Stolz herzeigen können! Aber Sicherheit ist auch etwas, das zu heikel ist, um in eine Wahlkampfauseinandersetzung einbezogen zu werden!

Siebtens: Wir sind eine Stadt mit Lebensqualität und haben diese Lebensqualität in den vergangenen Jahren sicherlich noch besonders ausgebaut.

Etwas, das heutzutage von den Oppositionsparteien manchmal kritisiert wird, ist aber für mich etwas, das besonders wichtig ist. Diese Stadt hat insbesondere unter Bgm Zilk begonnen, Fest, Feierlichkeiten und Festivitäten noch stärker in den Vordergrund zu rücken. Diese Stadt hat dies unter Bgm Häupl besonders verstärkt.

Es gibt einige, die sich in den letzten Wochen und Monaten darüber beklagt haben. Aber kaum etwas führt zu einer solch starken Integration unterschiedlicher sozialer Schichten, kaum etwas führt zu einer solch starken Integration von In- und Ausländern, kaum etwas führt zu einer solch starken Integration ausländischer Gäste, nämlich Touristen, und kaum etwas führt zu einer solch starken Integration unserer Jugend in unsere Gesellschaft wie die vielen Festlichkeiten und Feste, die in dieser Stadt stattfinden.

Es geht nicht darum, nur einigen Unternehmungen ein Geschäft zu ermöglichen. Es geht nicht nur darum, Spiel, Spaß und kulturelles Angebot zu erweitern. Die Feste, die in dieser Stadt stattfinden - von den Festlichkeiten im Rathaus bis zu den Festlichkeiten, die im 9. Bezirk stattfinden - mögen den einen oder anderen etwas beunruhigen, sind aber in Wirklichkeit ein Signal für die Lebendigkeit dieser Stadt.

Ich würde mir wünschen, daß es bezüglich der Planung, der Hebung der Standortqualität bis zur Frage der Attraktivität für den Tourismus nicht Kritik an diesen Festen gibt, sondern Überlegungen, wie man in dieser Stadt noch mehr Fest für die Bewohner, die Ausländer und die ausländischen Gäste im Sinne der Touristen schaffen kann.

Achtens: Ein wesentlicher Punkt, den wir in den nächsten Jahren noch ausweiten müssen, ist sicherlich das Marketing für die Stadttechnologien, die wir in dieser Stadt erarbeitet haben, wie zum Beispiel die ungemeine Qualität auf dem Gebiet der Umwelttechnologien und auf dem Gebiet der Verkehrstechnologien.

Ich glaube, es ist geradezu eine Verantwortung der Stadt, diese Technologien nicht nur in der eigenen Stadt anzuwenden, sondern auch anderen anzubieten, und zwar jenen, die Hilfe nötig haben, wie zum Beispiel unsere Zusammenarbeit mit Sarajevo, mir Beirut

und mit Gaza, aber auch jenen anzubieten, die gern unsere Technologien kaufen.

Die erfolgreichen Gespräche, die wir zum Beispiel mit Peking zur Etablierung einer Müllverbrennungsanlage und auch mit anderen Städten, vor allem Osteuropas, führen, um auf diesem Gebiet unsere Technologien, die wir in Wien positiv anwenden, verkaufen zu können, sind ein nicht unwesentlicher Beitrag zur Stärkung der Arbeitsplatzsituation in unserer Stadt.

Neuntens: Kollege Edlinger hat ebenfalls erwähnt, daß das Marketing in den vergangenen Jahren sehr stark ausgebaut worden ist.

Dieses Stadtmarketing, das wir vor allem mit dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds und insbesondere auch mit der Wiener Wirtschaftskammer betreiben, hat bereits große Erfolge erzielt.

Ich möchte mich auch hier dem Dank anschließen, und zwar nicht nur an den Kollegen Edlinger, sondern auch an den Präsidenten Nettig, der jenseits parteipolitischer Auseinandersetzungen - die wir in diesem Hause und in dieser Stadt eben auch zu führen haben - bei der Präsentation nach außen immer klar und deutlich gemacht hat, daß wir die Stadt und die Wirtschaft präsentieren.

Ich glaube, daß die Teilnahme beziehungsweise Partizipation der Wirtschaft an den Präsentationen der Stadt im Ausland ein wesentlicher Faktor für den Erfolg sind. Nicht nur das Büro in Brüssel und die Büros in Hongkong und Tokio, sondern auch unser Auftreten in verschiedenen anderen Regionen hat gezeigt, wie beliebt sowie anerkannt diese Stadt ist und wie wichtig es ist, weil wir auch im Ausland österreichische und Wiener Arbeitsplätze zu sichern haben.

Zehntens: Wien hat eine besondere Lage als Standort zwischen West und Ost.

Deshalb sind auch die Vereinten Nationen nach Wien gekommen. Wir wissen aber gleichzeitig, daß dieser Standort der Vereinten Nationen in gewissen Teilbereichen gefährdet ist. Darum ist es ganz wichtig, in Zusammenarbeit mit der österreichischen Bundesregierung diesen Standort abzusichern und neue internationale Organisationen nach Wien zu bekommen. Das gilt für die UNO. Das gilt aber sicherlich auch für die Europäische Union.

Die CTBTO - jene Organisation, welche die Atomteststoppabkommen überprüfen soll, sollte sicherlich nach Wien kommen. Ich bin diesbezüglich der Bundesregierung dankbar, daß sie das eindeutig unterstützt.

Ähnliche Initiativen werden betreffend die Europäische Union zu setzen sein. Ich glaube, daß insbesondere auch im Zusammenhang mit der Vorsitzführung Österreichs bei der Europäischen Union 1998 diese Stadt besondere Aktivitäten zu setzen hat beziehungsweise die Bundesregierung besondere Aktivitäten für diese Stadt zu setzen hat.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, meine ich nicht, daß alles schon abgeschlossen ist. Gerade die Sozialdemokratie hat eine Reihe von Vorschlägen

gemacht, wie diese Stadt weiterentwickelt werden soll.

Dabei scheint mir vor allem auch sehr wichtig zu sein, daß wir alle die Arbeitsplatzsituation nur verbessern können, indem immer wieder neue Initiativen gesetzt werden. Die Arbeitsplatzsituation ist das, was den Menschen in dieser Stadt am meisten Sorge bereitet, obwohl im Vergleich mit vielen anderen Städten und Regionen eine extrem gute Arbeitsplatzsituation gegeben ist. Aber keiner von diesen Arbeitsplätzen ist automatisch und für immer gesichert. Immer wieder müssen neue Initiativen gesetzt werden.

Ich meine, daß die politischen Auseinandersetzungen der kommenden Monate und die Zeit danach nicht dazu führen dürfen, daß Initiativen, die viele in dieser Stadt setzen, abgetötet oder nicht entsprechend gefördert werden. Ich glaube, es gehört auch dazu, daß es für viele eine Chance ist, einen Arbeitsplatz zu bekommen, wenn sie sich selbständig machen.

Die Sozialdemokratie hat gerade durch die Reform der Bauordnung - aber auch durch andere Maßnahmen - gezeigt, daß sie Eigeninitiativen schätzt und fördert.

Ich glaube, daß die Bankenwelt in einem größeren Ausmaß auch jenen unter die Arme greifen müßte und helfen sollte, die sich selbständig machen und einen kleinen Betrieb schaffen wollen. Für mich ist es nicht einsehbar, daß die Banken zum Beispiel Konsumenkredite in einem Ausmaß geben, die oft dazu führen, daß einzelne ihre Existenz gefährden, aber dort, wo sich jemand selbständig machen will, sie in großem Ausmaß zurückhaltend sind, obwohl daraus neue Arbeitsplätze und neue Gewinne entstehen könnten.

Es ist für mich nicht einsichtig, daß manche Regeln - das betrifft nicht nur die Stadt und den Bund, sondern sicherlich auch Interessenvertretungen - eingehalten werden.

Ich werde Ihnen ein Beispiel sagen, daß mit der Versorgung zu tun hat und daß ich erst vor kurzem gehört habe.

In einem neuen Siedlungsgebiet im 22. Bezirk, wo man knapp jene Anzahl an Bürger unterschreitet, die normalerweise für eine Apotheke angenommen wird, bleibt ein ganzes Gebiet unversorgt, obwohl jemand da ist, der das Risiko auf sich nehmen möchte und in diesem neuen Siedlungsgebiet eine Apotheke gründen möchte. Aber aufgrund der natürlich verständlichen Einsprüche der Nachbarapotheken, die sich allerdings relativ weit weg befinden, kann er diese Gründung nicht vornehmen, weil es eben entsprechende Einwände gibt.

Das sind für mich Regelungen, die zu überdenken sind. Das sind Regelungen, die zwar den einen schützen, aber dem anderen die Möglichkeit nehmen, selbstständig initiativ zu werden.

In diesem Sinne glaube ich, daß etliche dieser Regelungen überprüft werden sollten, wenn sie die Schaffung neuer Arbeitsplätze verhindern und das wichtigste Anliegen, das wir alle gemeinsam haben müssen - nämlich die Schaffung neuer Arbeitsplätze - nicht

wirklich im Blickpunkt haben. Das ist das, was wir hoffentlich jenseits aller Parteigrenzen als erste Zielsetzung im Auge haben sollten. Das meine ich zumindest als Sozialdemokrat.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, wollte ich Ihnen die Mitteilung machen, weil ich glaube, daß ich das, was ich mit dem Stadtentwicklungsplan angeregt habe, nämlich eine neue Gründerzeit in dieser Stadt zu begründen und zu schaffen, in sehr wesentlichen Punkten erreicht habe, beziehungsweise daß wir das insgesamt als Stadt mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie mit den Mitgliedern in diesem Hause erreicht haben.

Aber vieles bleibt noch zu tun übrig. Ich hoffe, daß es möglich ist, dies in den kommenden Jahren zu erledigen.

Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit - obwohl es zwar nicht meine letzte Wortmeldung in diesem Landtag und schon gar nicht im Gemeinderat ist - natürlich recht herzlich bei meiner Fraktion bedanken, die viele dieser Beschlüsse, auch wenn sie manchmal unkonventionell waren, nicht nur mitgetragen, sondern sogar offensiv umgesetzt hat.

Ich möchte mich aber auch bei den Damen und Herren der anderen Fraktionen bedanken. Ich hatte sehr viele Stunden einer konstruktiven Zusammenarbeit. In meinem Bereich ist der Großteil der Beschlüsse einstimmig oder doch mit einer großen Mehrheit gefaßt worden, was eigentlich zeigt, daß wir in sehr vielen Fällen an einem Strang gezogen haben.

Es gab selbstverständlich auch viele Diskussionen, bei denen es unterschiedliche Meinungen gab, die aber durchaus sehr konstruktiv waren. Es gab auch andere Stunden. Aber es gibt eine wunderbare Eigenschaft, die der Mensch hat, nämlich das Vergessen und das Verdrängen. Man verdrängt dann sicherlich die Bereiche, die einem unangenehm aufgefallen sind.

Ich hoffe, daß der kommende Wahlkampf ein Wahlkampf ist, bei dem man auch die persönliche Integrität des politischen Visavis schätzt und daß es möglich ist, in dem Hause jenes Klima fortzusetzen - das auch bei einer absoluten Mehrheit der Sozialdemokratie geherrscht hat -, sich in wesentlichen Fragen zusammenzuraufen und gemeinsame Lösungen zu bringen.

Daß ich als sozialdemokratischer Stadtrat nicht nur wünsche und hoffe, sondern auch davon überzeugt bin, daß es ein sozialdemokratisches Wien bleibt in dem Sinn, wie es jetzt ist, ist klar. Daß ich auch überzeugt bin und hoffe, daß gerade diese sozialdemokratische Mehrheit die Möglichkeit hat, mit den Damen und Herren der Opposition in vielen Fragen zusammenzuarbeiten, ist auch klar.

Ich danke jedenfalls für jene Zusammenarbeit, die ich immer wieder erleben durfte! - Dankel (*Allgemeiner Beifall.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Ich danke dem Herrn amtsf StR Hannes Swoboda für seinen Bericht. Ich danke dir, lieber Hannes, auch für die vielen Initiativen,

die du in unserer Stadt gesetzt hast und für die nachhaltigen Spuren, die wir heute im Stadtbild sehen können. Ich danke dir auch für die Vertretung der Stadt Wien nach außen, die du in den letzten Jahren so wunderbar gemacht hast. Aber es wird noch viel Gelegenheit geben, dir Dank zu sagen.

Ich wünsche dir natürlich für deine Aufgabe in Europa alles Gute!

Wir kommen nunmehr zur Postnummer 5. Sie betrifft die Geschäftsordnung des Landtags für Wien.

Es wurde mit den Klubs vereinbart, daß zu diesem Geschäftsordnungspunkt gleichzeitig auch die Inhalte der beiden Mitteilungen diskutiert werden.

Ich darf den Berichterstatter, Herrn amtsf StR Hatzl, bitten, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Johann Hatzl: Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Sie wissen, um welche Geschäftsstücke es sich handelt.

Ich möchte in der Einleitung nur festhalten, daß es mich freut, daß es gerade in einem Bereich, der besonders von den Parlamentariern gestaltet wird, auch möglich war, entsprechende Übereinstimmung unter den Parlamentariern verschiedenster politischer Farbe zu erzielen.

Ich halte es für eine ganz besondere Aufgabe und all diese Anträge, die zu stellen sind, für eine Notwendigkeit, die nicht durch die Regierung, sondern durch die Abgeordneten selbst ausgearbeitet werden. Das ist möglich geworden und gibt daher auch für die nächste Funktionsperiode beziehungsweise in einem Teilbereich noch in dieser Funktionsperiode die entsprechenden Voraussetzungen einer veränderten politischen Arbeit in Geschäftsordnungsbereichen.

Wir haben bisher schon eine sehr ordentliche, gute, moderne und demokratische Geschäftsordnung in den verschiedenartigsten Formen der Notwendigkeiten besessen. Aber hier wird ein Weg beschritten, der meiner Auffassung nach einen noch moderneren, noch lebendigeren, noch zukunftsbezogeneren und noch parlamentarischeren Parlamentarismus zuläßt, fördert und ermöglicht.

Es ist daher aller Grund gegeben, den Antrag zu stellen, dem vorliegenden Geschäftsstück der Tagesordnung, das aus mehreren Bereichen besteht, auch die Zustimmung zu erteilen. Darum ersuche ich Sie.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Ich eröffne die Debatte.

Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Pilz. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Peter Pilz (GRÜNE): Frau Präsidentin! Herr Berichterstatter! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte zuerst etwas Persönliches zu StR Swoboda sagen.

Wir haben ein paarmal wunderbar gestritten. Es war nicht nur ein paarmal der Fall. Trotzdem stehe ich nicht an, eine durchaus persönliche Wertschätzung auszusprechen.

Wenn Sie jetzt nach Brüssel übersiedeln - das wird, nehme ich an, unabhängig vom Wahlergebnis passieren -, verlieren wir zumindest einen der interessantesten Gesprächspartner auf der Ebene des Stadtsenats. Ich frage mich, mit wem ich die ganzen Technologie-, Struktur- und Zukunftsgeschichten in diesem Bereich weiterbesprechen werde. Wahrscheinlich ausschließlich mit Christoph Chorherr oder mit Ihnen in Brüssel. (Amtsf StR Dr Hannes Swoboda: Nur keine Angst, es findet sich schon jemand!)

Ich stehe nicht an, zu sagen, es hätte sich einiges mehr an Umsetzung verdient, und zwar von der digitalen Stadt bis zu vielen Vorstellungen der virtuellen Stadtgestaltung, zu deren Umsetzung es nicht gekommen ist. Ich stelle mir rückblickend die Frage - das ist kein persönlicher Vorwurf -, warum vieles davon angedacht werden konnte, öffentlich nicht nur unsere Zustimmung erhalten hat, aber dann nur in einigen Bereichen wirklich aktuelle Politik werden konnte und in vielem Zukunftshoffnung bleibt.

Ich sage nach wie vor, viele dieser Punkte sind für mich nicht erledigt. Da wird sich etwas tun müssen, wenn Wien eine wirklich moderne, ökologische und offene Stadt werden will.

Heute hat es wieder ein kleines Erlebnis gegeben. Sie haben jetzt Ihren Applaus bekommen - auch von uns. Aber zirka eineinhalb Stunden vorher hat es eine trotz allem recht ruhige Besprechung einer mündlichen Anfrage mit StR Hatzl gegeben. Mich hat dabei gewundert, daß es in der Verteidigung von etwas - ich sage das ganz einfach -, das meiner Meinung nach zum Beispiel in Ihre persönliche Kultur nicht paßt, einen fraktionsgeschlossenen Applaus gegeben hat.

Ich komme darauf zurück. Ich verstehe das nicht. Das richtet sich nicht an Sie persönlich, sondern das richtet sich an die Fraktion der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. In Zeiten wie diesen findet die Verteidigung eines Umgangs mit Minderheiten mit anderer Staatsbürgerschaft - vom Falschparken bis zu Kopftuchbescheiden oder zur Überprüfung sogenannter Scheinehen - einen geschlossenen Applaus. Dazu kann ich nur sagen, das ist für mich symptomatisch.

Ich hoffe, daß andere Zeiten komme. Ein StR Swoboda zieht eine Schlußbilanz in Wien und geht nach Brüssel. Aber ein StR Hatzl ist nicht gezwungen, hier und heute - in der letzten Sitzung des Landtags - eine Schlußbilanz zu ziehen. Ich sage Ihnen ganz persönlich, umgekehrt wäre es mir lieber gewesen. Umgekehrt hätte ich es für ein besseres politisches Signal gehalten. Aber ich muß es einfach so zur Kenntnis nehmen.

Ich wünsche Ihnen, Herr StR Swoboda, nicht in bezug auf das Wahlergebnis - das übersteigt meine persönlichen Möglichkeiten -, aber persönlich und in Ihrer sachlichen Wirkung alles Gute in Brüssel! Ich hoffe, daß aus einigen gemeinsamen Dingen, die wir zumindest angebracht haben - wenige davon sogar in Richtung Umsetzung gebracht haben -, in Zukunft noch mehr wird.

Jetzt komme ich zu der Diskussion, die mit den

beiden Mitteilungen eingeleitet worden ist.

Ich bin jetzt knapp fünf Jahre in diesem Gemeinderat und Landtag. Vorgestern haben wir in der Präsidiale eine kleine persönliche Schlußbilanz gezogen. Es war nicht die böseste.

Ich denke mir, auch nach diesen Mitteilungen, hat es überhaupt keinen Sinn, daß wir ganze Tage damit verbringen, die traditionell unfruchtbaren Rollenspiele von Regierung und Opposition bis zum wirklich physischen Ermüden immer wieder zu wiederholen.

Haben solche Mitteilungen wirklich Sinn? Hätte es Sinn, wenn ich als Klubobmann einer Oppositionsfraktion sage, das stimmt alles nicht, das ist erstunken und erlogen, die Fakten sprechen dagegen, der Stadtrat weiß es doch besser, in Wien ist alles schlecht, aber er sagt, es ist alles gut, und wir würden das völlig anders machen, wählt uns, dann schaut Wien binnen Monatsfrist komplett anders aus und so weiter?

Ich finde, zu einer politischen Bilanz gehört auch, einmal zu bilanzieren, diese politische Kultur hat eigentlich keine besondere Zukunft. Ich stehe nicht an, zu sagen - damit möchte ich meine politische Bilanz beginnen -, Wien ist für mich eine Stadt, in der vieles viel besser ist als in den meisten vergleichbaren Städten. Diesbezüglich werden wir uns in einigen Punkten vielleicht treffen.

Wien ist eine besonders lebenswerte Stadt. Wien ist eine Stadt - das ist mir sehr wichtig - mit einer erstaunlich niedrigen Kriminalität und mit einer hohen Sicherheit. Wien ist eine Stadt, in der sich wichtige soziale Traditionen - wenn auch oft politisch und bürokratisch gebrochen - immer noch viel positiver für die große Mehrheit der Menschen auswirken, als dies in anderen Städten der Fall ist. Wien ist eine Stadt, die durch Individualverkehr noch lange nicht so zur Unkenntlichkeit verstümmelt worden ist, wie das in vielen anderen - auch westeuropäischen Städten - passiert ist.

Wien ist eine Stadt, wo es für mich nicht primär politische, sondern in erster Linie persönliche Gründe gibt, warum ich am liebsten hier lebe. Wien ist aber auch eine Stadt - und das gehört dazu -, in der die Politik ernst nehmen sollte, daß man aus solchen hervorragenden Voraussetzungen noch viel mehr machen kann. Wien müßte für mich eigentlich die Stadt sein, anhand derer man auch vielen ärmeren Städten, die in größeren demographischen, politischen, sozialen, kulturellen Schwierigkeiten sind, zeigt, wie die Lösungen der Zukunft ausschauen.

Das heißt für mich Stadtpolitik. Das ist die eigentliche Frage von Wien, nicht nachzurechnen, warum Wien eine höhere Beschäftigung als Palermo hat, warum Wien in ökologischer Hinsicht besser ausschaut als schwer beschädigte Großstädte des Industriezeitalters - geschenkt, das stimmt alles -, sondern das Spannende an Wien ist, daß wir an Wien zeigen können, wie die Zukunft ausschaut.

Wenn ich Ihnen einen politischen Vorwurf mache, dann ist es der, hier viel zuwenig zustande gebracht zu

haben.

Ich kann auch Zahlen zitieren. Viele der Zahlen, die Sie genannt haben, Herr StR Edlinger, stimmen natürlich. Einem Teil der Interpretationen würde ich durchaus zustimmen. Aber nehmen wir doch auch endlich einige andere Zahlen ernst.

Wien steuert laut WIFO-Quartalsbericht auf 10 Prozent Arbeitslosenrate zu. Ich zitiere den Quartalsbericht des Wirtschaftsforschungsinstituts vom 29. Mai 1996. Wenn wir, Ausländerinnen und Ausländer eingerechnet, mehr als 300 000 Menschen in dieser Stadt haben, die zum Teil an und unter der Armutsgrenze leben und zumindest Zehntausende Kinder davon betroffen sind, wird niemand - auch nicht von freiheitlicher Seite - erklären können, daß diese selbst an ihrem Schicksal schuld sind.

Wenn bei Jugendlichen die Arbeitslosigkeit weit höher liegt, eine zweite Generation von ausländischen Jugendlichen heutzutage überhaupt nicht mehr weiß, wie es weitergehen soll und immer mehr inländische Jugendliche dieses Schicksal teilen, halte ich nichts von dem ewigen Spiel, herzugehen, daß die Opposition sagt, nur die SPÖ ist schuld und die SPÖ sagt, alle anderen außer ihr sind schuld - Europa, die Republik, das Sparpaket, aber die SPÖ nicht -, sondern dann frage ich mich zuerst einmal, was passiert ist. Ich schaue mir an, ob es zutreffende Analysen gibt, anhand derer man weiterdenken und dann Konzepte entwickeln kann. Dann nehme ich eben die Analyse des Wirtschaftsforschungsinstituts, in der auf zwei wesentliche Befunde hingewiesen wird.

Der erste Befund lautet: große Schwierigkeiten bei der EU-Anpassung - in Westösterreich eine Preisanpassung und in Ostösterreich eine Anpassung über Arbeitslosigkeit, insbesondere im Dienstleistungsreich.

Der zweite Befund - das ist der Schlüsselbefund des Wirtschaftsforschungsinstituts - lautet: Innovationsschwäche.

Innovationsschwäche auf Seite drei. Das kann am ehesten als Innovationsschwäche gedeutet werden. Der ganze Befund wird vorher vom Wirtschaftsforschungsinstitut durchaus nicht schwarzmalersisch präsentiert.

Wenn ich einen Hinweis auf Innovationsschwäche habe, tue ich das doch nicht ab, indem ich sage, wir machen dieses und jenes und Wien ist unglaublich innovativ. Das glaubt auch niemand. *(Amts StR Rudolf Edlinger: Nein! Das würde ich nicht sagen! Das ist falsch!)* Sondern ich frage nach, Herr Stadtrat, worin die Innovationsschwäche besteht.

Ich sage Ihnen eine Begründung, die Sie persönlich - zumindest in Ihrer Funktion als Wirtschaftsstadtrat - freispricht und die natürlich mit der Geschichte dieses Ressorts zu tun hat. Ich vermute, daß dort einer der Hauptgründe liegt.

15 bis 20 Jahre lang hat sich die Wirtschaftspolitik in Wien damit zufrieden gegeben, Flächenindustrien anzulocken, Flächen an Industrie anzulocken und die

typischen Unternehmen der Zukunft der Industrie sowie speziell der produktionsbezogenen Dienstleistungen nicht nach Wien zu bringen. Im Gegensatz zu den dynamischen Städten Westeuropas und Nordamerikas hat Wien nicht diesen Gürtel von innovativen Unternehmen, hat Wien nicht diese mittlere Schicht mittlerer Unternehmen mit hohem Forschungs- und Entwicklungsanteil und hat Wien nicht die virtuellen Unternehmensbildungen in einem 30- bis 40-Kilometer-Gürtel um Millionenstädte.

Wien hat ein hochentwickeltes Bankenwesen. Wien hat viel an gefährdeter Flächenindustrie, die zum Teil schon eher der Vergangenheit angehört. Und Wien hat einen sehr hohen Anteil an Bürokratie. Auch dies belegt das Wirtschaftsforschungsinstitut. Mit Rom und Athen gemeinsam weist Wien eine bestimmte Stadtstruktur auf, die alles andere als eine Innovationsstruktur ist.

Jetzt haben Sie bereits begonnen, darüber nachzudenken und haben gesehen, daß einige Projekte, die typische Denkweise, man kann sich alles zukaufen, die Flächenindustrien mit Subventionen und die großen Exportprojekte einfach nicht mehr funktionieren. Sie haben es bei der EXPO und bei der WED gesehen. Sie haben es bei der Osthilfe gesehen. Sie sehen es bei vielen konkreten Projekten. Sie sehen immer wieder, daß es so nicht funktioniert.

Aber Sie haben Schlüsselprojekte, an denen die Städte in den nächsten 5, 10 oder 15 Jahren gemessen werden. Schlüsselprojekte in den Schlüsselfeldern alternativer Umgang mit Energie, effiziente Energiesysteme, neue und alternative Verkehrssysteme, neue Systeme der Gesundheitsversorgung, neue Telekommunikationssysteme, das neue Bauen und die neue Versorgung und Entsorgung. Diese Schlüsselprojekte - gemeinsam mit Forschung, Entwicklung und den mittleren hochinnovativen Unternehmen - fehlen in Wien.

Sie subventionieren. Sie fördern. Sie geben überall etwas hin. Aber genau dort hat sich nichts entwickelt.

Man kann diese Bilanz ziehen. Und man muß sie ziehen. Man kann beschreiben, was fehlt. Die spannende Frage der Stadtpolitik wäre, jetzt zu sagen, was man in dieser Situation tun kann.

Wenn es ein 30-Milliarden-S-Paket gibt, behaupte ich nach wie vor, ist das ein Hinweis darauf, daß es Geld für solche Projekte gibt. Es gibt nämlich ein Projekt, das im 30-Milliarden-S-Paket steht und von dem ich behaupte, es geht in diese Richtung und könnte ein erster Ansatz sein. Das ist der Technologiepark nach dem Seibersdorfer Vorschlag, wenn dieses Projekt, wie es vorgeschlagen ist, mit den Kernfeldern der Stadtinnovation, wirklich umgesetzt wird, wenn es gelingt, über die städtische Nachfrage rundherum dann auch wirtschaftliche Tätigkeit zu induzieren, und wenn es endlich gelingt, mit den Wiener Universitäts- und Forschungsinstituten Synergieeffekte zu erzielen sowie gemeinsame Programme zu entwickeln.

Herr StR Edlinger, ich rede dauernd und ich arbeite dauernd mit den Leuten speziell aus dem Mikroelek-

tronik- und Telekommunikationsbereich zusammen, und zwar mit den Leuten von den Wiener Universitätsinstituten, von der technischen Universität, Wirtschaftsuniversität Wien, Seibersdorf und so weiter.

Diese haben praktisch nichts miteinander zu tun. Es gibt keine großen kommunalen Projekte, welche diese ganze Kreativität, diese Intelligenz und das Know-how in dieser Stadt verbinden. Das ist das Problem. Das Problem Wiens ist nicht - und ich sage dazu, zum Glück -, daß wir die Leute, die Qualifikationen, die Einrichtungen oder die Infrastruktur nicht haben.

Das Citynet der Wiener Stadtwerke, das sich gerade in der Fertigstellung befindet, wäre genau das, was als leitungsmäßige Infrastruktur entwickelbar wäre. Da ist noch viel mehr möglich.

Woran es mangelt, ist schlicht und einfach die Politik, welche diese Projekte formuliert, und zwar nachfrageseitig und angebotsseitig in Form konkreter Lösungen auf der Platte im Technologiepark und in der Forschungssynergie und nachfrageseitig im Rahmen einer etwa zehnjährigen Klärung der Nachfrage von kommunaler und natürlich auch Bundesseite - Sie verfügen über den politischen Einfluß -, welche großen Lösungen wir für die Stadt und für Österreich wirtschaftlich, technisch, dienstleistungsmäßig anzustreben sind, wie die Nachfrage der öffentlichen Hand aussieht, damit man Signale an Unternehmer geben kann, genau das zu machen, dort zu investieren, zu forschen und zu entwickeln.

Ihre Bilanz - das gilt für beide Mitteilungen - hätte heute mit Sicherheit anders ausgeschaut, wären Sie bereits früher in diese Projekte eingestiegen.

Wir werden die 30-Milliarden-S-Paket-Debatte noch einmal führen, und zwar im Verlaufe dieses Wahlkampfes. Ich habe es bereits angekündigt. Wir haben versucht, ein alternatives 30-Milliarden-S-Investitionspaket zu errechnen. Einen Öko-Investitionsplan. Wir werden ihn demnächst präsentieren und hoffen, wir können überzeugen, daß es Alternativen gibt und man mit 30 Milliarden S anders umgehen kann.

Ich erwarte mir einfach, Stadtpolitik in Wien anders zu denken und immer im Hinterkopf zu haben, daß diese Stadt relativ reich, in weiten Bereichen intakt und eine Riesenreformchance ist. Ich erwarte mir, jede der großen Fragen Wiens so anzugehen.

Ich habe nur einmal kurz gesprochen und versucht zu skizzieren, was in der großen ökologischen Stadtreform und in der ökologischen Stadtinnovation alles möglich ist.

Ich sage Ihnen ein zweites Beispiel, das wesentlich kritischer wird. Ich behaupte, daß Wien die Probleme der Integration von Ausländerinnen und Ausländern - von Minderheiten aller Art und aller Kulturen - genauso vorbildlich lösen könnte wie den Umgang mit Umwelt und Beschäftigung. Auch das behaupte ich.

Im Gegensatz zur Frage Stadtinnovation, wo es nach wie vor einige Projekte gibt, von denen ich sage, man soll genau dort anknüpfen, weiterentwickeln, Tendenzen verstärken und andere Entwicklungen end-

lich beenden, bis zur Verkehrs- und zur Wohnungspolitik - ich erspare mir jetzt, auf jeden Bereich einzugehen -, sieht es bei der Integrationspolitik ganz anders aus.

Bei der Integrationspolitik werfe ich Ihnen nicht nur vor, daß Sie eine große Chance nicht nützen, sondern ich werfe Ihnen vor, daß Sie zum Teil wider besseres Wissen und zu einem großen Teil auch wider Ihre persönlichen und politischen Überzeugungen - denn ich unterstelle nicht vielen von Ihnen, daß Sie diese Politik aus voller Überzeugung mittragen - zu Mitteln einer Politik gegriffen haben, die für mich zumindest in den Traditionen der Sozialdemokratie und auch der Stadt Wien bis jetzt keinen Platz gehabt haben.

Das, was in den letzten Jahren in Wien beim Umgang mit einer Minderheit der Wiener Bevölkerung - ich unterstreiche dreimal der Wiener Bevölkerung - passiert ist, sind Sachen, meine Damen und Herren, die ich nicht erwartet habe. Ich rede von Kopftuchbescheiden, dem Zwang, sich über das Intimleben bis zum Vollzug der Sexualität peinlichst ausfragen zu lassen, bis zu der Absurdität, Menschen zu erklären, wenn sie drei, fünf- oder zehnmal - heute geht der Stadtrat schon ein bißchen über fünfmal hinauf - beim Schnellfahren erwischt werden oder Parkstrafen nicht bezahlen, werden sie ein Fall für die Schubhaft beziehungsweise ein Fall für die Abschiebung. Vom Falschparken in die Abschiebung!

Das sind genau die Forderungen und ist genau die Politik, für die vor etlichen Jahren ein Ausländervolksbegehren gegründet worden ist, gegen das ich und wir damals gemeinsam mit vielen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mobilisiert haben, gegen das wir auf die Straße gegangen sind, gegen das wir ein Lichtermeer organisiert haben und gegen das wir eine Viertelmillion Menschen bewegt haben, mit uns zu demonstrieren.

Damals haben mir ein sozialdemokratischer Stadtrat, ein Minister, eine Ministerin, einer nach dem anderen, gesagt, jetzt wird alles anders, jetzt probieren wir es, jetzt zeigen wir es den Freiheitlichen, daß es auch anders geht, und jetzt haben wir diese Auseinandersetzung gewonnen.

Wir waren mit dem Lichtermeer so stark, daß das Volksbegehren schwach abgeschnitten hat und eine Niederlage - weit entfernt von der angekündigten Million Unterschriften - war. Damals hieß es, jetzt werden die Weichen gestellt, jetzt hat die nationalistische Rechte diese Auseinandersetzung verloren und jetzt beginnt die Reformpolitik.

Wenige Jahre später sind Sie - hier und jetzt im Gemeinderat und im Landtag - dabei, einen Punkt des Ausländervolksbegehrens nach dem anderen zu erfüllen, und nicht nur das.

Zum erstenmal begeben Sie sich als Wiener SPÖ schon immer mehr an die Seite derer, von denen Sie vorgeben, sie in dieser Frage zu bekämpfen, im Widerspruch zu Ihrer Bundespartei und im Widerspruch zum Innenminister. SPÖ-Streit über Ausländer. Häupl gegen Einem.

Und wie lauten die Kommentare von den Freiheitlichen? - Häupl ist unser Mann. Bgm Häupl vollzieht freiheitliche Politik.

Es ist keine Erfindung der Freiheitlichen, daß Sie in dieser Frage - die entscheidet, ob uns die politische Kultur in Wien paßt oder nicht - blaue Socken angezogen haben.

Ich sage Ihnen, das geht schief. Schauen Sie sich an, was mit Franz Löschnak passiert ist. Schauen Sie sich an, wie katastrophal die Politik der Ausgrenzung der sogenannten Gesetze statt Hetze schiefgegangen ist. Löschnak war der Kronzeuge der Freiheitlichen für die Richtigkeit ihrer Ausländerpolitik.

Was passiert jetzt? - Das erstmal treten sozialdemokratische Kronzeugen gegen den eigenen Innenminister und für die Freiheitlichen in Wien auf, anstatt herzugehen und zu sagen, diese Politik der Unmenschlichkeit und der Ausgrenzung haben wir nicht notwendig, weil wir andere Wege wissen und wissen, wie es miteinander geht.

Selbstverständlich sind wir nicht für die grenzenlose Einwanderung. Selbstverständlich reisen wir nicht nach Osteuropa oder in andere Kontinente, um möglichst viele einzuladen und zu sagen, sie sollen kommen, weil wir alle Probleme dieser Welt lösen können. Selbstverständlich steht für uns der Grundsatz der Integration derjenigen, die bereits hier sind, inklusive ihrer Familien vor Neueinwanderungen genauso fest wie für viele andere.

Diese Politik kann eine menschliche und vorbildliche sein. Sie kann aber auch etwas ganz anderes sein. Sie machen etwas anderes daraus, und zwar mit Bescheiden, von denen StR Hatzl heute - das war für mich etwas Neues - plötzlich nichts mehr wissen wollte. Ein Stadtrat geht her und sagt, er wisse es nicht, diese Fragebögen machen vielleicht seine Beamten. Ein Stadtrat personifiziert bereits das schlechte Gewissen seiner Partei derart, daß er sagt, schuld seien seine Beamten, er habe von überhaupt nichts gewußt.

Aber sei es darum. Ich sage Ihnen, Sie werden mit dieser Politik der Partei, die Sie zu Recht bekämpfen, noch viel mehr an Unterstützung und viel mehr an Zustimmung liefern, als es Ihnen in den letzten Jahren ohnehin schon gelungen ist.

Deswegen, meine Damen und Herren, sage ich Ihnen, wird die Auseinandersetzung betreffend die Gemeinderatswahl beziehungsweise Landtagswahl zumindest für mich und für uns eine doppelte Auseinandersetzung werden. Sie wird eine Auseinandersetzung werden, wohin Wien geht.

Ich hoffe nach wie vor, daß es uns allen gelingt, die Wienerinnen und Wiener davon zu überzeugen, daß es keine absolute Mehrheit einer Partei mehr geben soll und daß eine neue Richtung in dieser Stadt bestimmt werden soll. Das wird eine große Entscheidung.

Gibt es einen großen ökologischen Umbau der Stadt? Oder gibt es eine Kopie der Bundeskoalition mit Sparpaket und vielem anderen auch auf Wiener Ebene? Das ist die eine große Frage.

Aber die zweite - und die wird immer wichtiger, denn dafür sorgen Sie -, ist:

Gibt es in Wien ein Mindestmaß an politischer Kultur, welches diese Stadt in ihren sensibelsten Fragen - und die sensibelste Frage ist der Umgang mit den Menschen in dieser Stadt - noch wesentlich von den Freiheitlichen und von einer nationalistischen und menschenfeindlichen Agitation unterscheidet?

Wenn es weiter diese Kopftuchbescheide gibt, und die Androhung: Wenn du mehr als fünf Strafmandate nicht bezahlst, dann hast du nicht das Recht, daß deine Familienmitglieder zu dir kommen, und die Familie zusammengeführt wird!, dann wird das eine der Schlüsselfragen am 13. Oktober sein.

Wir werden jedenfalls versuchen, das zu dieser Frage zu machen, und wir werden versuchen, darauf möglichst positive Antworten zu kriegen. Das kann ich Ihnen von diesem Pult aus schon heute versprechen! - Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Dr Erwin Hirschnall: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr StR Dr Görg. Ich erteile ihm das Wort.

StR Dr Bernhard Görg: Herr Präsident! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag!

Wir haben vor einer knappen Stunde eine angekündigte Mitteilung des Finanzstadtrats zu dem Thema "Die Region Wien im neuen Europa" und eine nicht angekündigte Mitteilung des Planungsstadtrats zum gleichen Thema gehört.

An sich ist es verwunderlich, daß zu diesem für die Stadt und für die Region wichtigsten Thema nicht der Bürgermeister selbst eine Erklärung oder eine Mitteilung abgibt. Der Bürgermeister aber, der gerade in der Wiener Stadtverfassung die größte Kompetenz, was die inhaltlichen und personellen Vorgaben für diese Stadt anlangt, hat, zieht es offensichtlich vor, entweder, weil er glaubt, er selbst habe zu diesem Thema nichts zu sagen oder die Sozialdemokratie insgesamt habe zu dem Thema zu wenig zu sagen, zu diesem Thema zu schweigen!

Der Herr Kollege Edlinger hat über die Herausforderungen der Zukunft durch die Technologieentwicklung, durch die Ostöffnung, et cetera, gesprochen. Ebenso der Herr Kollege Swoboda, zu dem ich sagen möchte: Herr Kollege Swoboda, auch ich bedauere, daß Sie aus diesem Haus ausscheiden, und zwar aus zwei Gründen:

1. Sie sind ein Mann mit Überzeugungen. Ich habe nie verhehlt, daß ich oft der Auffassung war, Sie seien ein Mann mit falschen Überzeugungen, aber ich schätze Personen mit Überzeugungen.

2. Ich halte es für einen Verlust, daß Sie aus diesem Haus ausscheiden, weil Sie Ihre Politik und Ihre Überzeugungen immer auf hohem intellektuellen Niveau präsentiert haben.

Dennoch muß ich sagen, ich war schon erstaunt, als ich gestern um 17.30 Uhr Radio Wien gehört habe, und plötzlich wurde da berichtet, der Herr StR Swobo-

da hätte vorgeschlagen, daß Jungunternehmern Hilfen gewährt werden müsse. Heute lese ich in der Zeitung, daß er sagt, Wien muß international besser vermarktet werden, und er ist plötzlich für Bürokratieabbau. *(Amtsf StR Dr Hannes Swoboda: Wir haben es gemacht!)*

Ja, ich frage Sie, Herr Kollege Swoboda: Wo waren Sie denn die letzten Jahre? *(Amtsf StR Dr Hannes Swoboda: Wir haben es gemacht!)* Sie waren fast ein Jahrzehnt lang hier in diesem Haus an ganz entscheidender Stelle. *(Amtsf StR Dr Hannes Swoboda: Eben!)* Was haben Sie denn bis jetzt für die Jungunternehmerförderung getan? Welche Erleichterungen haben Sie denn jungen Leuten, die Unternehmen gründen wollen, ermöglicht?

Was haben Sie denn in Sachen Bürokratieabbau getan, außer daß Sie, nachdem wir jahrelang darauf gedrängt haben, die Bauordnung zu verändern, endlich auf unseren Karren aufgesprungen sind? *(Beifall bei der ÖVP. - Amtsf StR Rudolf Edlinger: Karren ist der richtige Ausdruck!)*

Also ich erinnere mich da an ein Sprichwort *(Amtsf StR Rudolf Edlinger: Ja! Karren ist der richtige Ausdruck! Aber hineingesprungen sind Sie!)* aus meiner Kindheit: "Am Abend werden die Faulen fleißig." Ich hätte es sehr geschätzt, wenn Sie versucht hätten, all das, was Sie in den letzten Tagen angekündigt haben, in den letzten Jahren in diesem Haus zu verwirklichen! *(Beifall bei der ÖVP. - Amtsf StR Dr Hannes Swoboda: Wir haben aber die Baurechtsreform durchgesetzt! - Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Also wo seid ihr jetzt? Auf den Karren aufgesprungen?)*

Wir stehen vor dem Ende eines halben sozialdemokratischen Jahrhunderts in dieser Stadt. Das ist doch ein Anlaß, ein bißchen zurückzublicken und - weil eben der Herr Kollege Edlinger davon gesprochen hat, daß es gerade die Sozialisten sind, die so für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet sind - sich einmal zu fragen: Wie ist denn die Sozialdemokratie in der Vergangenheit mit den Herausforderungen fertig geworden? Es gibt ein Indiz für die Beurteilung *(Amtsf StR Rudolf Edlinger: Vierteilste EU - Region!)*, Herr Kollege Edlinger, was *(Amtsf StR Rudolf Edlinger: Geringste Arbeitslosigkeit! Das ist das Ergebnis sozialdemokratischer Politik!)* jemand in der Zukunft zusammenbringen wird. Das Indiz ist, was in der Vergangenheit zusammengebracht wurde. Das erlaubt die sichersten Voraussagen dafür, was jemand in der Zukunft zu leisten imstande sein wird.

Nun haben Sie über 50 Jahre hier mit absoluter Mehrheit regiert. Die ersten zwei Drittel dieser 50 Jahre hat sich die SPÖ in dieser Stadt wie eine Block- und Kaderpartei aufgeführt. Das Ergebnis war auch danach: Die Stadt war bis in die späten 70er Jahre und Anfang der 80er Jahre kalt, alt, versteinert und grau. *(Amtsf StR Dr Hannes Swoboda: Das hat ja die ÖVP in der Stadtregierung gemacht!)* Erst unter dem Eindruck *(Amtsf StR Rudolf Edlinger: Da war ja auch die ÖVP in der Stadtregierung!)* der Ideen des Erhard

Busek und des Jörg Mauthe (*Amts StR Rudolf Edlinger: Wo ist denn heute der Busek?*) hat es einen Veränderungsprozeß in der SPÖ mit durchaus positiven Resultaten für die Stadt gegeben. Die Stadt ist lichter (*Amts StR Rudolf Edlinger: Ihr seid ausgestiegen aus der Koalition, und es ist alles besser geworden!* - *Amts StR Dr Hannes Swoboda: Wo ist er denn heute, der Busek? Wo ist er denn?*), bunter und lebenswerter geworden. (*Amts StR Dr Hannes Swoboda: Wo ist der Busek denn heute?*)

Sie haben, Herr Kollege Edlinger, in Ihren Ausführungen davon gesprochen, daß (*Amts StR Rudolf Edlinger: Bleiben Sie in der Opposition und lassen Sie uns regieren!*) wir Zeitzeugen eines faszinierenden Veränderungsprozesses werden und sind. (*Amts StR Rudolf Edlinger: Lassen Sie uns regieren und bleiben Sie weiter in der Opposition!*)

Ich kann sagen, wir sind jetzt auch wieder Zeitzeugen eines Veränderungsprozesses in der SPÖ (*Amts StR Rudolf Edlinger: Wieso?*), und zwar keines faszinierenden. Sie haben in den letzten Jahren einen Degenerationsprozeß zur Gemeindebaupartei, zur Stammischpartei und zur Festerlpartei gemacht, und das bietet absolut keine Voraussetzungen, um die Herausforderungen der Zukunft, die sich für die Region Wien in Europa stellen, wirklich zu bewältigen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich sage Ihnen auch gerne, warum. (*Amts StR Rudolf Edlinger: Wir feiern gerne mit glücklichen und fröhlichen Wienern!*) Wir - Sie auch - haben seit einiger Zeit von der Region Wien gesprochen. Herr Kollege Swoboda, ich erinnere mich daran, daß Sie zunächst unseren Regionsgedanken abgelehnt haben und dann auf den Zug aufgesprungen sind. Aber was ist denn außer ein paar Enqueten im Rathaus zum Thema "Region" passiert?

Der von Ihnen so hoch gelobte Stadtentwicklungsplan stoppt an den Stadtgrenzen, und das Umland ist in Ihren Überlegungen Niemandsland gewesen! (*Amts StR Dr Hannes Swoboda: Stimmt ja gar nicht!*) Es ist nicht gelungen, mit dem Umland zu einer einigermaßen koordinierten Verkehrsplanung, Flächenwidmungsplanung und Betriebsansiedlungsplanung zu kommen. (*Amts StR Dr Hannes Swoboda: Das stimmt ja überhaupt nicht!*)

Ich erinnere Sie daran, daß Sie in Ihren ursprünglichen Verkehrsleitlinien die Südumfahrung ausdrücklich ausgeschlossen haben! Das war eine Ihrer falschen Überzeugungen. Erst nachdem wir beim VBgm Mayr gesagt haben, daß wir unter diesen Umständen nicht mitgehen können, hat er dann diktiert, daß die Südumfahrung wieder in die Verkehrsleitlinien hineinkommt. (*Amts StR Dr Hannes Swoboda: Und dann haben Sie es abgelehnt! Na bittel!*) Jetzt feiern Sie Ihre Südumfahrung (*Amts StR Dr Hannes Swoboda: Die Sie abgelehnt haben!*) als große sozialdemokratische Errungenschaft! (*Amts StR Rudolf Edlinger: Ihre Fraktionskollegen erzählen Ihnen einen Schmähl Sowas!*)

Meine Damen und Herren von der Sozialdemokra-

tiel Sie haben es in den letzten Jahren - auch wenn Sie viel davon reden - völlig versäumt, ein unternehmer- und unternehmensfreundliches Klima in dieser Stadt zu schaffen, und Sie haben damit kein arbeitsplatzfreundliches Klima in dieser Stadt geschaffen. Sie wissen so gut wie ich, daß viele Betriebe zugesperrt haben, abwandern oder am liebsten abwandern würden, weil sie sich von Ihrer Bürokratie gegängelt fühlen und sich (*Abg Heinz Sramek: Das stimmt ja gar nicht, was Sie da sagen!*) in ihrer Mobilität behindert fühlen. (*Abg Heinz Sramek: Warum sagen Sie hier die Unwahrheit? Das stimmt ja gar nicht!* - *Amts StR Rudolf Edlinger: Immer wieder das gleiche!*)

Auch wenn der Herr Finanzstadtrat, was die Arbeitslosenstatistiken anlangt, natürlich immer Vergleiche nimmt, die die Wiener Arbeitslosensituation in einem vergleichsweise freundlichem Licht erscheinen lassen (*Amts StR Rudolf Edlinger: Andere werden Sie nicht finden!*), so muß man dennoch sagen, daß in dieser Stadt durch Ihre Politik sehr viele Arbeitsplätze verlorengegangen sind (*Abg Volkmar Harwanegg: Neue geschaffen wurden! Es wurden neue geschaffen!*) und wegen Ihrer Politik auch nicht entstehen werden. (*Amts StR Rudolf Edlinger: Aha!*)

Es ist auffallend, Herr StR Edlinger, daß in einer Rede eines Stadtrats zur Region Wien im neuen Europa - ich glaube, ich habe es nicht überhört - der Begriff Bildung überhaupt nicht vorkommt! (*Amts StR Rudolf Edlinger: Das ist falsch!*) Es ist ein Wahnsinn, daß sich hier jemand herauszustellen traut, über die neuen Herausforderungen dieser Stadt spricht und von Bildung überhaupt kein Wort sagt. (*Amts StR Rudolf Edlinger: Sie haben nicht zugehört! Das ist falsch!* - *Abg Johann Driemer: Das ist die Unwahrheit!*) Ich werde mir das im Protokoll anschauen! (*Beifall bei der ÖVP.* - *Amts StR Rudolf Edlinger: Das ist falsch! Kein Wort!*)

Herr StR Edlinger, Sie haben in Ihrer Antwort (*Amts StR Rudolf Edlinger: Sie haben ein getrübtes Wahrnehmungsgefühl!*) in der Fragestunde auf die Frage des Kollegen Honay einmal gemeint, Sie wären großmütig mit dem Herrn Kollegen Schausberger. Ich bin jetzt auch mit Ihnen großmütig (*Amts StR Rudolf Edlinger: Das brauche ich nicht!*) und sage (*Amts StR Rudolf Edlinger: Das brauche ich nicht, das schadet mir nur!* - *Heiterkeit bei der SPÖ.*): Ich nehme Ihnen ab, daß Sie wirklich für die Wirtschaft etwas tun wollen, aber Sie und Ihre Parteifreunde können es nicht. (*Amts StR Rudolf Edlinger: Der Experte Görg hat uns gefehlt!*) Sie sind zu lange in einer völlig wirtschaftsfeindlichen politischen Tradition aufgewachsen (*Amts StR Rudolf Edlinger: Selbstverständlich!*), als daß Sie diese von einem Tag zum anderen über Bord werfen könnten.

In diesen Betrieben, die zugesperrt haben und abgewandert sind, haben Unternehmer das Geld nicht in Reitställe gesteckt - wie das einmal einer Ihrer berühmten Parteivorsitzenden behauptet hat -, sondern Sie haben zugesperrt und sind abgewandert, weil sie hier in ihrer Stadt für ihre Unternehmen keinen entspre-

chenden Raum und keine Luft zum Atmen mehr hatten. Ich bringe Ihnen auch ein paar Beweise dafür, daß Sie es nicht können, Wirtschaftspolitik so zu betreiben, wie es für diese Stadt erforderlich wäre:

Sie hatten sich - durchaus mit unserer Unterstützung - das Instrument der Osthilfe ausgedacht. Ein vom gedanklichen Ansatz her gutes, durchaus taugliches Instrument. Nur die Art und Weise, wie Sie die Kontrolle der Durchführung dieses Programms gemacht haben, zeigt, daß Sie vom Controlling keine Vorstellung und keine Ahnung haben. Das gleiche geschah auf der WED-Platte. Da war auch der Gedanke völlig richtig, dort sollte etwas völlig Neues, Großes entstehen. Aber was ist denn bis jetzt passiert? Die Stadt Wien hat dort Milliarden mit einem bis jetzt völlig ungewissen Ausgang investiert! Wer aber pausenlos und permanent Millionen und Abermillionen an Steuergeldern verschwendet, der kann nicht davon ausgehen, daß die Wirtschaft dieser Stadt und dieser Region allzu großes Vertrauen in seine Führungsfähigkeit hat! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, nicht nur in diesen Bereichen haben Sie sehr viel Geld verschwendet, auch im Gesundheitswesen sind in den letzten Jahren aufgrund Ihrer Politik - Sie haben das Spital, und vor allem das Großspital zum Alpha und Omega Ihrer Gesundheitspolitik erklärt - viele Milliarden vergeudet worden, ohne daß es zu einem Nutzen für die Patienten gekommen wäre. Die gleiche Betreuung wäre möglich gewesen, wenn Sie schon früher unseren Vorstellungen der Förderung des niedergelassenen Arztes, der Heimhilfe, der Pflegeheime, et cetera, Raum gegeben hätten!

Jetzt aber kommt die Panik über Sie, weil über Ihnen die Rechnungshofberichte zusammenbrechen. Jetzt wird plötzlich der Ukas ausgegeben, daß Spitäler und Spitalsbetten reduziert und geschlossen werden müßten. Das stimmt schon, aber Sie machen es ja wieder falsch! Sie schließen nämlich die Spitäler und die Spitalsbetten, die am kostengünstigsten in dieser Stadt zu unterhalten sind, und Sie lassen die teuersten Betten und die teuersten Spitäler wieder völlig ungeschoren! *(Abg Heinz Sramek: Wo ist etwas zusammengebrochen? Sagen Sie uns doch endlich, wo etwas zusammengebrochen ist!)* Über Ihnen der Rechnungshofbericht! Lesen Sie den letzten Rechnungshofbericht über die EDV-Situation im AKH! Lesen Sie den einmal, und dann können wir weiterreden, Herr Kollege Sramek! *(Beifall bei der ÖVP. - Aufregung bei der SPÖ.)*

Aber ich will jetzt weg von der Wirtschaft und vom Gesundheitswesen *(Amtsf StR Rudolf Edlinger: Ich will auch weg!)*, und möchte Ihnen sagen, daß auch in der Frage Ihrer Ausländerpolitik eine Politik gemacht wird, die nicht voll zum Nutzen dieser Stadt und ihrer Bürger funktioniert. Sie haben zunächst - zum Teil aus Beweggründen, die ich durchaus respektieren kann, aus humanitären Beweggründen - einer ungehemmten Zuwanderung das Wort gesprochen, Ihr Innenminister zum Teil auch aus weniger ehrenvollen Beweggründen.

Sie wollten eine multikulturelle Gesellschaft verwirklichen.

Ich respektiere diese ursprünglich humanitären Beweggründe. Sie haben aber nie etwas für eine wirkliche Integration der Ausländer in dieser Stadt getan. Dadurch haben Sie auch die Möglichkeit dafür geschaffen, daß jetzt die Freiheitliche Partei eine Hetzkampagne sondergleichen gegen die Ausländer machen kann *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Aber geht! Mäßig! Sie sich doch ein bißchen!)*, die mich fast schon an die Proskriptionslisten des alten Rom erinnert!

Herr Kollege Pawkowicz, Sie und Ihre Fraktion sollten sich dafür genieren, daß Sie, wie mir berichtet wird, in Wohnhäusern Listen anschlagen lassen, wie viele Ausländer dort wohnen! Der nächste Schritt ist, daß Sie die Namen dieser Leute bekanntgeben! *(Beifall bei der ÖVP. - Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Wer soll das gemacht haben?)*

Aber Ihr Herr Bürgermeister redet immer von einer anständigen Ausländerpolitik *(Abg Johannes Prochaska: Die FPÖ-Penzing hat das gemacht!)*, er hat nur leider nie die Kriterien für diese Anständigkeit definiert.

Da hat es vor ein paar Wochen einen Ausbruchversuch Ihres Bezirksvorstehers Barton aus dieser Situation gegeben, in dem vorgeschlagen wurde, daß Ausländer von den Bezirken, in denen es ein Übermaß gibt, auf andere Bezirke verteilt werden müssen. Man hat nichts mehr darüber gehört, wie er das machen möchte, weil die Schlüsselfrage, um das machen zu können, die Lösung der Wohnungsfrage ist!

Daher bleiben wir von der Österreichischen Volkspartei dabei: Wir bekennen uns zur Restriktion bei der Zuwanderung. Wir bekennen uns aber - und nicht nur als Lippenbekenntnis - zur Integration, und das schließt den schrittweisen Zugang - ich betone, den schrittweisen Zugang - von Ausländern zum kommunalen Wohnbau mit ein, weil es wirklich nur so *(Abg Ing Peter Westenthaler: Bitte plakatieren Sie das!)* möglich ist *(Abg Ing Peter Westenthaler: Bitte plakatieren Sie das!)*, die Frage der zu vielen Ausländer in manchen Bezirken überhaupt zu lösen. *(Abg Heinz Sramek: Das ist interessant, was Sie jetzt gesagt haben! Das ist interessant!)*

Aber lassen Sie mich zur Zukunft und zu den neuen Herausforderungen kommen. Was braucht denn diese Stadt, damit sie, diese Region und die Menschen dieser Stadt, eine Zukunft hat?

Die erste Aufgabe ist zweifellos die Sicherung der beruflichen Zukunft der Menschen, die in dieser Stadt leben. Ich weiß schon: Beruf und Arbeit sind nicht alles, aber ohne Beruf und ohne Arbeit ist alles nichts. Da könnte und muß wesentlich mehr getan werden als das, was von Ihnen, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, in den letzten Jahre geboten worden ist und was man jetzt auch als späte Lippenbekenntnisse in den Mitteilungen Ihrer Stadträte gehört hat!

Es muß wirklich endlich einmal hier in diesem Umfeld dieser Regionsgedanke verwirklicht werden. Ganz Europa redet von einem Europa der Regionen, wobei

wir alle wissen, daß Regionen von 300 000, 500 000 oder von 1 500 000 Einwohnern keine Größenordnungen im Europa der Zukunft sind. Das sind keine Regionen im Europa der Zukunft.

Wir brauchen also:

1. Endlich die Formulierung dieses größeren Wirtschaftsraums. Dazu ist es notwendig, daß neue Strukturen geschaffen werden, die sicherstellen, daß wir eine gemeinsame Verkehrsplanung, eine gemeinsame Flächenwidmung und eine gemeinsame Betriebsansiedlungsplanung zwischen Wien und dem Umland haben.

2. Nicht nur im Interesse der Wirtschaft, auch im Interesse aller in Wien lebenden Menschen - was immer sie tun, ob sie Pensionisten, Hausfrauen, Angestellte oder Gewerbetreibende sind - braucht es einen Bürokratieabbau, und zwar einen massiven Bürokratieabbau! Jetzt weiß ich schon, daß gerade zwischen Wirtschafts- und Unternehmerinteressen auf der einen Seite und Anrainer- und Bürgerinteressen auf der anderen Seite gerade in einer Großstadt, wo die Zusammenballung sehr groß ist, immer wieder Konflikte entstehen.

Ich kann mich noch erinnern: Ich habe einmal im 19. Bezirk in einer Wohnung gewohnt. Im Nebenhaus war so ein gemischtes Heurigenrestaurantlokal. Die Besucher dieses Lokals haben mir wirklich fast täglich die Nachtruhe geraubt. Der Inhaber hat sich nicht an die Sperrstunde gehalten, und wenn die Leute um zwei oder drei Uhr in der Früh aus dem Lokal gekommen sind, haben sie - als erste Reflexbewegung - ihr Autoradio auf volle Lautstärke geschaltet, um sich dann noch zehn Minuten mit den anderen Gästen vor meinem Schlafzimmer zu unterhalten.

Ich verstehe durchaus das Argument, daß es im Interesse der Bürger Genehmigungsverfahren oder auch Überprüfungen, ob Richtlinien eingehalten werden, geben muß. Aber das ist noch lange kein Grund, daß man für das Aufstellen eines Maronistandes 17 Genehmigungen von Magistratsabteilungen braucht, und für einen Christkindmarkt über ein Wochenende 22 Beamte erscheinen müssen, um zu kommissionieren, ob dieser Wochenendchristkindmarkt wirklich genehmigt werden soll oder nicht!

Das sind natürlich nur zwei Beispiele, um zu zeigen, wie sehr in dieser Stadt die Bürokratie die Wirtschaft gängelt.

Der Herr Kollege Prochaska hat in der Fragestunde in seiner Anfrage an den Herrn Bürgermeister klar und deutlich gemacht, daß diese Bürokratie nicht nur die Wirtschaft, sondern auch den einzelnen Staatsbürger knebelt. Es werden von dieser Bürokratie sogar neue Gutachten erfunden, damit sie ihr Dasein rechtfertigen und selbst wieder neue Bürokratie gebären kann!

Jetzt anerkenne ich durchaus ... (*Amtsfr StR Dr Hannes Swoboda: Das stimmt aber heute nicht mehr so!*) Herr Kollege Swoboda, ich wollte gerade apostrophieren, daß Ihre Bauordnungsnovelle durchaus ein Anzeichen und ein Signal dafür ist, daß Sie bereit sind, in die richtige Richtung nicht nur zu denken, sondern

auch zu gehen. Aber es geschieht alles viel zu zaghaft, und Sie ruhen sich jetzt schon wieder auf den Lorbeeren der Bauordnungsnovelle aus. Ich sehe Ihrerseits sonst keine massiven Versuche, diese Bürokratie wirklich abzubauen, und diesem Moloch Bürokratie Einhalt zu gebieten. (*Amtsfr StR Rudolf Edlinger: Die Gewerbeordnung können wir angehen, Herr Görgl!*) Ja, ich bin ganz dafür und ich bekenne mich dazu! (*Amtsfr StR Rudolf Edlinger: Ja!*) Auch der Herr Kollege Nettig ist jemand, der sich nicht nur zu einer Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten, sondern auch zu einer Liberalisierung der Gewerbeordnung bekennt. Da haben Sie bei uns nicht nur Mitstreiter, wir werden das letztlich auch durchsetzen, gar keine Frage! (*Amtsfr StR Rudolf Edlinger: Beim eigenen Minister, hoffe ich!*)

Zur Bürokratiereform gehört aber auch ein Anliegen, das uns auf den Nägeln brennt, und zwar die Verlagerung der Kompetenzen der Stadt und der Verwaltung dorthin, wo der größte Sachverstand zu Hause ist und die Entscheidungswege am kürzesten sind. Das ist die Bezirksebene.

Ich habe unlängst in einem der SPÖ-Blätter einen heuchlerischen Artikel gelesen, in dem gestanden ist, daß die ÖVP verhindert hat, daß an die Bezirke mehr Kompetenzen gegeben und die Kulturbudgets der Bezirke aufgefettet werden. Meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie! Sie sind sonst nicht so zimperlich, Entscheidungen auch ohne die ÖVP zu treffen und Ihre Mehrheit, die Sie noch haben, einzusetzen! Sie wollten das in Wirklichkeit nicht. In Wirklichkeit waren Sie uns dankbar dafür, daß wir nein gesagt haben, weil es zu wenig war, was Sie uns vorgelegt haben, denn dadurch haben Sie noch ein halbes Jahr länger in dieser Stadt eine zentralistische Politik machen können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte zum Schluß noch einen Punkt anführen, von dem ich glaube, daß er in Zukunft auch eine Herausforderung für Wien darstellen wird, und das ist die Frage, wie wir in dieser Stadt in Zukunft mit besonders sensiblen Materien und Fragen umgehen werden. Ich möchte das am Beispiel des Holocaust-Mahnmals exemplifizieren.

Wir alle - mit Ausnahme der Freiheitlichen Partei - sind uns, glaube ich, darüber einig, daß dieses Mahnmal wichtig ist, und wir es der jüdischen Gemeinde und den wenigen Nachkommen derer, die diesem Holocaust entfliehen haben können, schuldig sind, ein solches Mahnmal zu bauen. Ich sage auch, für mich gilt, daß bei der Frage des Standorts dieses Mahnmals vor allem die Wünsche der jüdischen Gemeinde, für die ja dieses Mahnmal gebaut wird, berücksichtigt werden sollen. Weil ein Mahnmal, insbesondere ein Holocaust-Mahnmal, aufrütteln und Unruhe stiften soll - sonst macht es ja keinen Sinn -, stehe ich auch nicht an, ganz gegen meine sonstige Gewohnheit zu sagen, daß Fragen der Ästhetik - wie gut so ein Mahnmal in ein Ensemble hineinpaßt - zwar nicht völlig unwichtig, aber nicht von vorrangiger Bedeutung sind. Allerdings würde ich mir endlich einmal wünschen, daß Politiker

dieser Stadt, wenn etwas Öffentliches gebaut wird, nicht nur sagen können: Es hat eine Jury entschieden und daher machen wir es so, aber meinen persönlichen Geschmack verrate ich nicht, oder mir persönlich gefällt es nicht!, sondern auch sagen könnten: Nicht nur, weil es eine Jury entschieden hat, sondern auch, weil ich persönlich voll und ganz von dem Entwurf überzeugt bin, bauen wir dieses Gebäude oder dieses Denkmal.

Also insoweit sage ich einmal - obwohl ich sonst keine Schwierigkeiten habe, mich von Jury-Entscheidungen zu absentieren, wenn Sie sich zum Beispiel an die Debatte über das Museumsquartier erinnern -, daß ich zu dieser Jury-Entscheidung stehe. Allerdings stehe ich absolut nicht zu der Art und Weise, wie jetzt von seiten der Sozialdemokratie diese Das-ziehen-wir-durch-Haltung an den Tag gelegt wird. Ich halte die Aussage, daß wir einen Eröffnungstermin fixiert haben und bis dahin alles erledigt sein muß, aus zwei Gründen für unglücklich:

1. Ich habe vorhin gesagt, daß die Wünsche der jüdischen Gemeinde bei der Wahl des Standorts eine ganz besondere Rolle spielen sollten. Wir erleben jetzt aber das Aufkeimen einer Diskussion innerhalb der jüdischen Gemeinde, die zeigt, daß sich diese über den Standort überhaupt nicht im klaren ist. Wir haben den Kulminationspunkt dieser Diskussion aber noch nicht erreicht, und ich halte es - aus Verantwortung gegenüber der jüdischen Gemeinde - als für nicht sinnvoll, jetzt mit diesem Bau zu beginnen.

2. Zum Zeitpunkt, als die Jury die Entscheidung über das Whiteread-Projekt getroffen hat, war das Ausmaß der Ausgrabungen der niedergebrannten Synagoge überhaupt noch nicht absehbar und nicht erkennbar.

Nun sage ich aber sicher nicht, daß der Holocaust eigentlich ohnehin nur eine verschärfte und moderne Ausdrucksform des damaligen mittelalterlichen Antisemitismus ist. Der Holocaust ist ein Verbrechen völlig eigener Qualität! Der Holocaust wäre aber auch nicht ohne diese zugrundeliegende antisemitische Stimmung, die es nicht nur in diesem Land, sondern in vielen Ländern gegeben hat, möglich gewesen! Ich sage daher auch nicht, daß ich es für unzulässig halte, zu sagen, die ausgegrabene Synagoge sollte das eigentliche Mahnmal für den Holocaust sein, weil das für mich zwei völlig unterschiedliche Dinge sind.

Aber jetzt zu sagen: Über diesen mittelalterlichen Antisemitismus und die Erinnerungen daran sehen wir hinweg. Da hinunter werden wir schon irgendeinen Abgang, einen neuen Abgang finden. Wir werden da schon eine Zugangsmöglichkeit finden - das halte ich für nicht angemessen.

Daher plädiere ich auch an dieser Stelle, daß mit dem Bau ausgesetzt wird, bis diese neue Kommission wirklich im einzelnen geklärt hat, zu welcher Beeinträchtigung, oder auch Nicht-Beeinträchtigung für diese Synagoge es durch das Whiteread-Projekt kommen würde. (Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Rich-

tig, das sage ich ja immer!) Das stelle ich mir unter einem sensiblen Umgang mit einer ... (Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Absolut richtig!) Herr Kollege Pawkowicz! Zurufe von Ihnen in dieser Frage sind völlig deplaziert, völlig deplaziert (Beifall bei der ÖVP. - Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Aber Sie machen ja das Richtigel!), weil Sie aus völlig anderen Motiven (Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Was wissen Sie denn schon! Das sind Unterstellungen!) dieses Mahnmal zu Fall bringen wollen! (StR Mag Hilmar Kabas: Unterstellungen sind das! Lauter Unterstellungen!) Gerade eine Partei, Herr Kollege Pawkowicz (Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Sie sind ja auf der freiheitlichen Linie!), die jetzt (StR Mag Hilmar Kabas: Welche Motive haben Sie denn jetzt? Sagen Sie mir das jetzt - Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Sie sind ja jetzt auf der freiheitlichen Linie!) in Gemeindebauten (Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Was haben Sie für Motive?) Listen mit der Anzahl von Ausländern, die dort wohnen, schlägt ... (Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Was haben Sie für Motive jetzt?) Ich habe sie Ihnen genau erklärt, wenn Sie mir zugehört hätten. (StR Mag Hilmar Kabas: Sagen Sie es uns! Was sind das jetzt für Motive?) Sie als Partei, Sie sollten in dieser Frage absolut den Mund halten! (Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Sie brauchen mir nicht den Mund halten schaffen! Sie nicht! Von Ihnen lasse ich mir das nicht schaffen! Von Ihnen nicht! Was wissen denn Sie schon? - StR Mag Hilmar Kabas: Was bilden Sie sich ein? Gerade Sie! Sie schon gar nicht! Sie können uns das nicht schaffen! Gerade Sie nicht! - Beifall bei der ÖVP. - Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Mir kann niemand den Mund halten schaffen! Das laß ich mir von niemandem schaffen! Und schon gar nicht von Ihnen! - StR Mag Hilmar Kabas: Wir werden uns von Ihnen nicht den Mund halten schaffen! Von Ihnen schon gar nicht! Gerade Sie! Na Sie sind ein Superdemokrat! - Aufregung bei der FPÖ.) Herr Kollege Kabas! All das, was Sie mir hier in Sachen Demokratie erklären, liegt weit unter meiner Reizschwelle, glauben Sie mir das! (Beifall bei der ÖVP. - StR Mag Hilmar Kabas: Sie können uns nicht den Mund halten schaffen! Sie schon gar nicht! - Weitere Aufregung bei den F.)

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. (StR Mag Hilmar Kabas: Also es geht schon weiter!) Wir stehen vor dem Ende (StR Lothar Gintersdorfer: Ja Sie! - Abg Gerhard Zeihsel: Vor dem Ende der ÖVP!) des sozialdemokratischen Jahrhunderts (Aufregung bei der SPÖ.) in dieser Stadt. (Abg Ing Peter Westenthaler: Halten Sie jetzt Ihre eigene Abschiedsrede? Ist das Ihre Abschiedsrede?) Es wird gut sein, daß es ab dem 13. Oktober für die Sozialdemokratie in dieser Stadt keine absolute Mehrheit mehr geben wird. (Abg Harry Koppitz: Das werden wir uns erst einmal anschauen! - Abg Ing Peter Westenthaler: Das wird das Ende der ÖVP!) Je mehr die Sozialdemokratie von ihrer absoluten Mehrheit verlieren wird (StR Lothar Gintersdorfer: Na Sie werden das nicht erreichen!), um so besser wird Wien und die Region Wien gerüstet sein, um im

neuen Europa bestehen zu können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr Erwin Hlrschall: Zum Wort gemeldet ist jetzt Herr Abg Dr Pawkowicz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin über eines erstaunt, und ich darf das auch dem Dr Görg sagen: Wir Freiheitlichen geben seit fünf Jahren im wesentlichen die Themen in dieser Stadt vor, und wir sagen auch, wie die Themen gelöst werden können. *(Beifall bei der FPÖ. - Aufregung bei der ÖVP.)* Wir sagen, wie es geht, und wir machen vernünftige Ansätze. *(Abg Johannes Prochaska: Da schauen wir aber! - Weitere Aufregung bei der ÖVP.)* Ein ganz klassischer Fall dafür ist etwa dieses Denkmal.

Wir haben darauf hingewiesen, daß es übereilt ist, jetzt eine Entscheidung in die eine oder andere Richtung zu treffen, da die Ausgrabungen noch im Gange sind. Auf diese Linie geht ... *(StR Dr Bernhard Görg: Das haben Sie schon gesagt, da war von den Ausgrabungen noch gar keine Rede!)* Nein, das stimmt doch nicht, das ist ein völliger Unsinn. *(StR Dr Bernhard Görg: Sie wissen genau, daß es stimmt!)* Jetzt kommt der Herr Görg und übernimmt die Linie der Freiheitlichen *(Abg Johannes Prochaska: Na geh!)*, und zwar voll. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Ich sage: Herr Dr Görg, es ist gar nicht so schlecht, was Sie machen. *(StR Dr Bernhard Görg: Da bin ich aber froh!)* Wir haben Unterschiede in bestimmten Bereichen, das darf ich schon sagen.

Ich bin etwa dagegen - das habe ich auch immer deutlich gesagt -, daß Ausländer in Gemeindebauten einziehen. Sie sind voll dafür, daß sie einziehen. Ich sage: Diese Frage stellt sich nicht für mich *(Aufregung bei der ÖVP.)*, denn 15 000 Wienerinnen und Wiener warten auf eine Gemeindewohnung. Sie sagen: Die sollen warten, jetzt sollen einmal die Ausländer einziehen.

Hier haben wir unterschiedliche Standpunkte.

Aber es gibt auch Standpunkte, bei denen es eine große Übereinstimmung gibt.

Eine Übereinstimmung haben wir eben jetzt beim Mahnmal, da sowohl der Herr Bgm Häupl als auch wir und auch jetzt Sie gemeint haben, daß eine Entscheidung zur Zeit aufgeschoben werden soll und dann, wenn man genauere Unterlagen hat und die Ausgrabungen fertiggestellt sind, man über den Termin und die terminliche Festlegung reden kann. So, das ist es.

Jetzt aber weiß ich überhaupt nicht, und ich sage Ihnen das auch, Herr Dr Görg, denn ich mag Sie nämlich - ich habe es schon gesagt -, weil Sie an sich durchaus ein freundlicher, meistens ein sehr freundlicher, unauffälliger Mensch und sehr bemüht sind. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)* Ich lasse mich da von Ihnen nicht anschnitten, denn in Wirklichkeit ist das unkorrekt, und, Herr Dr Görg, ich sage auch, daß Sie es in Wirklichkeit auch nicht notwendig haben! Sie haben es

nicht notwendig! *(Beifall bei der FPÖ. - StR Dr Bernhard Görg: Sie zeigen das in Ihrer Politik ja selbst!)* Lassen Sie mich auch eines sagen: Ich lasse mich da jetzt nicht ablenken, weil in Wirklichkeit ist es nicht so bedeutsam *(StR Mag Hilmar Kabas: So ist es!)*, was Sie gesagt haben.

Bedeutsam ist, daß diese Stadt in den letzten Jahren tatsächlich schlecht verwaltet worden ist. Das können wir feststellen. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, daß der Herr Stadtrat heute hier auftritt und am Ende dieser Legislaturperiode eine Mitteilung macht und sich auch noch ein zweiter Stadtrat schnell auf die Tagesordnung drängt, um auch noch eine Mitteilung zu machen und um zu sagen, daß er eigentlich auch etwas gemacht hat! Deswegen mein Zwischenruf vorhin, daß es mich eigentlich überrascht, daß sich nicht auch noch schnell alle anderen Stadträte, die ein schlechtes Gewissen haben, zu einer Mitteilung drängen, nämlich jene, die zu Recht ein schlechtes Gewissen haben, weil sie schlicht und einfach nichts zustande gebracht haben *(Abg Andreas Honay: Sie werden das ja sicher wissen!)* oder schlecht regiert worden ist. *(Abg Andreas Honay: Sagen Sie das, was richtig ist!)*

Mir ist schon klar, daß sich der Herr Honay aufdrängen will. Das wissen wir, da brauchen wir an sich nicht näher darauf einzugehen. Er ist aber noch kein Stadtrat, er kann es aber irgendwann einmal schon werden.

Ich sage, diese Stadt ist in Wirklichkeit von einer ganzen Reihe von sozialistischen Stadträten - und die sozialistischen Stadträte heißen in Wien "amtsführende Stadträte", das gibt es nur in Wien und sonst nirgends mehr auf der Welt - schlecht verwaltet worden. Ich gebe aber auch ganz offen zu, daß es den einen oder anderen gibt - ich will sie jetzt nicht nennen -, bei dem ich den Eindruck habe, daß er es ganz gut gemacht hat. *(Abg Harry Kopietz: Sie können sie ruhig sagen!)* Ich sage es aber nicht, denn sonst bekommt ihr noch Streit in eurer Fraktion, und das wäre vor den Wahlen auch wieder nicht das, was wir wollen, denn wir wollen uns ernsthaft und sachlich mit den Fehlern in unserer Stadt auseinandersetzen.

Ich habe hier den Eindruck, daß wir in Wirklichkeit zuerst einmal den Bürgern der Stadt zu danken haben, nämlich den vielen Wienerinnen und Wienern, die das alles über sich ergehen haben lassen müssen und mit einer eigentlich fast grenzenlosen Geduld all das ertragen haben, was diese sozialistische Stadtverwaltung in diesen letzten Jahren hier aufgeführt hat.

Wir erhoffen uns nur, daß diese Bürger, diese fleißigen und anständigen Bürger, noch bis zu diesem 13. Oktober durchhalten werden, denn dann können sie den Wechsel und die Veränderung herbeiführen, und das wünschen wir uns auch! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist nämlich den fleißigen Bürgern, den Wirtschaftstreibenden, Gewerbetreibenden, Angestellten, Arbeitern, aber auch den fleißigen Mitarbeitern im öffentlichen Dienst, genauso wie den Freischaffenden und auch den freien Mitarbeitern *(Abg Gerhard Kubik:*

Jetzt wird es aber peinlich!) zu verdanken, daß die Wirtschaft in der Stadt trotz der SPÖ-Regierung in Bund und Land immer noch relativ gut funktioniert. Jenen Mitbürgern also, die in Wirklichkeit unter einer Diktatur von Dilettanten, die etwa die Sozialversicherungspflicht für Werkverträge einführen, zu leiden haben. So schaut die Sache in Wirklichkeit aus! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was ist denn das für ein unglaublicher wirtschaftspolitischer Unsinn, den hier SPÖ und ÖVP im Parlament beschlossen haben? Nachdem dieser Beschluß im Parlament gefaßt worden ist, kommen der Herr Schüssel und der Herr Görg - jetzt ist er heimgegangen und ist nicht mehr da - und sagen: Bitte sehr, eigentlich haben wir hier Unsinn beschlossen, das soll repariert werden! Dann geben wir diesen Herrschaften die Möglichkeit, in einer Sitzung des Bundesrats abzustimmen und zu sagen, daß da im Nationalrat ein Unsinn beschlossen worden ist, denn der Bundesrat kann hier korrigierend eingreifen. Der Wiener Bürgermeister und Wiener SPÖ-Vorsitzende sagt: Aha, wir korrigieren das. Aber dann stimmen die SPÖ- und ÖVP-Abgeordneten im Bundesrat wieder diesem Unsinn, der im Nationalrat beschlossen worden ist, zu, obwohl sie hier die Möglichkeit gehabt hätten, korrigierend durchzugreifen. Im nächsten Atemzug kommen dieselben aber wieder daher und sagen: Eigentlich ist doch das mit der Sozialversicherungspflicht für die Werkverträge wirklich ein Unsinn.

Ich frage mich doch wirklich, für wie deppert Sie eigentlich die Wiener Bevölkerung und die Österreicher halten? Sie nehmen Ihnen das doch nicht mehr ab, denn was Sie hier machen, ist in Wirklichkeit ein übles Spiel mit der Bevölkerung der Bundeshauptstadt und überhaupt mit der Bevölkerung in unserem Land! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wie leichtfertig im Wirtschaftsbereich nämlich mit erheblichen Steuermitteln umgegangen wird, zeigt ja doch eine ganze Fülle von Beispielen, und auf die ist heute nicht eingegangen worden!

Allein die Debatte um das Museumsquartier hat schon vor 1991 begonnen. Ich glaube, daß die grundsätzliche Idee, die irgendwann einmal von der Hertha Firnberg geboren wurde - die Fischer-von-Erlach'schen Hofstallungen zu revitalisieren und in den gesamten Museumsbereich einzubauen -, eine richtige, gescheite und vernünftige war. Ich habe überhaupt - gestatten Sie mir auch diese Feststellung - vor der damaligen Ministerin Firnberg immer großen Respekt gehabt. Was ist aus dieser Idee gemacht worden? Da sind dann nachher die Selbstdarsteller gekommen, die in weiterer Folge in Wirklichkeit nur darauf aus waren, sich ein Denkmal zu setzen. Dann ist dahingeknuddelt worden, und 1991, nach den letzten Landtags- und Gemeinderatswahlen, haben wir ein eher privates Gespräch - ich weiß nicht, ob sich der Stadtrat daran noch erinnert - gehabt. Wir haben mit der Pasterk geredet und haben gesagt: Vielleicht gelingt es doch, bei einem Projekt, das so sensibel mitten in der Stadt ist, quasi in Kon-

sens etwas zustande zu bringen. Die Antwort war auch eindeutig: Na, dazu werden wir euch brauchen! Das machen wir alleine. Dann ist fünf Jahre, von 1991 bis jetzt, dahingeknuddelt worden und 500 Millionen S an Steuermitteln sind ausgegeben worden. Die sind weg, ohne daß in diesem Museumsquartier auch nur ein einziger Stein bewegt worden wäre!

Es ist doch eine Schande, wie Sie mit den Steuermitteln umgehen! Das ist nicht nur eine Schande, das ist ein Skandal, und ich glaube, daß die Wiener Bevölkerung das genauso sieht! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich hätte eigentlich heute eine dritte Mitteilung, und zwar von der Frau StRin Pasterk erwartet, aber die ist nicht gekommen.

Aber das, was in den letzten Jahren im Kulturbereich in einem unglaublichen Ausmaß stattgefunden hat, das war die Subventionskultur. Es ist ein Irrtum, zu glauben, Kultur alleine mit Steuergeldern einkaufen zu können, sich dann aber bei einer entscheidenden Frage - und jetzt sind wir noch einmal bei dem Mahnmal am Judenplatz - zu verabschieden und zu sagen: Kultur ist Chefsache! - und an Häupl zu verweisen! Das ist doch in Wirklichkeit ein Bild des Jammers, das uns hier geboten wurde. Es darf doch einfach nicht wahr sein, wenn in Wien die Spitze der Kultur - die Kulturstadträtin - sagt: Diese Frage ist so sensibel, die ist Chefsache! Da sage ich nichts mehr dazu! Das ist in Wirklichkeit die Verabschiedung der StR Pasterk, und es war in Wirklichkeit dafür auch höchste Zeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich darf aber auch noch etwas zur Mitteilung des StR Swoboda sagen.

Ich habe den Eindruck, daß Stadtplanung in den letzten Jahren in Wien in weiten Bereichen nicht stattgefunden hat. Ich weiß, daß der gesamte Bereich der Stadtplanung ein sehr sensibler Bereich ist, und es hier die unterschiedlichsten Überlegungen immer wieder zu berücksichtigen gibt. Ich glaube, daß der Herr StR Swoboda in Wirklichkeit zu vielen Projekten, die vorgelegt worden sind, eine sehr offene Einstellung hatte und sich auch wirklich mit den einzelnen Projekten - auch mit jenen, die ihm vielleicht überhaupt nicht behagt haben - auseinandergesetzt hat. Ich weiß auch, daß man es dem StR Swoboda in all den Jahren nicht immer leichtgemacht hat - nicht nur wir, die Freiheitlichen, sondern auch andere politische Gruppierungen oder Interessengruppierungen. Es hat auch eine Zeit gegeben, in der ich den Eindruck hatte, daß in Wien in Wirklichkeit der Finanzstadtrat oder der Wirtschaftsstadtrat die Stadtplanung macht oder sehr viel vorgibt, was dann in der Stadtplanung nachzuvollziehen war, ob es gescheit war oder nicht.

Eines aber muß ich feststellen: Es ist eine ganze Fülle von Projekten und Vorschlägen immer wieder vorgelegt worden, nur wirklich umgesetzt und endgültig realisiert worden ist nichts. Der Stadtplanung wurde auch kein Stempel in irgendeine Richtung, von der man sagen konnte, sie läuft jetzt dorthin, aufgedrückt. Das war auch nicht der Fall. Die Stadtplanung ist

weitgehend dem Zufall überantwortet worden.

Wenn jemand ein günstiges Grundstück gehabt hat und auch einflußreich war, dann ist er von einer Bauklassenwidmung II, III oder was auch immer, plötzlich in den Genuß einer Umwidmung für ein Hochhaus gekommen. Aber auch wenn er dieses Grundstück ein paar hundert Meter weiter nördlich, südlich, westlich oder sonst irgendwo gehabt hätte, dann hätte er eben dort diese Widmung zustande gebracht.

Jetzt meine ich aber, daß sich eine große Stadt - eine Weltstadt - in Wirklichkeit so eine Vorgangsweise - solche Entscheidungen so dem Zufall zu überlassen - normalerweise gar nicht leisten kann. Wir - der Wiener Gemeinderat - haben ja auch einmal einen Mehrheitsbeschluß gefaßt, und wir haben gesagt, daß es gut für die Stadt wäre, wenn es eine zweite City gäbe, denn das hätte viele Vorteile. Es ist auch ein Beschluß gefaßt worden. Ich habe aber den Eindruck, daß man das dann aus den Augen verloren hat, denn man hat nur mehr von Seifenblasenprojekten gehört. Die von mir genannte Frau StR Pasterk hat dann plötzlich gesagt: Da gibt es ein Guggenheim-Museum, das kommt dort hin. Ein anderer hat wieder gesagt: Aha, die Universität kommt dort hin, und ein Dritter hat gesagt: Da kommt der Nomura-Konzern aus Japan hin, die bauen dort etwas Großes. Da ist dann nichts mehr weitergegangen!

Ich habe in diesen Jahren die Kraft und die Überzeugung vermißt, die auch erforderlich ist, wenn man eine Stadt gestalten will, damit man das alles auch umsetzen kann. Wir haben ja auch angeboten, unterstützend tätig zu sein, weil die Stadtentwicklung und die Stadtgestaltung etwas ganz Wesentliches und Zukunftsweisendes sind. Es ist für uns so wichtig, hier mitzutun, aber man hat gesagt: Wir haben sowieso die SPÖ, die hat ja noch die absolute Mandatsmehrheit, und wir werden das schon zusammenbringen. Nichts ist mehr zustande gekommen. Es hat in dieser Stadt nichts mehr funktioniert, und das ist der Vorwurf, den ich dem StR Swoboda mache, denn heute war ja hier sein letzter Auftritt, wenn ich das richtig verstanden habe. Ich wünsche ihm an sich viel Glück im Europäischen Parlament. Es möge ihm dort besser gelingen, die eine oder andere Überlegung oder Idee umzusetzen, denn es ist an sich etwas Wichtiges, zu sehen, daß man etwas bewegt.

Aber lassen Sie mich eines sagen ... (*Amtsf StR Dr Hannes Swoboda: Es wäre sehr schön gewesen, dich ein paarmal wenigstens im Ausschuß zu sehen!*) Ich kann nur sagen, ich bin hingegangen und habe gesehen, wie es im Ausschuß zugeht. Hier wird mit absoluter Mehrheit beschlossen, weil die absolute Mehrheit nach wie vor vorhanden ist. Dieses Mehrheitsinstrumentarium, eingesetzt nach der Devise "Die Mehreren sind auch die Gescheiterten", ist eben der entscheidende Fehler. Die Weisheit oder die Gescheitheit liegen nicht immer nur bei der Mehrheit. In der Demokratie steht es den politisch Stärkeren gut an, auch den demokratischen Konsens zu suchen, um gescheite Ideen,

wenn sie von anderen Politikern oder anderen politischen Gruppierungen, die nicht zur absoluten Mehrheit gehören, kommen, miteinfließen zu lassen, im Interesse der Stadt, im Interesse der Demokratie und im Interesse der gesamten Republik Österreich! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich sage aber noch etwas dazu. (*Amtsf StR Dr Hannes Swoboda: Frage einmal den Kollegen Prinzi - Amtsf StR Rudolf Edlinger: Der "Standard"-Artikel gehört aber nicht dazu!*) Ich bin ... (*Amtsf StR Rudolf Edlinger: Den kann man ja nicht unter "gescheit" einordnen!*) Der "Standard"-Artikel! Ich sage jetzt eines dazu. Es gibt manchmal journalistische Meisterleistungen. Ich billige auch den Journalisten, vor denen ich manchmal sehr großen Respekt habe, zu, daß dieses Handwerk schwierig ist. Ich kann mir schon vorstellen, daß auch dort manchmal eine Leistung ein bißchen schwächer ausfallen kann und sich, obwohl man sehr klare Angaben gemacht hat, trotzdem ein diffuses Bild ergeben kann. Was ich hier mache ... (*Amtsf StR Rudolf Edlinger: Das kann aber nicht gescheit sein!*)

Lassen Sie mich noch etwas sagen. (*Abg Ing Peter Westenthaler: Der Einem ist ja euer Chefredakteur!*)

Ich bin eigentlich sehr froh, daß es uns damals - den Freiheitlichen - in einer Koalition mit den Bürgern in dieser Stadt gelungen ist, das Projekt der EXPO zum Stehen zu bringen, und zwar deswegen, weil die Nachnutzung nicht geklärt war. Wir sind damals der Idee einer Weltausstellung grundsätzlich durchaus offen und positiv gegenübergestanden, aber wir haben gesehen, daß diese SPÖ-Stadtverwaltung nicht in der Lage ist, auch ein gescheites Projekt der Nachnutzung vorzulegen. Heute bin ich froh darüber, daß wir dieses EXPO-Projekt gestoppt haben (*Amtsf StR Rudolf Edlinger: Ich nicht!*), weil wir sonst zu den Schulden, die wir jetzt haben, noch viele Milliarden Schilling Schulden dazu hätten, und das hätte die Wirtschaft unserer Stadt nicht mehr ausgehalten! Man kann den Freiheitlichen und den Bürgern zu dieser Entscheidung nur gratulieren. Das kann man nachträglich sagen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber wenn wir vom Wirtschaftsstandort Wien sprechen, lassen Sie mich auch noch eine Überlegung zusätzlich sagen.

Die Stadt Wien ist dabei, den Stellenwert, den sie als Wirtschaftsstandort hatte, langsam, aber sicher, zu verspielen. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Aber auf ein Beispiel darf ich besonders aufmerksam machen, weil es mir am Herzen liegt. Ich habe diese meine Sorge auch dem Kammerpräsidenten Nettig, dem Bürgermeister und dem Stadtrat vorgetragen.

Es gibt keine große, wirtschaftlich wichtige Stadt in Europa, die nicht gleichzeitig ein bedeutender Messeplatz ist. Wenn wir uns europaweit die Entwicklung anschauen, so stellen wir fest, daß nicht nur München, Hannover, Hamburg und jetzt auch Leipzig ihre Messeplätze massiv ausbauen und dort hohe Investitionen tätigen, sondern diese Entwicklung zur Messestadt hat natürlich auch in allen anderen großen Metropolen

einen besonderen Stellenwert, etwa in Paris, London, aber auch in Budapest und Prag.

Was passiert aber in Wien? - Sie widmen der Wiener Messe nicht Ihre Aufmerksamkeit. Die Wiener Messe wird verkleinert. Es gibt keine großen, neuen, innovativen Konzepte, und ich fürchte auch, daß der Wirtschaftsstadtrat keine Überlegungen oder - ich darf es anders sagen - keine großen budgetären finanziellen Vorkehrungen dafür getroffen hat, um den Messestandort Wien neu auszubauen. Was bisher passiert ist, ist die Ablöse Messepalast. Da hat die Messe lukriert und, wenn ich das jetzt richtig in Erinnerung habe, 350 Millionen Schilling an Mietablösen bekommen. Der Rechnungshof hat das kontrolliert und hat gesagt, daß die Mietablösen viel zu hoch waren. Ich behaupte, diese überhöhten Mietablösen waren halt nur auch möglich, weil die politische Konstellation gestimmt hat. Aber auch nachdem der Wiener Messe 350 Millionen Schilling zugeflossen sind, ist dort die wirtschaftliche Situation nicht verbessert worden, und die Wiener Messe befindet sich zur Zeit im großen Minus! Hunderte Millionen Schilling im Minus! Das ist die reale Situation, und ich meine, daß hier Überlegungen angestellt werden müssen.

Ich glaube, wenn sich dieser Landtag und Gemeinderat nach dem Oktober dieses Jahres neu zusammensetzen wird, dann wird die Entscheidung, ob wir die Wiener Messe weiter absandeln lassen wollen oder hier in einem - wenn man so will - Akt der Stärke den Messestandort Wien und den Messeplatz Wien wieder herrichten wollen, eine Aufgabe sein, die alle politischen Parteien treffen wird. Wir sind der festen Überzeugung, daß Wien eben einen besonderen Stellenwert in Europa hat und haben soll, und diesen Stellenwert auch weiter ausbauen solltel (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn der Herr Wirtschaftsstadtrat heute in schönen Farben die Rolle Wiens im neuen Europa geschildert hat, dann - ich sagte es schon - sieht die Realität etwas anders aus. Wien muß wieder eine größere Rolle am internationalen Parkett spielen! Wien hat diese Rolle traditionell und historisch immer gespielt. Ich meine, daß nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus es natürlich die Chance gegeben hat, unsere Position zu verbessern und zu verfestigen. Aber dazu sind auch Änderungen im gesamten demokratischen Gefüge unserer Stadt notwendig. Ich meine zum Beispiel, daß Kontrollrechte ausgebaut werden müssen. Hier sind wir in Wirklichkeit ja noch in weiten Bereichen in einer demokratiepolitischen Steinzeit. Weil die Kontrolle in weiten Bereichen schlecht funktioniert und die SPÖ mit ihrer absoluten Mehrheit Kontrolle tatsächlich noch per Beschluß verhindern kann, deswegen ist die wirtschaftliche Situation auch prekär.

Es ist wirklich manchmal schwierig, einem großen, internationalen Konzern, der nach marktwirtschaftlichen Orientierungen operiert, zu erklären, warum er seinen Standort ausgerechnet in einer Stadt haben soll, in der nach wie vor mit absoluter sozialistischer Mehr-

heit regiert wird! Jetzt weiß ich schon, daß ... (Amtsf StR Rudolf Edlinger: Deshalb waren Sie gegen General Motors!) Ich weiß, dieses Kunststück (Amtsf StR Rudolf Edlinger: Deshalb waren Sie gegen GMI) gelingt manchmal, aber im großen und ganzen gehen große internationale Firmen woanders hin. (Amtsf StR Rudolf Edlinger: Nennen Sie nur ein Beispiel! Ein Beispiel nur nennen Sie!) Aber natürlich, jede Menge von Beispielen (Amtsf StR Rudolf Edlinger: Nichts! Keine Zahlen, nichts!) könnten wir hier zeigen. (Amtsf StR Rudolf Edlinger: Jetzt?)

Bleiben wir in Aspern. General Motors ist dorthin gegangen, weil es zu diesem Zeitpunkt tatsächlich noch den Eisernen Vorhang gegeben hat. (Amtsf StR Rudolf Edlinger: Gegen Investitionen!) Der ist mittlerweile gefallen, und die Neuzusiedlungen von großen Firmen bleiben leider aus.

Faktum ist, daß die Zusiedlungen von großen Firmen bisher deswegen erfolgt sind, weil es eine besondere Situation gegeben hat. Es sind keine wesentlichen neuen Großfirmen mehr nach Wien gekommen - mit ganz wenigen Ausnahmen. Aber es passiert etwas ganz anderes, das darf ich schon sagen, nur fällt es wahrscheinlich dem Wirtschaftsstadtrat nicht auf. Da gibt es eine große Firma, eine österreichische Automobilfirma, Gräf & Stift. (Amtsf StR Rudolf Edlinger: Das habe ich schon gehört, was Sie jetzt sagen werden! - Heiterkeit bei der SPÖ.) Aha, ich habe mir gedacht, das hat Ihnen vielleicht jemand von der Firma gesagt, denn das wäre nämlich gar nicht schlecht gewesen, wenn der Wirtschaftsstadtrat sich auch einmal mit der Firma in Verbindung gesetzt hätte. Aber ich weiß schon, die müssen dann ins Rathaus kommen und so weiter. (Amtsf StR Rudolf Edlinger: Was glauben Sie! Die waren ja dauern da, lieber Herr!)

Ein Wirtschaftsstadtrat hat die Aufgabe, gerade in Bereichen, in denen sich Krisensituationen abzeichnen, rechtzeitig Kontakt aufzunehmen. Dies ist bisher ... (Amtsf StR Rudolf Edlinger: Was glauben Sie, was ich getan habe?) Gar nichts! Das weiß ich ohnedies. Das ist ja genau die Sorge, die wir haben. Ich meine, daß es eben einem Wirtschaftsstadtrat gut anstünde, hier rechtzeitig zu handeln. Faktum ist, daß die Autobusproduktion dort mittlerweile massiv eingeschränkt worden ist. Faktum ist, daß Gräf & Stift heute eine Tochter von M.A.N. ist - falls Sie mich fragen, sage ich es Ihnen jetzt im Detail (Amtsf StR Rudolf Edlinger: Das brauchen Sie nicht! Das ist alles bekannt!) -, und Faktum ist, daß die Autobusproduktion abgesiedelt wird.

Ich weiß schon, das ist ein Ergebnis der wirtschaftlichen Verflechtungen und auch ein Ergebnis des EU-Beitritts, aber damit kommen wir schon zum nächsten Punkt. Vor diesem EU-Beitritt haben doch wir Freiheitlichen, vor allem wir Wiener Freiheitlichen, gesagt: Wir können uns einen EU-Beitritt dann durchaus vorstellen, wenn vorher die notwendigen Schritte gesetzt werden, wenn alle Vorbereitungen getroffen werden. Sie haben nur gesagt: Gar nichts! Da müssen wir hinein, und

zwar dringend.

Wir, meine Damen und Herren, haben gesagt, es muß doch zuerst etwa die gesamte Transitfrage verhandelt werden, weil eben der Ost-West-Transit überhandnimmt, weil er sich verdoppelt hat und sich bis zur Jahrtausendwende noch einmal verdoppeln wird. Und was haben Sie gesagt: Das wird schon irgendwie funktionieren, jetzt treten wir einmal bei.

Sogar die Tiroler waren gescheitert. Die haben gesagt, der Transit auf der Inntal Autobahn muß geregelt werden, obwohl dort viel weniger Verkehr ist als etwa auf der Südosttangente. Das ist verschlafen worden. Oder hat vielleicht der Herr Wirtschaftsstadtrat verhandelt im Bereich der EU, daß wir für die Autobahn-umfahrung Wien, für den Transit um Wien herum, entsprechende Mittel von der EU bekommen? - Nein, natürlich nicht! Das sind Versäumnisse. Oder ist verhandelt worden, daß entsprechende Mittel von der EU, von der Europäischen Union nach Wien laufen, damit die Verlagerung des Transits von der Straße auf die Schiene stattfinden kann? - Nein, es hat nicht stattgefunden. Es ist verschlafen worden!

Das sind die Vorwürfe, die ich einem Wirtschaftsstadtrat machen muß.

Meine Damen und Herren! In diesen letzten Jahren - das will ich hier betonen - seit 1991 ist der sozialistischen Regierung in dieser Stadt fast nichts mehr gelungen. Sie haben die Stadt wirtschaftlich in eine Krisensituation gebracht. So schaut es nämlich aus bei uns! Und das wird Ihnen die Wiener Bevölkerung auch präsentieren. *(Beifall bei der FPÖ. - Amtsf StR Rudolf Edlinger - zu LhptmSt Dr Sepp Rieder gewendet -: Ich sag' gar nichts mehr dazu! Es ist ja völlig sinnlos!)* Das ist ja alles unglaublich, was da versäumt wurde.

Jetzt nenne ich Ihnen die Fakten. *(Abg Andreas Honey: Das glaube ich nicht, daß Sie uns Fakten sagen!)* Ich weiß ohnedies, ihr glaubt, ihr seid im Besitz der allumfassenden Weisheit, aber leider ist es nicht so. *(Abg Andreas Honey: Das schließt einander aus! Machen Sie uns nicht ein X für ein U vor!)* Ich bin ja an sich gutmütig, und der Honey hat immer einen Zwischenruf frei. Das weiß ich schon, darüber bin ich nicht böse.

Aber, meine Damen und Herren, jetzt nenne ich Ihnen die jüngsten Daten der Insolvenzstatistik: 379 eröffnete Verfahren. Da liegt Wien an der Spitze vor Niederösterreich und Oberösterreich. *(Amtsf StR Rudolf Edlinger: Da ist die Stadtverwaltung schuld!)* Auch bei den abgewiesenen Konkursanträgen ... *(Amtsf StR Rudolf Edlinger: Oder wie ist das?)* Die Rahmenbedingungen, die die Stadt, die der Wirtschaftsstadtrat für die Wirtschaft setzt, sind leider so schlecht, daß es zu diesen Insolvenzen kommt. Das sage ich Ihnen! *(Amtsf StR Rudolf Edlinger: Das ist ein absoluter Unsinn!)* Sie verstehen es nicht, das ist alles! Ich sage Ihnen etwas Gescheites, Sie sagen, das ist ein Unsinn, weil Sie es nicht verstehen. *(Amtsf StR Rudolf Edlinger: Das ist ein absoluter Unsinn!)*

Jetzt passen Sie doch einmal auf! Nehmen Sie doch etwas zur Kenntnis! Es ist ohnehin schon Wurscht, weil heute die letzte Sitzung ist. Aber das ist ja genau das Problem: Man glaubt manchmal, der Edlinger ist lernfähig, er ist es aber nicht. *(Amtsf StR Rudolf Edlinger: Von Ihnen kann man nichts lernen!)* Und das ist auch der Grund, meine Damen und Herren, wieso die Wirtschaft so schlecht aussieht. *(Abg Ilse Forster: Wenn ihr schlecht wirtschaftet, ist die Stadt schuld!)*

Jetzt nenne ich Ihnen weitere Fakten, ob Ihnen das unangenehm ist oder nicht. Bei den abgewiesenen Konkursanträgen liegt Wien mit 661 an erster Stelle, ebenfalls vor Oberösterreich mit 210 und Niederösterreich. Damit ist Wien - das ist die Situation - unangefochtener Insolvenzmeister.

Sie werden jetzt sagen, das ist so, weil möglicherweise die Gewerbetreibenden nicht fleißig sind oder weil die Wiener Wirtschaftstreibenden nicht fleißig sind. Das Gegenteil ist der Fall. Die Wiener Wirtschaftstreibenden, die Gewerbetreibenden, meine Damen und Herren, die sind fleißig, die hackeln, ebenso auch die Arbeitnehmer und alle anderen. Die müssen das tun, damit sie das Ärgste verhindern, was Sie mit Ihrer Wirtschaftspolitik anrichten. So schaut es nämlich aus! Trotzdem müssen unsere Gewerbetreibenden in manchen Bereichen zusperrern, weil die Rahmenbedingungen nicht mehr stimmen.

Und jetzt sage ich Ihnen, wohin wir mit dieser Besteuerung kommen, die mit den Belastungspaketen in den unterschiedlichsten Bereichen neu eingeführt wird. Das ist doch in Wirklichkeit alles ein Anschlag auf Wien und die Wiener Wirtschaft.

Zu den Schuldenlasten möchte ich schon eines feststellen: Während wir auf der einen Seite zurzeit in Wien einen Rekord an Arbeitslosigkeit haben - darüber haben Sie nichts geredet *(Amtsf StR Rudolf Edlinger: O ja! Da waren Sie nicht da! Dazu habe ich schon Stellung genommen!)*, aber Faktum ist, wir haben in Wien die höchste Arbeitslosigkeit überhaupt seit den 50er Jahren; das ist das Faktum -, kommen Sie daher und sagen: Ja, aber in der EU gibt es eigentlich auch Arbeitslose. Es kann doch nicht das Ziel sein, nach dem EU-Beitritt möglichst schnell das Spitzenfeld bei der Anzahl der Arbeitslosen in der EU zu erreichen. *(Abg Gerhard Kubik: Das Gegenteil ist der Fall!)* Das ist nicht die Zielvorstellung, die ich habe.

Ich meine, meine Damen und Herren, wir haben auf der einen Seite einen Rekord an Arbeitslosigkeit - das ist neu -, auf der anderen Seite einen Rekord an Schulden. Die Schuldenlasten der Gemeinde Wien sind explodiert von 36 Milliarden Schilling im Jahre 1992 auf 56,3 Milliarden Schilling im Jahre 1995. Die Neuverschuldung im Jahre 1995 stieg gegenüber dem Vorjahr um 24 Prozent an.

Meine Damen und Herren! Damit ist es fast unmöglich, wichtige weitere Investitionen zu tätigen, ein Investitionsprogramm durchzuführen, und das wieder-

um führt dazu, daß es im Arbeitslosenbereich natürlich zu weiteren Steigerungen kommen wird.

Daher, meine Damen und Herren, haben wir gemeint, man darf die SPÖ in Stadt und Land, in der Stadt Wien oder auch auf Bundesebene nicht weiter so wirtschaften lassen, weil sonst die ganze Wirtschaft den Weg des "Konsums" gehen wird - der "Konsum" ist ein ganz besonders signifikantes Zeichen sozialistischer Wirtschaft -, wir haben gemeint, daß es sinnvoll wäre, die Regierenden zu kündigen, bevor die Bürger gekündigt werden, und ich habe den Eindruck, daß die Bevölkerung in Wien das so ähnlich sieht. Die Sorgen um die Arbeitsplätze steigen weiter. Die Bürger wissen, daß Sie mit Ihrer Wirtschaftspolitik am Ende sind. Wir bieten ein neues Wirtschaftsprogramm an. *(Amtsf StR Rudolf Edlinger: Bitte, schicken Sie mir das einmal!)* Es wird eine Entscheidungsfrage sein. Die Bürger werden entscheiden können, ob sie weiter den Weg abwärts gehen, den Sie vorgegeben haben, oder ob sie den Weg gehen werden, den wir vorgegeben haben. *(Amtsf StR Rudolf Edlinger - den "Standard" in die Höhe haltend -: "Die Tangente versenken"! Das ist Ihr Programm!)*

Meine Damen und Herren! Auch vor dem Hintergrund der völlig verunglückten Neuregelung der Sozialversicherungspflicht der Werkverträge meinen wir, daß wir heute im Landtag die Chance wahrnehmen sollten, einen Resolutionsantrag, den ich hier vorlege, zu unterstützen. Ich weiß, daß Präsident Nettig die Unterstützung der ÖVP, daß die Sozialversicherungspflicht für Werkverträge nun tatsächlich fallen soll, schon in seiner Aussendung signalisiert hat. Wir werden daher hier einen Resolutionsantrag zur Abstimmung bringen, der da heißt:

"Mit 1. Juli. 1996 sind die Werkverträge sozialversicherungspflichtig. Neben einem enormen bürokratischen Mehraufwand für die Sozialversicherungsträger und die Unternehmerschaft kommt es dadurch zu einer Quasi-Erhöhung der Lohnnebenkosten, welche die Attraktivität unseres Wirtschaftsraumes weiter senkt."

Ich gehe hier in der Begründung auch noch auf die Insolvenzverfahren ein und stelle dann den Resolutionsantrag:

"Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert den Nationalrat und die Bundesregierung auf, die Sozialversicherungspflicht für Werkverträge auszusetzen."

In formeller Hinsicht würden wir eine sofortige Abstimmung des Antrages fordern.

Meine Damen und Herren! Das ist aber nur ein Bereich. In dieser prekären Situation, in der wir uns befinden, wo Firmen die Tendenz haben, abzuwandern, importieren wir neue Arbeitslosigkeit. Das ist das Ergebnis des erklärten Ziels des Pakets des Innenministers, das er mit dem ÖVP-Abgeordneten Khol geschnürt hat. Meine Damen und Herren, es ist allerdings etwa übersehen worden, nämlich das Assoziierungsabkommen mit der Türkei, und es hat auch die Bundesregierung im Zuge des EU-Beitritts die Bevölkerung

nicht über die Folge dieses Abkommens aufgeklärt. Jetzt fordert der SPÖ-Innenminister ... *(LhptmSt Dr Sepp Rieder: Ich erinnere Sie an das, was der Herr Prinzhorn gesagt hat!)* Ich sage Ihnen auch ganz offen, es gibt in unserem Land eine ganze Fülle von Gastarbeitern, die fleißig sind, die seit vielen Jahren im Lande sind *(LhptmSt Dr Sepp Rieder: Prinzhorn sagt, wir brauchen die Ausländer wie ein Stück Brot!)* Richtig! Die meint er schon, und die sind auch wichtig. Und ich sage Ihnen, daß diese Gastarbeiter, die hier sind, die im Lande sind, die fleißig zum Wohl unseres Staates arbeiten, zurzeit gefährdet sind, und zwar an ihrem Arbeitsplatz gefährdet. Sie sind gefährdet, ihre Arbeit zu verlieren, weil die Grenzen jetzt ganz weit aufgemacht werden sollen *(Amtsf StR Dr Hannes Swoboda: Das stimmt nicht! Sie wissen ganz genau, daß das nicht stimmt!)* und weil die unkontrollierte Einwanderungspolitik der SPÖ, die über Jahre so gelaufen ist - ich habe mir das Einem-Paket sehr genau angeschaut -, dazu geführt hat, daß - meine Damen und Herren, das ist das Faktum *(Abg Andreas Honay: Schon wieder ein Faktum?)* - die Ausländerarbeitslosigkeit in Wien höher ist als die normale Arbeitslosigkeit.

Die Politik, die Sie machen, die die SPÖ macht, diese Ihre Politik der Öffnung der Grenzen, wodurch genau diese länger im Land befindlichen Gastarbeiter ihre Arbeitsplätze verlieren werden, ist - mit Verlaub gesagt - vor allem den Gastarbeitern und den Ausländern gegenüber, die sich hier mittlerweile eine bescheidene Existenz aufgebaut haben, die es zu einem bescheidenen Wohlstand gebracht haben, nicht anständig. *(LhptmSt Dr Sepp Rieder: Das müssen Sie dem Prinzhorn sagen!)*

Und ich sage noch etwas Weiteres: Diese Politik, mit der Sie Ausländer zusätzlich nach Österreich hereinholen wollen, ist auch diesen Menschen gegenüber, die Sie hier hereinholen wollen und für die es keine Arbeitsplätze gibt, für die es keine Wohnungen gibt und die möglicherweise auch in die Kriminalität gedrängt werden, weil sie das alles nicht haben, nicht anständig.

Diese Art der Ausländerpolitik ist nicht zuletzt auch nicht anständig gegenüber jenen Wienerinnen und Wienern, die in weiten Bereichen dabei sind - ich sage Ihnen, das ist im 16. Bezirk oder im 15. Bezirk bereits der Fall, und ich kann Ihnen einige weitere nennen -, ihre Heimat zu verlieren. *(Abg Andreas Honay: Bravo, Pawkowicz: Anständigkeit und Heimat!)*

Meine Damen und Herren! Man kann zur Ausländerpolitik insgesamt unterschiedlicher Meinung sein, man kann der Auffassung sein, diese Stadt verträgt noch viel mehr Zuwanderung und diese Stadt wird auch mit massiver weiterer Zuwanderung gut leben können. Aber genauso legitim ist es, zu sagen, daß die Grenzen bereits überschritten sind und daß eine weitere Zuwanderung nach Österreich nicht mehr stattfinden soll.

Das sind zwei unterschiedliche politische Programme oder Richtungen, und - ohne das jetzt in ir-

gendeiner Form polemisch zu sagen - die Bürger haben die Wahl. Ich meine, wir sollen den Bürgern daher auch ganz klar sagen, wohin die Reise geht, und offen darauf hinweisen: Hier ist das SPÖ-Programm oder das Programm der GRÜNEN oder das Programm von Görg mit der Absicht, den Gemeindebau zu öffnen (*Amtsfr StR Dr Hannes Swoboda: Nicht alles zusammenmischen!*), und auf der anderen Seite ist das Programm der Freiheitlichen, die sagen: Keine weitere Zuwanderung mehr! Und: Abschieben von kriminellen Ausländern! Da müssen die Bürger wählen, welches sie wollen: das freiheitliche oder das sozialdemokratische Programm. So einfach wird das sein!

Ich glaube, wir müssen das darstellen. Vielleicht setzen Sie sich durch mit Ihrem Programm, vielleicht bekommen wir die Unterstützung für unser Programm. Ich kann mir beides vorstellen. Der Bürger hat die Entscheidung, denn wir sind in einer Demokratie. (*Abg Andreas Honay - ein blaues Blatt in die Höhe haltend -: Dieses Programm wird niemand wollen! Das ist nur ein Aufhussen und ein Aufhetzen!*) Aber wovon ich wirklich abrate, ist, daß hier eine politische Gruppierung oder jemand wie der Herr Honay hergeht und sagt: Das ist die Wahrheit! Das muß sein! Das, was der Herr Honay oder die Sozialdemokraten sagen, ist das Richtige! Viele Bürger meinen, das ist eben falsch. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Was schon überhaupt nicht richtig ist und was nicht sein darf, ist, daß die Bürger angelogen werden, daß die Bürger von Ihnen angelogen werden. (*Zahlreiche Zwischenrufe bei der SPÖ: - Abg Heinz Sramek hält eine ältere Nummer des "profil" mit der Aufschrift "Er hat euch belogen" in die Höhe!*) Wenn heute ein Stadtrat hergeht und sagt, es kommt dieses oder jenes nicht in Frage, und dann geschieht es aber genau so, dann, meine ich, wird der Bürger sagen, das war nicht richtig, man hat nicht die Wahrheit gesagt.

Da gibt es ja mehrere Bereiche. Im EU-Bereich ist es dasselbe. Wenn Gitti Ederer hergeht und sagt, nach dem EU-Beitritt erspart sich jetzt jede Familie 1 000 S, dann sage ich Ihnen ganz offen - ich habe mich wirklich umgehört und geschaut, ob ich Familien finde, die sich alle einen 1 000er ersparen -, die Bürger glauben das nicht, und ich kenne auch wirklich keine Familie, auf die das zutrifft. Wir haben eine Befragung gemacht und gebeten, es mögen sich Familien melden, die sich jetzt alle einen 1 000er ersparen. Es hat sich keine Familie gemeldet. Ganz im Gegenteil. Die Leute reagieren ärgerlich. Sie sagen: Was? Die haben uns ja angelogen! Die haben gesagt, jetzt ersparen wir uns 1 000 S. Ich sage immer, nein, das war eine falsche Berechnung, die hier offensichtlich angestellt worden ist, und so weiter, was man halt dann so sagt. Nicht? (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ. - Abg Ilse Forster: Nicht flunkern! Wir wissen doch, was Sie draußen sagen!*) Na ja, hier sagt natürlich ein Oppositionspolitiker manchmal etwas ein bißchen stärker in die eine oder in die andere Richtung als der Regierungspolitiker. Das ist ja klar, daß es da unterschiedliche Aussagen

gibt.

Aber, meine Damen und Herren, ich meine nur, hinzugehen und zu sagen, die Pensionen werden nicht gekürzt, und dann als nächstes ... (*LhftmSt Dr Sepp Rieder: Wie war das mit der Joghurt-Laus?*) Nein, nein, bleiben wir bei den Pensionen, das ist jetzt ganz wichtig. Das andere, das mit dem Joghurt erzähle ich Ihnen dann noch im Detail. Bei den Pensionen geht man bitte her und sagt, die Pensionen werden nicht gekürzt. Und was stellt sich heraus? - Nur wenige Monate später wird den Pensionisten die Pension gekürzt!

Ja, meine Damen und Herren, die Bürger dieser Stadt sehen das ja: So angelogen, wie die Bürger in dieser Stadt von dieser Regierung worden sind, das hat es ja überhaupt noch nie vorher gegeben! Das, meine Damen und Herren, spüren die Bürger, und ich glaube einfach, daß eine gewisse Reizschwelle erreicht worden ist.

Ich meine - das ist mein Appell an die SPÖ -: Kehren Sie zurück! Kehren Sie zurück auf den Boden von Aussagen, die Sie dann in der weiteren Folge auch einhalten können. Und weisen sie zu Recht darauf hin - auch wenn es der oberste Chef Ihrer Bewegung, der Herr Vranitzky, ist -: Man tut das nicht, daß man gerade die älteren Menschen, die Pensionisten, die dieses Land ja aufgebaut haben, so anschwandelt. Das haben sich die nicht verdient, und ich finde, daß diese Vorgangsweise in dieser Form nicht richtig war. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich komme, meine Damen und Herren, zu einem Problem, bei dem ich Ihnen auch heute noch die Möglichkeit geben will, etwas zu korrigieren, was Sie in der letzten Zeit einfach falsch gemacht haben. Ich meine, daß wir hier gemeinsam vorgehen sollten und damit vielleicht auch unserem Bürgermeister hilfreich sind. Ich möchte hier nämlich einen Resolutionsantrag stellen, daß die Stadt Wien die von der SPÖ-ÖVP-Mehrheit im Nationalrat beschlossene Einführung des Mautpikkers für Stadtautobahnen beansprucht. Das haben wir ja beim Verfassungsgerichtshof gemacht, und wir haben hierzu einen Resolutionsantrag vorbereitet, der da lautet:

"Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert den Nationalrat und die Bundesregierung dazu auf, im Stadtbereich, insbesondere in der Bundeshauptstadt Wien, keinerlei Kostenpflicht der Verkehrswege vorzunehmen. Dies betrifft sowohl die Autobahnvignette wie auch das Road-pricing. Zusätzlich ist sicherzustellen, daß bei dieser Ausnahmeregelung auch für berufsbedingte Pendler und überregional agierende Wiener Wirtschaftsbetriebe keinerlei Belastungen durch Maut beziehungsweise ein kilometerabhängiges Road-pricing-System entstehen."

Ich glaube, wir fassen heute diesen Beschluß. Mit der Unterstützung der ÖVP rechne ich eigentlich hier wieder. Ihr von der SPÖ müßt eurem Herzen einen Stoß geben, aber es ist doch gescheitert, wir fassen jetzt einen Beschluß und kommen damit durch, als ihr streitet. (*Abg Ing Karl Svoboda: Wir streiten überhaupt*

nicht!) Bitte der Häuptl und der Vranitzky tragen das alles vor dem Verfassungsgerichtshof aus. Eure Parteistreitereien sind doch - das muß ich schon sagen - wirklich keine Sache, die vor dem Verfassungsgerichtshof oder vor dem Verwaltungsgerichtshof, wo auch immer, auszutragen sind. (Abg Heinz Sramek: Ihre Sorgen möchte ich haben!) Ihr könnt euch doch bitte wirklich selber einigen. Blockieren wir doch nicht die oberste Gerichtsbarkeit, nur weil ihr euch nicht einig werden könnt.

Daher, meine Damen und Herren, meine ich, daß wir hier eine Lösung gefunden haben, mit der wir euch auch ein bißchen (Abg Ing Karl Svoboda: Eine Chance geben!) hilfreich sein können und eine Chance geben können, aus dieser Ecke herauszukommen. (Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.) Denn es ist schlecht und es wird natürlich auch das Ansehen der Politik in diesem Lande in Mitleidenschaft gezogen, wenn ein Landeshauptmann und ein Bundeskanzler - noch dazu, wenn sie in der gleichen Fraktion sitzen - sich über die Höchstgerichte auseinandersetzen müssen. (Abg Heinz Sramek: Ihre Hilfsbereitschaft kennt keine Grenzen!) Nein, ganz richtig!

Ich habe daher noch einen Resolutionsantrag gestellt, und zwar (Abg Ing Karl Svoboda: Zur Sozialversicherung!) - richtig! - zum Krankenkassenpaket, zur Sozialversicherung. Ich weiß, darauf hat Herr Klubobmann Svoboda schon gewartet, daß wir auch in diesem Bereich hilfreich sind, und wir wollen das auch gerne tun. Daher lautet dieser Resolutionsantrag:

"Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert den Nationalrat und die Bundesregierung dazu auf, die einseitige Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionisten, die 20prozentige Erhöhung der Rezeptgebühr sowie die Einführung einer Krankenscheingebühr in der Höhe von 50 S auszusetzen und bis Jahresende eine nachhaltige Strukturreform im österreichischen Gesundheitswesen zu beschließen" - da können wir ja auch ein bißchen zusammenarbeiten, dazu gibt es ja Ideen -, die auch eine Reform der Sozialversicherungsträger miteinschließen soll." (Abg Ilse Forster sagt etwas zu LhptmSt Dr Sepp Rieder. - Dieser zieht den Kragen seines Sakkos hoch und hält sich damit die Ohren zu.) Zweifellos. Wenn StR Rieder dann noch die eine oder die andere Anleihe unserer StR Landauer nimmt, kann das durchaus etwas werden. (Abg Ilse Forster: Genau das habe ich jetzt gesagt!)

Meine Damen und Herren! Ich kann mir das so vorstellen. Das heißt, arbeiten wir auch in diesem Bereich zusammen und erteilen wir dieser SPÖ-ÖVP-Dilettanten-Regierung, die da im Parlament tätig ist, eine Abfuhr! Ich glaube, daß sich der Wiener Landtag einfach emanzipieren sollte.

Es gibt am Ende diese Legislaturperiode - ich habe das bereits gesagt - eine ganze Fülle von weiteren Dingen, die hier noch vorzutragen wären, aber die Frau Präsidentin schaut schon auf die Uhr, und das ist für mich immer ein Zeichen (Abg Ingrid Smejkal: Daß Sie

zu lange reden, ja!), mich ein bißchen kürzer zu halten. Ich will das daher auch tun.

Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß mit der Veränderung und mit der Zusammensetzung des nächsten Wiener Landtags und Wiener Gemeinderats die Entwicklung in unserer Stadt wieder flottgemacht werden kann, daß mit dem Ende der sozialistischen beziehungsweise sozialdemokratischen Mehrheit auch mehr Demokratie hier in dieses Haus einziehen wird. Das wird unserer Stadt und unserem Land nur guttun. Gehen wir in diese nächsten Wahlen! Verändern und verbessern wir dieses Wien! (Lang anhaltender Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dr Erwin Hirnschall: Als nächster Redner gelangt Herr Abg Ing Svoboda zum Wort.

Abg Ing Karl Svoboda (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Hoher Landtag!

Die Kritik der Opposition an der Regierung sollte quasi das Salz in der demokratischen Streitkultur auch hier im Hause sein. Selbstverständlich ist es ein Recht, ich würde sagen, eigentlich auch die Pflicht der Opposition, deutlich zu sagen, was sie im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, also zur Regierung in diesem Haus, anders, besser, viel besser machen würde. Ich habe jetzt eigentlich die ganze Zeit zugehört. Nichts habe ich von Vorschlägen, von konkreten Maßnahmen von seiten der Opposition gehört, was sie besser machen würde oder was sie überhaupt machen würde. Ich rede jetzt noch gar nicht davon, daß es schon das Attribut "besser" verdient. Überhaupt nichts ist gekommen - mit einer wesentlichen Ausnahme: Unterstellungen, Unwahrheiten, Halbwahrheiten. Es wurde nur versucht, sowohl den Verantwortlichen der Wiener Stadtregierung als auch der sozialdemokratischen Fraktion hier einiges zu unterstellen. Die Crux in diesem Zusammenhang ist, daß es sehr diametrale Vorschläge von seiten der Opposition gibt, die, wenn man jeden für sich betrachtet, sich paralysieren würden und für die Stadt zum Nachteil wären.

Ich werde versuchen, jetzt ein paar Dinge, die so im Laufe der letzten zwei Stunden geäußert wurden, aufzunehmen. Das beginnt zunächst mit der grundsätzlichen Feststellung des Klubobmannes Pawkowicz, er habe die Themen vorgegeben. Es ist richtig, er hat Themen vorgegeben, die sich auf einer Ebene der Halbwahrheiten, der Unwahrheiten befinden. Da folgen wir ihm nicht. Ich sage das in aller Deutlichkeit. Das ist schlicht und einfach eine Ebene, auf die wir uns nicht begeben.

Ich sage weiters in aller Deutlichkeit: Mit Lügen und Unwahrheiten kann man nicht Politik machen. Auch mit Zuruf kann man nicht Politik machen, und auch mit Resolutionsanträgen kann man hier in dieser Stadt nicht Politik machen. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn die sozialdemokratische Fraktion einen Resolutionsantrag zehn Minuten vor der Sitzung des Landtages bekommt, dann ist doch klar und deutlich: Man will darüber gar nicht diskutieren, sondern man will nur populistische Überlegungen nach

außen hin gegenüber den Medien, gegenüber der Öffentlichkeit tätigen. Man will keine sachliche Auseinandersetzung, kein Ringen um Lösungen, es geht nicht um Voraussetzungen, wie man etwas besser machen kann in dieser Stadt, sondern schlicht und einfach darum, aus dem Fenster hinaus zu reden, der Öffentlichkeit etwas vorzuspielen. Es ist - wenn ich das jetzt sehr deutlich sagen darf - Schmierenskomödie, was hier gespielt wird, und nicht die Verantwortung für eine Stadt, für Menschen, die Hoffnung haben und die auch die entsprechenden Grundlagen für ein besseres Leben haben durch eine liebevolle, wertschätzende Stadtregerung, die sich für ihre Bevölkerung, für das Erhalten und Erschaffen einer liebenswerten Stadt voll Menschlichkeit und voll Vielfalt einsetzt.

Sehen Sie, das alles habe ich vermißt. Sie behaupten - das hat Pawkowicz gesagt -, die Stadtplanung war ein Zufallsprodukt. Bitte, viele Fakten - ich möchte sie jetzt gar nicht alle aufzählen - sprechen dagegen.

Er hat festgestellt, im Zusammenhang mit der EU seien überhaupt keine Überlegungen getroffen worden. Damit desavouiert er seine eigenen Leute, die sich mit diesen Fragen beschäftigen.

Er stellt fest, die Wirtschaftsentwicklung in dieser Stadt sei verantwortlich für die große Zahl von Konkursen. Ich sage Ihnen eines: Die Baufirma Hofman & Maculan ist nicht in Konkurs gegangen, weil sie keine wirtschaftlichen Chancen in der Bauindustrie hier in Wien hatte, sondern durch fehlende beziehungsweise falsche Entscheidungen des Managements im Zusammenhang mit Projekten im Ausland.

Kollege Pawkowicz hat weiters in den Raum gestellt, diese Stadt sei schlecht verwaltet und die Angehörigen der Mehrheit dieses Hauses seien, nur deshalb, weil sie die Mehrheit haben, die Gescheiterten. Darf ich da nur einige Überschriften zitieren: "Die Tangente versenken - Kinderfreunde sollen weniger Subvention bekommen, Museumsquartier soll nicht errichtet werden, dann könnte man um 40 Milliarden Schilling bauen."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine größere Unverfrorenheit, eine größere Dummheit, eine größere Lüge gegenüber den Menschen habe ich überhaupt noch nicht gesehen. So, Herr Kollege Pawkowicz, werden Sie uns nicht Politik machen sehen in dieser Stadt. Politik für die Menschen zu machen, heißt, Politik mit den Menschen und auf einer realen Grundlage zu machen und nicht mit Scheinlügen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich verstehe schon, daß Sie zu Ausflüchten greifen müssen, um der Bilanz einer Regierung etwas entgegensetzen zu können, die fünf Jahre für diese Stadt tätig war, die international beweisbar und auch international anerkannt positive Politik für diese Stadt gemacht und eine gute Entwicklung für die Menschen in dieser Stadt herbeigeführt hat. Da müssen Sie zu Ausflüchten greifen, zu anderen Themen kommen. Sie müssen zur Verunsicherung greifen, Sie müssen zum Angstmachen greifen, Sie müssen die Menschen auf-

einander hetzen, genau mit diesem Neidkomplex: Der andere hat mehr, und das hat er dir weggenommen! - Das ist genau eine Form der Politik, die wir ablehnen, die wir im Grundsätzlichen ablehnen, weil sie mit unserer humanistischen Politik nicht vereinbar ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Woher nimmt er eigentlich die Unverfrorenheit, hier zu sagen, diese Stadt ist schlecht verwaltet? Kein Beispiel kann er bringen dafür! Überhaupt kein Beispiel dafür kann er bringen, der Kollege Pawkowicz. Wo sind die Beispiele? Zeigen Sie mir eine Stadt in Europa, zeigen Sie mir eine Stadt in der Welt mit solchen Leistungen für deren Bürgerinnen und Bürger und mit so einem Funktionieren der kommunalen Einrichtungen! Überall können Sie hingehen!

Nehmen Sie doch das Beispiel Frankfurt am Main, die Finanzmetropole Europas. Was haben Sie gelesen? Was war letztes im Fernsehen zu sehen? Da hat der Finanzstadtrat der grünen Fraktion sehr deutlich gesagt - zwei Punkte davon möchte ich nennen -: Wir haben nicht mehr das Geld, um das Museum zu erhalten, um die Grünflächen auszubauen, um die Straßen zu erhalten. Und wissen Sie, was er noch gesagt hat? Das soll man den Wienerinnen und Wiener auch deutlich sagen. Die teuerste Lösung in der Kommunalpolitik ist, wenn es keine Mehrheiten gibt, wo eine Partei allein regiert, sondern Koalitionen. Das ist eine teure Lösung gegenüber einer Mehrheitsregierung, gegenüber der absoluten Mehrheit. Das möchte ich schon in aller Deutlichkeit sagen.

Das ist kein Sozialdemokrat gewesen. Wissen Sie, wer das war? Ein grüner Finanzstadtrat von Frankfurt am Main. *(Zwischenruf der Abg. Hannelore Weber.)* Ich sage es Ihnen nur, damit das auch gleich klar ist. Jeder hat es um 22.20 Uhr bereits im Fernsehen hören und sehen können, bitte. *(Abg. Hannelore Weber: Ja, die Koalitionen sind teuer! Das sieht man an der Bundesregierung!)* Man soll die Dinge aussprechen, wie sie sind, nicht eine Scheinwelt schaffen und Pappkameraden vor sich hinstellen. Frau Kollegin Weber, Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen, das ist gesagt worden, das ist Faktum. Der Herr Finanzstadtrat hat heute in seiner Mitteilung auch gesagt, lesen Sie den Bericht des Deutschen Städtebundes über die Erfahrungen der Städte.

Es ist ein Faktum, daß diese Stadt Serviceeinrichtungen, Einrichtungen, Leistungen für jeden Bereich anbietet, ob es für ältere Menschen ist, ob es für die Jugend ist, ob es für die Frauen ist, ob es für die Familien ist, ob es für Menschen ist, die gesundheitlich Unterstützung im Sinne von Betreuungseinrichtungen brauchen, oder ob es für jene ist, die Sportaktivitäten betreiben. Diese Stadt hat ein Programm, hat Einrichtungen, diese Stadt hat aber auch Feste. Das gehört doch zum Leben der Menschen dazu. Neben dem Arbeiten muß man auch feiern können. *(Abg. Ing. Peter Westenthaler: Aber nicht nur!)* Wien ist eine Stadt, die zu feiern weiß, und das ist auch Ergebnis sozialdemokratischer Politik. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn Kollege Pawkowicz polarisiert, hat er natürlich wieder einmal mit der Unwahrheit gearbeitet. Er hat festgestellt: Ausländer, freier Zuzug, Arbeitslose; es gibt mehr arbeitslose Ausländer als Inländer. Das stimmt. Aber er hat nicht auf seinen Wirtschaftssprecher gehört, den Herrn Prinzhorn, der sehr deutlich gesagt hat, es sollten eigentlich noch mehr Leute hereinkommen, damit es mehr Arbeitslose gibt, damit die Arbeitskraft billiger wird. *(Abg Ing Peter Westenthaler: Das stimmt ja nicht!)* Damit die Arbeitskraft billiger wird! Sozialabbau ist nicht unsere Zielsetzung, Herr Kollege Pawkowicz! Dazu werden Sie uns auch nicht bereit finden! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Gerade Sie betreiben ein übles Spiel mit den Menschen in dieser Stadt, Sie betreiben ein böses Spiel mit den Menschen in dieser Stadt. Sie behaupten Dinge wider besseres Wissen. Sie haben wider besseres Wissen Dinge gesagt und machen das da noch immer. Sie lassen sich nicht abhalten und gehen nicht auf tatsächliche Fakten ein. Sie sprechen davon, die Bürger seien angelogen worden. Schauen Sie sich in den Spiegel, damit Sie wissen, wer die Bürger anlügt! Sie sind es, bitte, Herr Kollege Pawkowicz! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich verstehe schon, daß Sie kein positives Bild vom Bürgermeister und der Bundeshauptstadt, von der Stadtregierung unserer Bundeshauptstadt zeichnen oder vielleicht sogar sagen können, die Sozialdemokratie sei durchaus fähig, befähigt und imstande, diese Stadt auch in Zukunft in einer Form zu führen, zu leiten, zu lenken und zu verwalten, daß jene Menschen, die der Hilfe der Gesellschaft bedürfen, diese Hilfe auch bekommen. Sie haben kein Wort darüber gesagt. Sie haben nur Angst gemacht wegen Fragen der Verschuldung, Angst gemacht wegen Fragen etwa des Zuzuges, des Fremdseins in der Stadt. Sie operieren mit Angstparolen, womit Sie natürlich Menschen, die die Zusammenhänge nicht kennen, die die Fakten nicht kennen, durchaus in einen ängstlichen Zustand bringen können, der sie sodann gefügig macht für die Ihrerseits geäußerten Schwarzweißparolen.

Herr Kollege Pawkowicz! Wie ist es zu erklären, daß - wie auch der Herr Finanzstadtrat gesagt hat - Wien nicht nur auf dem Arbeitsmarktsektor, sondern auch im ökonomischen Bereich nach Luxemburg die zweitbesten Werte hat?

Herr Kollege Pawkowicz! Sie haben behauptet, große Industrieunternehmen internationaler Art kämen nicht nach Wien, weil Sozialdemokraten in dieser Regierung verantwortlich seien. Woher nehmen Sie die Unverfrorenheit, mit der Sie das gesagt haben? Sie sind doch wirklich der größte Mann, wenn es darum geht, die Unwahrheit zu sagen. Sie unterstellen dem Finanzstadtrat, daß der nicht weiß, was mit den Firmen ist, und daß er nirgends hingehet. Auf welchen Grundlagen können Sie die Feststellung treffen, die Behauptung aufstellen, daß er sich etwa mit der Frage der Generaldirektion, ob es jetzt Boehringer ist, ob es Philips ist, ob es Grundig ist, ob es Opel ist ... *(Abg*

Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: "Konsum" I - Lhptm Dr Michael Häupl: Und Prinzhorn!) Mit dem "Konsum" hat er nicht geredet, das weiß ich schon, da haben wir erst nachher geredet. Nur, da kommt ein wesentlicher Unterschied: Sie stellen fest, Sie sind die Beschützer und Bewahrer jener kleinen Menschen in dieser Stadt, die der Hilfe der Gesellschaft bedürfen. Das heißt, auch jenen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, soll geholfen werden. Außer reden, außer darüber plaudern, außer einfach Behauptungen aufzustellen kommt, nichts von Ihnen. Denn Opel beispielsweise ist gegen die Stimmen der FPÖ beschlossen worden.

Darf ich jetzt noch etwas sagen, nämlich auf den ArbeitnehmerInnenförderungsfonds hinweisen, der jenen hilft, die wegen Umstrukturierung der Wirtschaft oder weil ein Unternehmen in Konkurs geht, ihre Arbeit verlieren, der Frauen, die nach einiger Zeit, die sie besonders der Erziehung der Kinder gewidmet haben, wieder in den Beruf einsteigen wollen, hilft, damit sie eine Chance bekommen, der ihnen Einstiegshilfen in Form von Qualifikationen, aber auch von Unterstützungen anderer Art bis hin zum persönlichen Bildungscheck bietet, der auch junge Menschen, die neu ins Berufsleben eintreten, ebenfalls unterstützt. Sie haben überhaupt nichts darüber gesagt, daß diese Stadt, daß die Verantwortlichen dieser Stadt gerade dieser Frage der Qualifikation, der Frage der Ausbildung und der Frage der Wahrnehmung der Chancen, die die neuen Technologien in dieser Stadt bieten, besonders Rechnung trägt, und zwar Rechnung trägt nicht in Form von großen Plakaten, nicht in Form von großen Ankündigungen, sondern durch Maßnahmen, die in dieser Stadt gesetzt werden.

Es ist doch kein Zufall bitte, daß ein großer Konzern - und das ist Boehringer im Bereich der Pharmazie - gerade Wien als Standort für seine europäische Zentrale und für den Forschungsbereich gewählt hat.

Sehen Sie, ich könnte jetzt noch eine Reihe aufzählen, aber das ist ja nicht die Frage, ich kann es Ihnen auch liefern, damit Sie es nachlesen können. Aber das zählt ja nichts bei Ihnen, denn es paßt nicht in Ihr Konzept, wie Sie den Menschen die Verantwortlichen dieser Stadt näherbringen wollen, nämlich nicht, wie sie sind, sondern wie Sie sie darstellen. Und genau um diese Frage geht es. Auch Ihr großer Führer hat außer einer großen Kleschen nichts, denn er war nicht dort. Er fährt zwar hin, redet dort, putscht auf, aber er macht nichts.

Sehen Sie, das ist der Unterschied: Wir putschen nicht auf, sondern wir stehen für die Menschen bereit und handeln dann. Und so geschieht es auch. Vielleicht - das gebe ich durchaus zu - reden wir in manchen Dingen zu wenig über die Maßnahmen, die wir setzen. Nur damit haben Sie überhaupt die Chance, einige Dinge vielleicht anders darzustellen.

Aber gestatten Sie mir - bei aller Wertschätzung, Kollege Pawkowicz -, auch einmal zur anderen Seite zu gehen. Kollege Görg hat sich für mich heute eigentlich so dargestellt, als wenn er ein Problem hätte, und

zwar ein Problem im Zusammenhang mit der Frage einer Profilierung gerade in Wirtschaftsfragen, denn natürlich ist es der Herr GR Nettig, der von seiten der ÖVP in weiten Bereichen immer wieder als der Mann der Wirtschaft in den Medien, aber auch in Einrichtungen, ob es Fonds oder Ausschüsse sind, tätig ist.

Herr Kollege Görg, Sie haben StR Dr Hannes Swoboda den Vorwurf gemacht, in der Frage der Regionalplanung, der Regionsentwicklung nicht tätig zu sein oder zu wenig tätig zu sein. Darf ich Ihnen folgendes sagen - dafür gibt es eine Reihe von Zeugen; auch von Ihnen gibt es welche -: Nicht nur, daß diese Maßnahmen von seiten der SPÖ, von seiten des amtsführenden Stadtrates betrieben werden, es steht doch fest, daß die niederösterreichische Landesregierung - ob es jetzt der Herr Landesrat Freibauer ist, ob es der Wirtschaftslandesrat ist oder jemand anderer - nicht bereit ist, Regionalpolitik im Auge zu haben. Denn wie könnte es sonst sein, daß trotz eines Beschlusses des Wiener Landtags vom November vergangenes Jahres und auch eines Beschlusses des niederösterreichischen Landtages, Regionalausschüsse zu installieren - anders ausgedrückt: die Planungsgemeinschaft Ost mit politischen Körperschaften zu verstärken in dem Sinne, näher an die Menschen heranzukommen, indem man nicht nur auf Landesebene, sondern auch auf Gemeinde- und Bezirksebene agiert -, die Erklärung des Herrn Landesrates Freibauer kommt: Da muß man erst einmal Kosten wissen, bevor man die Frage näher angeht.

Das ist dokumentiert. Da gibt es einen Brief vom März des heurigen Jahres; wir schreiben jetzt August. Ich habe erst unlängst wieder meinen Kollegen Hannes Bauer gefragt, was jetzt damit ist. Er sagt, inzwischen ist nichts geschehen, sie reden erst im Herbst wieder darüber. Aber gleichzeitig hat der Präsident des niederösterreichischen Landtages, der Vorsitzende des Gemeindebundes, Herr Präsident Romeder, gemeinsam mit den zwei anderen Landtagspräsidenten die Klubvorsitzenden eingeladen, zu Fragen der regionalen Zusammenarbeit Maßnahmen zu setzen. Ich verhehle nicht, daß mit Zustimmung aller Fraktionen, die dabei waren - im niederösterreichischen Landtag sind andere als in Wien -, vereinbart wurde, daß für die Bereiche Wirtschaft und Arbeiten und Verkehr zwei solche Regionalarbeitskreise installiert werden und bereits im Herbst ihre Arbeit aufnehmen.

Das ist der Widerspruch, der innerhalb der ÖVP besteht, wobei ich Ihnen zugute halte: Die Wiener ÖVP ist für die Frage der Regionalisierung, aber in Niederösterreich gibt es bestimmte Hemmnisse, daher werden alle Tricks angewendet, um diese Dinge nicht ernst nehmen zu müssen.

Sie haben festgestellt, daß in Wien keine unternehmensfreundliches Klima herrsche. Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds siedelt pro Jahr rund 50 Unternehmen um oder an. Hier wird versucht, nicht nur formal durch Förderung von Grundstücken, sondern auch in der Unterstützung bei der Bewältigung von Problemen, die es allenfalls in der Gewerbeordnung et

cetera gibt, zu helfen. Ich freue mich daher, wenn es uns gelingen sollte, auf Bundesebene eine entsprechende Veränderungen, eine Liberalisierung in der Gewerbeordnung herbeizuführen, weil damit einfach eine Chance gegeben ist, jene in Wien eingeleiteten Reformmaßnahmen im Zusammenhang mit der Bauordnung auch für die gesamte Wirtschaft im gewerblichen Bereich mitvollziehen zu können.

Auch diesbezüglich ist ein Vorwurf gemacht worden, daß Rahmenbedingungen zu schaffen seien. Darf ich noch einmal daran erinnern, was beim letzten Rechnungsabschluß im Gemeinderat zum Ausdruck kam: Innerhalb der letzten zehn Jahre sind 50 000 neue Arbeitsplätze in Wien geschaffen worden, wobei ich durchaus zugeben muß, daß es auch um 25 000 Arbeitslose mehr gibt, aber trotzdem besteht ein Plus-saldo.

Und noch etwas haben Sie gesagt. Sie haben von Steuergeldverschwendung gesprochen und darüber, daß das Gesundheitssystem zusammengebrochen ist. - Entschuldigung! Wien ist so zusammengebrochen, daß es 25 Prozent Gastpatienten oder Patienten von anderen Bundesländern hat! Ich könnte mir durchaus vorstellen, daß man sich etwa in der Frage der Betten - Wien hat 11 000, Niederösterreich hat 8 000 - vielleicht einmal Gedanken macht. Auch in Rahmen der ÖVP könnte man in diesem Zusammenhang nachdenken. Die Einwohnerzahl ist nämlich in Niederösterreich annähernd gleich, aber die Zahl der Betten ist rund um ein Viertel oder jedenfalls um 3 000 geringer. *(StR Dr Bernhard Görg: Das habe ich etwas anders gesagt!)*

Sie haben auch über die Frage der Integration der Ausländer gesprochen, und ich darf Ihnen das noch einmal sagen, damit es keine Fehlinterpretationen gibt: Unser Bürgermeister hat immer gesagt, es muß eine anständige Ausländerpolitik betrieben werden, und das heißt: Humanitätsprinzip und Ordnungsprinzip. Sie können das nachverfolgen. Genau darum geht es. Die Ausländer, die legal hier sind, sollen die Gewähr haben, daß sie hier ihre Basis für ihre zukünftige Lebensplanung haben. Auf der anderen Seite bedeutet das aber gleichzeitig Ordnungsprinzip in dem Sinne: Zuwanderung nur in geringem Ausmaß, gegen null, und Familienförderung *(Zwischenruf des Abg Ing Peter Westenthaler.)* - das ist etwas anderes, das ist absolut nicht zu haben -, Familienzusammenführung dann, wenn es innerhalb der Quote ist.

Ordnungsprinzip heißt auch, sich der österreichischen Gesetzgebung entsprechend anzupassen. Da ist kein Vorwurf zu machen, daß die Verantwortlichen in dieser Stadt keine Integrationspolitik betreiben. Sie haben darum gebeten, Ihnen ein Beispiel zu zeigen. Ich würde Sie wirklich bitten, in den Stadtschulrat zu gehen und eine Schule Ihrer Wahl auszusuchen, um die Integrationsbemühungen hier in Wien, die bei den Kindern beginnt, selbst in Augenschein nehmen zu können.

Herr Dr Görg, gerade diese so sensible Frage ist nicht mit Schwarzweißmalerei, nicht einfach mit Be-

hauptungen zu lösen, sondern hier sollte man als Grundlage die gegebenen Fakten nehmen. Es ist ja kein Zufall, daß es in Wien in diesem Bereich gegenüber anderen Bundesländern, aber auch international gesehen durchaus Beispiele gibt, die herzeigbar sind. Ich möchte daher wirklich bitten, sich das anzusehen.

Zu den Bezirken möchte ich noch sagen: Ich weiß schon, daß es der ÖVP sehr weh tut, daß die Ausweitung der Bezirksrechte jetzt nicht kommt, aber es ist halt ein Faktum - ich war, zum Unterschied von Ihnen, bei diesen Verhandlungen dabei -, daß das Verhandlungsteam der ÖVP am letzten Tag, so wie die anderen zwei Fraktionen, gesagt hat: Das ist der erste Schritt, dem können wir zustimmen. Aber nach einer Woche hat die ÖVP dann gesagt: Diesen Verhandlungen können wir nicht zustimmen. Ich überlasse es Ihnen, wie Sie das bewerten, aber das ist Faktum! Daher ist es jetzt nicht so darzustellen, daß wir etwas verhindern, sondern Sie wollten etwas nicht geschehen lassen. Wie immer Sie das jetzt bewerten: So ist es!

Und wenn ein Vorsteher bei Ihnen mehr zu sagen hat als die Parteiführung insgesamt - es ist Herr Dr Lengheimer, denn dem hat es nicht gepaßt; das hat man schon körperlich gesehen bei der Zustimmung ... (*Abg Mag Franz Karl: Das ist wieder eine Legendenbildung!*) Nein, nein, das ist keine Legendenbildung. Herr Karl, wir haben am Schluß gefragt, und Sie haben gesagt: Das ist ein Schritt, das werden wir in unseren Gremien vertreten. Von der ÖVP waren vier Leute anwesend, und bei der Klausurtagung war nur einer dafür, also haben das nicht alle vertreten. Sie können es jetzt nehmen, wie Sie wollen, Herr Kollege Karl.

Wenn ich sage, ich vertrete etwas, dann muß ich dazu stehen. Ich kann zwar untergehen damit, aber es hätten mindestens vier Leute von der ÖVP ja sagen müssen, und das ist nicht geschehen. Deswegen sage ich, das ist keine Legendenbildung, sondern es war von vornherein gar nicht Absicht, das auch Realität werden zu lassen. Es wäre von mir aus dann beweisbar gewesen, wenn die Männer und Frauen, die dabei waren, dazu gestanden wären. Das waren Sie, der Herr Kollege Lengheimer, der Kollege Tiller und die Frau Kollegin Philippi vom 2. Bezirk. Aber nur einer oder eine - ich weiß es nicht - war gegen die Entscheidung bei der Klausurtagung innerhalb der ÖVP. Damit ist aber auch klar, daß es nie beabsichtigt war. - Ich möchte das nur in aller Deutlichkeit sagen.

Herr Dr Görg, wir haben in der vergangenen Woche auch Diskussionen bezüglich des Vorwurfes des Landeshauptmannes Schausberger gehabt, daß die Ostregion auf Kosten der westlichen Bundesländer lebt. Wissen Sie, was ich eigentlich vermißt habe: Ihre Wortmeldung. Ich sage das, auch wenn es mich wirklich nicht freut: Der Geist in Salzburg war so, daß Schausberger das gesagt hat, und auch der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, der der SPÖ angehört, hat sich dafür ausgesprochen. Aber in Wien war die ÖVP absent. Es blieb dem Herrn StR Edlinger überlassen, sich dieser Frage anzunehmen, und die ÖVP ist

wortlos gewesen. (*Amts StR Rudolf Edlinger: Bis heute!*) Ja, bis heute. Ich habe auch heute nichts gehört, daß das nicht so ist.

Die Realität ist: Wien zahlt um 3,21 Prozentpunkte mehr ein, als es bekommt, und es gibt - Sie können das nachsehen - eine Reihe von Bundesländern - unter anderem etwa Kärnten, Steiermark, Tirol -, die davon profitieren, daß Wien mehr zahlt. Es ist auch falsch, daß die Ostregion mehr bekommt, sogar wenn man die Ostregion zusammenzählt. In den "Salzburger Nachrichten" war eine gute Zusammenstellung darüber. Sie können das gerne nachlesen. - Also auch das ist falsch, das möchte ich hier wirklich sagen.

Zum Kollegen Pilz möchte ich mich weiter nicht äußern, denn zum Wirtschaftsprogramm kam von ihm nichts. Er hat auf Versäumnisse des politischen Handelns der Verantwortlichen dieser Stadt hingewiesen, die es nur in seinem Kopf gibt, aber nicht in der Realität.

Schauen Sie, es ist Faktum - ich habe heute bereits darauf hingewiesen; ich bitte noch einmal, sich die Unterlagen des Deutschen Städtebundes über Leistungen der Städte herzunehmen und selbst objektiv diese Leistungen mit den Leistungen der Stadt Wien zu vergleichen; Herr StR Edlinger hat ebenfalls schon darauf hingewiesen -: Wir haben keine Theater gesperrt - wir weiten aus; wir haben keine Bäder gesperrt - wir weiten aus; wir haben keine Kindergärten gesperrt - wir bauen viele neue; wir haben keine Schulen gesperrt, wir haben keine öffentliche Beleuchtung abgedreht, wir haben keine Verkehrslichtsignalanlagen abgedreht.

Ich könnte diese Liste, diesen Vergleich mit anderen fortsetzen. Ich weiß schon, daß man nicht vom Vergleich lebt, aber das ist eben der Unterschied in der Realität, wie es hier ist und wie es woanders ist.

Auch die positiven Zahlen in bezug auf Tourismus, von denen auch Herr StR Dr Swoboda schon gesprochen hat, sind doch bitte nicht das Ergebnis dessen, daß einige nichts tun, sondern von bewußtem politischem Handeln. Die Stadt ist doch eine lebendige Stadt, eine Stadt voll von Kultur, von Veranstaltungen. Es ist daher schon sehr eigenartig - das sollte man in der ÖVP auch einmal ein bißchen abstimmen -, wenn die Summer-Stage-Tage im 9. Bezirk am Donaukanal durchaus positiv gesehen werden, auch von der Wirtschaft gefördert werden, Herr Präsident, und im gleichen Atemzug der Vorsteher-Stellvertreter Schmied in diesem Bezirk vehement dagegen auftritt, wobei das - ich meine, das ist ein Paradoxon, das ist doch fast kabarettreif - bei ihm so weit geht, daß er sogar gegen eine Veranstaltung ist, die es gar nicht gibt, nur um in einem engen Gesichtsfeld und mit einer bestimmten Brille oder, wenn Sie wollen, mit Scheuklappen dagegen anzukämpfen und nur bestimmte Dinge zu sehen.

Das gilt für die FPÖ genauso, aber mit der möchte ich mich gar nicht mehr befassen.

Das geht bis hin zur Frage der Festspiele oder dieser Veranstaltung hier auf dem Rathausplatz, wo von den GRÜNEN hinterher immer alles nur als Skandal

gesehen wird. Ich habe schon großes Verständnis dafür, daß man die Frage Kontrolle hier sehr weit oben ansiedeln möchte, aber Kontrolle heißt nicht, skandalisieren. Skandalisieren ist es jedoch, was gerade von den GRÜNEN in vielen Bereichen immer wieder erfolgt.

Wenn wenigstens nachher, nachdem sich herausstellt, daß der oder diejenige, die das behauptet haben, unrecht haben, sagen würden: Ich habe mich geirrt, ich entschuldige mich für das, was ich etwa im Zusammenhang mit der U-Bahn oder in einem anderen Zusammenhang gesagt habe. - Aber auch das habe ich bis heute nicht gehört.

Ich möchte wirklich sagen: Wir können in Wien durchaus mit Stolz auf die Arbeit blicken, auf die Arbeit, die nicht allein durch die Sozialdemokraten in dieser Stadt geschehen ist, denn, Herr Kollege Pawkowicz - das möchte ich schon noch hinzufügen -, wenn 80 Prozent der Beschlüsse einstimmig gefaßt werden, dann kann man nicht mehr vom brutalen Einsetzen der Mehrheit reden.

Es ist Faktum in dem Zusammenhang.

Und zur Frage, daß es nicht nur von uns so gesehen wird, daß diese Stadt eine recht gut verwaltete, eine gut geführte Stadt ist, daß diese Stadt wirklich eine blühende Stadt ist, darf ich Ihnen doch drei, vier Zitate zur Kenntnis bringen.

"Wien ist eine blühende Oase, wo man mit gutem Gewissen für die Zukunft arbeiten kann." Das hat gesagt am 23. Mai 1996 Ernst Wolfram Marboe. Herr Dr. Görg, den müßten Sie kennen: Er ist aus Ihrem Traumteam. Der hat diese Stadt so bewertet. (*Amtsfr StR Dr. Hannes Swoboda: Das war nicht nur Traum, sondern Realität!*)

Oder: "Wien ist eine professionell und gut verwaltete Stadt", ÖVP-Volksanwalt Kohlmaier am 2. März 1995. (*Abg. Dipl. Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: Nachher hat er gehen müssen! - Heiterkeit bei der FPÖ.*) Ja, aber nicht, weil er das gesagt hat.

Und darf ich erinnern: Wir haben vor etwas mehr als fünf Wochen hier auch quasi eine Abschiedsrede vom Kollegen Haubenburger gehört, in der er gesagt hat: "Wir leben in der schönsten Stadt der Welt." Am 25. Juni 1996 der Kollege Haubenburger!

Ich sage nur: Diesen ehrlichen Bekenntnissen ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Sie sprechen für sich selbst. Vielleicht kann man sich das doch in einer Mußstunde, Herr Kollege Pawkowicz, Herr Kollege Görg, verinnerlichen, damit in diesen Dingen halt die Sichtweite, die möglicherweise zu eingeengt ist, wieder ein bißchen breiter wird.

Und ich möchte jetzt gar nicht über die Frage der finanziellen Auswirkung der unterschiedlichen Forderungen der Opposition reden. Das hat ja der Herr Stadtrat ohnedies gemacht.

Ich möchte auch gar nicht reden über die Frage der umgesetzten, der Realität gewordenen Pläne des Amtsfr StR Dr. Hannes Swoboda. Eine Behauptung, daß nichts umgesetzt worden ist, entbehrt ja jeder Realität. Gehen Sie doch bitte offenen Auges durch die Stadt,

schauen Sie sich die Sachen doch an, dann werden Sie merken, was das heißt.

Schauen Sie sich bitte die Architekturentwicklung in dieser Stadt, die bauliche Entwicklung in dieser Stadt an, nicht nur die kulturellen und die freizeitmäßigen Dinge, sondern in diesem Bereich auch eine bestimmte Form der Kultur oder, wenn Sie wollen, der steingewordene Geschichte. Auch das wird sie nämlich mit der Zeit.

Und sagen Sie das nicht immer für Dinge, die vor 70 oder 80 Jahren geschehen sind, denn das erinnert mich immer an den Ausspruch "Toter Indianer - guter Indianer", also "Toter Roter - guter Roter", so wie ja heute der Kollege Pawkowicz natürlich immer die Frau Bundesminister Firnberg genannt hat. Früher hat er es nie gesagt. Jetzt gibt es sie nicht mehr, jetzt sagt er es.

Da hinten ist ohnedies der Abg. Stix, der hat festgestellt von diesem Pult aus: Im Jahr 2000 gibt es keinen U-Bahn-Bau. Das haben Sie bis heute nicht widerrufen. Für Sie gilt das noch immer. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Rüdiger Stix.*) Entschuldigen Sie, das ist in der Zwischenzeit Realität, daß das falsch ist. Das gleiche gilt für die GRÜNEN. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Rüdiger Stix.*) Wir brauchen nicht zu diskutieren. Ich sage Ihnen: So ist es. Sie können es nachlesen, das steht im Protokoll drinnen. Sie haben es bis heute mit keinem Wort erwähnt, daß Sie etwas Falsches gesagt haben.

Und so ist es in vielen anderen Dingen auch. Ich kann Ihnen nicht alles aufzählen, denn da brauche ich ja mehrere Tage, um Ihnen Ihre Sündenregister, was Sie angekündigt haben und was alles nicht gekommen ist, vor Augen zu halten.

Das gilt auch für die GRÜNEN. Die haben gesagt, die Parkraumbewirtschaftung brauchen wir nicht einzuführen. - Gut, die gibt es ja nicht in Wien. Ist eh keine Frage. (*Abg. Dr. Rüdiger Stix: Die U-Bahn hört mitten in der Stadt auf!*) Ich weiß schon, was mitten in der Stadt ist. Alles ist mitten in der Stadt. Wo sich jemand befindet, dort ist für ihn das Wichtigste, dort ist für ihn der Mittelpunkt. Das habe ich schon alles gehört, vom Zentralfriedhof angefangen bis dorthin. Aber das ist ja nicht die Frage, um die es geht. (*Abg. Dipl. Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: Das ist von Cajetan Felder, das Rathaus!*)

Wissen Sie, ich habe geglaubt, daß die Frage der Untertunnelung in Wien in der Zwischenzeit schon nicht mehr gilt, aber es steht noch immer da. Da steht es.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich erspare mir, aufzuzählen, was in diesen fünf Jahren aufgrund der Entscheidungen dieses Gemeinderates, aber auch aufgrund der Entscheidungen der Stadtregierung geschehen ist, ob im Wohnbau, im Schulbereich, im Gesundheitsbereich, im Wirtschaftsbereich, in der Stadtplanung oder in der Kultur. Es gibt eine Liste, ich könnte es Ihnen aufzählen, soviel (*zeigt die Liste vor*), und das ist noch nicht alles. Es bedeutet für mich

einfach auch den Beweis, daß in dieser Stadt Maßnahmen gesetzt werden für die Menschen in dieser Stadt und vielfach mit ihnen selbst.

Und sehen Sie, es unterscheidet uns eben auch für die Zukunft, und die nächsten Wochen werden das sehr deutlich zeigen: Wir Sozialdemokraten stehen für eine Stadt, in der nicht Neid und Mißgunst, Haß, Intoleranz, Rassismus oder Aufhetzung des Nachbarn oder gleichgeschaltete Architektur, gleichgeschaltete Kultur oder gleichgeschaltetes Reden Maßstab sind, sondern wir stehen für Humanität, für Toleranz, für eine Vielfalt im Leben, für eine lebendige Stadt. Daß halt einfach die Realität wird, was wir uns immer wieder sagen: daß Wien eine Stadt der Menschlichkeit, Vielfalt und Lebenslust bleibt. Und wir werden alle Wienerinnen und Wiener einladen, uns die notwendige Unterstützung zu geben, aber auch uns mitzubegleiten, mitzuhelfen, daß diese Zielvorstellung Realität wird und daß nicht - wie ich schon gesagt habe - Intoleranz, das Hetzen auf die anderen in dieser Stadt Realität wird.

Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden wir als Sozialdemokraten uns durchaus den vor uns stehenden neuen Aufgaben zuwenden und auch die Herausforderungen annehmen. Und es ist kein Zufall, wenn der StR Edlinger darauf hingewiesen hat: Wir haben große Risiken, aber auch große Chancen, denn diese Stadt ist nur etwa 50 Kilometer von der Bruchlinie in Europa entfernt, der Wohlstandsbruchlinie, die dem Eisernen Vorhang gefolgt ist. Versuchen wir gemeinsam, ein Europa zu bauen, das nicht seine Grenzen an der jetzigen Wohlstandsbruchlinie hat, sondern das darüber hinausgeht.

In dem Sinne darf ich Sie alle dazu herzlichst einladen. *(Anhaltender Beifall bei der SPÖ.)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Als nächste zum Wort gemeldet ist Frau Abg Kariotis. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Ingrid Kariotis *(ohne Klubzugehörigkeit)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir sind hier beim Tagesordnungspunkt betreffend die Geschäftsordnung. Ich möchte ein paar Worte dazu sagen.

Ich finde es sehr positiv, daß jetzt die Geschäftsordnung nach langen Verhandlungen hier beschlossen wird. Sie ist meiner Meinung nach demokratischer und offener geworden.

Ich weiß, wie schwierig teilweise die Handhabung einer Geschäftsordnung ist, ich weiß das als Vorsitzende, und ich weiß, wie schwierig es einem manchmal gemacht wird als Vorsitzende, wenn man die Geschäftsordnung auszulegen und zu werten hat, um das zu aller Zufriedenheit und so gerecht wie möglich zu machen. Und ich glaube, jeder Vorsitzende und jeder Präsident versucht auch, es so gerecht wie möglich zu machen, aber nach dem alten Sprichwort "Man kann es nicht allen recht machen." ist es auch hier so. Deswegen: Dieser Beschluß heute ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung.

Da ich heute das letzte Mal hier in diesem hohen

Hause an einer Sitzung teilnehme, möchte ich mich auch mit einigen persönlichen Worten an Sie wenden, wenn Sie mir das erlauben. Sie brauchen keine Angst zu haben, ich werde jetzt keinen Rückblick machen, einen ausschweifenden Rückblick über meine neunjährige Tätigkeit hier im Landtag und Gemeinderat. Das kann man meiner Meinung nach auch nachlesen, das eine oder andere, und dazu kennen wir uns ja schon zu lange. Ich darf Ihnen aber von hier aus einige Wünsche für die Zukunft mitgeben und auch eine Bitte.

Ich scheide mit einem lachenden - ich sage es ganz ehrlich - und mit einem weinenden Auge aus diesem Hause. Mit einem lachenden, weil ich mehr Zeit für meine Familie habe und die vielen ungelesenen Bücher wahrscheinlich jetzt gelesen werden können, zumindest habe ich es mir vorgenommen, und da würden sich noch so einige Dinge anflechten lassen, das würde den Zeitrahmen sprengen. Mit einem weinenden Auge, weil ich gerne für diese Stadt und ihre Menschen hier gearbeitet habe, aber auch die Zusammenarbeit mit Ihnen für mich sehr wertvoll war.

Ich darf etwas sehr Persönliches anflechten und hoffe, Sie damit auch ein bißchen nachdenklich zu stimmen. Ich habe während meiner gesamten politischen Tätigkeit Grundsatzentscheidungen letztendlich - ich betone: letztendlich - immer mit meinem Herzen getroffen, auch gegen einen Parteiapparat. Das hat mir zwar die eine oder andere kurzfristige Aufregung gebracht, hat mich jedoch, wenn ich es jetzt nachträglich betrachte, persönlich sehr gefestigt. Und die logische Konsequenz des Parteiaustrittes aus der F-Bewegung im Jänner 1995 hat mir damals wieder erlaubt, mich ohne Gewissensbisse - wie man so schön sagt - morgens in den Spiegel zu schauen. Das zu tun oder tun zu müssen, was wir innerlich vollkommen ablehnen oder als unrichtig empfinden, wird von dem einen oder anderen Funktionär - ich möchte anmerken: das ist jetzt keine Kritik - manchmal irrtümlich als Parteiloyalität oder als Klubdisziplin bezeichnet. Das Resultat daraus sind unzufriedene Menschen, Politiker, die manchmal sehr weit entfernt von ihrer eigentlichen Meinung agieren und dadurch Getriebene und Gehetzte werden. Das Ergebnis bei der Bevölkerung bezeichnet man heute mit dem Schlagwort Politik- oder Politiker-verdrossenheit.

Ich wünsche Ihnen allen, daß Sie Ihr Ziel, warum Sie politisch tätig geworden sind, nicht aus den Augen verlieren, und ich wünsche Ihnen, daß Sie nicht vergessen, es auch regelmäßig zu hinterfragen.

Wer vielleicht geglaubt hat, daß ich jetzt hier das Wort ergreife, um die große Abrechnung mit der F-Bewegung zu machen, oder daß ich das vorhabe, der irrt. Nein, ich richte auch hier Wünsche - es sind zwar wenige da, aber Sie können es weitergeben - an diese Seite. Ich wünsche Ihnen, daß Sie auch persönlich, jeder einzelne von Ihnen, damit fertigwerden, wenn Sie blindlings Menschen, die nicht in diesem Lande geboren sind, vorverurteilen und verhetzen, teilweise in einer enormen Schamlosigkeit. Ich wünsche aber auch

jedem einzelnen Funktionär der F-Bewegung, daß er, sollte er jemals in die für ihn, glaube ich, mißliche Situation kommen, selbst Ausländer in einem Lande zu sein, dann menschlich besser behandelt wird.

An dieser Stelle darf ich mich auch bei allen Beamten dieses Hauses bedanken, die mir besonders - und das möchte ich hervorheben - die letzten eineinhalb Jahre eine ungeheure Unterstützung waren.

Aber auch an Sie alle sage ich danke, daß Sie mir meine Tätigkeit als Vorsitzende durch Ihre Disziplin fast zu einem Vergnügen gemacht haben.

Dem Präsidialbüro und dem PID darf ich extra nochmals danke sagen für die letzten eineinhalb Jahre, die Sie mich sehr unterstützt haben.

Letztendlich darf ich am Schluß eine kleine Begebenheit herausgreifen, um auch auf meine Bitte an Sie zu kommen, die Begebenheit, daß mir Herr Bgm Häupl rasch und unbürokratisch nach meinem Parteiaustritt ein Obdach im Stenografenbüro gegeben hat. Diese Geste hat mir damals persönlich sehr viel bedeutet. Er hat sich damals gegen den Widerstand der F für die Geste der Menschlichkeit entschieden. Dafür möchte ich mich heute extra bei ihm nochmals herzlichst bedanken, weil es mir damals sehr viel Kraft gegeben hat.

Und hier schließe ich gleich meine Bitte an Sie an: Bitte vergessen Sie nicht, daß Sie für Menschen arbeiten, für Menschen, die hier in dieser Stadt miteinander leben und zusammen leben. Egal welcher Herkunft, egal welcher Hautfarbe, sie sind Menschen mit Gefühlen, mit Stärken und Schwächen, Existenzängsten und zweifellos Zukunftsträumen, die jeder Mensch haben muß, haben kann und haben darf.

Ich bitte Sie auch im Lichte des Wahlkampfes, dieses Wiener Wahlkampfes, nicht so viel Porzellan zu zerschlagen, daß Menschen aufeinander Haß bekommen und ein friedliches Zusammenleben nicht mehr möglich ist, geschürt durch teilweise sehr kurzsichtige Politiker.

Es sind jetzt leider nicht alle da, die ich nennen möchte. Ich tue es trotzdem. Herr Pawkowicz, Herr Hojac-Westenthaler, Herr Kowarik, Frau Kovacic, Herr Kabas, Herr Madejski: Ich wünsche Ihnen nicht, daß sich Ihre Namen auf einem Hausanschlag gebranntmarkt als Außenseiter und verachtenswert wiederfinden, weil Sie einen fremdländisch klingenden Namen tragen. Halten Sie sich doch einmal diese Situation vor Augen, wenn auf Sie und Ihre Familien mit dem Finger gezeigt werden darf, und das ungestraft.

Handeln Sie menschlich, dann bleiben Sie auch selber Mensch. Und der Bevölkerung sind zweifellos - da bin ich fest davon überzeugt - menschliche Politiker mit Stärken und Schwächen allemal lieber als Figuren, die mit Schaum vor dem Mund Meinungsumfragen studieren, statt die Sorgen der Menschen zu studieren, die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger. *(Beifall bei der SPÖ, bei der ÖVP und bei den GRÜNEN.)*

Ich wünsche Ihnen allen von ganzem Herzen die Kraft dazu und verspreche Ihnen, selber immer eine

engagierte Staatsbürgerin in dieser Stadt zu sein *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ, bei der ÖVP und bei den GRÜNEN.)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Als nächste nunmehr Frau Abg Jerusalem. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Susanne Jerusalem (GRÜNE): Meine Damen und Herren!

Im Zuge der heutigen Debatte habe ich Lust bekommen, eine Verwaltungsdiskussion zu führen. Ich denke, daß es nämlich tatsächlich eine der wesentlichen Aufgaben ist ... - Es stehen alle auf und gehen erschrocken hinaus. Ich sage gleich jetzt, ich führe sie nicht, aber ich kündige an, daß eine der wesentlichen Aufgaben der nächsten Legislaturperiode tatsächlich sein wird, einmal die Frage zu stellen: Was kostet Verwaltung? Und mein Vorwurf lautet ja, daß diese Frage bis jetzt nicht einmal gestellt wurde. Und das ist ein Problem, denn es gibt keine Kosten-Nutzen-Analysen zum Thema Verwaltung. Es gibt keine betriebswirtschaftliche Überprüfung der Verwaltung. Und, Herr Abg Hundstorfer, wenn Sie mit dem Kopf nicken, dann muß ich jetzt annehmen, daß Sie eine haben *(Abg Rudolf Hundstorfer: Ja!)*, und ich diese nicht habe. Dann bitte ich darum, mir diese auszuhändigen, denn ich denke, man kann sehr genau nachweisen, wo Verwaltung immens teuer ist, wo gemeindeeigene Organisation hohe Kosten verursacht und wo private Gemeinnützige um die Hälfte kostengünstiger arbeiten. Also muß man sich die Frage stellen: Welche Aufgaben erledigt man selber und welche Aufgaben hat man zwar weiterhin in der Verantwortung der Stadt Wien, gibt sie aber quasi außer Haus, gibt das Geld her und kontrolliert natürlich, was damit geschieht? Das ist eine Aufgabe der nächsten Legislaturperiode, da werde ich darauf drängen, daß diese Aufgabe gemacht wird.

Jetzt aber zu dem, was ich eigentlich heute sagen will, denn diese Legislaturperiode steht eindeutig unter dem Eindruck zweier historischer Ereignisse: das eine ist die Öffnung der Ostgrenze und das andere ist der Beitritt Österreichs zur EU. Diese zwei Ereignisse unterscheiden sich dennoch entschieden in einem Punkt, nämlich für die Öffnung der Ostgrenze sind Sie nicht zuständig und nicht verantwortlich, die haben Sie nicht herbeigeführt. Da gab es Chancen, die genutzt hätten werden können. Mein Vorwurf ist: Die Chancen wurden nicht genutzt.

Was die EU angeht, so sieht die Sache ganz anders aus, denn diesen EU-Beitritt haben Sie maßgeblich mitherbeigeführt, und da ist mein Vorwurf an Sie in allererster Linie, daß Sie sich auf diesen EU-Beitritt und seine Folgen nicht gut genug vorbereitet haben. Ich denke, es geht, wenn wir heute Bilanz ziehen, nicht nur darum, eine Bilanz zu ziehen in bezug auf das, was der Landtag gemacht hat oder was der Gemeinderat in der vergangenen Legislaturperiode gemacht hat, sondern es ist auch die Frage zu stellen: Was ist eigentlich bei den Menschen dieser Stadt erreicht worden, was geht in den Menschen vor, was haben die Menschen

erlebt? Und mit dieser Frage möchte ich mich befassen.

Erstens: Ich denke, daß in Wien die Armut zugenommen hat. Die Wienerinnen und Wiener sind ein Stück ärmer geworden in dieser Legislaturperiode. Und jene Wienerinnen und Wiener, die am Beginn dieser Legislaturperiode an der Grenze zur Armut waren, die sind jetzt unter diese Grenze gerutscht. Dafür verantwortlich sind selbstverständlich Ihre Folgerungen, die Sie gezogen haben aus dem EU-Beitritt, und das Sparpaket. Die Schere zwischen arm und reich ist auseinandergegangen.

Zweiter Punkt, Kennzeichen dieser Legislaturperiode: Ich denke, daß im Vergleich zu 1991 Desintegrationsprozesse zugenommen haben und leider nicht abgenommen haben. Es gibt heute mehr Menschen, die an den Rand gedrängt sind, als 1991, und zwar, jene die ärmer geworden sind, aber auch jene, die eine ausländische Staatsbürgerschaft haben.

Dritter Punkt: Ich denke, daß in den Wienerinnen und Wienern sehr viel Mißtrauen entstanden ist und gewachsen ist gegenüber der Politik, gegenüber den Politikerinnen und Politikern, und das, meine Damen und Herren, zu Recht. Ich denke, es geht nicht an, und es hat fürchterliche Folgen, wenn man eine Spardebatte führt, ein Sparpaket einführt, die Menschen zur Kasse bittet und gleichzeitig dazu gezwungen ist, eine Privilegiendebatte zu führen, wo es um die Nehmerqualitäten der Politiker geht. Und diese Gleichzeitigkeit hat Mißtrauen zur Folge, nicht nur gegenüber dem Politikerstand, sondern es ist insgesamt ein Mißtrauen da, ob diese Menschen, die so viel Geld einsackeln und das dann auch noch verschweigen, tatsächlich diejenigen sind, die Gestaltungskraft für die Zukunft dieses Landes haben können.

Ich habe heute in der Früh um 7 Uhr die Morgen Nachrichten gehört, und ich bin überzeugt davon, daß diese ganze Privilegiendebatte noch lange nicht beendet ist. Wenn Sie vielleicht auch heute in der Früh gehört haben: Da war ein sehr ausführliches Interview mit einem Nationalratsabgeordneten - ich glaube, er heißt Neugebauer - von der ÖVP, der gleichzeitig auch Gewerkschafter ist und der dort befragt wurde zu der Tatsache, daß er 40 000 S bezieht, weil er als Lehrer zwei Stunden arbeitet. Für zwei Stunden Arbeit steckt ein Gewerkschafter, der noch dazu Nationalratsabgeordneter ist, 40 000 S ein! *(StR Maria Hampel-Fuchs: Frau Kollegin: Er ist Personalvertreter!)* Personalvertreter! *(StR Maria Hampel-Fuchs: Er arbeitet nämlich für seine Mitarbeiter!)* Ja, da gibt es ein Gesetz, und anstatt daß der Mensch sagt, dieses Gesetz muß geändert werden und dafür werde ich Sorge tragen, stellt sich der hin und gibt solche Antworten. Die österreichische Bevölkerung kann das nicht mehr verstehen. Das ist nicht zu verstehen, daß einer das rechtfertigt und keine Änderung von derartigen Zuständen einfordert. *(StR Maria Hampel-Fuchs: Die anderen sind ganz freigestellt! Die arbeiten überhaupt nichts!)* Ja, bitte, ich greife jetzt einen heraus. Da gibt es viele, das ist ja

das Traurige! Ich habe ja den Herrn Neugebauer jetzt erwähnt, weil ich das große Pech gehabt habe, mein Frühstück heute mit dieser Meldung einnehmen zu müssen. Das ist mir schlecht bekommen. Und ich kann Ihnen nur sagen: Auch die österreichische Bevölkerung hält derartige Dinge mittlerweile für unverdaulich. Das wird nicht mehr akzeptiert. Ich bin froh darüber, und das muß sich ändern. Und Sparpakete und Privilegiendebatten gleichzeitig zu führen ist eine Katastrophe. Das leitet gesellschaftliche Veränderungsprozesse ein, die negativ zu beurteilen sind, weil sie ein Mißtrauen schüren in Politik und Demokratie insgesamt.

Ich möchte sagen, daß neben der Armut, neben einem Ansteigen an Desintegration, neben diesem Mißtrauen, das zu Recht in den Menschen entstanden ist, auch ein Mehr an Unsicherheit entstanden ist. Und das ist nicht die Unsicherheit und die Angst in erster Linie vor Kriminalität, sondern das ist die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Wir sind in dieser Legislaturperiode konfrontiert worden mit der Tatsache, daß der Arbeitsmarkt schrumpft, daß die Insolvenzen ansteigen und die Arbeitsplätze weniger werden. Wir sind konfrontiert mit einer ganz, ganz schlimmen Arbeitslosigkeit auch unter Jugendlichen, auch unter jungen Menschen, seien es jetzt die Lehrlinge oder sei es die Akademikerarbeitslosigkeit, die auch eine Folge des Sparpaketes ist.

Fünfter Punkt, wo ich glaube, daß sich, gesellschaftlich betrachtet, sehr viel verändert hat, ist die Intoleranz gegenüber Ausländern und die Ausländerfeindlichkeit. Ich bin mir nicht ganz sicher, aber ich glaube, daß auch diesbezüglich seit 1991 noch eine Verschlechterung eingetreten ist.

Ich möchte mich nur mit zwei Punkten ein kleines Stück näher befassen, ohne zuviel von dieser Zeit, von dieser kostbaren Zeit in Anspruch zu nehmen: Aber eines würde mich schon interessieren: Wie erklären Sie Sozialdemokraten der alleinerziehenden Notstandshilfebezieherin mit zwei Kindern, daß sie infolge des Sparpaketes 2 500 S monatlich verliert? Wie erklären Sie dem alleinerziehenden Arbeitslosengeldbezieher mit zwei Kindern, daß er einen monatlichen Verlust einfährt von 2 027 S? Und was sagen Sie jenen Frauen, die eine Kürzung der Karenzzeit zur Kenntnis nehmen müssen, ohne daß die Stadt aber deswegen mehr Kinderbetreuungsplätze anbietet? Wie argumentieren Sie das in der Öffentlichkeit?

Und es würde mich auch interessieren: Wie erleben Sie das als Sozialdemokraten, wenn Sie sehen, daß sozialdemokratisches Gedankengut und sozialdemokratische Ideologie den Bach hinuntergeht?

Und die Frage, die Sie zuallererst beantworten müssen - und vielleicht kann das einer meiner Nachredner nachher tun -, ist die Frage: Warum haben Sie auf der Ebene des Gemeinderates und auf der Ebene des Landtages keinen Ausgleich geschaffen durch tatsächlich erschwingliche Wohnungen - und nicht nur durch ein Wahlplakat mit erschwinglichen Wohnungen -, durch ein wienweites Frühwarnsystem, das Delogie-

rungen verhindert - was im übrigen sehr, sehr viel billiger ist, auch für die Stadt, drei- bis achtmal billiger als Delogierungen?

Warum ist es nicht gelungen, ein bedarfsgerechtes Angebot zu machen an Kinderbetreuungsplätzen sowohl im Kindergartenalter als auch dann in der Schule? Denn die ganztägigen Schulformen nutzen ja nichts, wenn sie nur auf dem Papier stehen und Gesetz sind, aber nicht tatsächlich angeboten werden.

Warum haben Sie den Entfall der Geburtenbeihilfe nicht durch eine Landesgeburtenbeihilfe zum Beispiel ersetzt? Das wäre nicht so teuer gewesen. Ich habe mir das ausgerechnet, da handelt es sich um etwa 240 Millionen Schilling. Und ich erinnere Sie daran, daß Sie zum Beispiel durchaus imstande sind, aus dem sozialen Wohnbau 700 Millionen Schilling zu entnehmen, um Garagen zu bauen. Wie gibt es denn diese Gewichtung? Und wie erklären Sie das der Bevölkerung?

Warum wurde die soziale Staffelung überall dort, wo es sie in Wien gibt, nicht neu geregelt, um anzupassen, um den Menschen, die durch das Sparpaket so viel Geld verlieren, etwas davon zurückzugeben? Warum wurde der Familienzuschuß nicht neu geregelt? Und warum wurde der Sozialfonds der EU 1995 nicht zur Gänze ausgeschöpft? Da sind 100 Millionen Schilling nicht lukriert worden, die man lukrieren hätte können.

Meiner Meinung nach werden Sie im Wahlkampf alle diese Fragen zu beantworten haben. Was aber möglicherweise noch wichtiger ist: Sie müssen Ihre Lehren ziehen aus diesen Ereignissen für die nächste Legislaturperiode.

Und lassen Sie mich noch auf eine Sache hinweisen, die mir ein spezielles Anliegen ist, nämlich auf die Art und Weise, wie die Stadt Wien jene Mitbewohner behandelt, die eine ausländische Staatsbürgerschaft haben. Das, was da passiert ist, ist in meinen Augen tatsächlich ein Kniefall vor der FPÖ. Sie machen jetzt das, was die FPÖ von Ihnen immer wieder verlangt hat.

Ich erinnere Sie an das Abdrehen des interkulturellen Lernprojekts, das es nicht mehr gibt und das auch nicht ersetzt wurde. Das war eine Maßnahme, die nur von den Sozialdemokraten ganz allein gesetzt wurde. Diese Maßnahme war falsch.

Ich erinnere Sie an die Diskussion, an die entwürdigende Diskussion rund um die Eingreiftruppe gegen den Überbelag von Wohnungen.

Ich erinnere Sie an die Herabsetzung der Beschäftigungsquote für Ausländer, wo dann 1 300 Jugendliche der zweiten Generation keine Lehrstelle antreten konnten und wo nur heftiger Protest sowohl von seiten des Integrationsfonds als auch von seiten des Stadtschulratspräsidenten dazu geführt hat, daß es eine Verbesserung gab.

Ich erinnere Sie - und jetzt bitte ich Sie, besonders gut zuzuhören - an alle Ausweisungen, die vorgenommen wurden, weil Menschen arm sind. Nur deshalb,

weil Menschen arm sind, wurde ihnen die Aufenthaltsgenehmigung verweigert. Und das ist nicht vereinbar mit der von Ihnen immer wieder aufgestellten Forderung, jene, die schon hier sind, sollen anständig behandelt werden. Da muß man sich wirklich einmal einig werden darüber, was anständig ist. Wenn für Sozialdemokraten heißt, anständig ist es, jemand wieder in die alte Heimat zu schicken und auszuweisen, weil seine Wohnung zu klein ist oder weil er zu wenig verdient, dann kann ich nur sagen: Wir haben äußerst unterschiedliche Betrachtungsweisen zu dem, was anständig ist.

Ich möchte, daß sich auch diesbezüglich in der nächsten Legislaturperiode vieles zum Besseren ändert für unsere ausländischen Mitbewohner.

Die Menschenrechte wurden nicht eingehalten. Es gab rassistische Bescheide, Kopftuchbescheide und all das, worüber wir hier in diesem Haus ja oft geredet haben. Ich werde Sie nicht noch einmal - unter Anführungszeichen - "belästigen" mit den vielen Fällen, um die es gegangen ist, sondern ich möchte heute bei dieser generellen Betrachtungsweise bleiben.

Die Ausländer in Wien, die hier schon lange ansässig sind, wurden von Ihnen in ihrer Existenz bedroht. Das ist die Bilanz, die ich heute ziehe.

Aber es gibt neben dieser Bedrohung auch jene Versäumnisse wie: Es wurde das Ausländerwahlrecht auf der kommunalen Ebene, über das wir sehr wohl diskutiert haben, nicht eingeführt. Es wurden die Ausländerbeiräte, über die wir lang und ausführlich diskutiert haben, ebenfalls nicht eingeführt. Es wird zur Kenntnis genommen, daß es in Wien keine Demokratie gibt in bezug auf unsere ausländischen Mitbewohner. Und alles das nehmen Sie einfach zur Kenntnis. Das sind Versäumnisse in der Integration, und da geht es noch lange nicht um Zuwanderung.

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß in der nächsten Legislaturperiode die Menschen in dieser Stadt wieder reicher werden, als sie es jetzt sind, daß aus der Desintegration Integration wird, daß aus dem Mißtrauen Vertrauen wird, daß aus der Unsicherheit wieder Sicherheit wird und daß es gelingt, erneut ein Klima der Toleranz herzustellen.

So viel abschließend zu der Bilanz, die ich legen möchte, aber es kommt noch ein zweiter Teil, der mir auch sehr am Herzen liegt, und zwar hat mich meine Kollegin gebeten, einen Antrag einzubringen, den ich jetzt gemeinsam mit meiner Kollegin Hannelore Weber einbringen möchte. Es geht um die Gentechnik.

Ich denke, auch das ist ein Thema, das die Wienerinnen und Wiener offensichtlich - alle Umfragen ergeben das - brennend interessiert. Denn das Fessel-Institut hat Umfragen gemacht und kommt zu dem Ergebnis, daß 94 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher fordern, daß gentechnisch veränderte Lebensmittel gekennzeichnet werden, und daß 82 Prozent angeben, keine Genlebensmittel kaufen zu wollen. Also bitte, hören Sie auf die Menschen dieser Stadt und auf die Österreicher insgesamt. Hören Sie zu und

gehen Sie ein auf das, was hier gefordert wird.

Wir GRÜNEN fordern und hoffen, daß wir heute die Zustimmung des gesamten Hauses dafür bekommen. Wien soll eine gentechnikfreie Zone sein, und zwar in bezug sowohl auf die Landwirtschaft als auch in bezug auf die Lebensmittel.

Wir sagen: Die Veränderung durch Gentechnik in bezug auf Landwirtschaft und Lebensmittel ist ethisch nicht vertretbar. Darüber kann man ja vielleicht noch streiten. In jedem Fall ist aber Gentechnik die Fortschreibung der intensiven Landbewirtschaftung, und in jedem Fall ist eine Folge davon rasanter Arten-schwund.

Und jetzt eines, und das halte ich für ganz wichtig: Die Langzeitwirkungen der Versuche sind unbekannt. Und ich denke mir: In dem Augenblick, wo das unbekannt ist, weiß man nicht, auf welches Risiko man sich einläßt, und hat abzulehnen.

Meine Damen und Herren! Ich bringe daher folgenden Beschluß- und Resolutionsantrag ein:

"Der Wiener Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, mittels eines umfassenden Maßnahmenprogrammes sicherzustellen, daß das Bundesland Wien in den Bereichen Landwirtschaft und Lebensmittelversorgung gentechnikfrei bleibt. Dieses Programm hat jedenfalls folgende Maßnahmen zu umfassen:

1. Verbot von Freisetzungen gentechnisch veränderter Organismen in Wien.

2. Konkrete Verhandlungen mit der österreichischen Bundesregierung hinsichtlich eines bundesweiten Verbotes des Inverkehrbringens von gentechnisch veränderten Lebensmitteln.

3. Konkrete Verhandlungen mit der österreichischen Bundesregierung hinsichtlich nationaler Kennzeichnungsbestimmungen, die die lückenlose Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln gewährleistet.

4. Bereitstellung finanzieller Mittel zur Entwicklung von Kontrollmethoden für den Nachweis der gentechnischen Veränderung von Lebensmitteln.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages."

Und zu allerletzt wünsche ich uns allen, daß die Prophezeiung des Bürgermeisters dieser Stadt, nämlich daß der kommende Wahlkampf die Mutter aller Wahlschlächten wird, nicht in Erfüllung geht. - Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Als nächster ist Herr Abg. Präsident Nettig zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Walter Nettig (ÖVP): Frau Präsidentin! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Eingangs juckt es mich ein bißchen, zu den Einleitungsstatements von Herrn StR Swoboda und von Herrn StR Edlinger die eine oder andere Richtigstellung und Bemerkung zu machen. Sie unterscheiden sich nämlich ganz wesentlich von der heutigen Darstellung

in den Medien.

Wenn man sich einerseits den "Standard" anschaut und andererseits "Die Presse", dann freut es mich, daß Herr StR Swoboda - der jetzt vielleicht in seinem Zimmer mitlauscht - jetzt für die Wirtschaft als Spätberufener seine Liebe entdeckt hat. Den kleinen Nachsatz werden Sie mir gestatten. Im ersten Stadtentwicklungsplan, der ja heute schon öfters zitiert wurde, gab es nämlich überhaupt kein Wirtschaftskapitel. Aber wie man sieht, ist die Wichtigkeit und die Bedeutung der Wirtschaft in der Zwischenzeit ja bekanntgeworden.

Nur, ein paar Dinge, die er gesagt hat, stimmen natürlich nicht. Ich darf zum Beispiel sagen zum Thema Bürokratie: Er hat uns den Ratschlag gegeben über die Zeitung, wir sollen doch endlich bei uns im Haus den bürokratischen Zugang für Jungunternehmer erleichtern.

Ich glaube, er irrt sich hier in der Reihenfolge. Wir haben das nämlich schon getan vor einem Jahr. Bei uns gibt es nämlich zum Unterschied von der Stadt Wien eine einzige Stelle, wo der Jungunternehmer hingehet, wo er sich beraten lassen kann, wo er über die Kreditmöglichkeiten in der Nachfolgerbörse informiert wird und wo der ganze Papierkram innerhalb einer Stunde erledigt wird. Darüber hinaus haben wir die Kosten abgesenkt.

Hier im Haus, meine Damen und Herren, ist es immer noch beim alten geblieben. Das heißt, er muß nicht nur hier ins Haus gehen, sondern er muß quasi durch Wien rennen. Er hat etliche Hürdenläufe zu machen. Und gerade für einen Einmannbetrieb, der seine unternehmerische Tätigkeit beginnt, wäre es wirklich an der Zeit, unserem Beispiel zu folgen. - Also das nur zur Richtigstellung an den Herrn StR Swoboda. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr StR Swoboda hat auch verlangt, daß wir mehr tun müssen für die Internationalisierung. In einer Zeitung ist das ja ganz groß gekommen.

Ich glaube, Herr StR Swoboda, für die kurze Zeit - und das sind ja erst einige Jahre, wo wir beide tätig sind, auch mit dem Herrn StR Edlinger und eigentlich mit allen Persönlichkeiten, die sich gerade dienstlich im Ausland befinden - haben wir einiges bewältigt.

Es ist ja so, daß es nicht ganz einfach ist. Wir sind ja relativ spät dran. Das ist auch ein Versäumnis, das man sagen muß. Wir hätten eigentlich schon vor 10 oder 15 Jahren ins Ausland gehen sollen. Wir sind in Asien gerade fünf vor zwölf eingestiegen. Und als kleines Land - die haben ja nicht auf uns gewartet - muß man sich umso mehr anstrengen, müssen die Aktivitäten besonders originell, einfallsreich und vor allem konzeptiv sein, damit man dort wahrgenommen wird und damit man auch die Hauptaufgabe erfüllt, nämlich unseren Wirtschaftstreibenden dort die Tür zu öffnen, um dort Aufträge zu lukrieren, um dort Geschäfte zu machen beziehungsweise auch um investitionswillige Ausländer nach Österreich und nach Wien vor allem zu bekommen. Also wir sind auf einem guten

Weg.

Aber der Herr StR Edlinger - und das habe ich vermisst - hätte sagen müssen: Na gut, das kostet ja Geld, das ist auch eine Finanzierungsfrage. - Wir werden uns sicherlich nach dem 13. Oktober darüber unterhalten müssen, daß wir hier wesentlich mehr Druck machen, um Wien als internationalen Standort, als Niederlassungsort, als Investitionsort entsprechen zu propagieren und zu verkaufen.

Dann zum Thema Ladenschluß. Das liegt mir auf der Zunge, selbstverständlich. Ich bin immer ein Anhänger einer vorsichtigen Verhandlungstaktik und Diplomatie, und ich darf für mich in aller Bescheidenheit in Anspruch nehmen, daß ich mich, als ich Sektionsobmann war vor mehr als neun Jahren, dieses Themas angenommen habe, weil hier echt ein Bedarf war. Das heißt, der erste Schritt der Liberalisierung, nämlich einen offenen Samstag beziehungsweise den Abendverkauf einzuführen und mit den Sozialpartnern zu vereinbaren, geht auf eine Initiative der Wiener Volkspartei und meiner Wenigkeit zurück.

Ich bin auch der Meinung, daß man, bevor man an die Öffentlichkeit geht - und da unterscheide ich mich auch von einigen Bundesgenossen von mir -, zuerst einmal den Bären erlegen und ihn erst dann faktisch zum Verkauf freigeben beziehungsweise ihm erst dann das Fell abziehen sollte.

Es ist auch ein schlechter Stil - da meine ich wirklich niemand in diesem Hause -, wenn man immer wieder mit Falschmeldungen, mit Fehlinformationen Begehrlichkeiten weckt, die nicht zu erfüllen sind.

Wir haben uns also bemüht, und jetzt ist offensichtlich der Durchbruch gelungen, dort eine sinnvolle Veränderung und Erweiterung der Ladenöffnungszeiten zu erreichen, wo nämlich tatsächlich ein Umsatz und ein Deckungsbeitrag, sprich ein Gewinn, erwirtschaftet werden kann.

Aber ich stehe nach wie vor dazu: Was noch fehlt, sind die entsprechenden Rahmenbedingungen.

Und ich glaube, Sie, Herr Stadtrat, haben es angeschnitten: Ich erwarte mir auch, daß dadurch mehr Teilzeitarbeitsplätze für weibliche Beschäftigte entstehen werden. Wir müssen uns aber auch Gedanken machen, nachdem das oft junge Mütter sind: Was machen wir mit den Kindergärten? Es muß zu veränderten Öffnungszeiten in den Wiener städtischen Kindergärten kommen, und man muß sich sicherlich auch da und dort die Organisation der Verkehrsbetriebe, spricht die Frequenz und so weiter, und die Linienführung dazu überlegen.

Aber wir haben hier den Durchbruch geschafft. Ich bin nur der Meinung, ohne Sozialpartner hat das überhaupt keinen Sinn. Wir haben es hier gelöst. Die Lösung, die es zum Beispiel beim 8. Dezember gegeben hat, hat mir persönlich überhaupt nicht gefallen. Ich stehe nach wie vor dazu: Der 8. Dezember war ein Erfolg. Es hat dazu geführt, daß der Kaufkraftabfluß nach Südosteuropa einigermaßen minimiert worden ist. Ganz wird man so etwas nie verhindern können.

Aber ich habe immer gesagt: Ich kämpfe nicht für die Freigabe oder für die Aufhebung eines Feiertages, ganz im Gegenteil, sondern wir möchten nur keinen verkaufsfreien Tag haben. Ich habe das auch dem Herrn Bischof Laun gesagt in einer Fernsehdiskussion. Ein gescheiter Pfarrer am Land hat immer gesagt am Sonntag: Kinder, das Wetter ist schön, führt die Ernte ein und kommt nachher in die Kirche.

Und genauso stelle ich mir das vor. Nur, damit Sie auch meinen Standpunkt kennen: Ich stehe nicht zur Verfügung, wenn es darum geht, Feiertage abzuschaffen, das ist überhaupt nicht mein Bestreben. Ich glaube, daß wir mit der Lösung, die sich an das deutsche Modell anschließt, an dem wir ja nicht vorbeikönnen, leben können. Mit dieser Lösung werden wir auch mit den Sozialpartnern ein Agreement finden, und es wird dann an uns liegen, an den Wirtschaftstreibenden einerseits und natürlich auch an den Konsumenten andererseits, von dieser zusätzlichen Einkaufsmöglichkeit Gebrauch zu machen.

Solidarität ist angeklungen, von Herrn StR Edlinger und auch sehr - ich würde sagen - kritisch vom Klubobmann Svoboda in bezug auf Solidarität.

Ich darf eines sagen: Ich bringe selbstverständlich die Presseaussendung nach, wo wir uns natürlich massiv gegen diesen Vorschlag des neuen Landeshauptmannes gewehrt haben. Ich sehe es auch ein bißchen als Einstiegsprofilierung. Aber wir haben uns natürlich gerührt. Es ist in dem Fall offensichtlich nicht in den Medien durchgekommen.

Aber ich sage Ihnen zwei andere Sachen, wo wir zuerst da waren. Wir haben das aber nie allein für uns reklamiert und haben uns selbstverständlich gefreut, wie es dann geheißen hat: Es gibt einen Schluß zwischen der Wiener Wirtschaft und der Stadt Wien und dem Bürgermeister. Das war in der Frage Maut, wo wir uns entschieden gewehrt haben gegen diese unsinnige Schnapsidee. *(Amtsf StR Rudolf Edlinger: Wir haben nicht die Weichenstellung der Kammer urgiert, sondern jene der ÖVP!)*

Bei der Mautgeschichte wurde ich in der Öffentlichkeit deshalb gescholten, weil es geheißen hat: Wegen der paar Schilling regt er sich auf! Aber wenn man sich anschaut, was ein klein- oder mittelständischer Unternehmer heute in Wien nicht nur an Gebühren und Tarifen zahlen muß, sondern was er sonst für Abgaben hat, welche Mehrarbeit an bürokratischem Aufwand er hat, dann sind diese zusätzlichen 500 S für ihn einfach der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen bringt. Und da haben wir uns zu Recht, da hat sich die Wiener ÖVP zu Recht zu Wort gemeldet und es rundweg abgelehnt. Und wie es heute schon geheißen hat: Natürlich, wenn man in einer Demokratie überstimmt wird, dann muß man das halt zähneknirschend zur Kenntnis nehmen.

Und, meine Damen und Herren, ähnlich war es ja beim Wasser. Wie sich unsere steirischen Freunde erdreistet haben, für unser Wasser Unsummen zu verlangen, war selbstverständlich die Wirtschaft

Schulter an Schulter mit der Stadt Wien. Denn das geht ja nicht, bitte. Heute kommt die Steiermark, und morgen kommt Vorarlberg. Irgendwo bezieht man irgendwas. Dann müßten wir in Wien ja auch anders agieren.

Also ich glaube, daß hier die Solidarität gewahrt ist. Dort, wo wir meinen, daß wir als Volkspartei und als Wirtschaftsvertreter unsere Stimme erheben sollen, dort tun wir das auch - mit und ohne Aufforderung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich wirklich im Telegrammstil zum eigentlichen Thema komme. Ich darf mich mit Ihrer Zustimmung in die Niederungen des Wirtschaftsstandortes Wien und auch deren Schwachstellen bewegen.

Es gibt natürlich zwei - auch zwischen den beiden Herren Stadträten - unterschiedliche Darstellungen bezüglich des Wirtschaftsstandortes. Es ist sicher nicht so rosig, und ich würde sagen, die Situation ist nicht so aus meiner Sicht - und ich lebe ja Tag und Nacht mit den Themen der Wiener Wirtschaft -, daß es überhaupt keine Schwachstellen und keine Probleme gibt. Das ist nicht der Fall. Ich werde mir auch erlauben, einige stellvertretend hier anzuführen, denn wir wären schlechte Vertreter, wir wären schlechte Volksvertreter, schlechte Abgeordnete, schlechte Wirtschaftsvertreter, wenn wir nicht in der Lage sind, die positiven, aber auch die negativen Seiten sachlich und korrekt aufzuzeigen.

Ich beginne einmal mit dem Thema Neugründungen von Unternehmungen. Es ist, glaube ich, bekannt, meine Damen und Herren, daß Österreich bei den Neugründungen im europäischen Umfeld im unteren Drittel liegt. Das hat sicherlich seine Ursachen. Wir haben auch diesbezüglich eine Studie in Auftrag gegeben. und der Herr StR Edlinger und ich werden sie bei Gelegenheit, wenn die Analysen da sind, entsprechend vorstellen und unsere Lehren daraus ziehen. Denn es ist absolut notwendig, daß wir Neugründern, Jungunternehmern oder Neuunternehmern, die sich berufen fühlen, sich selbstständig zu machen, daß wir diesen wagemutigen Leuten wirklich so weit als möglich entgegenkommen.

Und wenn es heißt, hier wurde nichts getan, hier ist nichts geschehen, so stimmt das einfach nicht. Ich darf sagen, daß es zum Beispiel für die Übernahme von Betrieben den sogenannten Betriebsübernahmekredit gibt, der relativ problemlos erteilt wird. Selbstverständlich - und das ist bedauerlich - wird gerade - und das wurde heute auch schon angeschnitten - bei den kleinen und schlecht finanzierten oder unterkapitalisierten Firmen ein strengerer Maßstab angelegt. Mich stört das auch. Denn bei einer anderen Gelegenheit werde ich sehr wohl stellvertretend für viele Branchen auf die Baubranche kommen, wo einfach Milliarden in Konzerne geflossen sind, die diese natürlich zur Preisstützung verwendet haben. Sie haben ihre kleinen und mittleren Konkurrenten zur Strecke gebracht - mit dem Ergebnis, daß die heute nicht mehr in der Lage sind,

Reparaturen durchzuführen. Die sind verschwunden. Und die großen haben ein Milliardenloch hinterlassen und haben eine ganze Branche geschädigt. Ganz abgesehen davon, daß reihenweise Zulieferanten, die ja abhängig sind von diesen Großfirmen, ebenfalls zu Schaden gekommen sind, und für viele hat es auch das Aus ihrer Existenz bedeutet.

Ich darf auch erwähnen, daß es für Jungunternehmer eine sogenannte Nachfolgerbörse gibt, eine Neuunternehmerberatung, und ich darf bei der Gelegenheit sagen, daß diese auch entsprechend in Anspruch genommen wird.

Bei dem Thema Jugendarbeitslosigkeit, Lehrlinge: Meine Damen und Herren, auch hier gestatten Sie mir ein paar offene Worte.

Es ist sicherlich wichtig, daß wir uns momentan zu Krisenaktionen zusammenfinden, daß wir Dinge beschließen, um prompt die drohende Jugendarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen.

Aber eines möchte ich schon sagen, meine Damen und Herren: Vor Jahren hat die Wiener Volkspartei dieses Thema aufgegriffen. Ich erinnere mich, im Jahr 1991 habe ich von dieser Stelle aus schon Zahlen genannt, die dramatisch diese Entwicklung aufgezeigt haben.

Heute, meine Damen und Herren, befinden wir uns in einer Situation, wo jede Maßnahme eigentlich nur Morphium ist, das heißt eine Schmerzbetäubung. Es wäre aber eine Operation notwendig. Und ich sage Ihnen auch, welche Operation: Es müßten die Rahmenbedingungen für die auszubildenden Betriebe, sprich für die klein- und mittelständischen Unternehmer, wieder auf ein normales Maß herangeführt werden. Es ist heute die Haltung und die Ausbildung von Lehrlingen denkbar unattraktiv geworden. Und das ist auch der Grund, meine Damen und Herren, warum sich immer weniger Lehrherren bereitfinden, junge Menschen auszubilden. Das ist ein Zustand, der mir Sorge macht und der letztlich auch dazu führen kann und wird, wenn nicht rechtzeitig etwas geschieht, daß wir überhaupt keinen entsprechend ausgebildeten Nachwuchs haben.

Was wäre die Folge, meine Damen und Herren? Die Folge wäre, daß wir amerikanische Verhältnisse bekommen oder französische, wo es de facto kein Dualausbildungssystem gibt und wo die Qualität der Dienstleistungen, der Waren und so weiter denkbar schlecht ist. 40 Prozent der Rechtsanwälte in Amerika leben nur von Garantieprozessen. Und das, glaube ich, sollte doch nicht das Ziel dieser Stadt und dieses Landes sein.

Also ich würde alle hier vertretenen Fraktionen wirklich dringend ersuchen, sich dieses Themas sehr anzunehmen und es von der kleinen oder kleinkarierten Parteipolitik abzuheben. Auch wir haben Fehler gemacht, das ist überhaupt keine Frage, aber wir müssen schleunigst schauen, daß diese Fehlleistungen, diese Fehlentwicklungen beseitigt werden, die - stellvertretend für viele - sind: zweimonatige Probezeit, das

heißt, im dritten Monat ist ab dem ersten Tag ein Lehrling unkündbar, auch wenn er überhaupt nicht geeignet ist. Ich bin einer derjenigen - und Sie wissen das -, der auch in diversen Lehrlingsausschüssen, Ausbildungsausschüssen tätig ist, und ich weiß, daß es wenige marginale schwarze Schafe gibt. Die überwiegende Mehrzahl der Wiener Unternehmerinnen und Unternehmer, welche Lehrlinge ausbilden, kommen ihrer Aufgabe wirklich vorbildlich nach.

Und ich sage Ihnen jetzt noch als Schmankerl, ein letztes Erlebnis, das ich gehabt habe. Ich will Sie nicht aufhalten, ich hätte eine Menge solcher Beispiele.

Ich glaube, Sie wissen, daß beim Abschluß eines Lehrvertrages die Arbeiterkammer mit einem Exemplar informiert werden muß. Sie hat auch das Recht - und zu dem stehe ich persönlich auch -, sich den Betrieb anzusehen, ob der Betrieb unter Umständen auch geeignet ist, Lehrlinge qualitativ auszubilden.

Und da war so ein Fall bei einem Kollegen. - Übrigens ist er nicht von meiner Fraktion, sondern von Ihrer. - Er hat eine Elektroinstallation und einen Handel und wollte im Handel einen Lehrling einstellen. Da kam der Beamte von der Arbeiterkammer und hat ihm die Zustimmung verweigert. Das ist jetzt Tatsache. Das ist belegbar. Ich zeige Ihnen gerne die Unterlagen. Und wissen Sie, warum? Nicht, weil der Betrieb so schlecht ist, und nicht, weil nicht ein ausgebildeter Auszubildener da wäre, sondern weil dieser Betrieb keine elektronische Registrierkasse mit sechs Zählwerken hat. Er hat eine mit zwei oder mit drei.

Das muß man sich vorstellen! Da reißen wir uns die Haxen aus, damit wir Lehrstellen bekommen bei unseren Unternehmungen, und dann kommen solche weltfremden Menschen - ich hätte noch andere Ausdrücke auf Lager -, die wirklich verhindern, daß man diesen jungen Menschen eine Lehrstelle gibt.

Also ich würde bitten, daß Sie mithelfen, daß diese Auswüchse der Arbeiterkammer endlich eingestellt werden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte noch etwas sagen, weil manchmal das Dualausbildungssystem in Frage gestellt wird. Man sagt, die Qualität ist ja nicht besonders. - Ja, wie kommt es dann, meine Damen und Herren, daß wir bei Schul- und Berufssolympiaden mit Abstand am besten abschneiden? Unsere jungen Leute kommen heim mit den Goldmedaillen - zum Unterschied von unseren Sportlern. Die sind an erster Stelle in Europa oder an zweiter Stelle!

Also die Qualität der Dualausbildung ist nach wie vor ungebrochen, und es lohnt sich, daß man sich weiterhin um sie kümmert - bei aller Adaptierung, die ab und zu eben notwendig ist.

Ich würde auch vorschlagen, meine Damen und Herren - das ist mein nächster Punkt -, daß wir uns einmal zusammensetzen - wir haben schon einmal darüber gesprochen - und die Förderungen neu strukturieren. Es geht nicht um Erhöhungen, es geht um eine andere Einteilung. Ich könnte mir vorstellen, ein Bereich, ein Schwerpunkt: Unternehmensgründung, ein

zweiter Punkt: Innovation, Technologie, wo noch eine Menge zu tun ist, dritter Punkt: Internationalisierung, das Thema haben wir schon angesprochen, vierter Punkt: Umwelt, auch hier haben wir ja mit dem Solarzentrum schon einen Schwerpunkt gesetzt, und fünfter Punkt: ein Förderungsschwerpunkt: Bereinigung von Strukturproblemen.

Ich bin auch fest entschlossen, Herr Stadtrat, immer wieder auf die Nerven zu gehen, wenn es darum geht, daß die angemessene Zuteilung der Fördermittel vom Bund für Wien verstärkt und vergrößert wird. Denn eines muß man nämlich wissen - das ist, glaube ich, allgemein nicht bekannt -: Von den ERP-Krediten gehen nur 13 Prozent der Fördermittel nach Wien, und im Teilbereich KUM - also klein- und mittelständische Unternehmungen - ist Wien bei den Technologiekrediten, die wir dringend brauchen, nur mit einem Anteil von 5 Prozent vertreten. Also das ist lachhaft, und wir müssen gemeinsam, Herr Stadtrat, uns da stark machen, daß diese Ungerechtigkeit beseitigt wird.

Zu dem Thema Forschungs- und Technologieoffensive. Es gibt ja die Zusicherung des Bundes im Rahmen des bekannten 30-Milliarden-Paketes. Diese Zusicherung soll zur Ansiedlung der Forschungseinrichtung EUROCRYST unter anderem dienen und zur Schaffung eines überaus notwendigen Technologieparks. Es kann auch Wien nur dann sein Forschungspotential und vor allem seine gut ausgebildeten Leute nützen, wenn wir diese Einrichtungen haben.

Und eine Entwicklung, meine Damen und Herren, sollte uns auch zu denken geben: Wien hat eine hohe Abwanderungsrate von Wissenschaftlern. Im internationalen Vergleich haben wir die höchste Zahl nach Israel. Also das heißt, Wiens Ehrgeiz müßte eigentlich sein, bei den Forschungsaufgaben und bei der Forschungstätigkeit wesentlich besser abzuschneiden als im Bundesdurchschnitt, um natürlich auch international wettbewerbsfähig zu sein. Und hier, meine ich, hat Wien auch einen Nachholbedarf.

Ein paar Zahlen dazu, wenn Sie gestatten. Während in Österreich nur 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Forschung und Entwicklung investiert wird, liegt der Durchschnitt in der EU bei 2,1 Prozent, in USA und Japan fast bei 3 Prozent, Tendenz dort steigend. Also Sie sehen, welchen Stellenwert man dort dieser Förderung beimißt.

Es gibt natürlich bei der EU nicht nur Rosinen, das haben wir ja heute auch schon diskutiert, es gibt eben eine EU mit ihren Richtlinien, mit ihren Möglichkeiten. Aber ich meine doch, daß die Chancen und die Risiken fair und ausgeglichen verteilt werden sollten.

Denn eines muß man auch wissen: Wenn Sie heute als Wiener Unternehmer in ein EU-Land oder wenn Sie nach Bayern gehen und sich dort bewerben und Sie sind der Preiswerteste, Sie schneiden bei jeder Ausschreibung am besten ab, bekommen Sie nicht den Auftrag. Also dort gibt es sicherlich entsprechende Möglichkeiten, die vielleicht in keinem EU-Reglement stehen, um zu verhindern, daß ein Wiener Unterneh-

mer dort wirklich einen namhaften Auftrag bekommt.

Umgekehrt aber ist es so, daß wir auch in Wien Probleme haben mit Betrieben aus den Bundesländern, die anbieten. Natürlich ist das Lohngefälle beziehungsweise das Lohnniveau, das Gehaltsniveau im Burgenland oder im Waldviertel anders, als es in Wien ist. Daher sollte es unsere Sorge sein, daß es uns gelingt, sinnvolle Maßnahmen zu finden, wo man bei Wahrung des Wettbewerbs und sicherlich bei Wahrung eines gewissen Faktors, der nicht überschritten werden darf, Bedacht auf Wiener Betriebe nimmt.

Denn eines darf nicht passieren, daß die Großaufträge die ausländischen Firmen oder große Firmen in den Bundesländern bekommen, und wenn es um kleine Reparaturen, Instandsetzungen und so weiter geht, findet man niemand mehr, weil die Firmen aufgrund der schlechten Wettbewerbssituation alle zugrunde gegangen sind. Da würde ich bitten, daß man sich entsprechend Gedanken macht und hier auch Maßnahmen trifft, damit im Falle der Wiener Betriebe - die nicht unter die Käseglocke gestellt werden sollen, dagegen bin ich, der freie Wettbewerb muß sein -, aber nicht mit zweierlei Maß gemessen wird.

Ich habe vorhin schon das Beispiel Baubranche genannt. Dazu möchte ich mich nicht weiter verbreitern, es gibt ja auch noch andere Branchen. Auch von der Bankenseite wurden diese Firmen, diese Konzerne jahre- oder jahrzehntelang mit Krediten zugeschüttet. Mit dem Erfolg, daß sie dann jene Gewinne, die sie in Österreich erwirtschaftet haben, ins Ausland transferierten, dort schlechte Geschäfte gemacht haben und wir alle, wir Steuerzahler, wir Unternehmer dann die Zeche in der Form zu bezahlen haben, daß die Milliardenverluste sicherlich auf höhere Spesen, Kredite, Zinsen und so weiter umgewälzt werden. Wir hatten dazu auch ein Gespräch mit Repräsentanten aller in Österreich vertretenen Banken. Und man sollte natürlich nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, daß man gerade jene Betriebe, die jahre- und jahrzehntelang brav ihre Kreditraten gezahlt haben, die nie einem Lieferanten einen Schilling schuldig geblieben sind, dann wesentlich schlechter behandelt als eben eine Großfirma, nur weil dort eine Milliarde Kreditvolumen draufsteht und bei dem kleinen Unternehmer sind es 500 000 Schilling, damit er sein Portal entsprechend verbessern kann.

Sicher ein weiterer Minuspunkt in Wien, aber das ist kein Punkt, wo wir wirklich versagt haben, das ist ein Strukturproblem, das leider, muß ich sagen, weltweit zu beobachten ist, ist die Konzentration im Einzelhandel. Ich habe auch von dieser Stelle aus mehrfach vor der Überbordung von Großvertriebsformen und Einkaufszentren gewarnt.

Ich darf auch in aller Bescheidenheit sagen, ich war als Gremialvorsteher und Sektionsobmann und im Jahre 1987 hier als Gemeinderat unterwegs, um Großprojekte zu verhindern und zu bekämpfen. Und mein Freund und Vorgänger Karl Dittrich hat mich da massivst unterstützt. Wir haben nachweislich - Frau Dr

Rothauer ist meine Zeugin - in Wien die Verdopplung der Verkaufsflächen verhindert. Stellvertretend für viele Wahnsinnsprojekte war zum Beispiel in Auhof Essl, mit über 85 000 Quadratmeter, das hätte das Gebiet umgebracht, oder auf den Porr-Gründen.

Zwei Jahre nachher kamen die Leute von Porr, die anfangs sehr böse waren zu mir und sagten, eigentlich haben sie recht gehabt, das hätte sich dort nie gerechnet. Und wenn die Wirtschaftskammer einmal nicht gehört wurde, das war ganz selten der Fall, wir haben ja Begutachtungsrecht bei Verkaufsflächen über 2 500 Quadratmeter, aber wenn man einmal - und das war vor der Zeit des Herrn Stadtrates - einmal der Meinung war, nein, jetzt machen wir es trotzdem, dann ist man dort auf die Nase gefallen.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel, die Firma Huma in Simmering. Nicht nur, daß sie die Simmeringer Hauptstraße in Schwierigkeiten gebracht hat. Sie selber haben jetzt viermal den Betriebsgegenstand gewechselt und es rechnet sich immer noch nicht. Offensichtlich, weil die Frequenz auf diesem Standort mit den Möglichkeiten, mit der Infrastruktur nicht gegeben ist. Dies führt aber zur weiteren Verödung der schlechteren Lagen. Sie können ja auch in Wien schon bemerken, daß Sie in den großen traditionellen Einkaufsstraßen wie Landstraße, untere Favoritenstraße, Wiedner Hauptstraße, monatelang leere Geschäfte sehen, auf deren Auslagen plakatiert wird, die veröden. Darunter leidet die ganze Nachbarschaft, darunter leidet die Infrastruktur. Ich vergleiche das immer, wenn jemand einen Zahn verliert und es wird keine Reparatur durchgeführt, dann beginnt das ganze Gebiß zu wackeln und genauso ist es bei einem Geschäft.

Das heißt, wir müssen uns noch mehr bemühen, daß wir einerseits die wirklich hervorragend arbeitenden, organisch gewachsenen Wiener Geschäftsstraßen - und ich glaube, auf die können wir stolz sein - weiterhin betreuen, seit über vier Jahren machen wir das gemeinsam sehr erfolgreich. Es gibt die Einrichtung "Wiener Einkaufsstraßen", und alle, ich würde sagen 95 Prozent der privaten Vereine, der Organisationen, Klubs und so weiter sind dabei, arbeiten mit uns. Und wenn Sie einmal Zeit haben, kommen Sie zu einem Obmanntag in das WIFI. Es geht Ihnen das Herz auf über die Begeisterung, über das Engagement. Und nur so können wir diese Straßen attraktiv erhalten als Alternative zu den überbordenden Einkaufszentren.

Vor einigen Wochen habe ich mit Herrn StR Swoboda eine Studie vorgestellt, die diese Entwicklung eigentlich bestätigt. Das heißt, Wien hat randvolle Kapazitäten, was Baumärkte, was Großvertriebsformen betrifft. Alles, was jetzt noch gebaut wird, meine Damen und Herren, liebe Kollegen, dient dazu, daß es zu einem Kannibaleffekt kommt, das heißt, es frißt einer den anderen.

Und wir haben, und das muß man auch offen sagen, in Wien leider diese Strukturkrise, daß wir pro Mitarbeiter und pro Quadratmeter zu wenig umsetzen, zu wenig Durchsatz und zu wenig Deckungsbeitrag

haben. Hier wird es sicherlich in jenen Lagen, wo die Frequenz nicht gegeben ist, zu einem Sterben gewisser Strukturen kommen müssen. Dort würde es auch nichts nützen, wenn man sagt, man zahlt dort fünf Jahre lang die Miete. Das rechnet sich nicht und ist in diesem Fall auch nicht zu unterstützen.

Leider ist es heute noch nicht angekommen, aber wir haben vor allem in den Stadtentwicklungsgebieten eine vorbildliche Aktion ins Leben gerufen, wo wir wieder Jung- oder Kleinunternehmern die Chance geben, sich im Rahmen einer Nahversorgungskette beziehungsweise im Rahmen der Infrastrukturbemühung selbständig zu machen. Dort helfen wir fünf Jahre mit der Miete degressiv, denn wenn jemand in fünf Jahren nicht schwimmt und in fünf Jahren nicht erfolgreich ist, dann schafft er es nie. Die ersten Ergebnisse sind durchaus optimistisch und ich glaube, wir sind hier am richtigen Weg. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Genauso ist es natürlich in weiten Bereichen Wiens. Es wurde auch heute als Beitrag schon kurz angerissen. Wenn wir die Bevölkerung und das Alter der Bevölkerung in Wien betrachten, so bemerken wir, daß die Leute immer älter werden, Gott sei Dank, bessere Gesundheitsversorgung und so weiter, aber auf der anderen Seite sind diese Menschen ja weniger mobil. Sie bemerken auf der anderen Seite den Wegfall der Infrastruktur. Der Greißler, der Fleischhauer, die Milchfrau ist verschwunden, einige Supermärkte haben ebenfalls geschlossen. Es wurden ja auch nicht alle "Konsum"-Filialen übernommen. Denn selbstverständlich berechnet der Übernehmer, der den Betrieb führen muß, seine Chancen, macht eine Standortberechnung, eine Visibility-Study und kommt dann drauf, daß sich dort ein Lebensmittelmarkt oder Nahversorger in dieser Größe nicht rechnet. Das ist vom unternehmerischen Standpunkt aus zu vertreten und legitim.

Was sagen Sie aber bitte dem Bürger oder der Bürgerin, die kein Auto hat, die gehbehindert ist und so weiter? Auch hier, Herr Stadtrat, muß uns etwas einfallen, und ich denke da - wir haben das schon einmal probeweise gemacht - durchaus an die Möglichkeit eines Pilotversuches mit einer mobilen Betreuung. Daß man tatsächlich mit besteingerichteten Kühlwagen zu bestimmten Zeiten in gewisse Gebiete kommt, in der Form, wie es oft auch bei Bauernmärkten üblich ist, daß man den Menschen dort entgegenkommt und ihnen hilft, den täglichen Bedarf oder die Nahversorgung zu sichern.

Das war eine Idee der Wiener Volkspartei und wir stehen nicht an, alle einzuladen, daß sie hier mittun. Ich glaube, das haben sich unsere Wiener Bürgerinnen und Bürger verdient, daß wir uns hier Gedanken machen. Auch alle anderen Projekte, die wir heute besprochen haben, sind sicherlich sehr wichtig, wenn Sie aber einen alten Menschen fragen, so wird er priorisieren, daß er am Abend sein Essen hat und seine Versorgung gesichert ist.

Meine Damen und Herren! Ich möchte schon schließen. Es gäbe aber noch eine Reihe von

Schwachstellen, die durchaus zu beheben sind, bin aber der Meinung, daß die positiven Seiten des Wirtschaftsstandortes überwiegen. Es wäre wirklich ein fataler Fehler, wenn wir uns in Sicherheit wiegen und sagen würden, lassen wir es so, es kann ohnedies nichts passieren, die Daten sind gut. Das stimmt bedingt. Ich glaube, es ist notwendig, daß wir immer wieder den Wirtschaftsstandort in Frage stellen, daß wir ihn hinterfragen und daß wir uns jener Schwachstellen, die wir durch Studien, Beobachtungen und Gespräche mit der Bevölkerung wahrnehmen, annehmen.

Denn ich möchte eines sagen, es ist ja auch kein Zufall - ich darf ein bißchen Eigenlob machen -, viele der guten Ideen, die wir verwirklicht haben, sind einfach auf Aktionen und Ideen der Wiener Volkspartei zurückzuführen. Wir werden auch in Zukunft die besseren Ideen bringen und es wird dazu führen, daß wir diese Schwachstellen entsprechend bekämpfen, daß wir sie minimieren. Wir werden sie nicht ganz wegbringen, aber das ist der Garant dafür, daß der Wirtschaftsstandort Wien in Zukunft tatsächlich attraktiv, krisenfest und modern sein wird. In diesem Sinne sind alle zur Mitarbeit herzlich eingeladen. - Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsidentin Erika Stubenvoll: Herr Abg Dkfm Maurer hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Dkfm Dr Ernst Maurer (SPÖ): Den Fall, den Sie hier zitiert haben, wo die AK der Qualifikation als Lehrplatz angeblich nicht zugestimmt hätte, muß ich hier berichtigen, das stimmt nicht. Die positive Stellungnahme ist bereits hinausgegangen. *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Die ist noch am Postweg oder was? Sie muß am Postweg verlorengegangen sein!)*

Wahr ist allerdings eines, daß der Seniorchef der Firma, von der die Rede war und die besucht wurde, in einer Art und Weise mit dem Kollegen der AK gesprochen hat, daß es überhaupt nicht zu einem Sachgespräch kommen konnte, sondern dieser mehr oder weniger hinausgeschmissen wurde. Jetzt, nachdem es zu einer zweiten Gesprächsrunde kam, ist sehr wohl eine positive Stellungnahme von seiten der AK hinausgegangen. *(Abg Johannes Prochaska: Bei uns reden die Bünde schon anständig miteinander. - Beifall bei der SPÖ.)*

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr StR Mag Kabas. Ich erteile es ihm.

StR Mag Hilmar Kabas: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Einzelfall, den der Herr Präsident Nettig hier angeführt hat, ist an sich kein Einzelfall. Jeder Gewerbetreibende und jeder Unternehmer ist in der Lage, eine ganze Latte von solchen Absurditäten aufzuzählen, wo an sich primär vernünftige Schutz- und sonstige Bestimmungen ins Gegenteil verkehrt wurden. Es wäre schön, wenn es immer so wäre, daß die Klärung einer solch wirklich absurden Geschichte so schnell

vor sich geht. Die Praxis und Erfahrung zeigen, daß dem leider nicht so ist.

Wenn man dem Herrn Präsidenten Nettig genau zugehört hat, konnte man auch aus seiner heutigen Rede erkennen, daß es sich um die letzte Sitzung handelt und der Wahlkampf vor der Tür steht, weil er zum Unterschied von sonstigen Budget- und Rechnungsabschlußreden diesmal doch ein bißchen stärker kritisiert hat.

Allerdings kann ich ihm den Hinweis nicht ersparen - und es ist ja auch aus den Mitteilungen des Finanz- und des Planungsstadtrates hervorgegangen -, daß der Präsident der Handelskammer an sich mit diesen amtsführenden Stadträten im selben Boot sitzt. Das heißt, daß die Appelle und Kritik, die du da heute vorgebracht hast, eigentlich auch ein bißchen an deine eigene Adresse gerichtet waren. Ich weiß schon Sozialpartnerschaft, da muß man immer Kompromisse schließen. Nur wenn du sagst, man sollte rechtzeitig etwas ändern, so möchte ich in Verlängerung der Gedanken, die hier dargestellt wurden, sagen, es ist nicht mehr rechtzeitig, es ist teilweise auch nicht mehr fünf vor zwölf, sondern teilweise schon fünf nach zwölf. Wir verlieren zunehmend an Boden, an Wettbewerbsfähigkeit und so weiter.

Wenn man dem Herrn Finanzstadtrat heute bei seiner Mitteilung zugehört hat, dann verstehe ich natürlich, wenn er eine solche Wahlrede hält, daß er alles rosig sieht, und da gehe ich auch jetzt nicht näher darauf ein, weil es eben so ist, wenn man vor einem Wahlkampf steht. Nur, ich unterstelle ihm jetzt, weil das eine Linie ist - er hat schon bei der Budget- und bei der Rechnungsabschlußdebattenrede so gesprochen -, daß er gewisse Dinge der Schönfärberei vielleicht wirklich selber glaubt. Das ist natürlich gefährlich, wenn der Finanzstadtrat das, was schöngefärbt wird, wer immer das tut, selber glaubt und eigentlich in seiner Mitteilung über eine ganze Periode auch so wenig kritisch beleuchtet.

Es wäre ja schön, wenn alles so schön, so rosig wäre. Aber es ist nicht nur nicht rosig, sondern es sind gewisse Dinge im Wirtschaftsbereich und in der Entwicklung einfach wirklich besorgniserregend. Wenn dann der Finanzstadtrat das aber nicht erkennt oder sich weigert, das zu erkennen, dann kann es unter Umständen deswegen noch gefährlicher werden, weil er eben dann die nötigen Maßnahmen nicht vorbereitet und nicht trifft.

Ich möchte jetzt ein paar Dinge aufzählen, von denen ich glaube, daß man als Finanzstadtrat auch diese nicht eben rosigen, das heißt negativen Entwicklungen beleuchten muß, um in der Folge zu besseren Lösungsvorschlägen und -ansätzen zu kommen. Da ist einmal zweifellos die Politik der öffentlichen Hand, die auch von unserer Seite immer wieder besonders kritisiert wird. Wir haben ein Budgetdefizit, das so hoch ist wie noch nie, eine Neuverschuldungsrekordmarke, die Investitionsquote befindet sich auf einem Tiefststand, was natürlich wieder ganz entscheidende Auswirkun-

gen auf den Arbeitsmarkt und die Arbeitslosigkeit hat. Die Region Wien hat das schwächste Wirtschaftswachstum in Österreich, das ist gefährlich.

Der Herr Finanzstadtrat hat auch bei der Rechnungsabschlußdebatte gemeint - er hat tausend Ausreden gebraucht und gesagt -, ja, weil wir einen sehr hohen Level haben, ist es im Vergleich zu den übrigen Regionen Österreichs nicht so gefährlich und so weiter. Da irren Sie, Herr Finanzstadtrat, da irren Sie, denn wenn ein Wachstum von unter zwei Prozent erreicht ist - ich habe das jetzt absichtlich auch mit den Arbeitsplätzen und der Arbeitslosigkeit in Zusammenhang gebracht -, dann ist man nicht mehr in der Lage, neue Arbeitsplätze zu schaffen, das ist eine Faustregel. Genau das passiert jetzt in Wien.

Es gibt ja wirklich ganz hervorragende Daten vom Wirtschaftsforschungsinstitut, versehen auch mit Grafiken, und da kommt man einfach drauf, daß etwa die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Wien, verglichen mit Gesamtösterreich, wesentlich stärker und wesentlich höher ist, als in Gesamtösterreich. Auch im internationalen Vergleich, anhand der heute schon zitierten ERECO-Studie - das ist eine Studie der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute Europas -, waren wir bis zum Anfang dieses Jahres - auch das hat der Herr Finanzstadtrat versucht, ein bißchen zu bagatellisieren - an sechs ... (*Amtsf StR Rudolf Edlinger: Fakten waren das!*) Nein, nein ich werde es Ihnen jetzt gleich sagen.

Wir waren bis zum Beginn dieses Jahres an sechstletzter Stelle. Das war zu jenem Zeitpunkt, wo noch nicht diese schiefe Vergleichsoptik, wie Sie es bezeichnet haben, entstanden ist, sondern bis Anfang dieses Jahres lagen wir von 35 Städten an sechstschlechtester Stelle. Da kann man nicht sagen, daß es ein Grund zum Jubeln ist. Aufgrund des Sparpakets sind wir an die fünftschlechteste Stelle geraten. Wir haben uns also um einen Platz verschlechtert, wobei allerdings - da gebe ich Ihnen Recht - die absolute Zahl besorgniserregend ist, weil da aufgrund des Belastungspaketes die Prognose des mittelfristigen Wachstums in der ERECO-Studie von 2,4 Prozent auf 1,6 Prozent zurückgestuft wurde, was besonders die Region Wien und die Wiener Wirtschaft treffen wird.

Daher hört man zwar gerne, wenn auch der Präsident der Wiener Handelskammer sagt, ja, wir müssen jetzt Jungunternehmer fördern und so weiter. Herr Präsident, das Belastungspaket der Bundesregierung wirft uns um Jahre zurück, und das wird man mit Förderungen sicher überhaupt nicht kompensieren können. Das ist jenes Geschenk, das uns der Bund auch hier in Wien präsentiert, und diese Entwicklungen werden noch zu sehr, sehr schwierigen Situationen auch im Hinblick auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze führen.

Über die Standortnachteile Wiens gibt es auch WIFO-Studien. Da weiß man ja auch, wo man ansetzen müßte, etwa bei der Bürokratie, bei der Förderungspolitik, bei den steuerlichen Aspekten und so

weiter. Aber es geschieht - und das jetzt an beide Sozialpartner und an den Finanzstadtrat - überhaupt nichts. Vom Wirtschaftsforschungsinstitut gibt es hier wiederum sehr drastische und plastische Darstellungen, wie und wo die Multis hier ihre Ostzentralen platziert haben. Am Anfang der 90er Jahre, also nach Wegfall des Eisernen Vorhangs, lag Wien noch sehr gut und ist dann katastrophal zurückgefallen.

Zur Frage der Betriebsansiedlung und Gründung von Betrieben hat es gestern in der "Wirtschaftswoche" ja eine sehr interessante Analyse gegeben, auch mit den Daten des Statistischen Amtes: "Gründungs- und Stilllegungsraten in der Industrie. Wien und Österreich im Vergleich." Da schneiden wir leider auch sehr, sehr schlecht ab. Weil der Herr Finanzstadtrat ein Meister dessen ist, daß er immer nur sektoral positive Entwicklungen herausnimmt und dann verallgemeinert, zitiere ich Ihnen jetzt ein paar Stellen aus einem Papier "URBAN-Wien-Gürtel-Plus", wo an sich eine wirklich sehr besorgniserregende Analyse zu den stadtstrukturellen Gegebenheiten Wiens angestellt wird.

Unter der Überschrift "Wirtschaft und Arbeitsmarkt" sagen sie etwa: "Langzeitarbeitslosigkeit und ein hoher Anteil unqualifizierter Arbeitsloser kennzeichnen die Struktur der Arbeitslosigkeit in Wien. Wien hat den höchsten Anteil an Langzeitarbeitslosen in ganz Österreich. Die Quote der Langzeitarbeitslosen über sechs Monate liegt mit 41 Prozent weit über dem österreichischen Durchschnitt. Betroffen sind vor allem Arbeitnehmer im produzierenden Sektor sowie Verwaltungshilfskräfte. Die seit den 70er Jahren zu beobachtende Deindustrialisierung Wiens hat sich in den letzten Jahren verstärkt. Seit 1973 gingen in Wien rund 111 500 Arbeitsplätze in der Industrie verloren, das sind minus 36 Prozent, davon allein in der Sachgüterproduktion 103 500 Arbeitsplätze, minus 43 Prozent. Die Industriequote sank von 40 auf 25 Prozent. Der Strukturwandel äußert sich primär in überdurchschnittlichen Bestandseinbußen der Industrie, 1973 bis 1993 minus 36 Prozent. Er bewirkt laufend eine Reduzierung von Arbeitsplätzen in traditionellen Wirtschaftszweigen, ohne daß diese Verluste von neuen Branchen bislang kompensiert werden konnten."

Alleine dieser Halbsatz, Herr Finanzstadtrat zeigt, daß die Schönfärberei überhaupt nichts bringt, sondern daß man darangehen muß, Maßnahmen zu setzen, die in Zukunft allerdings wirkungsvoller sein müssen, als sie bisher waren und daß Sie auch wieder den Staatshaushalt in Wien in Ordnung bringen müßten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist aber auch interessant, daß diese wirtschaftliche Entwicklung in Wien an sich überhaupt nicht überraschend kommt. In der Studie, die seinerzeit von StR Swoboda in Auftrag gegeben wurde, "Wien 2010", wird unter bestimmten Bedingungen, an sich sogar unter dem Extremszenario genau diese wirtschaftliche Entwicklung beschrieben. Prognostiziert im Jahre 1989/90. Ich komme dann noch näher auf diese Studie zu sprechen, weil sie deswegen interessant ist,

nicht nur jetzt im Hinblick auf die Entwicklung des Landes Wien im Ausländerbereich, sondern weil diese Studie davor gewarnt hat, daß man jene Richtung einschlägt, in die die amtsführenden Stadträte, die sozialistische Regierung gegangen sind. Die SPÖ trägt selbstverständlich, weil sie ja bisher die absolute Mehrheit hatte, für diese Entwicklungen die alleinige Verantwortung.

Ich kann mir schon vorstellen, daß die Hoffnung der Sozialisten auch darin lag, jetzt gehen wir schnell in die EU hinein, und zwar ohne Wenn und Aber. Die Regierung hat die Hausaufgaben nicht gemacht, wir haben nicht verhandelt, wir haben nicht irgend etwas herausverhandelt, sondern wir sind ohne Wenn und Aber - wie es der Bundeskanzler angesprochen hat - hineingegangen und zahlen auch jetzt einen sehr hohen Mitgliedsbeitrag. Wien zahlt nach den Angaben des Finanzstadtrates in fünf Jahren etwa 7,5 Milliarden Schilling an Mitgliedsbeitrag. Und jetzt fragt man sich natürlich auch, was geschieht eigentlich jetzt dafür? Warum haben wir uns das eigentlich in dieser Höhe und in dieser Intensität angetan?

Dazu möchte ich hier aus der Zeitung "Die Presse" einen leitenden Beamten zitieren, weil es so unglaublich ist, was er über den Nettozahler Wien sagt und warum er die EU braucht, daß man sich das nicht oft genug vor Augen halten und betonen kann, was die Sozialisten auch in diesem Bereich dieser Stadt zumuten und eigentlich auch angetan haben. Und zwar wird das vor allem sehr plastisch am Beispiel der Gürtelsanierung. Das ist aber nur ein Beispiel, sagt der Förderungskordinator Peter Brodesser. Er sagt, diese Gürtelsanierung wäre ohne die EU-Förderung überhaupt nicht in Gang gekommen. Jetzt könnte man sagen, aha das ist interessant, weil die EU soviel an finanziellen Mitteln zur Verfügung stellt. Es ist dies ja ein Sanierungsgebiet - ich komme dann später noch darauf zu sprechen, auch auf die Analyse, die ich vorhin schon zitiert habe -, das über Jahre zu einem riesigen Slumgebiet verkommen ist.

"Herr Brodesser räumt ein, daß eine Gürtelsanierung natürlich ohne EU-Geld möglich gewesen wäre", schreibt "Die Presse" vom 10. Juni, vor zwei Monaten also, "aber Wien brauche die EU vor allem als Ideen- und Anstoßgeber und weniger als Finanzier." Wie schaut denn die Gürtel-Plus-Finanzierung aus? Dieses Projekt kostet innerhalb von fünf Jahren insgesamt 415 Millionen Schilling. Das teilt sich ungefähr in die Größenordnung 125 Millionen EU-Geld, 125 Millionen Gemeinde, 85 Millionen Bund und 78 Private. Der Koordinator Brodesser sagt, diese Gürtelsanierung wäre nicht zustande gekommen. Wien als reiche Region - er befindet, zu Recht Nettozahler; freilich er braucht es ja nicht zahlen, es zahlen ja alle Steuerzahler - braucht von der Gemeinschaft mehr Ideen und Anstöße denn Geld, und warum?

Das ist jetzt das Interessante, das URBAN-Projekt zur Gürtelsanierung sei ein Paradebeispiel für die Kraft, die von der EU ausstrahlt. Nach den gescheiterten

Diskussionen über die Gürteluntertunnelung und Fahr-
bahnverlegungen habe es in Wien keine Motivation
mehr gegeben. Das heißt, die absolute Mehrheit der
Sozialisten hatte keine Motivation mehr. Sie haben
sich in der Diskussion um die Untertunnelung erschöpft,
hatten also keine Motivation mehr, für die Sanierung
des Gebiets Ideen zu entwickeln, und daher müssen wir
in die EU hinein, weil uns die Idee der sanften Sanierung
nämlich nur die EU bringen konnte. Jeder Student,
wahrscheinlich jeder Architekturstudent hätte das mit
links gemacht. Nein, wir müssen mit 7,5 Milliarden
Schilling Mitgliedsbeitrag in fünf Jahren hinein in die
EU, weil die Sozialisten keine Ideen mehr haben, sich
erschöpft haben, marod sind und nur mehr überlegen,
wie sie sich an der Macht halten können, aber keine
Einfälle mehr für die Bürger und für die Sanierung von
Gebieten haben, deren Verluderung sie zu verantworten
haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn Sie sich den Gesamtbetrag von 415 Millionen
Schilling anschauen, der nun angeblich zur Sanierung
dienen soll, kann ich nur sagen, das ist mehr als
mickrig, davon wird nicht viel saniert werden. Gestern
wurde der Presse in Anwesenheit von Edlinger, Svoboda
und Nettig das Büro vorgestellt - Büros sind wichtig,
das ist schon da. In der Presseaussendung steht, daß
20 Blocksanierungen durchgeführt werden sollen, jedoch
nicht mit den erforderlichen finanziellen Mitteln, denn
die würden nämlich in die Milliarden gehen. Wir werden
noch lange brauchen, bis bei dieser Wohnsubstanz,
diesen Substandardwohnungen und Rattenstadeln
wirklich das vordringlichste, die Wohnungen und
Wohnhäuser saniert werden. *(Abg. Andreas Honay: Sie
haben keine Ahnung! Seit 25 Jahren wird dort saniert!)*
Und was machen Sie? Sie sanieren irgendwelche
Stadtbahnbojen, statt Wohnungen, damit die Menschen
in diesen Gebieten wieder menschenwürdige Unterkünfte
erhalten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Im Vergleich zur Sanierungswürdigkeit dieses
Gebietes ist es jämmerlich, was sich uns hier darstellt.
Aber es ist überhaupt keine Frage, es ist für uns kein
gutes Geschäft und es ist auch der Jubel, der hier
antönt, wirklich nicht gerechtfertigt. Wenn wir uns
jetzt anschauen, daß das ohnehin alles unsere Steuer-
zahler zahlen, dann frage ich Sie, was hätten wir in
diesen fünf Jahren nicht alles mit den 7,5 Milliarden
Schilling wirklich sanieren können, im Vergleich zu den
415 Millionen Schilling, die wir tatsächlich in dieses
Gürtel-Plus-Projekt investieren. Vielleicht auch, wenn
wir in Brüssel ein bißchen besser verhandelt hätten,
damit wir nicht einen so hohen Mitgliedsbeitrag zahlen
müssen. Aber das ist alles egal, da wird jetzt gejubelt,
da wird vor allem vor den Wahlen versucht, ein Po-
temkinsches Dorf aufzuziehen. In Wirklichkeit ist es
mehr als jämmerlich, was sich hier darstellt. *(Beifall
bei der FPÖ.)*

Wir haben leider Slumgebiete nicht nur in diesem
Bereich, 2. Bezirk, 20. Bezirk, 5. Bezirk und so weiter.

Es sind alle Gürtelgebiete davon betroffen und das ist
das Resultat der sozialistischen Regierungstätigkeit
und der verfehlten Maßnahmen.

In der Studie, die ich vorhin schon erwähnt habe,
URBAN-Wien-Gürtel-Plus, wird auf die tristen Lebens-
verhältnisse, auf die Ghettoisierung, die überdurch-
schnittliche Arbeitslosigkeit und so weiter in den Gür-
telbereichen hingewiesen. Weil ich da zuvor vom Herrn
Klubobmann Svoboda gefragt wurde: Ja, aber wieso,
die Stadt ist doch wunderbar verwaltet? Wenn Sie sich
dann durchlesen, welche Lebensverhältnisse hier herr-
schen, dann frage ich mich, in welcher Welt leben Sie,
wenn Sie hier solche Fragen stellen?

Ich zitiere da ganz kurz, damit Sie auch sehen, daß
hier diese Studie, die ja von der EU erstellt wurde, von
der Europäischen Kommission, Generaldirektion Re-
gionalpolitik und Kohäsion, das auch sehr besorgnerre-
gend sieht: "Die Zunahme der ausländischen Bevölke-
rung birgt auch die Gefahr von Konflikten mit der ver-
bleibenden, eher überalterten einheimischen Wohnbe-
völkerung in sich. Diese gehört überwiegend zu jenen
sozial benachteiligten Gruppen, die die ausländischen
Zuwanderer subjektiv als Konkurrenten am Arbeits-
platz und im Lebensraum wahrnehmen. Bei den bisher
ansässigen Bewohnern dieser Gebiete regt sich Angst,
Unsicherheit und das Gefühl, vernachlässigt zu wer-
den. Der mit dem Zustrom ausländischer Bevölkerung
verbundene soziale Strukturwandel führt auch auf dem
Wohnungsmarkt der Urbanzone und der davon betref-
fenen städtebaulichen Problemgebiete zu verschärften
Problemlagen", und so weiter und so weiter.

Und dann noch: "Es ist ein Niedergang fast aller
Geschäftsstraßen der Urbanzone, insbesondere der
Nebengeschäftsstraßen und der Märkte zu beobach-
ten. Dies äußert sich in einer hohen Leerstandsrate bei
Geschäftslokalen, in einer qualitativen Abwertung des
Angebots bei gleichzeitigem Zurückbleiben der Umsät-
ze und in einem sinkenden Arbeitsplatzangebot. Also
alles ganz besondere Merkmale der Verslumung."

Das ist hier an sich in der Schublade verschwun-
den, Gott sei Dank hat es Frau StR Landauer aktuali-
siert, ein Bericht des Magistrats vom Team "Focus"
über den 15. Bezirk. Wenn Sie den durchlesen, welche
fürchterlichen Zustände es hier gibt, in welchem Stan-
dard die Leute im 15. Bezirk wohnen müssen, daß hier
der höchste Ausländeranteil aller Wiener Bezirke vor-
handen ist, schlechte Bausubstanz, Substandardwoh-
nungen, Etablierung einer Suchtgiftszene.

Die Problemschwerpunkte sind weiters Gewalt in
der Familie, Vernachlässigung bis hin zur Verwahrlo-
sung von Kindern und Jugendlichen, hohe Arbeitslo-
sigkeit, vermehrte Gewaltbereitschaft in den Pflicht-
schulen, fortschreitende finanzielle und/oder soziale
Verarmung quer durch alle Bevölkerungsschichten,
daraus resultierend Perspektivenlosigkeit.

Ein Magistratsteam, das die Situation vor Ort un-
tersucht hat, sagt, daß dort Tendenzen der Verslu-
mung zu beobachten sind. Es bestehen Viertel mit 61
Prozent Ausländeranteil, ein Gebiet in Sechshaus mit

65 Prozent und so weiter. Die Ängste, die es dort sowohl bei den Inländern als auch bei den Ausländern gibt, und so weiter. Und dann stellt sich jemand von den Sozialisten her und sagt, wieso können Sie behaupten, daß die Stadt schlecht verwaltet ist? Da frage ich mich wirklich, ihr lebt auf dem Mond und ihr kommt nicht in diese Gebiete, daher wißt ihr scheinbar nicht, was sich in dieser Stadt wirklich abspielt.

Das ist wirklich etwas, wo man auch besorgt sein muß, denn so sehen eben jetzt auch einzelne Gebiete dieser Stadt aus, und das ist das Resultat einer jahrelangen verfehlten sozialistischen Politik, das habt ihr uns eingebrockt. *(Beifall bei der FPÖ.)* Gerade in diesen Bezirken, die hier jetzt auch von dem Gürtel-Plus-Projekt umfaßt sind, ist eben die Ausländerproblematik besonders groß und besonders vordringlich.

Jetzt ein ganz nüchternes Wort zur Ausländerpolitik. Was soll eigentlich eine Ausländerpolitik? Sie soll trachten, daß nicht zuviele Ausländer in einen Staat, in eine Stadt hereingelassen werden, weil sich daraus, wenn es zu viele sind, unlösbare Probleme ergeben. In dieser Situation befinden wir uns jetzt in Wien. Und das aber, obwohl wir Sie seit 1989 warnen. Es dürfen Grenzen nicht überschritten werden, und das fängt eben an bei der Quantität und geht bis zur kulturellen und sozialen Verträglichkeit. Diesen Erkenntnissen, den realistischen Darlegungen, sollte man, wenn man verantwortungsvoll ist, auch folgen.

Das hat damit überhaupt nichts zu tun, wenn man politisch tätig ist, daß man irgendeinem Ausländer gegenüber feindlich gesinnt ist. Aber eines muß einem klar sein: Man muß das legitime Recht haben und es auch ausüben zu bestimmen, wie viele Ausländer tatsächlich hereinkommen und wie viele nicht. Genau diesen Grundsatz haben Sie nicht beherzigt. Weil Sie eine andere Zielsetzung hatten und Teile von Ihnen bis jetzt noch haben, nämlich die multikulturelle Gesellschaft. Das ist aber ein ideologisches Ziel.

Da geraten Sie dann in der Realität und in der Praxis eben in Konflikte hinein, die Sie nicht bedacht haben, weil Sie das nicht mit einbezogen haben. Aber Sie können sich nicht ausreden darauf, daß Sie das nicht gewußt haben. Denn Sie hatten diese Studie "Wien 2010", wo vor dem Hereinlassen gewarnt wurde mit dem Sao-Paulo-Szenario, daß nur das Hereinkommen von jährlich 6 000 verträglich und alles, was in eine größere Dimension geht, absolut unverträglich ist.

Ab 12 000 Zuwanderern - bitte das steht in der Studie von Swoboda drinnen, dem sogenannten Sao-Paulo-Szenario, wo dargelegt wird, welche Probleme dann auf die Stadt und auf Stadtteile zukommen. Es heißt hier zum Beispiel, Wien könnte unter diesen Bedingungen besonders in den Politikbereichen Wohnen, Soziales, Verkehr, Sicherheit und Arbeitsmarkt in Bedrängnis kommen. Das ist alles klar und deutlich hier dargelegt gewesen, und was haben Sie gemacht? Sie haben eine Invasion zugelassen. Sie haben von 89 bis 95 176 000 Ausländer neu hereingeholt, hereingelassen, sodaß wir also jetzt zusammen mit den

100 000 Illegalen, eine Dimension von 28 Prozent der Wohnbevölkerung erreicht haben. Das ist eine nüchterne Feststellung. Und da kann man auch alles nachlesen, welche Verhältnisse und Zustände in jenen Stadtteilen herrschen, wo eine besonders hohe Anzahl von Ausländern wohnt.

Aber ich möchte Ihnen auch eine Erkenntnis, die ein amtsführender Stadtrat hat, nicht vorenthalten. Da ist uns neulich ein Buch auf den Schreibtisch gekommen, Autor und Herausgeber Häupl, also Bürgermeister, und Swoboda, Planungsstadtrat, "Bleibt Wien Wien?" Und da ist auch ein Artikel von StR Swoboda drinnen: "Auf dem Weg ins nächste Jahrhundert". Darin schreibt Herr StR Swoboda, der ja 1989 diese Studie auch in Auftrag gegeben hat, an die sich die Sozialisten dann überhaupt nicht gehalten haben, folgendes: "Eine noch vor der aktuellen Öffnung der Grenzen zu den kommunistischen Nachbarstaaten von der Stadtplanung Wien in Auftrag gegebene Studie mit den Titel 'Wien 2010 - Entwicklungstendenzen bei wachsender Bevölkerung und offenen Grenzen' hatte die Entwicklungsoptionen der Stadt szenerieartig zu antizipieren versucht. Während die stabilen Szenarien von einem Bevölkerungswachstum und einer Einwanderung von rund 6 000 Menschen pro Jahr ausgingen, veranschlagte das Extremszenario eine jährliche Zunahme der Stadtbevölkerung um 12 000 Einwohner."

Nicht zuletzt der Umstand, daß im ersten Drittel der 90er Jahre die tatsächliche Zuwanderung und Bevölkerungsentwicklung die Extremannahmen bei weitem überstiegen, ist dies jetzt ein klares Bekenntnis und Anerkenntnis von Herrn StR Swoboda, zu dem, was wir immer wieder gesagt haben, wofür wir zwar immer wieder von Ihnen geschimpft wurden, aber jetzt endlich gibt auch er es schwarz auf weiß in seinem Artikel, in diesem Buch zu, daß dieses Extremszenario noch bei weitem überschritten wurde.

Und er sagt dann: "Die Konsequenz war dann, das Drängen der FPÖ ließ eine geregelte und kontrollierte Zuwanderung angebracht erscheinen. *(Abg Andreas Honay: Warum wenden Sie sich da nicht an Ihr Klubsekretariat?)* Ich kann mir schon vorstellen, Herr Honay, daß Ihnen das unangenehm ist, weil es die Abrechnung mit Ihrer Politik der vergangenen fünf, sechs und sieben Jahre darstellt. *(StR Lothar Gintersdorfer: Das sind dann die Wahlergebnisse in Ottakring!)* Da haben Sie der Stadt etwas angetan, das nicht nur skandalös ist, sondern auch viele, viele Menschen ins Unglück gestürzt hat. Das ist aufzuzeigen, und daß Ihnen das unangenehm ist, glaube ich schon. *(Beifall bei der FPÖ.)* Nur werden wir nicht müde werden, das aufzuzeigen und draußen die Verantwortlichkeiten festzustellen.

Man könnte eigentlich sagen, naja, vielleicht haben die Sozialisten etwas gelernt, vielleicht haben die Sozialisten jetzt doch gesehen, daß das die falsche Politik war. Weit gefehlt. Denn was machen die Sozialisten jetzt? Die Sozialisten machen jetzt eine weitere Ausländer-rein-Politik. Und zwar jetzt durchaus zusammen

mit der ÖVP wurde jetzt einmal ein Integrationspaket vorgelegt. Ein Integrationspaket, das eine eklatante Verwässerung der Ausländergesetze beinhaltet, aber vor allem einen Punkt enthält, der eine weitere lawinenartige Zuwanderung mit sich bringt, nämlich den Familiennachzug.

Der Innenminister, der ja für diese Gesetze der zuständige Minister ist, der Wiener SPÖ-Minister Einem hat hier schon ganz klare Richtlinien in Begutachtung gegeben und in dieses Papier "Integrationspaket" auch schon hineingeschrieben. Und da sagt der hier in Wien für Ausländerfragen zuständige Stadtrat - ich zitiere das deshalb wörtlich, weil es jetzt abgestritten wird, daß er das sagt -, er sagte voriges Jahr am 17. Mai 1995: "Wenn ich davon ausgehe, daß von 150 000 Nicht-Österreichern, die derzeit hier leben, die Familienzusammenführung sofort in Anspruch genommen wird" - Einem sieht das in einem Zeitraum von vier Jahren vor -, "würde das eine zusätzliche Zuwanderung von 100 000 bis 150 000 innerhalb kürzester Frist bedeuten." Und er sagt dann weiters: "Es habe keinen Sinn, jemand in die Stadt zu locken, wenn die Arbeitsplatz- und die Wohnsituation nicht geregelt sind und das Miteinander verkompliziert wird." Da stimmen wir natürlich voll zu.

Wir sagen aber auch, daß das Integrationspaket im Juni 1996 in Begutachtung geschickt und momentan nur deswegen auf Eis gelegt wurde, weil die Koalitionäre draufgekommen sind, daß wir am 13. Oktober Wahlen haben und daher haben sie das jetzt auf die lange Bank geschoben. Sie sagen, da wird jetzt einmal nichts gemacht, wir warten die Wahlen ab, und nach den Wahlen werden wir weitersehen.

Es kommt aber zusätzlich noch etwas dazu: Die Bundesregierung - man weiß nicht, hat sie es gewußt oder nicht - hat bei den EU-Verhandlungen das Assoziierungsabkommen, das die EU mit der Türkei hat, jedenfalls mitgeschluckt. Sie hat in keiner Art und Weise einen Vorbehalt geäußert, daß sie es hier nicht vollziehen will. Das ist jetzt durchjudiziert worden. Der Verwaltungsgerichtshof sagt, das ist selbstverständlich auch von Österreich - wobei jeder Jurist das ja auch so gesehen hat - anzuwenden. Dadurch ist, unter bestimmten Voraussetzungen, in einem bestimmten Zeitrahmen, praktisch der türkische Staatsbürger, der hier lebt, mit EU-Bürgern gleichgestellt. Das kommt jetzt noch zusätzlich auf uns zu und belastet zusätzlich den Arbeitsmarkt.

Vorgestern sagt der Wiener SPÖ-Innenminister Einem - und das ist jetzt überhaupt das Über-Drüber, der Overkill -, außerdem soll dieses Abkommen EU - Türkei in Österreich eigentlich auch für alle anderen Ausländer gelten. Obwohl auch er nicht sagen kann, daß er von der herrschenden Situation nichts gewußt hat oder so. Zum Beispiel sagte er im Juni selber, daß der Ausländerdruck am Arbeitsmarkt immer mehr steigt. 100 000 Angehörige von Ausländern wollen laut Innenminister Einem in Österreich Arbeit und so weiter. Und dann gibt er noch einen Kick und sagt, so und

jetzt soll das überhaupt ausgeweitet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist so unglaublich, daß man es eigentlich fast gar nicht glauben kann. Aber eines ist jetzt schon klar, das muß man fairerweise sagen: Die Absicht der sozialistischen Koalitionsregierung liegt jetzt am Tisch, am Tisch der Republik. Man weiß, was in der Ausländerpolitik nach dem 13. Oktober ins Haus steht. Man weiß, daß die sozialistische Koalitionsregierung und vor allem die Sozialisten eine weitere Ausländer-rein-Politik betreiben wollen. Sie warten nur jetzt ab und schauen noch, wie sich der Wähler verhalten wird. Gelingt es uns, dem Wähler eventuell doch ein X für ein U vorzumachen? Denn würden Sie endlich eine inländerfreundliche Politik machen, keine Einwanderung mehr zulassen, darauf achten, daß sich die hier im Land befindlichen Ausländer auch unserer Lebensart anpassen, und wenn Sie nicht weiter die Ausländergesetze aufweichen würden, dann könnten Sie das ja gleich schlußverhandeln und den Wählern reinen Wein einschenken. Das tun Sie nicht, sondern Sie warten ab. Vielleicht werden doch die SPÖ, die ÖVP, diese Splitterparteien, die es da noch gibt, am 13. Oktober gestärkt, dann machen wir das so. Oder aber es wird die FPÖ gestärkt, laufen den Parteien doch wieder Wähler davon, dann ist die Chance vorhanden, daß endlich eine verantwortungsbewußte und anständige Inländer- und Ausländerpolitik in dieser Stadt und in diesem Staat gemacht wird. *(Beifall bei der FPÖ.)* Um diese Richtungsentscheidung geht es am 13. Oktober. Es geht um das Schicksal dieser Stadt unter dem Titel "Bleibt Wien Wien?". *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Vettermann. Ich erteile es ihm.

Abg Heinz Vettermann (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte vorerst doch ganz kurz auf die Vorredner eingehen. Insbesondere Herrn StR Kabas habe ich sehr genau zugehört, der da ein sehr düsteres Bild gezeichnet hat. Zuerst, als er einfach die Fakten bestritten hat. Er sagt, StR Edlinger sieht alles so rosig, wie kann er das behaupten, er selbst kann aber kein einziges Faktum, das von ihm genannt wurde, widerlegen oder anders sehen. Er warnt nur und hat dann düstere Bilder gezeichnet. Er bestreitet etwas, das jeder weiß, daß, wenn man Wachstum von einer absolut hohen Zahl berechnet, es natürlich nicht nur in Prozentsätzen anzusehen ist.

Der einzige, der hier keine eigenen Ideen eingebracht hat, war eigentlich Herr StR Kabas, der uns da aus wirtschaftlicher Sicht gewarnt und Fakten bestritten hat, aber selbst keinen eigenen Vorschlag gebracht hat, was er besser oder anders machen würde. *(StR Mag Hilmar Kabas: Dafür haben wir unser Wirtschaftsprogramm! Ich schicke es Ihnen zu!)* Selbst jene Fakten, die er da bekräftigt hat, konnte er zumindest heute nicht nennen. Ich kenne auch keine Untersuchungen, die diese düsteren Prophezeiungen in irgend-

einer Form stützen würden. (*StR Mag Hilmar Kabas: Entbürokratisierung!*) Und das Ärgste und Krasseste war ja, daß er einfach taxfrei ganze Bezirke wie den 5., 15., 16., 17., 20. und 2. als Slums bezeichnet. Das ist ja wirklich ungeheuerlich. (*Abg Andreas Honay: Skandalösl - Beifall bei der SPÖ.*)

Ich meine, wenn er das Wort einfach so verwendet, würde ich ihn einmal einladen - nicht in den USA oder in der Dritten Welt -, nur in Europa einmal wirklich in einen Slum oder in ein slumähnliches Gebiet zu gehen, wie es sie vielleicht in London, in Paris, mag auch sein in Brüssel gibt, wo wirklich abgewohnte und alte Wohnviertel zu sehen sind. Da sieht es aber wirklich ganz anders aus als in den gürtelnahen Bereichen und Bezirken, denn wo die hinten sind ist ja nur innerhalb von Wien, in der Relation in Wien und nicht wirklich und absolut. Denn dort gibt es keine Schulen, dort gibt es kein Gas und Strom, die Straßen sind teilweise kaputt, so schaut es in einem wirklichen Slum aus. Und wo ist das bei unseren Projekten zu sehen? Nirgend. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Das heißt, worum es ihm geht, ist einfach Angst und Verunsicherung zu verbreiten. Ich glaube nur, er wird auch den F hier einen Bärendienst erweisen, nachdem ja die Wienerinnen und Wiener die Stadt kennen, wird sie da niemand wiedererkennen können in diesem wirklichen Horrorszenario. Auch was die Ausländer betrifft, muß man sagen, daß seine Warnungen einfach wirklich hauptsächlich auf Angst und Verunsicherung abzielen. Und wenn er dann sagt, die Menschen haben Angst und Verunsicherung. Naja, mag sein da und dort, aber wer ist an dem Schuld? Doch hauptsächlich er mit seinen Warnungen, er mit seiner Art der Politik.

Denn indem er sagt, da wird eine Invasion kommen, dann ständig seine unbewiesenen Schätzungen der Illegalen ununterbrochen roboterhaft wiederholt, damit wird er glaube ich, hauptsächlich sich selbst beeindrucken und niemanden, der Wien kennt. Von einer Invasion kann ja wirklich keine Rede sein. Und daß auch der Zuzug bei der Familienzusammenführung in der Quote eingerechnet ist, ist zumindest bei allen Vorschlägen, die ich kenne, der Fall gewesen. Zur Invasion wird es daher nicht kommen, da kann ich ihn beruhigen. Das Ziel ist die Integration und eine anständige Ausländerpolitik, die machen wir in Wien. Und daß es ihm um das Schicksal dieser Stadt geht, da, glaube ich, hat er recht. Allerdings hoffe ich und bin eigentlich sicher, daß die Wiener seiner Version einer Stadt wie Wien eine klare Absage erteilen werden.

Zur Kollegin Jerusalem. Ja, das mit den Ostgrenzen stimmt. Aus meiner Sicht wird man dazu wenig beitragen können. Bei dem EU-Beitritt - sicher haben wir dafür geworben, sicher haben wir dafür gekämpft. Ich bitte aber auch zur Kenntnis zu nehmen, daß durch die Bevölkerung in Gesamtösterreich ebenfalls eine Abstimmung stattgefunden hat, daß das der letzte Schritt war, sodaß man nicht sagen kann, die Wiener Sozial-

demokraten haben das sozusagen zu verantworten, sondern das war schon eine gesamtösterreichische Entscheidung, wo ja auch die GRÜNEN gesagt haben, okay, wir akzeptieren sie, wir denken auch in dieser Frage ein wenig um, und es war damals richtig und sollte heute nicht anders sein.

In einer Sache, muß ich sagen, war es aber natürlich ähnlich dem StR Kabas nur bei weitem nicht so aufputschend, nämlich daß die Bilder düster waren, die Behauptung, die Armut nimmt überall zu. Ich kenne schon einige Studien dazu und gerade die letzten Armutsstudien belegen es ja in keiner Weise. Ich weiß nicht, woher Sie das haben. Sie sagen dann, na gut, das kann ja nur wegen dem Sparpaket, dem Konsolidierungspaket sein. Ich sage nur, da greifen jetzt erstmals die ersten Maßnahmen, ohne daß man sagen kann, wie sich das wirklich auswirkt. Daß es da irgendeine Studie gibt, glaube ich nicht, wenn manche Maßnahmen gerade in diesem Monat erstmals greifen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es da irgendeinen gesicherten Rücklauf gibt. Sondern das ist einfach auch eine Behauptung, um in anderen Kreisen ein bißchen Angst und ein bißchen Verunsicherung vor steigender Armut voranzutreiben. Und zwar nicht bei den Armen, sondern bei jenen, die keine Armen haben wollen, die Ihre Klientel sind. Denn jene, die wirklich arm sind, wissen ganz genau, was alles an Transferleistungen läuft. Wir haben X Beispiele gebracht.

Ich habe mir nur eine Geschichte notiert, jene mit den Kinderbetreuungsplätzen. Wir haben die gemeinnützigen Initiativen bei den Kindergärten von 10 auf 15 erhöht. Wir haben eine Regelung mit den Tagesmüttern getroffen, daß auch bei ihnen die Förderung genauso greift wie bei einem Kindergartenplatz, um eben für die Gruppe, die betroffen war, bei jungen Müttern, die sehr kleine Kinder haben, eine entsprechende Versorgung sicherzustellen. Und Sie behaupten einfach, das gibt es nicht, und fordern es ein.

Das heißt in der Beziehung, glaube ich, sollte man, auch wenn man über Wirtschaft diskutiert, nicht einfach solche Behauptungen in den Raum stellen, die einfach nicht nachvollziehbar sind. Daß Sie das IKL lieber haben als die heutige funktionierende Ganztagsbetreuung, ist eine ideologische inhaltliche Frage, darüber kann man lange diskutieren. Aber daß man sagt, das gibt es nicht, ist, glaube ich, eine nicht verifizierbare Behauptung. (*Abg Susanne Jerusalem: Das ist eine Behauptung der Stadträtin! Sie hat gesagt, daß es kein Nachfolgeprojekt ist!*) Ja, es ist natürlich kein Nachfolgeprojekt. Aber es gibt die ganztägige Betreuung. Darauf wollte ich hinaus. Sie hätten lieber IKL. Ich sage, das jetzige funktioniert auch sehr gut und deckt den gleichen Bedarf ab. Es muß ja deshalb kein Nachfolgeprojekt sein, wenn man die Bedürfnisse befriedigen kann.

Zum Kollegen Nettig. Dem Kammerpräsidenten muß man sagen, naja, es waren vor allem gute Wünsche und ganz gute Anregungen. In einer einzigen Sache unterscheide ich mich schon von ihm. Ich bin

schon dafür, daß man bei den Lehrlingen da wirklich flexibler agiert, das haben wir ja auch gemacht. Wir haben in drei neuen Schulen den Blockunterricht eingeführt. Wir haben einen Zusatzstützkurs gemacht, damit man auch schulische Defizite ausgleichen kann. Das alles geschieht, wir werden sehen, ob es die Wirtschaft so annimmt wie in den anderen Bundesländern, wo es diesen ganzen Blockunterricht schon gibt. Es werden nur trotzdem keine Lehrlinge genommen. Aber probieren wir es. Nur daß man das gleich dazu verwendet, einen sozialen Abbau ... *(Abg Dr Günther Marek: Das ist aber ein Unsinn!)* Ja, in der Steiermark gibt es ihn und es werden auch keine Lehrlinge genommen. *(Abg Dr Günther Marek: Warum sagst du die Unwahrheit? Warum?)* Natürlich gibt es da den Blockunterricht. *(Abg Dr Günther Marek: Jetzt sagst du wider besseres Wissen das Falsche!)* Ganz im Gegenteil. Ich sage in der Steiermark werden wenige Lehrlinge genommen und es gibt den Blockunterricht. Wir werden ja dann nachher verifizieren können, wer hier recht hat. *(Abg Dr Günther Marek: Es ist egal, was du sagst, aber man soll bei der Wahrheit bleiben!)* Aber daß man das jetzt zum Sozialabbau verwendet, dagegen sollte man sich wirklich massiv wehren.

Zur Arbeiterkammer-Lehrlingsstelle möchte ich schon eines sagen: Mag sein, daß der eine Fall, den er gebracht hat, so unglücklich gelaufen ist, wie er dargestellt wurde, kann schon sein. *(Abg Dkfm Dr Ernst Maurer: Ist schon berichtet!)*

Aber daß ein Drittel der Lehrlinge, jeder dritte Lehrling, die Arbeiterkammer-Lehrlingsstelle in Anspruch nehmen muß, weil sie eben doch zu einem hohen Ausmaß auch noch immer als billige Hilfsarbeiter und Arbeitskräfte verwendet werden, ist eine andere Sache. Das zeigt, wie notwendig und richtig diese Arbeiterkammer-Lehrlingsstelle auch ist, und die sollten wir uns da nicht madig machen lassen. *(Abg Dr Günther Marek: Applaus! Das akzeptiert ohnehin keiner! Er steht nach wie vor allein da!)* Trotzdem stehe ich dazu.

Wenn man uns den Vorwurf der "Festerlpartei" macht, dann möchte ich auch ein, zwei, drei Worte dazu sagen, nämlich auch zur Wirtschaft hin kommend. Es gibt ja mehrere Argumente, wenn man ausländische Manager befragt, was sie eigentlich bewegt, neben den harten wirtschaftlichen Fakten, Wien als Standort zu wählen, dann gibt es immer zwei Antworten. Ein Beweggrund ist die hohe Sicherheit, die es in der Stadt gibt, und der zweite das hohe Ausmaß an kulturellen Angeboten, die es in Wien gibt.

Das ist auch ein wirklicher Standortvorteil, und zwar ein Standortvorteil im wirtschaftlichen Sinn. Denn es gibt ja nicht nur die Feste, die sozusagen im Licht der Öffentlichkeit stehen, es gibt auch die Tanzimpulse, Alternativkultur, eine gut funktionierende Hochkultur. Auch das nebenbei gesagt: In den letzten Jahren hat es im Wiener Budget eine Verschiebung von der Hoch-, zur Alternativ-, zur Breitenkultur gegeben. Den Wienerinnen und Wienern gefällt es auch, und wir sollten uns auch da in einer Wirtschaftsdebat-

te diese Feste nicht mies machen lassen.

Der Wandel in der Wirtschaft, den beide Stadträte aufgezeigt haben, findet natürlich tatsächlich und wirklich statt. Schwierigkeiten haben alle. Wir auch dadurch, daß wir so nah an den sogenannten Reformstaaten liegen. Die weltweite Mobilität steigt. Die Frage lautet aber, wie bewältigt man diese Schwierigkeiten? Es ist ja nie behauptet worden, daß in dem Sinn alles rosig ist und es keine Schwierigkeiten gibt, sondern die Frage ist ja eben, wer bewältigt diese Schwierigkeiten wie? Und da halte ich es mit der Werbung: "Der Vergleich macht Sie sicher".

Europa ist ja unser Vergleich. Wien ist eben die viertreichste Region, und wir haben zum Glück die Schwierigkeiten, die wir hätten, wenn wir ein Ziel 2-Gebiet, also um Wesentliches ärmer wären, nicht. Wir haben dadurch Schwierigkeiten, daß wir Nettozahler sind. Alles in allem muß ich aber sagen, es ist doch wesentlich besser, von einem sehr, sehr hohen Niveau auszugehen und die Schwierigkeiten zu haben, dieses hohe Niveau zu halten, als mühsam einen Nachholprozeß zu starten. Das, glaube ich, ist ganz klar; denn innerhalb Österreichs verdient man in Wien noch immer am besten. Darum haben wir ja immer noch einen Zuzug auch aus anderen Bundesländern, weil wir einfach noch immer das höchste Lohnniveau halten konnten. Auch das zeigt, daß wir da eine wirklich Wohlstandzone sind.

Daß es einen weltweiten Wettbewerb um Standorte gibt, ist ebenfalls richtig. Es ist, glaube ich, auch schon gesagt worden, daß man das nicht zum Sozialabbau verwenden kann und darf. Denn würde diese Logik stimmen, wären in Indien die allermeisten Arbeitsplätze zu finden. Dort arbeiten sie für eine Schale Reis. Und auch die Slowakei, die nur ein Drittel unserer Lohnkosten hat, müßte übergehen vor Investitionen. Beides ist ja bekannterweise nicht der Fall. Man kann also bei weitem nicht sagen, daß Sozialabbau und Sozialdumping das ist, was uns die Industrie, die Aufträge im Land halten wird.

Wohl aber geht es natürlich darum, einen einheitlichen Sozialraum in Europa, vor allem in der EU zu erkämpfen - bei den anderen kann man theoretisch über Zölle etwas machen. Das ist so weit gelungen, daß bis auf ein Land, bis auf Großbritannien, eigentlich alle diese Sozialcharta unterschrieben haben. Ich als Sozialdemokrat sage, da kämpfen ja die Sozialdemokraten zum Beispiel auch in Europa darum, daß das unterschrieben wird. Und ich glaube, wenn Labour einmal gewonnen haben wird, und Tony Blair wird gewinnen, dann wird auch dieses Land unterschreiben und dann wird es einen gesamteuropäischen Sozialraum geben, der dieses Sozialdumping in Europa verhindert. Das ist dann aber wirklich eine Frucht des Kampfes der Sozialdemokraten um diesen gemeinsamen Sozialraum.

Ich habe schon diesen Städtevergleich gebracht. Auch wenn man sich London, Paris - da kann man sagen, die sind zu groß - oder Brüssel, die zentrale

Leitung, oder wenn man sich deutsche Städte ansieht: Ich meine, Wien steht da auch infrastrukturell wirklich sehr sehr gut da. Denn in Deutschland werden die Städte ausgehungert, damit der Bund halbwegs über die Runden kommt. Das ist zwar eine Tendenz, die manchmal auch in Österreich aufflackert, aber bei weitem nicht in dieser Massivität, weil sich Wien auch immer entsprechend dagegen wehrt. Trotzdem arbeiten wir mit der EU in vielfältiger Weise zusammen, und zwar dort, wo wir auch einen Aufholbedarf haben, zwar nicht im Vergleich zu anderen Regionen und Städten, aber Aufholbedarf innerhalb Wiens, wie zum Beispiel bei diesem Gürtel-Plus-Projekt.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß Wien die viertreichste Region der EU ist. Es ist auch schon mehrmals davon gesprochen worden, daß wir jetzt in der Magistratsdirektion auch ein Referat, das sich um EU-Förderungen bemüht, eingerichtet haben. Denn eine Sache ist ja auch symptomatisch, um ein Beispiel aus dem Kulturbereich zu bringen. Da haben einige Kulturinitiativen angerufen und gefragt: Na, wie hat das eine einzige Initiative, die Geld bekommen hat, gemacht, daß sie zu dem EU-Geld gekommen ist? Die Antwort war einfach: Sie haben eingereicht. Das hatte sonst nämlich niemand gemacht.

Das heißt, es nützt nichts, daß es diese Möglichkeiten gibt, man muß sich auch informieren, muß trachten, daß diese Möglichkeiten auch genutzt werden können, und auch da hat sich Wien engagiert. Wir bemühen uns, daß wir von jenen Fonds, wo wir etwas bekommen können, auch entsprechendes Geld erhalten. Zum Beispiel beim europäischen Sozialfonds, der bildungspolitische Maßnahmen, neue Arbeitsplätze, Qualifizierungsmaßnahmen finanziert. Da sind die Zahlen natürlich schon um einiges größer. Für diese Aktivitäten werden nämlich zwischen 200 und 300 Millionen S fließen und das ist um einiges mehr. Das ist eigentlich unser Hauptsprechpartner im Gegensatz zu dem viel diskutierten URBAN und Interreg. URBAN und Interreg sind zwei Programme, wo es darum geht, daß wir innerhalb der Stadt Ungleichheiten ausgleichen können, daß wir auch da entsprechend aktiv werden. Es stimmt, daß wir da als Stadt etwas beitragen, daß der Bund und Private etwas zahlen, daß aber eben auch die EU mitzählt, und zwar in der Größenordnung von 127 Millionen sowohl die Stadt als auch die EU.

Wenn man uns sagt, ihr habt ja die Chancen nicht genutzt, die sich durch die Ostöffnung ergeben haben: Man kann immer mehr tun, aber daß wir da dran sind, zeigt ja, daß wir auch die bilaterale Kooperation gerade mit diesen Städten, mit Budapest, wo wir einen Vertrag zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit haben, mit Prag, mit Bratislava vorantreiben. Daß wir regelmäßig zusammenarbeiten, daß sich alle drei Städte im Wien-Haus, in der EU präsentieren, sodaß wir auch da, glaube ich, auf dem richtigen Weg sind. Wir treffen mit Laibach und Zagreb solche Abkommen, sodaß wir, was die Abkommen mit Osteuropa und unsere Möglichkeiten, hier direkt zu agieren, betrifft, den richtigen

Weg eingeschlagen haben.

Wir haben eine eigene Stelle für Citymarketing. Und es ist uns auch gelungen, das Interreg-Programm, dieses interregionale Programm für Osteuropa nach Wien zu bekommen. Das war eigentlich gar nicht geplant, aber wir haben es in der EU durchgesetzt, indem sich Wien stark gemacht hat, sodaß wir hier ein Programm Österreich-Ungarn, Österreich-Slowakei und Österreich-tschechische Republik durchgesetzt haben.

Und ganz zum Schluß sind wir natürlich auch bei Bildungs- und Jugendprojekten dabei. Wir sind dabei, Chancenvielfalt für BerufsschülerInnen, Weiterbildungsangebote für Behinderte gemeinsam mit der EU und mit der EU-Förderung zu bringen. Wir haben Jus-Data-Tab. Das sind beides Programme, die über den WAFF, den Wiener Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerförderungsfonds Weiterbildungsangebote bringen, wo es einen Nachholbedarf gibt. Es gibt "Beschäftigung now", das ist ein Frauenförderungsprogramm. Auch da gibt es eigene Frauenförderungsprogramme, die wir gemeinsam mit der Europäischen Union machen, und zwar immer in Kofinanzierung, das heißt, gleichzeitig auch mit Mitteln aus Wien.

Mit "Sokrates", "Erasmus" und "Comenius" haben wir Stipendien, wir haben Hochschulpartnerschaften, wir haben einen Schüleraustausch und mit "Leonardo da Vinci" sogar einen Schüleraustausch auch innerhalb der Berufsschulen, damit sich die Schüler einmal im Ausland anschauen können, wie dort und da gearbeitet wird, und um berufliche Qualifikationen zu erwerben. Diese Reisen, dieser Austausch führt natürlich auch zu einer geistigen Offenheit, die gerade gegen Fremdenangst, gegen die engstirnige Mentalität, die von den F oft angesprochen wird, gerichtet ist. Das heißt, es ist einmal gut für die Selbstverwirklichung, es ist aber auch gut für die Wirtschaft, den Tourismus und auch gut für Wien, in dem Sinn, daß man auch die Mentalität in anderen Ländern kennenlernt.

Alles in allem kann man sagen, Wien hat sich in Europa gut behauptet. Die Chancen für eine zentrale Funktion in Mitteleuropa sind wahrgenommen worden. Wir haben eine gute Wirtschaftsleistung. Wir sind stolz auf diese Leistung. Aber nicht nur auf die Leistung als solche, sondern wir haben diese wirtschaftlichen Ressourcen ja dazu genutzt, um eben etwas für die Wienerinnen und Wiener zu machen, die Infrastruktur, die soziale Entwicklung in Wien weiterzubringen. Ich bin sicher, daß wir diesen Kurs gemeinsam mit den Wienerinnen und Wienern fortsetzen können und werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächste zum Wort gemeldet ist Frau Abg Seeliger. Ich erteile es ihr.

Abg Helga Seeliger (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Berichterstatter!

Ich beginne heute mit den Worten von StR Edlinger, der berichtet hat, die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik hat diese Stadt wohlhabend und reich gemacht. Ich glaube - leider ist Herr StR Edlinger jetzt nicht mehr da -, daß er sich sehr weit von der sogenannten Basis

entfernt hat. Ich weiß nicht, vielleicht lebt er auf einem anderen Planeten, sonst wüßte er, wieviel Armut es in dieser Stadt gibt, wieviele Menschen ihre Mieten nicht mehr zahlen können und wieviele Alleinerhalter nur unter größten Anstrengungen, die unbedingt erforderlichen Grundbedürfnisse gerade noch befriedigen können.

Oder wenn Herr Abg Vettermann sagt, die Slums in Wien sind nicht so arg: Das Bettgehortum - (*Abg Ilse Forster: Bettgehortum?*) kommt in den Massenquartieren schön langsam wieder. (*Abg Ilse Forster: Sie wissen aber nicht, was Bettgehortum ist?*) Ich weiß es sehr wohl. Wo man ein Bett tauscht untertags und in der Nacht, das weiß ich sehr wohl. (*Abg Ilse Forster: Dann sagen Sie uns, wo das ist! Das muß angezeigt werden! Das gibt es nicht!*) In diesen Massenquartieren nimmt es schon überhand, aber scheinbar ist das noch zu wenig.

Die Sozialdemokraten wollen ein Mehr in Zeiten wie diesen, ein Mehr an Plakaten, ein Mehr an Schulden. Der Schuldenstand im Jahr 1995 hat sich allein um 11 Milliarden S erhöht. Ein Mehr an Abhängigkeit und Bevormundung der Bürger, Mehr an Demokratie und sogenannten Überregelungen, Mehr an Pleiten, siehe "Konsum". (*Abg Josefa Tomsik: Hofman & Maculan dürfen Sie nicht vergessen!*) Mehr an Abwanderung der Produktionsbetriebe, jeder 12. Betrieb will Wien verlassen, ein Mehr an Zwangsbeglückung.

Aber ob eine Stadt genug Arbeit anbieten kann, danach bestimmt sich die Lebensqualität ihrer Bürger. Ihre satte Zufriedenheit und die Lobeshymne auf die Arbeitsmarktpolitik dieser Stadt zeigt ganz deutlich, wie sehr Sie sich von den Arbeitnehmern schon abgehoben haben und schon in anderen Sphären leben. Wenn man wie ich aktiv im Betrieb steht und das tägliche Gespräch mit den Arbeitnehmern sucht, dann weiß man, daß die Bürger dieser Stadt Angst um ihre Arbeitsplätze haben. Das bewegt sie. Die statistischen Vergleiche, daß andere europäische Städte noch schlechter liegen als wir, können wohl für die Bürger dieser Stadt kein Trost sein.

Ich möchte Ihnen anhand einiger Beispiele aus der Praxis daher die Realität vor Augen führen. Ich beginne mit dem Arbeitsmarktservice. Ich glaube, wir dürfen Arbeitslose nicht verwalten, wir müssen sie motivieren, aufbauen und vermitteln. Ich denke da an die Worte eines Beraters vom Arbeitsmarktservice, der zu einem 49jährigen Arbeitslosen gesagt hat: "Was wollen Sie überhaupt in Ihrem Alter, lesen Sie keine Zeitung." Danach ging er wieder für ein Monat nach Hause. Dieser 49jährige Arbeitslose war kaufmännischer Angestellter. Er wurde umgeschult auf Buchhalter und Lohnverrechner. Seit 1993 ist er arbeitslos bis 1996, in dieser Zeit bekam er insgesamt sechs Stellen zugewiesen und wo er hinkam, waren 30 bis 40 Bewerber und jeder sagte zu ihm: "Was wollen Sie, Sie sind zu alt. Und noch dazu haben Sie keine Praxis."

Was wir bei Umschulungsmaßnahmen brauchen, ist die Möglichkeit der Förderung einer Praxis, und

zwar in einem Betrieb. Nicht so eine Alibi-praxis für einige Wochen, eine Schnupperpraxis, sondern wirklich daß der Betrieb gefördert wird, daß sich jeder nach der Umschulung auch eine Praxis aneignen kann.

Es gibt jetzt eine Jobbörse in der Währinger Straße, wo die Leute zwar sehr freundlich, sehr nett, sehr zuvorkommend sind, sich aber in den Grundzügen bereits mit der Langzeitarbeitslosigkeit ihrer Klienten abgefunden haben. Ein Fall aus der Praxis, wie das Arbeitsmarktservice funktioniert: Meine Friseurin sagte mir vorgestern, sie suchte eine Friseurin. Sie hat beim Arbeitsmarktservice angerufen und gesagt, sie sollen ihr welche schicken. Wochenlang hat sie gewartet. Es kam niemand. Dann rief vom Arbeitsmarktservice eine Dame an und fragte: "Hat sich Ihr Fall schon erledigt?" Darauf sagte sie: "Wieso?" Da sagte die Beamtin: "Ich habe ihnen doch 17 Friseurinnen zugewiesen." Sagt sie: "Zu mir ist keine gekommen."

Ich frage mich, kommt da das Arbeitsmarktservice nicht drauf, daß diese 17 Arbeitslosen gar nicht hingegangen sind? Normal braucht man einen Stempel, um wieder weiterbeziehen zu können. Aber wie das funktioniert, daß 17 Arbeitslose zugewiesen werden und keiner dort war? Ich frage Sie, ist das die Arbeitsmarktvermittlung der Zukunft?

Oder das Lehrlingsproblem an einem Beispiel: Dieser Friseur sucht einen Lehrling. Ursprünglich hatte er immer 10 Lehrlinge - 30 Bedienstete, 10 Lehrlinge. Heuer ist das erste Jahr, in dem er keinen Lehrling nimmt. Warum nimmt er keinen Lehrling? Weil er keinen österreichischen Lehrling bekommt. Er bekommt keinen österreichischen Staatsbürger, der bei ihm die Lehre machen will. Jetzt frage ich Sie, wo sind die 6 000, die eine Lehrstelle suchen? Ich weiß es nicht.

Das Arbeitsmarktservice hat sich zwar jetzt entschlossen, ab 1. Juli eine neue Lehrlingsförderung in die Wege zu leiten, es werden jetzt die Lehrbetriebe mit 4 000 S monatlich gefördert, wenn man in Lehrwerkstätten ist, bis 6 000 S, und wenn Erwachsene eine Lehre absolvieren, wird der Betrieb mit 10 000 S gefördert. Aber wie selbst das Arbeitsmarktservice feststellt, hat diese Förderung, die man jetzt für Lehrlinge eingerichtet hat, die seit dem Vorjahr keinen Platz bekommen haben und wo der Betrieb 2 500 S monatlich bekommen hätte, auch nicht entsprechend gegriffen. Es zeigt sich also, daß man mit Zuschüssen allein keine Probleme lösen kann.

Wir brauchen eine Neuorientierung unserer Stadtpolitik. Wir können keine Verzögerung der Auszahlung von Wohnbauförderungsmitteln brauchen, die durch Schaffung von Bauträgerwettbewerben hinausgezögert wird. Hier wurden die Finanzprobleme dieser Stadt am Bausektor abgeladen. Man produzierte bewußt Arbeitslosigkeit und zögerte den Bau hinaus, indem man ein halbes Jahr einen Bauträgerwettbewerb ausgeschrieben hat, ehe man überhaupt bauen und alles in die Hand nehmen konnte.

Wir brauchen die Schaffung eines sogenannten zweiten Arbeitsmarktes, der gesellschaftlich nützliche

Arbeit fördert. Es sind die Rahmenbedingungen zu schaffen für zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten im Sozial- und im Pflegebereich. In der Umwelt gäbe es große Aufgaben, und am Bildungssektor wäre sehr viel zu tun. Doch Bildung - wie bereits unser StR Görg sagte - scheint ja im Zukunftskonzept der Sozialdemokraten gar nicht auf, wie wir heute feststellen mußten.

Ich denke da bei der gesellschaftlich wichtigen Arbeit an einen Zeichenwettbewerb, der in einer Schule im 16. Bezirk durchgeführt wurde. Ein Kind wünschte sich dort, daß es am Spielplatz an Ausländer kein Geld zahlen müsse, um auch als Österreicherin an ein Spielgerät zu kommen. Eine traurige Situation. Hier hätten wir genug gesellschaftspolitisch wichtige Arbeit in Parks zum Wohle unserer Kinder oder in Aktivitäten und Projekten für Akademiker, besonders für Jungakademiker.

Es war immer so, daß die Jungakademiker, besonders Juristen, in den öffentlichen Dienst gegangen sind. Der öffentliche Dienst hat zugemacht, er baut Arbeitsplätze ab, die Jungakademiker wissen nicht mehr wohin. Vielleicht könnte man in der Übergangszeit Sprachstudien finanzieren, statt mit Arbeitslosengeld zu fördern. Auch brauchen wir zur Förderung eines österreichbewußten Konsumverhaltens mehr Öffentlichkeitsarbeit, auch in Wien für unsere Wiener Bürger, damit nur mehr Produkte gekauft werden, die in Österreich erzeugt wurden.

Ich denke da an den geplanten Boykott der Arbeiterkammer Niederösterreichs bezüglich des Reifenkaufs. Ich glaube, solche Maßnahmen würden uns nützen, auch Arbeitsplätze zu erhalten, ebenso die Förderung einer Praxis nach einer Umschulung, aber in einem aufrechten Dienstverhältnis. Wenn jemand einen älteren Dienstnehmer anstellt, der keine Praxis hat, sollte er für die ersten Monate Förderungen bekommen, damit er die Möglichkeit hat, sich eine Praxis zu erwerben. Aber keine Schnupperpraxis, wo man eine Woche in einen Betrieb geht, das ist sicherlich zu wenig.

Und die älteren Arbeitnehmer? Für uns als ÖVP ist Arbeitslosigkeit nicht nur ein finanzielles Problem, es ist vielmehr ein psychisches Problem. Aber nicht nur für den Arbeitslosen selbst, sondern auch für die ganze Familie, für die Kinder in der Schule, die nach dem Beruf ihres Vaters gefragt werden. Es tritt dann meist Resignation ein, denn das Arbeitsmarktservice findet sich mit Langzeitarbeitslosen bereits ab und fragt sie: "Was wollen Sie denn?". Für uns als österreichische Volkspartei steht immer der Mensch und nicht nur das Problem im Mittelpunkt unseres Denkens.

Wir als ÖVP können uns daher mit Langzeitarbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer nicht abfinden. Wir müssen diese Menschen ganz einfach wieder in die Arbeitswelt integrieren, und wir als ÖVP haben geeignete Vorschläge. *(Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)* Zum Beispiel ... *(Abg Ilse Forster: Das Geld wegnehmen oder wie? - Abg Johannes Prochaska: Auszahlung für Arbeitsunwillige ist das andere Extrem! Wo sind die 17*

Friseurinnen hingegangen? - Abg Ilse Forster: Bei der Pressekonferenz haben Sie eine Kürzung der Arbeitslosengefordert!) Ich kann das ganz genau erklären, wie ich es gesagt habe. Es wurde anders interpretiert. Der einzige "Kurier" hat es so gebracht, wie ich es jetzt gesagt habe. Ich habe gesagt, wenn jemand drei zumutbare Stellen zugewiesen und diese nicht angenommen werden und er drei Monate arbeitslos ist, dann wird man sich Gedanken machen müssen, welche Maßnahmen man ergreift. *(Abg Andreas Honay: Das gibt es doch alles längst! Sie sind ahnungslos! - Abg Johannes Prochaska: Die gibt es nur am Papier! Diese Beschwichtigungspolitik gibt es nur am Papier!)* Es wird nicht durchgeführt. *(Abg Johannes Prochaska: Sie brauchen keinen Stempel zum Arbeitsamt zu bringen! Sie sind ein Phantast! Das fördert die Arbeitslosigkeit, indem man solche Leute unterstützt! - Abg Dr Günther Marek: Das können Sie nur in Ottakring erzählen, daß es solche Fälle nicht gibt!)*

Das ist ja das Problem bei der Arbeitslosigkeit. Man meldet sich arbeitslos und das Arbeitsmarktservice sagt: "Kommen Sie in einem Monat wieder, Sie werden schwer vermittelbar sein in Ihrem Alter." Und da geht es an, weil man mit jedem Tag Arbeitslosigkeit weniger leicht in einem Betrieb einsteigen kann. Denn den Unternehmer schaue ich mir an, wenn er sieht, daß der Bewerber schon ein Jahr arbeitslos ist, daß er ihn mit offenen Armen aufnimmt. Aber wir fangen ja erst nach Monaten an, aktiv zu werden, Schulungen anzubieten, statt vom ersten Tag an. *(Abg Andreas Honay: Lesen Sie einmal den Bericht des AMS, dann reden wir weiter! - Abg Johannes Prochaska: Alles getürkt!)*

Wir haben schon lange die "Aktion 50 Plus" vorgeschlagen. Wenn jemand zusätzlich ältere Arbeitnehmer einstellt, daß man 25 Prozent Lohnsubvention auf vier Jahre gibt, wenn aber in diesem Zeitraum gekündigt wird, muß er die halbe Förderung zurückzahlen. Wir als ÖVP zahlen lieber eine Lohnsubvention als Arbeitslosengeld und geben den Menschen wieder das Gefühl, von der Gesellschaft gebraucht zu werden. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg Dr Günther Marek: Das ist Sozialpolitik!)*

Und wenn Herr StR Dr Swoboda heute erklärt hat, daß auch er die Eigeninitiative schätzt und fördert, dann sollte es auch diesbezügliche Initiativen für Unternehmensgründungen geben. Bisher gibt es nur eine Beratung im Rahmen des WAFF. Die Aktivitäten des WAFF müßten bereits am ersten Tag der Arbeitslosigkeit einsetzen und nicht irgendwann. Die Koordination von Arbeitsmarktprojekten und -initiativen und auch die Subventionen dieser Stadt müßten endlich im WAFF koordiniert und abgestimmt werden. Es kann nicht jeder Einzelverein gefördert werden und dann machen wir wieder große Projekte im WAFF. Das ist ja ein und dasselbe. *(Abg Andreas Honay: Das ist ein Unsinn, was Sie sagen! Es ist schon viel gemacht worden!)* Das ist es aber. *(Abg Johannes Prochaska: Es wird Zeit! Bis jetzt ist noch nichts gemacht worden!)*

Ein zu großes Haus wurde angemietet!) Sie sehen doch die Subventionen. Ich habe mir schon genug in den vier Stockwerken des WAFF angeschaut und gesehen. Ich kann Ihnen einige Sachen aus diesen vier Stockwerken erzählen. *(Abg Andreas Honay: Sie waren am falschen Örtchen!)* Ich weiß wohl, wo ich war, aber Sie decken das alles zu. *(Abg Dr Günther Marek: Das ist nur das schlechte Gewissen!)* Ich könnte Ihnen da einige Dinge erzählen. Wir als ÖVP haben den glücklichen Menschen zum Ziel, und Glück, ohne gebraucht zu werden, gibt es nicht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsidentin Erika Stübenvoll: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Ing Westenthaler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Ing Peter Westenthaler *(FPÖ)*: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich werde mich in dieses präkoalitionäre Techtelmechtel nicht einmischen, aber Sie werden irgendwie zusammenfinden müssen, sonst wird uns ja diese schon längst ausgemachte Koalition in Wien in dieser Art und Weise einen Vorgeschmack geben, wie es auf Bundesebene auch ist, Herr Klubobmann Prochaska. *(Abg Dr Günther Marek: Weißt Du überhaupt was ein Techtelmechtel ist?)* Das funktioniert so nicht und deshalb sollte man - glaube ich - auch in der präkoalitionären Phase mit dem Machthaber SPÖ ein bißchen aufpassen. *(Abg Georg Fuchs: Sie sind ein Träumer!)* Aber es ist ja nicht meine Aufgabe, hier Ihre Argumente vorwegzunehmen.

Was bisher in dieser Diskussion den ganzen Tag über zu erkennen war, ist doch, daß ein wenig Hauch von Abschied hier hängt. Es gab einige Abschiedsreden, ich habe gezählt, inklusive jener von Dr Görg, waren es vier Abschiedsreden. Es gab einige Abschiedsreden und es hängt ein bißchen der Hauch von Abschied hier. Wahrscheinlich auch der Hauch des Abschieds von der absoluten Mehrheit, der absoluten Machthaberei in diesem Land.

Herr Bürgermeister Häupl ist sich überhaupt schon so sicher, daß er wieder Bürgermeister wird - was er ja mit Hilfe der ÖVP auch sicher werden wird, da braucht er keine Angst zu haben *(Abg Dr Günther Marek: Wo gehst Du hin? Gehst Du auch nach Harvard?)* -, daß er uns immer nur sporadisch so ein paar Minuten begrüßt und hier in dieser Sitzung besucht und sich eigentlich nicht sehr interessiert für dieses doch sehr mächtige Thema, die Zukunft Wiens. Das interessiert ihn nicht sehr, da kommt er ab und zu vorbei. *(Abg Volkmar Harwanegg: Das sagen gerade Sie? Das darf nicht wahr sein!)*

Wahrscheinlich hat er im Moment mehr Termine bei seinem Medientrainer und Mediennachhilfelehrer, den er sich ja jetzt aus dem Ausland einfliegen ließ, wie man den Medien entnehmen kann, und nimmt dort schon jetzt Nachhilfe für seine Fernsehauftritte - sei ihm gegönnt, soll er machen. Ich habe gelesen, in der Zeitschrift TV-Media haben sie das einen TV-Kosmetiker genannt. Ich bin schon wirklich gespannt, was der alles aus dem Bürgermeister dieses schönen

Landes und dieser Stadt machen wird. Welche Maske er ihm aufsetzen wird und wie und ob wir ihn überhaupt im Fernsehen wiedererkennen nach diesen Bearbeitungen von TV-Kosmetikern. Aber das braucht viel Zeit und da kann man sich nicht um diese Probleme kümmern, die es jetzt in Wien gibt, da kann man nicht der Sitzung beiwohnen.

Ich möchte noch eines herausarbeiten auch von den vorangegangenen Beiträgen. Es war doch sehr interessant für mich, nämlich jener - und das ist doch überraschend - des grünen Klubobmannes Pilz, der uns eigentlich ein sehr, sehr großes Kompliment gemacht hat. Jetzt kann man sagen, es ist schlecht oder gut, wenn man vom grünen Klubobmann ein Kompliment bekommt. *(StR Mag Hilmar Kabas: Das ist schlecht!)* Ich sage einmal, er hat es vielleicht ehrlich gemeint und deshalb ist es wirklich ein großes Kompliment und auch inhaltlich richtig, wenn er feststellt, daß wir Freiheitlichen, etwa in der Ausländerfrage, die Themen vorgeben, die die Sozialisten nachmachen. Das ist doch schon ein schöner Erfolg für die Freiheitlichen in Wien. *(Beifall von der FPÖ.)*

Gerade in der Ausländerpolitik, über die heute auch schon viel diskutiert worden ist, stimmt es wirklich und Pilz hat wirklich recht. Ich kann sagen, auch jetzt wieder, wenn man das Interview von Einem gelesen hat, der da den Arbeitsmarkt komplett öffnen will, und einen Tag später die Meldung von Bürgermeister Häupl, kann man sagen und wirklich mit Sicherheit ausdrücken, Häupl ist wirklich unser Wahlkämpfer, Häupl funktioniert. Der blaue Trommler mit den roten Socken hat wieder einmal unsere Argumente übernommen, ist damit in die Zeitungen gegangen. Bravo, weiter so! Ich glaube, auch das ehrt uns, und es ist doch ein schöner Erfolg, den wir hier zu verbuchen haben.

Etwas anderes noch zur Frau Kollegin Jerusalem. Auch hier haben wir nicht so oft übereinstimmende Meinungen. Aber in dem Fall hat sie wirklich recht, nämlich in bezug auf die Privilegiendebatte, die wir führen, die wir weiterführen werden, auch anlässlich dieser skandalösen Aussage, die heute der ÖGB-Vizepräsident Neugebauer gemacht hat, wo man wirklich fragen muß, vielleicht hat er noch geschlafen, weil es so zeitig in der Früh beim Morgenjournal war. Diese Aussagen sind einfach nicht zu akzeptieren, daß er sich groß hinstellt und sagt, er verzichtet nicht, er kassiert weiter und er sieht überhaupt keinen Grund, daß er auf irgend etwas verzichtet. Er wird weiterhin jene zigtausend Schilling einstecken, die er aus seinen Multifunktionen bekommt, und das wird es nicht spielen.

Ich bin nur froh, daß wir ja schon diese Diskussion geführt haben. Wir haben auch das Who's who der Privilegienritter bereits formuliert, die größten Abkassierer von Vranitzky abwärts. Es geht bis tief hinein in die SPÖ in Wien. Es sind auch ÖVP-Mandatäre darunter. Es kann auch jeder - ich kann Ihnen die Adresse geben - über Internet abrufen und nachschauen, wie

das so ist, was die Privilegienritter hier so alles kassieren. Da haben wir auch einen prominenten Wiener Abgeordneten, Herrn Abg Driemer, dabei, der ja auch schon sehr prominent in den Medien vorgekommen ist. Ich erspare mir daher die Wiederholung. Aber Sie werden auch irgendwann einmal überlegen müssen, ob es wirklich gut ist, wenn man so viele Funktionen - fünf sind es bei Ihnen, glaube ich, an der Zahl - ausübt und noch dazu dafür überall fest kassiert und das in Zeiten des Sparpaketts. Das sollte, glaube ich, nicht der Fall sein. *(Abg Ing Karl Svoboda: Tatsächliche Berichtigung!)*

Zum Thema selbst. Bei den Debattenbeiträgen hat man gemerkt - und das hat mich ein bisschen enttäuscht -, vor allem auch bei den Stellungnahmen der Stadträte, daß die Jugend eigentlich wieder einmal kaum oder gar nicht erwähnt worden ist und daß es hier wenig, sehr wenig um Zukunftsvisionen für diese Stadt gegangen ist. Aber es ist eben schwer mit der SPÖ über die Zukunft und über Visionen zu diskutieren. Mit dieser Partei, deren Obmann ganz offen sagt, wer Visionen hat, braucht einen Arzt und daher soll er sich da nicht sehr viele Gedanken machen. Ich sehe das ein bisschen anders. Ich glaube, es ist wichtig, sich Visionen und Gedanken zu machen, vor allem im Hinblick auf die Jugend in der Stadt Wien.

Aber es ist natürlich auch schwierig für die SPÖ, die als einzige Domäne sich vorgenommen hat in diesen letzten fünf Jahren und jetzt wahrscheinlich immer, den permanenten Abwehrkampf gegen diese Kraft des Bösen, gegen diese fürchterlichen Freiheitlichen zu führen. Sie befindet sich in einem permanenten Abwehrkampf und vergißt dabei immer wieder, auch Politik für die Menschen zu machen. Sie ist schließlich auch eine Partei, die sich vor Entscheidungen drückt und eigentlich die Zukunft, auch die nahe Zukunft, sehr fürchtet, weil ihr ein Stückchen Macht abhanden kommt, schließlich, glaube ich, eine Partei, die überhaupt in diesen letzten fünf Jahren und wahrscheinlich auch davor, aber in diesen letzten fünf Jahren besonders, eigentlich den schwersten Fehler gemacht hat, den man in Blickrichtung Zukunft für die Menschen in dieser Stadt machen kann, nämlich total auf die Jugend zu vergessen, auf die Jugend in jeder Beziehung zu vergessen. Sie haben es nicht nur nicht geschafft, den jungen Menschen in Wien Sicherheit und Geborgenheit zu geben. Sie haben es auch nicht geschafft, den jungen Menschen neue Motivationen, neue Visionen zu geben, die eigentlich auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Stadt Wien, in Österreich, in Europa und weltweit in der globalen Wirtschaftsentwicklung notwendig wären. Die Jugend braucht hier Unterstützung, braucht hier den Halt der Politik, und da ist an sich überhaupt nichts gekommen. Wir stehen heute - auch das ist schon gesagt worden - am Ende des sozialistischen Jahrhunderts.

Und kurz nur die Bilanz - Sie hören es nicht gern, wenn man Ihnen Zahlen nennt, aber ich glaube es ist

wichtig und es sind unwiderlegbare Zahlen, weil sie von der Arbeiterkammer und ihren Statistiken stammen. Sie wollen auch immer gerne oder bis jetzt haben Sie eigentlich den Anspruch erhoben, vor allem auch den Arbeitnehmer, die Arbeiter in Wien zu vertreten. Daß das nicht mehr funktioniert, zeigen die letzten Wahlgänge oder zeigen auch die Umfragen.

Es ist eben Tatsache, daß etwa die Zahl der Arbeiter von 1992 bis 1995 um 16 000 gesunken ist. Daß die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter um 9 000 gesunken ist. Oder wenn man in den Lehrlingsbereich hineingeht, daß seit 1979 der Lehrlingsstand um 50 Prozent gesunken ist. Daß sich die Zahl der Lehranfänger seit 1979 auf nur noch 5 000 halbiert hat. Daß die Zahl der offenen Stellen allein im Zeitraum 1990 bis 1995 um 90 Prozent gesunken ist. Es gab 1995 im Jahresschnitt nur noch 113 offene Lehrstellen, und das ist doch eine traurige Bilanz, gesunken, gesunken, halbiert, das sind erschreckende Zahlen.

Auf der anderen Seite ist natürlich auch etwas gestiegen, wie das in einer Bilanz so ist. Gestiegen ist etwa die Zahl der arbeitslosen Arbeiter von 1992 bis 1995 um 5 000. Die Arbeitslosenquote in Wien ist von 1992 auf 1995 von 6,4 auf 7,3 gestiegen, weit über den Österreichschnitt. Wir haben - und das ist das Sensationelle - die dramatischste und erschreckendste Zahl in Wien: mittlerweile 24,6 Prozent der 19- bis 29jährigen Jugendlichen, die arbeitslos sind. Das ist doch eine sehr, sehr bedenkliche Zahl. Auf der anderen Seite - und das ist auch heute schon herausgekommen - steigt natürlich auch die Zahl der Ausländer am Arbeitsmarkt. Sie ist gestiegen, ebenfalls um 5 000 in den Jahren 1992 bis 1995 bei den unselbständig Erwerbstätigen und sie steigt natürlich auch immer stärker und stärker im Lehrlingsbereich.

Weil diese Zahlen doch so wichtig sind, die aktuellsten vom Juli 1996, die mir auch von der Arbeiterkammer Wien zur Verfügung gestellt wurden - das ist wirklich die Bankrotterklärung der Lehrlingspolitik, die hier gemacht wird -: Im letzten Monat standen 476 Lehrstellensuchenden nur noch 143 Ausbildungsplätze gegenüber, Differenz 333.

Und jetzt ein paar Sparten: Lehrberuf Maurer: Lehrstellensuchende 58 in Wien, Ausbildungsplätze nur noch 10. Maler: 93 Lehrstellensuchende, Ausbildungsplätze nur mehr ganze 6. Gas- und Wasserleitungsinstallateure: Lehrstellensuchende 136, Ausbildungsplätze ganze 2, in Worten: zwei Ausbildungsplätze! Und das geht so dahin durch die Sparten. Das ist wirklich die Bankrotterklärung Ihrer Jugend- und Lehrlingspolitik in dieser Stadt Wien. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Diese dramatische Entwicklung setzt sich dann natürlich logischerweise im Jugendarbeitslosigkeitsbereich fort. Wir haben mittlerweile 50 000 Jugendliche in ganz Österreich, die arbeitslos sind, davon die Hälfte in Wien, meine Damen und Herren. Die Hälfte aller jugendlichen Arbeitslosen ist in Wien zu verzeichnen.

Das ist wirklich eine Zahl, wo eigentlich jedem von uns der Schrecken in die Glieder fahren sollte. Nein, es wird nichts gemacht, es ist überhaupt keine Maßnahme gesetzt worden.

Das geht weiter, daß uns im letzten Ministerrat der Herr Sozialminister Hums einfach sagt, bei den 15- bis 19jährigen ist die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum letzten Jahr überhaupt um 14 Prozent gestiegen. Das ist wirklich etwas stark. Da läuten die Alarmglocken ganz, ganz schrill und unüberhörbar, und da frage ich Sie dann schon, wo sind die Visionen, die Ideen, die Maßnahmen in diesen letzten fünf Jahren geblieben und wo sind sie heute in den Stellungnahmen der beiden Stadträte geblieben?

Es nützt nichts, wenn Herr Minister Hums dann im Ministerrat sagt, das ist seine Hauptsorge und das ist alles so schrecklich, und heute haben es ein paar Redner auch schon gesagt. Auch von der ÖVP kommen da immer wirkliche Worte des Bedauerns, es ist dramatisch, alles schrecklich - nur, getan wird nichts.

Ich sage Ihnen, ich warne Sie aus vollstem Herzen, im Herbst wird diese Situation garantiert noch schlimmer. Wir werden im Herbst allein in Wien wieder tausend neue junge Menschen haben, die auf diesen Lehrstellenmarkt drängen. Das wird auf uns zukommen und das wird nicht nur im Lehrlingsbereich auf uns zukommen.

Sehen wir uns die Zahlen in Wien auch in anderen Bereichen an. 63 Prozent aller 10jährigen Wiener sind AHS-Schüler. Das liegt überhaupt nicht im internationalen Trend, wenn wir heute schon auch über Europa und über internationale Trends sprechen.

Oder wenn wir das Problem des Studenten- und Akademikerbereichs hernehmen. Da gibt es auch eine interessante Analyse, nämlich daß im langjährigen Schnitt 50 Prozent aller Akademiker bisher eine Anstellung im öffentlichen Dienst gefunden haben. Man stelle sich vor, was da alles auf uns zukommt. Wir haben ein Belastungs- und Sparpaket, wo natürlich gezwungenermaßen im öffentlichen Dienst Aufnahmestopps verhängt werden, und diese Posten sind dann nicht mehr da, auch für die Akademiker, auch für die Studenten - 50 Prozent. Ich glaube, daß sollte uns auch zu denken geben, wenn wir Visionen entwickeln. Da würde ich Sie ein bißchen ersuchen, hier wirklich Visionen, Ideen zu entwickeln und nicht schnell vor der Wahl - wie es doch jetzt passiert - dort ein Festerl, dort einen Umtrunk und dort eine Veranstaltung zu organisieren. Das interessiert die jungen Leute, natürlich interessiert sie das, aber nur am Rande. Am meisten interessiert sie doch ihre Arbeitsplatzsituation.

Daher, glaube ich, nützt Ihnen das überhaupt nichts, wenn Sie den Studenten jetzt noch schnell ein Wahlzuckerl hinüberschieben, was die Freifahrt betrifft. Das ist zwar kurzfristig okay, aber Sie haben es in den letzten Jahren nicht zustande gebracht hier Lösungen auf den Tisch zu legen für die Lehrlinge, für die Akademiker, aber auch insgesamt für die Jugend in Wien. Das bekritteln wir, das geht uns ab.

In diesem Zusammenhang möchte ich nur noch zwei Punkte zur Wortmeldung des Kollegen Präsident Nettig sagen, der hier auch immer wieder sehr schöne und durchaus begrüßenswerte und unterstützenswerte Formulierungen für die Lehrlinge trifft. Aber es ist immer wieder das gleiche, da ist Bürgermeister Häupl ein wirklicher Weltmeister darin - er kann es aber auch ganz gut -, anders zu reden, als dann gehandelt wird und andere Worte zu finden, als man wirklich durchsetzen kann. Denn wenn er hier davon spricht, daß man die Attraktivität des Lehrlingsstandes verbessern soll, dann ist mir zum Beispiel völlig schleierhaft, warum die Wirtschaftskammer noch vor dem Sommer schnell einen Brief ausgesandt hat, daß die Lehrlingsentschädigung in Zukunft eigentlich einzufrieren sei. Das ist keine richtige Maßnahme, das lehnen wir ab. Die Lehrlingslöhne, die Lehrlingsentschädigungen, die ohnehin auf diesem niedrigen Niveau sind, will die VP-Wirtschaftskammer noch einfrieren, da werden Sie unseren erbittertsten Widerstand finden, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP.

Auf der anderen Seite spricht er davon, daß Jungunternehmen gefördert, unterstützt werden sollen, auch das ist richtig. Aber wieder ist das Handeln ein anderes. Seine Partei ist in Koalition mit der SPÖ, beschließt eine Körperschaftssteuer, die gerade Jungunternehmer massiv trifft, beschließt etwa auch das Einfrieren der Verlustabschreibungsmöglichkeiten. Davon sind gerade neue, im ersten Jahr tätige Unternehmer, die zwangsmäßig oft einmal Verluste schreiben, betroffen.

Auf der anderen Seite - vielleicht kann man es dem Präsidenten Nettig ausrichten - gibt es dann natürlich auch noch seine Kammer, die da schön dahinter ist. Ich darf Sie nur daran erinnern, vielleicht hat Ihnen das der Ex-Intendant und jetzige Kandidat - im 14. Bezirk, glaube ich - auch ausgerichtet, daß er mit Dr Haider an einer Podiumsdiskussion in der WU teilgenommen hat, wo zwei junge Menschen aufgestanden sind und gesagt haben, wir würden ohnehin gerne und wir haben ein Unternehmen gegründet, der erste, der bei uns war, war die Kammer mit einer Einverleibungsgebühr von 6 000 S. Die waren die ersten die angeklopft haben, die waren da und haben sofort 6 000 S Zwangsmitgliedschaft et cetera und Einverleibungsgebühr verlangt. Herr Präsident Nettig, wenn Sie es ernst meinen, daß Sie Jungunternehmer fördern wollen, dann lassen Sie die Finger von ihnen, schaffen Sie diese komische Einverleibungsgebühr ab und dann können wir uns finden. Aber nicht hier schöne Worte finden und in Wirklichkeit nichts umsetzen.

Wenn wir zu den Forderungen gehen, die auch wir immer wieder gebracht haben, etwa im Lehrlingsbereich, auch Präsident Nettig hat sie eingemahnt, Klubobmann Svoboda hat es auch heute durchklingen lassen, die Freiheitlichen hätten ja nichts zu bieten, hätten keine Forderungen. Naja, ich glaube, man sollte hier wirklich zuhören, und man sollte sich die Forderungen einmal anschauen, gerade im Lehrlingsbereich,

wo wir in den letzten fünf Jahren Anträge eingebracht und immer wieder Diskussionen gefordert haben, daß man sich das einmal anschauen und nicht nur aus Überheblichkeit, weil man herinnen eben allmächtig ist, vom Tisch schieben soll.

Da gibt es durchaus kurzfristige Möglichkeiten, um den Lehrlingsstand zu attraktivieren. Wie etwa durch die Gewährung von Leistungsstipendien oder den verstärkten Arbeitnehmerschutz auch bei Lehrlingen. Aber vor allem, glaube ich, ist eines wichtig, nämlich daß wir die Betriebe wieder dazu bringen, daß sie auch Lehrlinge aufnehmen. Da sage ich, es muß eine steuerliche Entlastung für die lehrlingsausbildenden Betriebe geben. Vielleicht so etwas ähnliches wie einen Lehrlingsfreibetrag, einen Ausbildungsfreibetrag, auf den man sich einigen soll, damit auch die Betriebe dementsprechend unterstützt werden.

Soweit ich informiert bin, macht das etwa die Steiermark. Das Land Steiermark hat aufgrund der prekären Lehrlingssituation nun beschlossen, jenen Betrieben die Lehrlinge ausbilden, pro Kopf und Jahr zwischen 30 000 und 50 000 Schilling zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, das wäre schon einmal ein Anfang. Das ist der richtige Weg, den man gehen soll. Man muß in steuerlichen Bereichen aber noch weiter gehen, man muß auch sagen, weg mit dieser Kommunalsteuer auf die Lehrlingsentschädigungen. Das ist nicht notwendig, das brauchen wir nicht, wenn die Lehrlingsentschädigungen ohnehin im Keller und eigentlich benachteiligt sind. Wir haben das öfter gefordert, auch in der Mitbestimmungsfrage, und es ist eigentlich nie eingetreten, und ich sage es noch einmal: In dieser Lehrlings- und Jugendpolitik haben Sie wirklich auf das allerschändlichste versagt.

Aber auch in der Sozialpolitik, wo wir ebenfalls diskutiert haben, führt uns der Weg eigentlich in keine besonders gute Zukunft. Was bisher war, haben wir ja auch gesehen. Man konnte in Wien Entsolidarisierungseffekte, auch soziale Kälte, registrieren. Jetzt sieht man das im Konnex mit einem großen gemeinsamen Europa. Da wird es schon funktionieren, da wird es schon gehen. Ich bin da eher skeptisch, wenn ich mir das anschau, wo uns der Weg da hinführt, wenn man auch weiß, daß laut einer alleraktuellsten Statistik in der EU mehr als 52 Millionen armutsgefährdete Menschen zu finden sind und eine zweistellige Arbeitslosenrate zu verzeichnen ist.

Das ist die EU-Sozialbilanz, und da genügt es eben jetzt nicht, wie Sie es hier so gerne machen - StR Edlinger macht es ebenso wie alle anderen -, zu sagen, na, schaut euch diese Zahlen in Europa an, die sind ja fürchterlich, uns geht es ohnehin so gut, bei uns ist es nicht so schlimm. Das ist falsch. Denn man soll sich nicht am Schlechteren messen, sondern versuchen, solche Tendenzen und Entwicklungen aufzuhalten, und nicht immer mit dem Finger auf schlechtere zeigen. Die Entwicklungen, die bei uns im Moment Platz greifen, sind schlimm genug und müssen endlich bekämpft werden, da sie sich möglicherweise im gemeinsamen

Europa noch multiplizieren und uns vor weitere Schwierigkeiten stellen werden.

Es gibt da etwa die zuständige Dame für die Armutsbekämpfung bei der EU-Kommission, es ist dies Frau Christina Louro, die uns erst vor kurzem in der Tageszeitung "Die Presse" ausrichten ließ, ich zitiere wörtlich: "Es fehlen im Moment die Ideen, um Armut und Arbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen. Es wurde uns unangenehm deutlich, daß sich die Sozialpolitik auf europäischer Ebene in einer Sackgasse befindet."

Das ist der Konnex zu Europa, das ist nicht sehr zukunftsreich, wenn man sich diese Zitate hier ansieht. Das ist auch eher für junge Menschen ein bißchen erschreckend, und ich glaube, hier gilt es national, auch in den Städten, in den Gemeinden, aber vor allem auch auf Landesebene Maßnahmen zu setzen und nicht schönzufärben. Das war heute eine einzige Schönfärberei, die uns vor allem Herr StR Edlinger ausrichten hat lassen. Das ist der falsche Weg.

Und dann plakatiert die Regierung auch noch, daß es jetzt die niedrigsten Inflationsraten gibt. Das erinnert mich ein bißchen an den seltsamen, aber eigentlich zu verurteilenden Zynismus des britischen Premierministers, der ausrichten hat lassen, auch das ist ein wörtliches Zitat: "Die Arbeitslosigkeit ist ein fairer Preis für eine niedere Inflationsrate." Und in diese Richtung geht es ein bißchen. Wir plakatieren, die Inflationsrate ist gesunken, aber dafür ist der Preis die Arbeitslosigkeit, da können wir eben nichts machen, das ist die Entwicklung. Von diesem Standpunkt, von diesem auch Laissez-faire-Gedanken muß man endlich einmal wegkommen, hin zu entsprechenden Maßnahmen, wie wir sie immer wieder auf dem Jugend- und Lehrlingssektor vorgeschlagen haben.

Ich glaube, daß das ganz wichtig ist und noch ein letztes Zitat auch hier aus der Tageszeitung "Die Presse", die sich dankbarerweise, muß man sagen, in den letzten Tagen und Wochen sehr ausführlich vor allem mit diesem Phänomen der Jugendarbeitslosigkeit beschäftigt hat. Es ist wichtig, daß dieses Thema auch immer wieder in die Öffentlichkeit gebracht, immer wieder darüber diskutiert wird, damit hier niemand aus der Verantwortung entlassen wird. Michael Chalupka schreibt in der "Presse" als Schluß dieses Artikels: "Erstaunlich das Verhalten der österreichischen Bundesregierung. Mit hängender Zunge hetzt man den Maastrichter Kriterien hinterher und riskiert dadurch den Import ganz anderer Krankheiten als den Rinderwahnsinn. Die Jugendarbeitslosigkeit etwa in Österreich. Kein Thema bisher. Doch bei uns haben die Sozialpartner die Lage noch fest im Griff, oder?" - Zitat Ende.

Ich glaube, daß die Sozialpartner diese Situation eigentlich schon lange nicht mehr im Griff haben und daher die Jugendarbeitslosigkeit auch immer wieder weiter steigt - auch trotz Ihrer Versuche, die Jugendlichen in dieser Stadt vielleicht mit billigen Wahlkampftricks, mit Subventionsgeschichten, die Sie in den laufenden fünf Jahren ja immer wieder beschlossen

haben, oder mit den ganzen Festeln bei der Stange zu halten. Das funktioniert offenbar nur mehr bei der eigenen Parteilugend, aber nicht wirklich bei den Jugendlichen in ganz Wien.

Wenn man etwa bedenkt, diese ganzen ominösen Veranstaltungen wie "Schnee im Sommer", die jetzt auf uns zukommen, interessant war ja, das soll man bitte auch nicht vergessen, diese Eislaufgeschichte auf dem Rathausplatz, die ja einige Millionen Schilling an Steuergeldern gekostet hat. Die SPÖ hat uns nachher in einem Anflug von Schnellrechnkünsten präsentiert, daß dort 120 000 Menschen zu Gast waren. Jetzt hat sich das Kontrollamt das angesehen und veröffentlicht, daß in Wirklichkeit nicht einmal ganz die Hälfte (*Abg Andreas Honay: Zahlendel - Abg Ilse Forster: Das ist wichtig!*), weniger als 60 000 Menschen - naja Zahlende, Nichtzahlende, das kommt dann dazu - dort waren. In Wirklichkeit war es so, ihr habt gesagt, 120 000 waren es, dabei waren es nicht einmal die Hälfte, nicht einmal 60 000, und das ist es, was ihr immer wieder macht. Ihr sagt den Menschen nicht die Wahrheit, und das kommt aber dann immer heraus.

Die Wahrheit kommt immer heraus, selbst in diesen kleinen Punkten. Wenn es um die Vergeudung von Steuergeldern geht, wird die Wahrheit nicht gesagt. Dann kommt immer - und ich habe das jetzt eigentlich bei jeder Rede drinnen gehabt - ein Beispiel, wo es einem die Haare aufstellt, was von Ihnen subventioniert wird. Da war letztens, wie sich jeder erinnern kann, diese Zeitung der AKS und jetzt kommt die nächste - Schweinerei - sage ich jetzt einmal -, die da passiert. In einem Wahlkampf noch dazu, wo gesagt wird, naja, wir schauen, daß der Wahlkampf halbwegs fair ist und daß da nichts passiert.

Jetzt kommen wir zum nächsten Subventionsfall, der an sich schon wieder ungeheuerlich ist, aber hier nicht verschwiegen werden soll. Da gibt es eine Ausstellung am Donaukanal, die sich "Agora" nennt. Das hat alles zu tun mit der Arena-Partei und den freundlichen Leuten, die da immer wieder Organisationen zusammenrotten und Veranstaltungen machen. Sie machen eine Ausstellung von mehr oder weniger guten Plakaten, die es da gibt und da kommen die Menschen halt dann zu uns und schicken uns Fotos dieser Veranstaltungen zu. Da steht etwa auf einem Plakat - man kann es schlecht lesen, ich kann es dann jedem geben - zu lesen: "No, Jörg Haider. Ist Jörg Haider der österreichische Karadzic?" Da geht man her und bezeichnet und setzt Jörg Haider gleich mit einem Kriegsverbrecher, meine Damen und Herren! Das wird dort gemacht!

Jetzt können Sie sagen, was geht uns das eigentlich alles an? Naja, ich sage es Ihnen, was Sie das angeht. Ich habe nämlich da auch das Programmheft zu dieser schönen Veranstaltung, und die Veranstalter haben uns die Freude gemacht und haben uns in diesem Heft auch eine Sponsorenliste abgedruckt. Ich lese ich Ihnen jetzt vor, wer da alles sponsert - es werden sich alle wiederfinden -: die Arbeiterkammer, Bun-

desministerium für Wissenschaft, Forschung und Verkehr, Donauinsselfest, Kulturamt der Stadt Wien, Vizebürgermeisterin Grete Laska, die Magistratsabteilungen 13, 31, 35, 42, 43, 48, 52, Österreichischer Gewerkschaftsbund, Österreichische Nationalbank, Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien, Bundesminister Dr Rudolf Scholten persönlich, dem ist es offenbar ein besonderes Anliegen, dann die gesamte SPÖ-Wien, StR Rudolf Edlinger, StR Fritz Svihalek, Wiener Integrationsfonds, Wiener Stadtwerke und so weiter und so fort.

Genieren Sie sich dafür, die Stadträte, die Frau Stadträtin, die da oben sind, alle Organisationen und Sie alle, die mit SPÖ-Wien da oben sind! Daß Sie einen österreichischen demokratischen Politiker als Kriegsverbrecher bezeichnen, ist eine Sauerei ihresgleichen, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir werden einen so schmutzigen Wahlkampf, den Sie hier bereits mit Ihren Organisationen vom Zaun brechen - ein bißchen versteckt zwar, nur sind die darin leider nicht so gescheit und veröffentlichen noch die Subventionslisten -, aufdecken. Wir werden sicher nicht auf diese Ebene hinuntersteigen, uns das aber sicher auch nicht gefallen lassen. Das kann ich Ihnen gleich sagen. Sondern wir werden hier natürlich die entsprechenden rechtlichen Schritte einleiten, weil wir uns das schlicht und einfach nicht gefallen lassen, was Sie hier mit Ihren Organisationen aufführen. Das geht ja so weiter, das hört ja nicht auf. Sie haben ja überall schon Ihre Fußtrups laufen, und wenn man zurückblättert - auch hier könnte man jetzt seitenweise zitieren -, wo Sie in Ihre Parteifreunderln überall die Subventionen hineinbuttern: Kinderfreunde, ASKÖ, WAT, Volkshilfe, Jugendkreis, BIKO, die ganzen Frauenvereine. Ich könnte das jetzt noch sehr lange ausführen. (*Abg Ilse Forster: Das ist gut! Das werden dann wir erklären!*) Wir werden das natürlich auch den Wienerinnen und Wienern erklären, wohin ihr Steuergeld fließt und was damit gemacht wird. Welche Ungeheuerlichkeiten die SPÖ in den letzten fünf Jahren hier vom Zaun gebrochen hat.

Das ist alles nicht so erbaulich, wenn man Jugendpolitik in der Stadt Wien machen sollte, die sich eigentlich an der Zukunft orientiert, wo neue Wege beschritten und neue Technologien in den Vordergrund gerückt werden sollen, wo schlicht und einfach die Zukunft der Wiener Jugend so frei wie möglich und so gut wie möglich gestaltet werden sollte.

Selbstverständlich auch bei der ganzen Zuwanderungspolitik, die ja heute schon ausführlich diskutiert wurde. Ich glaube, es ist ganz wichtig, daß wir hier auch immer wieder aufzeigen, mit welchem Chaos und mit welchen Schwierigkeiten die SPÖ auch innerhalb ihrer Partei kämpft, die Zerstrittenheit, die es da gibt. Auch das werden wir tun.

Ich möchte Ihnen zum Schluß noch etwas auf den Weg mitgeben, das Sie vielleicht auch schon in mehrfacher Ausfertigung kennen, das Sie vielleicht schon öfter in einer anderen Art, Weise und Form gelesen

haben. Aber weil es so schön ist und weil es gerade so bezeichnend ist, glaube ich, ist es gut, Sie mit diesem Brief auch ein bißchen in den Wahlkampf zu schicken, damit Sie wissen, was da los ist. Uns liegt nämlich da ein eingeschriebener Brief an die SPÖ vor, von einer 35jährigen Soziologin, die schon längere Zeit Mitglied in Ihrer Bewegung war. Dieser Brief an die SPÖ ist ganz aktuell, er ist datiert mit 26. Juli 1996 und betrifft eine Austrittserklärung. Da schreibt Sie: "Dem Schreiben lege ich 350 Schilling Bargeld, dies ist der Mitgliedsbeitrag vom 1. Jänner 96 bis 31. Juli 96, bei und erkläre meinen Austritt als Mitglied, da ich einer Partei die präpotent, undemokratisch und menschenverachtend regiert, nicht mehr angehören will. Wenn Verlogenheit, Machtgier und Profitsucht weiter anhalten, wird Österreich bald nur mehr dem Namen nach in dieser Form existieren. Überlegt Euch", sagt sie, ruft sie Ihnen noch zu, auf ihrem Weg, bevor sie die Tür zuknallt, "ob Ihr nicht alle für diese Entwicklung ein Stück Verantwortung tragt, weil Ihr verlernt habt, selbständig und eigenverantwortlich zu denken und zu handeln" - es tut schon weh, das glaube ich euch (*Abg Ilse Forster: Das tut überhaupt nicht weh, weil es nicht wahr ist!* - *Abg Rudolf Hundstorfer: Ich habe schon vor zwanzig Jahren Briefe von Freiheitlichen bekommen!*), aber ihr werdet den Brief sicherlich finden -, "sondern nur mehr einer Parteilinie folgt, die das Volk mit Lügen und Manipulation zum Stimmvieh degradiert. Freundschaft Genossen, es war einmal." Und so werden sich am 13. Oktober sehr sehr viele Ihrer Genossen von Ihnen verabschieden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Dr Erwin Hirnschall: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abg Ing Svoboda gemeldet. Ich erteile ihm das Wort und füge bei, daß die Redezeit fünf Minuten beträgt.

Abg Ing Karl Svoboda (*SPÖ*): Herr Präsident! Herr Berichterstatter! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Westenthaler hat gesprochen vom Nehmer Hans Driemer und hat eigentlich wider besseres Wissen - er weiß es nämlich, es ist auch durch die Medien gegangen, es war in einem Artikel des "Kurier" zitiert, daß der Kollege Driemer zweifelsohne nicht zu den Nehmern gehört und er hat in dem Zusammenhang gegenüber anderen von Sauerei gesprochen.

Ich würde dem Kollegen Westenthaler empfehlen, daß er sich in einen Spiegel schaut und hier sehr bewußt nicht mehr die Unwahrheit sagt, denn Herr Kollege Driemer hat 46 169,55 S an Nettobezügen, und ich darf darauf hinweisen, daß Herr Kollege Westenthaler 42 088,75 S als hier Abgeordneter bekommt. Ich spreche auch nicht von anderen Funktionen, und ich möchte ihm hier tatsächlich sagen, er hat hier bewußt die Unwahrheit gesagt, und ich erwarte, daß Herr Kollege Westenthaler hier und jetzt sofort klarstellt, daß er wider besseres Wissen diese Aussage gegenüber Hans Driemer getroffen hat. Sollte er das nicht tun, so ist er, genau wie ich schon immer gesagt

habe, ein Mensch, der nur auf gleichschalten geht, so à la Goebbels, nur seine Behauptungen sind richtig und was die anderen sagen, ist die Unwahrheit. Ich möchte das in aller Deutlichkeit gesagt haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr Erwin Hirnschall: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg Kubik. Ich erteile es ihm.

Abg Gerhard Kubik (*SPÖ*): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen!

An sich habe ich mir vorgenommen, als erstes ein bißchen auf die Mitteilung des Stadtrates einzugehen. Es ist aber, glaube ich, notwendig, aufgrund der letzten Wortmeldung aus der FPÖ, daß man doch einige Dinge klarstellt, neben dem, was mein Kollege Karl Svoboda jetzt bezüglich Einkommen getan hat.

Es gibt da in unserem Hause auch den Abgeordneten Westenthaler, der bei jeder Gelegenheit darauf Wert legt zu sagen, wer aller nicht da ist. Wenn er spricht, ist gerade der nicht da und der nicht da. Meines Wissens, und ich war zwar nicht während der ganzen Periode, aber doch einen Großteil dieser Zeit hier im Haus, hat es sehr viele Sitzungen gegeben, wo er überhaupt nicht anwesend war.

Es hat sehr viele Sitzungen gegeben, wo er nur ganz kurzfristig anwesend war. Deshalb wundert es mich auch überhaupt nicht, daß er zum Vorschlag seines Führers - daß man die Abgeordneten nach ihrer Anwesenheit in den Gremien bezahlen sollte - nie etwas sagt, denn dann müßte er - ich nehme an, er hat auch noch aus einem anderen Bereich ein Einkommen - von diesem Einkommen noch einiges dazuzahlen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es gibt ja auch mehrere Beispiele dafür, daß die Arbeitsmoral, die von der FPÖ immer von den anderen verlangt wird, bei ihr selbst nicht vorhanden ist. Vielleicht kann uns der Herr Dr Pawkowicz, der ja auch immer wieder erwähnt, wer nicht da ist, jetzt sagen - heute hat er ja einen diesbezüglichen Zwischenruf nicht beantwortet -, an welchen Ausschusssitzungen er die letzten zwei Jahre teilgenommen hat. Meiner Information nach waren es ein bis zwei Sitzungen! Vielleicht könnte er, so wie alle anderen Abgeordneten auch, die in Ausschüssen sitzen und sich dort sehr viel Arbeit antun - zum Beispiel die Akten, die dort vorliegen, auch zu lesen, zu studieren und dazu zu sprechen -, sich das auch antun und bei den diversen Ausschusssitzungen anwesend sein.

Ich möchte noch einmal im Zusammenhang mit Jugendarbeit und Lehrlingsoffensive beziehungsweise Lehrlingsarbeit an sich auf den Herrn Westenthaler zurückkommen.

Es gibt in diesem Haus Berufsschultage, zu denen Lehrlinge kommen, um hier mit jungen Gemeinderäten in Arbeitsgruppen und anschließend im Plenum zu diskutieren. Es ist eine nicht immer ganz einfache Arbeit, mit den Jugendlichen zu sprechen, aber sie ist notwendig.

Nachdem ich bei fast allen Berufsschultagen anwe-

send war, kann ich sagen, daß ich den Herrn Westenthaler dort nur einmal gesehen habe. Wenn er aber dann von sich behauptet, daß er die Jugend und die Lehrlinge vertritt und auch genau weiß, wie das Problem der Lehrlinge zu lösen ist, dann halte ich das ganz einfach für falsch! Das kann er gar nicht, denn dann müßte er sich die Arbeit machen und mit ihnen ausführlich diskutieren, und nicht nur irgendwo in der Disco bei einem Getränk mit ihnen plaudern! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube auch, daß er es sich sehr leichtmacht, wenn er sagt, daß man in der Lehrlingsarbeit ja nur das und das zu ändern und nur ein paar steuerliche Veränderungen zu machen braucht und da und dort einen Zuschuß bezahlen soll, denn dann würden die Betriebe schon wieder Lehrlinge aufnehmen.

Das Problem liegt ja viel tiefer. Das wurde heute auch schon in der einen oder anderen Wortmeldung andiskutiert, und es bemühen sich auch sehr viele um eine Lösung dieses Problems. Sehr viele Mitglieder der Stadtregierung und des Stadtsenats, ebenso aber Mitarbeiter der Stadt, der Wirtschaftskammer und des Gewerkschaftsbunds sind unterwegs und versuchen, für die Lehrlinge, die jetzt im Herbst auf den Arbeitsmarkt drängen werden, Lehrstellen zu organisieren. Doch ist das nicht so leicht, denn man kann nicht sagen: Ich gebe euch halt 10 000 Schilling und damit ist die Sache erledigt. Eines der Probleme ist nämlich auch die Änderung der Berufsschulausbildung, die schon seit längerer Zeit in Diskussion ist.

Diese vorhandenen Probleme sind alle anzugehen und zu lösen. Sie sind permanent in Diskussion. Wenn es aber einfach zu lösende Probleme wären, dann können Sie mir glauben, daß gerade die Sozialdemokraten alles daransetzen würden, damit es im Herbst keine arbeitslosen Lehrlinge geben würde. Wir werden uns auch bemühen, daß die Zahl so gering als möglich sein wird.

Zurückkommend zu den Ausführungen unseres StR Edlinger, der ja doch sehr ausführlich und klar dargelegt hat, wie die Veränderungen Europas in den letzten Jahren mit den Veränderungen, die auch Wien betreffen, zusammenhängen. Wien mußte sich auf diese einstellen - und hat es auch getan -, hat in vielen Bereichen reagiert und in vielen Bereichen begonnen zu reagieren. Das Ost-West-Gefälle beim Einkommen ist halt kein einfaches Problem! Es gibt diese Bruchlinie, die heute hier schon angeschnitten wurde. Hier liegt es an den Politikern, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, daß diese Bruchlinie in den nächsten Jahren geringer wird, die Einkommensunterschiede geringer werden und so viele Betriebe als möglich in Wien bleiben. Unser StR Edlinger ist ja auch permanent unterwegs, um mit Betrieben zu diskutieren, und es ist ihm in der Vergangenheit auch viel gelungen.

Ich muß jetzt noch einmal kurz auf den Herrn Dr Pawkowicz zurückkommen, der uns ja in seiner sehr langen Ausführung immer wieder angekündigt hat, daß er uns ein Wirtschaftsprogramm vorlegen wird. Ich

habe die ganze Zeit darauf gewartet und habe eigentlich keines gehört. Auf Zwischenrufe, daß das halt dem "Standard" zu entnehmen sei, hat er gesagt, daß das nicht stimmt, denn es kommt immer auf den Redakteur an, wie der das schreibt.

Nachdem er aber die von ihm als verfälscht bezeichneten Artikel nicht korrigiert hat, nehme ich einmal an, daß das sein Wirtschaftsprogramm ist, das darin gipfelt, ganz Wien in irgendeiner Form zu untertunneln: Es wird die Tangente ein Tunnel. Es werden alle Eisenbahnen Tunneln. Auf die Frage des Journalisten, daß das ja ein Tiefbau sei, sagte er: Nein, so ein richtiger Tiefbau ist das nicht, das ist ein anderer Tiefbau. Im Tiefbau gibt es zwar nicht so viele Arbeitskräfte, weil das die Maschinen machen, aber das Drumherum braucht Arbeitskräfte. Außerdem braucht man ja, damit die Leute zukünftig Arbeit haben, einfach nur den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen. Man nimmt halt die Autos und stellt sie auf die Schiene. Das ist überhaupt kein Problem, und damit wäre alles gelöst, denn damit hätte man das Umweltproblem, aber auch das Beschäftigungsproblem gelöst. Die Welt stellt sich also ganz einfach für den Herrn Dr Pawkowicz dar!

Ich glaube, er hat heute gesagt - wenn ich es so richtig im Ohr habe -, daß die Leute ja nicht deppert sind. Ich glaube aber, die Leute erkennen sehr wohl, daß dieses Wirtschaftsprogramm - ich nehme an, daß es das einzige ist, denn sonst hätte er uns noch irgend etwas anderes erzählt ... *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Also die Leute werden das Wirtschaftsprogramm verstehen, aber Sie verstehen es nicht! Sie verstehen es natürlich nicht! Das ist ja ganz klar!)* Also ... *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Es ist einfach zu hoch für Sie!)* Das Wirtschaftsprogramm, das da drinnen steht, ist wirklich ... *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Sie werden es so einfach nicht verstehen!)* Nein, das ist wirklich ... *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Sie brauchen sich nicht zu bemühen! Das ist zu hoch für Sie!)* Hätten Sie mir doch heute etwas dazu gesagt, ich habe ja die ganze Zeit darauf gewartet. *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Sie brauchen sich nicht zu bemühen! Sie verstehen es nicht!)* Sie haben eine halbe Stunde gesprochen *(Abg Gerhard Zeihsel: Lassen Sie es sich erklären!)* und haben zur Wirtschaft nichts gesagt. *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Er versteht es nicht!)* Ich habe wirklich darauf gewartet. *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Er versteht es nicht!)* Ich habe mir gedacht: Aha, dann stimmt das doch da drinnen. *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Er versteht es nicht!)* Also ich nehme an ... *(Abg Gerhard Zeihsel: So lassen Sie es sich doch endlich erklären!)* Es gibt ein Wahlprogramm - der Herr Zeihsel kennt sich natürlich besonders gut aus - der FPÖ, habe ich gehört, wo über die Wirtschaft *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Er läßt es sich nicht erklären!)* quantitativ sehr viel drinnen ist, das sich qualitativ aber als sehr dünn herausstellt. *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Sie brauchen sich wirklich nicht*

zu bemühen! Sie werden es nicht verstehen!) Ich nehme an, wenn ... (Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Er versteht es nicht! Er kann es nicht verstehen! - Abg Johann Herzog: Es ist zu hoch für ihn!)

Ich zitiere jetzt den StR Edlinger, nachdem ich davon ausgehe, daß, wenn er etwas zitiert, er das auch gelesen hat, und es auch so sein wird. Aber ich habe ... (Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Ich gebe Ihnen Nachhilfestunden!) Nein, Sie brauchen mir keine Nachhilfestunde zu geben, ich kenne mich im Bereich Wirtschaft sicher genug aus, und von Ihnen ... (Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Ich gebe Ihnen Nachhilfestunden im Lesen, Zuhören und Nachdenken! Nachdenken, das ist das Entscheidende! - Aufregung bei der SPÖ.) Ja, ich habe ja zugehört, und ich hätte ja gerne darüber nachgedacht, ob Ihre Vorschläge gut sind. Wirklich! Ich habe es ja probiert, aber es ist ja nichts gekommen! (Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Das ist ja klar! Sie verstehen es nicht!) Wenn etwas gekommen wäre, dann hätte ich mir die Arbeit gemacht, hätte es mir aufgeschrieben, und hätte es ... (Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Sie verstehen es nicht!) Nein, ich habe nichts verstanden, weil Sie nichts gesagt haben. Das ist ja eine ganz klare Geschichte. Ich hätte auch darüber nachgedacht ... (Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Er versteht es nicht! Furchtbar!) Nein, ich kann es nicht verstehen, weil Sie nichts gesagt haben! (Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Hören Sie! Wie waren Sie in der Schule?)

Ich war in der Schule ganz gut, so wie halt ein durchschnittlicher Schüler ist. (Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Das hätte ich mir nicht gedacht!) Das macht nichts. (Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Das überrascht mich!) Meine Eltern waren ganz zufrieden (Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Aber!) und ich auch.

Allerdings hat es ja in seiner Rede einen Passus gegeben, in dem er von allen tüchtigen Bevölkerungsgruppen gesprochen hat: Das sind die tüchtigen Arbeiter, die tüchtigen Angestellten, die Fleißigen und ... (Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Die Fleißigen, die Tüchtigen, die Freiheitlichen habe ich gemeint!) Die fleißigen und tüchtigen Arbeitnehmer in jedem Bereich! (Aufregung bei der SPÖ. - Abg Josefa Tomsik: Immer die Freiheitlichen! Immer die Freiheitlichen!) Er hat keinen ausgelassen! (Abg Ingrid Smejkal: Keinen, nein, wirklich keinen!) Ich habe eigentlich nur mehr gewartet, daß er jetzt sagt: "...und die fleißigen Pensionisten." Das hat er dann doch nicht gesagt.

Ich muß ehrlich sagen, daß es mir schon fast für Sie peinlich war, was Sie da gemacht haben. Eine derartige Anbiederung habe ich bis jetzt nur in Wahlveranstaltungen erlebt, aber noch nie hier im Landtag oder im Gemeinderat! (Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Wir haben doch Wahlen, oder?)

Außerdem hat das alles für mich ein bißchen den Charakter einer Abschiedsrede gehabt, weil er ja sehr ausführlich zu bundespolitischen Themen Stellung genommen hat. Wir sind ja als SPÖ Wien auch nicht

mit allem einverstanden - das ist überhaupt keine Frage -, weil Wien ja vielfach auch davon betroffen ist. Unser Bürgermeister hat das ja auch x-mal bei verschiedenen Gelegenheiten gesagt. Aber diese Rede hat irgendwie einen Abschiedscharakter gehabt.

Jetzt habe ich mir gedacht, daß vielleicht an dem Gerücht, daß der Dr Haider angeblich als EU-Spitzenkandidat kandidieren soll, etwas Wahres ist. Dann würde ja im Parlament ein Platz frei, und da könnte ja vielleicht der Dr Pawkowicz ins Parlament kommen. So hat sich das nämlich ein bißchen angehört. Für den Dr Haider hätte das wieder den Vorteil, daß er, wenn er öfter nach Brüssel fahren muß, dann endlich in seinen schwarzen Porsche einsteigen kann, und den auf der deutschen Autobahn, auf der ja keine Geschwindigkeitsbeschränkung ist, ein bißchen Gassi führen kann! Wenn er schon so einen Porsche hat, dann möchte er auch sicher damit fahren. Also der Arbeitnehmervertreter mit dem Porsche dann in der Europäischen Union - das wäre sicher für sehr viele sehr lustig und amüsant! (Abg Heinz Hufnagl: Das meistverbreitete Auto in Österreich!)

Das meistverbreitete Auto in Österreich ist offensichtlich schwarz, aber sicher kein Porschel (Heiterkeit bei der SPÖ.)

Jetzt zum Bereich Jugend. Der Kollege Westenthaler hat ja gesagt, daß da in der Stadt nichts passiert ist, man sich nicht kümmert und die Jugend eigentlich allen egal ist. Ich kann das aber aus eigener Erfahrung überhaupt nicht sagen. Nachdem ich auch Vater von zwei Kindern bin, weiß ich

1. daß sehr viel für die Jugend passiert, und
2. daß es ganz einfach die Zeit erfordert, öfter neue Dinge anzugehen.

So gibt es eine seitenlange Aufzählung, was alles in den letzten eineinhalb, zwei Jahren gemacht wurde, und zwar: Die Eröffnung 13 zusätzlicher Kindertagesheime, die Schulsanierungen, die Förderung von Tagesmüttern, die Anstellung von Pflegeeltern, die Reform der Heimerziehung unter dem Schlagwort "Heim 2000", den Kinder- und Jugendanwalt, das Kindertelefon, die regionalen Krisenzentren, Freizeitaktivitäten in großer Zahl, die auch von den Jugendlichen gewünscht wurden, das Schulbauprogramm, die Modernisierung der Berufsschulen, die ganztägige Betreuung an 100 Standorten und, und, und. Das alles jetzt nur in Schlagworten. Nachlesen kann man es ja im Detail.

Es ist eine große Anzahl von Errungenschaften, die in den letzten eineinhalb, zwei Jahren gemacht wurden. Die Aufzählung ist aber unvollständig, weil die Periode ja fünf Jahre gedauert hat. Ich glaube, das sollte man der Ordnung halber auch dazusagen, wenn man einen fairen Wahlkampf führen möchte.

Der Kollege Westenthaler hat ja gesagt, daß Sie einen fairen Wahlkampf führen. Der ist dann so wie diese Bürgerinfo, die es da aus dem 14. Bezirk gibt. Herausgegeben wurde sie von der "Neuen Freien Zeitung", das ist die Zeitung der Freiheitlichen Partei

Österreichs, Landesgruppe Wien: Herausgeber und Hersteller ist die FPÖ, Bezirksgruppe Penzing, verantwortlich dafür ist - meines Wissens - der Herr Kreissl, der uns ja auch die Ehre gibt, hier anwesend zu sein. Hier steht also: "55 (I) Ausländer sind im Gemeindebau drinnen entgegen den Versprechungen des Stadtrats Faymann." Dann wird natürlich berichtet, daß die Leute eingebürgert werden und sofort eine Gemeindewohnung bekommen. Dann werden andere schnell eingebürgert, und so kommt es dazu, daß 55 Ausländer im Gemeindebau wohnen. *(Abg Josefa Tomsik: Das ist ja unerhört! Das ist wirklich unerhört!)*

Jetzt verstehe ich auch, warum der Kollege Pawkowicz und sonstige Kollegen der Freiheitlichen Partei nicht die Zeit haben, zu Ausschüssen zu kommen, denn sie müssen ja permanent in Wien unterwegs sein und schauen, wo es jetzt in Gemeindebauten Ausländer gibt, die auch wirklich noch welche sind. *(Abg Ilse Forster: Es ist wirklich unerhört! Hinten steht aber, daß sie bereits eingebürgert sind! Hinten steht das!)* Da bleibt keine Zeit mehr für Arbeit über! Das muß man dann plakatieren! *(Aufregung bei der FPÖ.)* Das ist die Arbeit, die die FPÖ für Wien macht!

Zu Vorschlägen der FPÖ kann ich - wie ich ja schon ausgeführt habe - nicht viel sagen, weil ja keine gekommen sind.

Zum StR Görg möchte ich nur zwei Punkte erwähnen.

Er hat kurz gemeint, daß die SPÖ eine Partei ist, die eine wirtschaftsfeindliche Einstellung hat. Das hat er uns vorgeworfen. Ich finde diesen Vorwurf an sich absurd.

Es gab ja in der Vergangenheit sehr viele Maßnahmen - und gibt sie auch noch laufend -, die absolut das Gegenteil beweisen. Wir haben - so ist auch meine Einstellung - nur einen total anderen Zugang zur Wirtschaft. Die Wirtschaft kann nicht dazu da sein, damit hohe Dividenden für Aktionäre ausgezahlt oder hohe Gewinnausschüttungen aus dem Betrieb herausgenommen werden. Unser Ziel ist es, daß die Betriebe funktionieren, es gesunde Betriebe sind, die Arbeitsplätze schaffen und erhalten, und die Menschen beschäftigt sind. Nur unter der Voraussetzung, daß die Menschen Beschäftigungen haben, ist der Wohlstand in unserem Land möglich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der zweite Punkt, der mir doch auch sehr am Herzen liegt, ist: Es haben mehrere - auch Zwischenrufer - versucht, vom Herrn StR Görg zu erfahren, was er jetzt zu den Äußerungen des Landeshauptmanns von Salzburg zum Finanzausgleich meint. Nachdem er ja ÖVP Obmann von Wien ist, hat man sich erwartet, daß er dazu das eine oder andere Wort sagen wird. Man hat gemeint, daß er also mit seinem Parteifreund reden - das wird ja auch immer von uns verlangt: Redet mit eurem Parteifreund, dann wird das schon geregelt werden - und ihm klar machen wird, daß es nicht so ist. Vielleicht ist es - ich glaube, der Herr Abg Netzig hat das gesagt - eine gewisse Profilierungssucht, aber ich glaube, man sollte schon ... *(Abg Gerhard*

Pfeiffer: Aber Sie sind nicht dazu da, um das zu sagen!) Ich kann ... *(Abg Gerhard Pfeiffer: Sie sind nicht dazu da, um das zu sagen!)* Sie können jederzeit hierher kommen und dann hier sagen, wozu ich da bin. Jetzt bin ich - glaube ich - dazu da, zu sagen, was ich glaube, und ich glaube, es wäre notwendig, daß sich vor allem die Politiker der Wiener ÖVP hier klar und deutlich dagegen aussprechen, daß Wien ein Gewinner des Finanzausgleiches sei, wohl wissend, daß genau das Gegenteil der Fall ist! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber zurück zum eigentlichen Thema "Wien im neuen Europa". Heute wurden viele positive Daten präsentiert, die natürlich von der Opposition weggewischt wurden. Aber es ist ja auch keine Frage: Es kann ja nichts in Ordnung sein, wenn man in Opposition ist, und knapp vor einer Wahl steht!

Es kann aber doch nicht das schöne Wetter sein - gerade im heurigen Jahr -, daß fast tausend international tätige Unternehmen ihre Osteuropazentralen in Wien haben, sich von ungefähr 4 000 osteuropäischen Unternehmen ein Großteil in Wien niedergelassen hat und es Großkonzerne wie Grundig, Philips, IBM und GM gibt, die hunderte Millionen - zum Teil Milliarden - in Wien investieren, sondern das hat natürlich auch mit unserer geographischen Lage und der Qualität unserer Arbeiter und Angestellten zu tun. Aber genauso wichtig ist, welche Qualität eine Stadt zur Verfügung stellt, und die Qualität, die unsere Stadt hat, ist wirklich herzeigbar. Es muß ja etwas sein, was Wien aus dem Kreis der anderen Städte - größerer Städte - hervorhebt!

Für uns heißt Qualität ganz einfach mehr. In Wien gibt es ausreichende Grundstücksvorsorge für Betriebe und Wohnbau. Das wird von den beiden Fonds hervorragend gemacht. Weiters gibt es gute öffentliche Verkehrsverbindungen, aber auch ausreichend individuelle Verkehrswege - Stichwort 30 Milliarden-Paket -, hohe persönliche Sicherheit in Zusammenarbeit mit der Polizei, hohe soziale Sicherheit durch Gesundheitsvorsorge, Hilfe im Alter und im Pflegefall, und auch Investitionen in die Jugend.

Ich habe hier kurz einige Schlagworte gebracht. Dazu käme noch die Jungfamilienförderung beim Wohnen, der Bau von Schulen und Kindergärten - wie bereits erwähnt - und nicht zuletzt ein attraktives Freizeitangebot, ausgerichtet auf verschiedene Alters- und Bevölkerungsgruppen.

Vieles, was hier noch dazu gehören würde, wurde von mir natürlich jetzt nicht erwähnt, ist aber nicht minder bedeutend.

Tatsache ist aber, daß Wien bereits zu der zweitbeliebtesten Konferenzstadt der Welt geworden ist, und im Bereich der Lebensqualität an der dritten Stelle von 120 internationalen Städten liegt!

Es wird aber sicher jeder verstehen, daß uns diese Bewertungen nicht in den Schoß gefallen sind, sondern das Produkt intensiver Arbeit sind. Diese Lebensqualität zu sichern, auszubauen, den öffentlichen Verkehr weiter auszubauen und zu modernisieren, weiterhin

hohe Wohnbautätigkeit unter Aufrechterhaltung der zügigen Stadterneuerung zu finanzieren, hohe Investitionen in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Umwelt, Schulen und, und, und zu tätigen - das alles war und ist unsere Aufgabe, die Aufgabe der Sozialdemokratie in der Stadt Wien.

Eine Stadt voll Vielfalt, Menschlichkeit und Lebensfreude zu erhalten und auszubauen, dafür stehen wir, dafür wollen und werden wir auch von den Wienern und von den Wählern die Verantwortung übertragen bekommen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr Erwin Hirschnall: Ich erteile dem Abg Westenthaler zu einer tatsächlichen Berichtigung das Wort. Redezeit fünf Minuten.

Abg Ing Peter Westenthaler *(FPÖ)*: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich berichtige tatsächlich, nämlich mich selbst. Ich berichtige selbst meine Rede. Ich habe in meiner Rede festgestellt und ausgeführt, daß der Herr Abg Driemer fünf Funktionen hat. Das ist unrichtig. Er hat nämlich sechs Funktionen, die ich hiermit aufliste:

Der Herr Abg Driemer ist Landtagsabgeordneter und Gemeinderat, Obmann der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft, Obmann der Bauarbeiter-Urlaubskasse, Vizepräsident des ÖGB, Obmann-Stellvertreter der AUA und Vorstand der AK Wien. Er verdient dort insgesamt, alles zusammengerechnet - ich zitiere aus dem "Kurier" -, über 180 000 S.

Das stelle ich richtig, und, Herr Klubobmann Svoboda, zum Schluß: Ich lasse mir nicht von jemandem, der selbst gerade bei Gericht abgeblitzt ist, und für 30 Millionen, die beim FavAC in den Sand gesetzt worden sind *(Abg Kurt Wagner: Immer dieser alte Schinken!)*, die Verantwortung zu übernehmen hat, solche Sachen ausrichten. Sie haben mit ihren Kumpanten *(Abg Kurt Wagner: Immer mit diesem alten Schinken!)* in mafiaähnlicher Art und Weise diesen Skandal - die 30 Millionen - zu verantworten! Das lasse ich mir von Ihnen nicht sagen! *(Aufregung bei der SPÖ. - Beifall bei der FPÖ. - Abg Ing Karl Svoboda: Das gehört zur tatsächlichen Berichtigung! Das gehört dazu!)*

Präsident Dr Erwin Hirschnall: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg Fuchs. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Georg Fuchs *(ÖVP)*: Herr Präsident! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren dieses Hauses!

Ich glaube, man muß einige Dinge ins richtige Licht rücken, aber nicht nur die SPÖ-Ausführungen, sondern auch den großen Rundumschlag des Kollegen Westenthaler, der sich so aufregt und so viele Dinge kritisiert.

Er kritisiert unseren StR Görg, weil er Visionen hat. Gott sei dank, möchte ich Ihnen sagen, hat er Visionen und Lösungsvorschläge. Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Westenthaler! Sie kommen heraus, machen nur einen Rundumschlag und vergessen viele andere Dinge. Sie vergessen sogar, daß Sie an dieser Tragik, die in unserer Stadt passiert, auch mitschuldig sind, denn Sie und Ihre Fraktion waren ja auch diejenigen,

die den Bürgermeister beim Amtsantritt gewählt haben! Das sollte auch einmal klar und deutlich gesagt werden.

Wenn Sie, Herr Kollege Westenthaler, doch ein bißchen mehr Ideen gehabt hätten, dann hätte ich mir vorstellen können, daß Sie das Thema "Sicherheit" etwas ausführlicher beachtet hätten. Sie haben überhaupt keinen einzigen Satz zu diesem Thema gesagt. Sie wollen es nur plakatiert wissen! Das ist nämlich Ihre Methode. Lösungsvorschläge, wie unser Dr Görg, haben Sie nicht! Sie wollen nur plakätieren und mit vielen Dingen aufhetzen.

Ein Wirtschaftsstandort - und damit bin ich schon beim Zentrum der Rede - braucht Sicherheit. Sicherheit in Wien und Sicherheit für unsere Stadt bedeutet natürlich auch Sicherheit für Europa. Diese Sicherheit ist nicht einfach da, weil man sie sich wünscht, sondern diese Sicherheit muß immer wieder durch neue Maßnahmen, die in diesem Haus, aber auch von der Bundesregierung gesetzt werden, erworben werden. In vielen Bereichen müssen sie aber immer wieder neu geschaffen werden. Dazu gehört natürlich auch die innere Einstellung, die jeder zu dieser Sicherheit hat, um entsprechende Maßnahmen setzen zu können.

Besonders jedoch - glaube ich - muß man hier den Bereich Wohnen - Wohnen in Sicherheit - nennen, denn gerade dieser Bereich ist sehr, sehr sensibel und sehr, sehr wichtig für unsere Bevölkerung. Aber nicht allein die Sicherheit und die Ausstattung zählen zur Wohnqualität und zum Sich-wohl-Fühlen. Ich glaube, Wohlfühlen ist mehr. Wohlfühlen ist der Bereich, sich sicher in unserem Europa und in unserer Stadt zu fühlen. Die Infrastruktur, aber auch die Topographie prägen sicherlich den Grad der Wohnqualität und der Sicherheit in unserer Stadt wesentlich.

Natürlich - Herr Kollege Westenthaler, jetzt sollten Sie ein bißchen zuhören - ist die Wohnqualität in unserer Stadt oder in Europa innerhalb und außerhalb der Wohnung nicht allein für die Kriminalität ausschlaggebend. Familie, berufliche emotionale Erlebnisse, aber auch Einflüsse durch Massenmedien spielen hier ebenfalls eine gigantische Rolle. Ununterbrochen zeigen uns aber die Beispiele, daß die Gestaltung der baulichen Umwelt - das ist in allen Ländern so, nicht nur hier in Wien - das Verhalten der Menschen mitentscheidet.

Denken Sie nur an die riesigen Wohnhausanlagen in unserer Stadt! Dort beginnt es nämlich! Wenn den Kindern dort immer nur Ersatzeinrichtungen geboten werden, dann nehmen sie sich einfach die Gestaltungsfreiheit ... *(Abg Ing Peter Westenthaler: Ich habe ja gar nichts gesagt!)* Hören Sie einmal zu! Machen Sie ein paar Lösungsvorschläge! Sie haben keine Vorschläge gemacht, Sie haben nur kritisiert! Wenn Sie schön brav zuhören, dann können Sie auch etwas lernen! *(Abg Ing Peter Westenthaler: Also wirklich! Ich habe nichts gesagt!)*

Sehen Sie, und dann nehmen sich die Kinder einfach diese Gestaltungsfreiheit. Dort lernt das Kind von klein auf Verbote zu übertreten, um gestalten zu kön-

nen. Das wirkt sich auch später auf die Sicherheit aus.

Ich frage Sie nun, meine Damen und Herren von den Freiheitlichen, wo bleiben denn Ihre Vorschläge, außer den Anschlägen auf den Tafeln, wie wir es heute gehört haben?

Wo bleiben Ihre Vorschläge und Ihre Gedanken zur Gestaltung des Lebensraums der Kinder, damit eben später auch die Sicherheit gewährleistet werden kann, daß so mancher Keim der Kriminalität überhaupt nicht aufkommen kann?

Wo sind denn die Vorschläge - zum Beispiel - für das Bauen und Wohnen für Familien, damit sich diese Kinder und diese Familien gemeinsam wohl fühlen? Hier ist nicht nur die technische Substanz eines Wohnbaues gemeint!

Wo sind denn die Vorschläge, um das Verantwortungs- und das Zusammengehörigkeitsgefühl für das Haus, für die Stadt, für Europa von Ihrer Seite aus zu fördern? - Sie fehlen mir!

Natürlich ist es leichter, den Menschen Angst zu machen, als von Grund auf eine angstfreie Umwelt zu schaffen.

Ich frage weiters die Regierungsmehrheit in dieser Stadt: Wo sind denn die Ansätze der vorsorgenden Kriminalitätsverhütung, die doch so sozial und gesamtwirtschaftlich für uns eine große Aufgabe sein sollte?

Wo sind denn die Vorschläge zur Vermeidung - zum Beispiel im Wohnbau - von günstigen Gelegenheiten am und im Gebäude, zur Gewährung der Wohnzufriedenheit durch Gestaltung der Wohnung, des Umfelds und zur Vermeidung von Tatgelegenheiten?

Hier gibt es genug Möglichkeiten, nachzusehen, nachzulesen. Hier gibt es Studien, aber sie fehlen mir bei jeder Planung in unserer Stadt: Die Gewährleistung der Wohnzufriedenheit durch die Umfeldgestaltung, die Wohnzufriedenheit durch funktionierende Infrastrukturen, die Imageverbesserung eines Wohnumfelds, keine Monofunktionalität, Wohnen und Arbeiten in der Nähe.

Schauen Sie sich an, was sich in der Brünner Straße abspielt!

Oder die Sozialstruktur: Keine einseitige Wohnungsbelegung im Sozialbau! Schauen Sie sich das Schöpfwerk bitte an, wie es hier aussieht! Haben Sie daran gedacht? Ist das richtig, was Sie getan haben? Sie haben sich vorgenommen, es so nicht mehr zu tun, aber es passieren Ihnen wieder dieselben Fehler!

Die Einbindung von der Delogierung Bedrohter in die Hausverwaltung oder in die Hausinstandsetzung - hier irgendwelche Gedanken weiter zu spinnen, wäre eine Möglichkeit.

Aber auch Sozialwohnungen sollten tatsächlich an sozial Bedürftige vergeben werden! Der Herr StR Faymann will aber Sozialwohnungen, Gemeindewohnungen, und Genossenschaftswohnungen, die gefördert werden und Sozialwohnungen sein sollen, ohne Einkommensgrenzen weitergeben! (Abg. Gerhard Kubik: Aber geh!) Das heißt aber: Sozialwohnungen für Personen, die ein hohes Gehalt haben, und sich selbst

eine Wohnung leisten könnten! Das ist doch nicht möglich in dieser Stadt, das soll doch nicht möglich sein! Wo ist denn Ihr soziales Denken? Das haben Sie abseits gelegt. Sie kennen nur eines, Herr Kollege: den 13. Oktober! Da wollen Sie punkten! (Abg. Gerhard Kubik: Ihr nicht! Ihr nicht!) Daher wollen Sie ununterbrochen neue Ideen erfinden. Sie wollen sich selbst links überholen! Merken Sie sich: Gemeindewohnungen und Genossenschaftswohnungen für Generaldirektoren wollen wir von der ÖVP nicht zulassen! (Beifall bei der ÖVP)

Aber auch bereits bei der kommunalen Bauleitplanung sollte einer differenzierten Sozial- und Altersstruktur Rechnung getragen werden. Zum Beispiel die Wohnüberbelegung: Ist das Wohngebäude von der Sozialstruktur her überhaupt noch aufnahmefähig? Schauen Sie es sich in der Raxstraße an! Hier haben Sie nichts durchmischt, hier haben Sie nur einseitig hineingepfercht! Die Integration fehlt hier wirklich! Das sind doch die Dinge, wo man an die Sicherheit in unserer Stadt denken muß!

Zur Sicherheit im dichtverbauten Gebiet trägt natürlich bei, wenn man durchmischt und keine Slums zuläßt. Wo haben Sie denn im dichtverbauten Stadtgebiet durchmischt? Im Gegenteil! In Rust haben Sie vor drei Jahren diese Idee gehabt. Der StR Swoboda hat gesagt: "Wir werden die alten Wohngebiete durchmischen." Drei Jahre sind vergangen, Swoboda geht, durchmischt ist nichts. (Abg. Gerhard Göbl: Ach so?)

Sehen Sie, derartige Maßnahmen kosten natürlich Geld, Herr Kollege, und es wird am Erfolg der Wiener Stadtaußenpolitik liegen, Mittel der Europäischen Union nicht nur für den Gürtel, sondern auch für die Sicherung der Infrastruktur im Zentralbereich der Stadt zu bekommen.

Auch wenn eine Gesamtkostenaufstellung für die aus kriminellen Handlungen resultierenden Folgen schwer aufzustellen ist, ist die Prävention durch Maßnahmen im Wohnbau dringend für eine Stadt wie Wien in Europa erforderlich.

Sehen Sie, und jetzt erinnere ich mich wieder an die Freiheitlichen und an eine Wohnbauausschußsitzung, bei der die ÖVP verlangt hat, daß ausländische Mitbürger - ausländische Freunde, wollte ich schon sagen, weil ich glaube, jeder Mensch in unserer Stadt sollte als Freund behandelt werden - in den alten und erneuerungsbedürftigen Stadtteilen aus diesen entflechtet werden sollen und diese Krankenschwestern, Bauarbeiter, Lagerarbeiter oder vielleicht auch einmal diese Arbeitslosen in den neuen Stadtteilen aufgelockert angesiedelt werden sollen. Dies deswegen, damit wir eben in den alten Ghettos mehr Durchblick und mehr Sicherheit durch eine vernünftige Durchmischung erreichen und auch die Bausubstanz rascher erneuern können.

Ich habe schon gewußt, daß für die Sozialdemokraten das Wort "Durchmischung" in den Stadterneuerungsgebieten ein Fremdwort ist. Ich muß aber sagen,

ich war eigentlich schon ein bißchen davon enttäuscht, daß für die Freiheitliche Partei diese Durchmischung absolut nicht richtig war. Das ist nicht nur unklug, sondern - ich möchte es ganz hart sagen - das ist reiner Schwachsinn! Das muß als Schwachsinn bezeichnet werden!

Wissen Sie, ich habe manchmal das Gefühl, daß einige von Ihnen Probleme beim vernetzten Denken haben und Folgewirkungen ihrer Aussagen und Handlungen einfach nicht erkennen - zum Nachteil der Stadt, zum Nachteil natürlich auch Europas. Wenn man weiß, daß Sie mit den Sozialdemokraten den von uns beantragten generellen Rechtsanspruch für Mieter, junge Mieter und Jungfamilien auf Eigentum abgelehnt haben, dann kann man das nur damit erklären: Menschen, die etwas erarbeitet haben und dann Eigentum wollen, die fördern Sie schlechter! Sie geben diesen keine Starthilfe und keine Hilfe für ein Eigenmitteler-satzdarlehen. Das wird abgelehnt!

Sehen Sie, wir haben damals einen Antrag - das war, glaube ich, im Jahre 1995 - für einen effizienten Einsatz der Fördermittel eingebracht. Ich habe mich gewundert, denn die Freiheitliche Partei hat das mit der SPÖ abgelehnt!

Sehen Sie, meine Damen und Herren dieses Hauses, wie wollen Sie denn das Gefühl der Sicherheit in die abgewohnten Gebieten bringen, wenn nicht durch Sanieren, durch neue Wohnungen, durch neue Häuser und durch eine Belebung mit jungen Wienern?

Wir brauchen die Jungfamilien und wir brauchen die Eigentumsförderung, denn die bestehende Förderung, diese 3a-Förderung - die Herren von der FPÖ sind nicht da - ist nur für die Stadtrandsiedlungen, aber nicht für den kleinen Wohnbaulichen geeignet. Alle Maßnahmen, die das Wohnen in der Innenstadt attraktiver machen - etwa der Dachbodenausbau, die Wiederbelebung der Nahversorgungsgeschäfte - tragen doch zur Sicherheit im Zentralbereich der Stadt bei. Durch das Fehlen dieser Maßnahmen wird viel Unsicherheit erzeugt.

Ich glaube auch, Sicherheit ist viel mehr, als daß plakatiert wird. Sicherheit gehört gelebt, und für Sicherheit muß man in dieser Stadt auch arbeiten! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr Erwin Hlmschall: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Dr Serles zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort. *(Abg Dr Wilfried Serles sucht seine Unterlagen.)* Aha, Unterlagen werden noch geholt.

Abg Dr Wilfried Serles *(FPÖ)*: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich danke für die Geduld und dafür, daß Sie gewartet haben.

Der heutige Tag hat gezeigt, daß Wirtschaft ein Wahlkampfthema ist. Ich meine, das ist an sich nichts Negatives. Ganz im Gegenteil. Wenn das so ist, dann bietet das auch durchaus die Chance, das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft zu klären. Ich meine, dieses Verhältnis zu klären, das sollte auch im Rahmen

der heutigen Debatte möglich sein.

Ich möchte die Frage stellen, welchen Beitrag Politik eigentlich leisten kann, damit Wirtschaft funktioniert?

Bevor ich diese Frage positiv beantworten werde, möchte ich einige negative Grenzziehungen vornehmen.

Ich möchte daher zunächst die Frage stellen: Wo sollte sich Politik eigentlich heraushalten, damit Wirtschaft funktionieren kann?

Ich möchte Ihnen eine erste Antwort geben:

Politik sollte jedenfalls keine Betriebe leiten und keine Unternehmen führen. "Niemand verwaltet Industriebetriebe schlechter als der Staat.", hat schon der sozialdemokratische Vordenker Otto Bauer gesagt, und die Milliardenprobleme der verstaatlichten Industrie sind ein trauriger Beweis für die Richtigkeit dieser These.

Ich möchte daran erinnern, daß auch das Zittern um "Semperit", der drohende Abbau von tausend Beschäftigten, und die Halbierung der Reifenproduktion letztlich eine Folge von politischen Interventionen ist. Der seinerzeitige Bundeskanzler Kreisky hat wiederholte Versuche des CA-Managements, Strukturierungsmaßnahmen in die Wege zu leiten, verhindert. Er konnte dann nicht mehr verhindern, daß sein politischer Ziehsohn, der damalige Generaldirektor Hannes Androsch "Semperit" an "Conti" verkauft hat, als die Schmerzgrenze der CA bereits erreicht war. Ich meine daher, die Politik hat eigentlich den Traiskirchnern nichts Gutes getan, weil sie notwendige Strukturmaßnahmen verhindert hat. Notwendige Strukturmaßnahmen, die damals vielleicht in einem Prozeß, der weit weniger schmerzhaft gewesen wäre, als er sich heute darstellt, vonstatten gegangen wäre.

Daher noch einmal zurück zur Frage: Wo sollte sich Politik heraushalten, damit Wirtschaft funktioniert?

Eine zweite Antwort darauf:

Politik sollte auch keine Versprechungen geben, die in Richtung Beschäftigungs- und Arbeitsplatzgarantien gehen, frei nach dem Motto, das wir von den letzten Nationalratswahlen kennen: "Wir werden verhindern, daß ...". Beschäftigungs- und Arbeitsplatzgarantien sind letztlich Versprechen, die die Politik nicht halten kann. Die Zeiten des unbegrenzten Deficitspendings sind längst vorbei. In Zeiten von europaweiten Ausschreibungen ist es auch eine Illusion, anzunehmen, man könnte mit nachfragewirksamen Ausgaben nur und ganz zielsicher österreichische Firmen fördern und letztlich damit österreichische Arbeitsplätze sichern.

Der Herr Finanzstadtrat Edlinger kann keinesfalls garantieren, daß das 30 Milliarden-Paket, das zwischen dem Bund und der Stadt Wien vereinbart worden ist, österreichische und ausschließlich österreichische Arbeitsplätze sichern wird. Er kann nicht garantieren, daß mit diesem Investitionsprogramm zusätzliche Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft geschaffen werden. Er kann bestenfalls garantieren oder er kann bestenfalls durch diese Ausgaben darauf Einfluß neh-

men, daß sich der Schrumpfungsprozess der Bauwirtschaft etwas verlangsamt.

Ich sage, kurz zusammengefaßt: Es wird durch derartige Investitionsprogramme in der Bauwirtschaft kein einziger zusätzlicher Arbeitsplatz geschaffen werden. Es kann bestenfalls verhindert werden, daß allzu viele verlorengehen. Mit anderen Worten: Diese Investitionsmaßnahmen können Strukturwandel nicht verhindern, sie können Strukturwandel bestenfalls dämpfen.

Diesen Strukturwandel der österreichischen Wirtschaft, den erleben wir zur Zeit hautnah, in einer Zeit, in der die heimische Wirtschaft mit dem internationalen Wettbewerb voll konfrontiert wird, verschärft durch den EU-Beitritt Österreichs.

Besonders schmerzhaft trifft dieser Strukturwandel eine Stadt, in der jahrzehntlang von den sozialdemokratischen Stadtregierungen und von den sozialdemokratischen Bundesregierungen wichtige strukturelle Maßnahmen nicht durchgeführt worden sind. Die sozialdemokratischen Bundes- und Landesregierungen haben sich ganz einfach viel zu wenig mit der Frage beschäftigt, unter welchen Vorzeichen und Rahmenbedingungen Wirtschaft eigentlich funktionieren sollte. Die SPÖ hat jahrzehntlang Strukturprobleme mit Geld zugeschüttet. Mit Geld, das sie sich auf Kosten späterer Generationen ausgeborgt hat. Sie hat damit aber keinesfalls Strukturprobleme gelöst. Wir stehen heute in einer Situation, wo es einer wirklich nationalen Kraftanstrengung bedarf, diese vielfältigen wirtschaftlichen Probleme zu lösen.

Die öffentlichen Kassen sind leer, die Kassa Wiens in einem geringeren Ausmaß als die des Bundes. Die Insolvenzwelle rollt: 2 839 Firmen waren im ersten Halbjahr zahlungsunfähig, das sind um 6,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Aber vor allem beeindruckt das Volumen der Passiva: Wenn man den "Konsum" abzieht, dann sind die Passiva im ersten Halbjahr gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres um ganze 242 Prozent gestiegen! Eine Tatsache, die wirklich sehr, sehr besorgniserregend ist.

Der Verkauf österreichischer Unternehmen ins Ausland findet tatsächlich im großen Stil statt, und zwar in einer Dimension, die in der Wirtschafts- geschichte der Nachkriegsrepublik einmalig ist:

"Billa" ging an den deutschen "Rewe"-Konzern, "Thonet" ging an Mellinghoff, "Semperit" ging an "Conti", die "VA Bergtechnik" ging an den finnischen "Tampella"-Konzern, die "HTM" ging an den Schweden Eliasch, die "Steyrermühl" ging an die deutsche "Haindl"-Gruppe, die "Leykam-Mürztaler" ging an die holländische "KNP", die "Schoeller Bank" ging an die "Bayrische Vereinsbank", die Papierfabriken "Laakirchen" und "Ortmann" gingen an "Svenska Cellulosa", "Kastner & Öhler" ging an "Neckermann", "Steyr" ging an "MAN", bei "Kurier" und "Kronen-Zeitung" ist die "WAZ" eingestiegen. Man könnte diese Liste beliebig lang fortsetzen.

Interessant ist, daß dieser Verkauf österreichischer

Unternehmen ans Ausland auch vor ideologischen Gedanken nicht haltmacht. Bei der "BAWAG" ist die "Bayrische Landesbank", ein CSU-nahes Institut, eingestiegen. Die "BAWAG" und die "Bayrische Landesbank" harmonisieren aber offensichtlich sehr gut.

Ich will gleich einmal eines klarstellen: "Verkaufen ist kein Hochverrat", hat gestern der "Standard" in einer Überschrift festgestellt, und dem schließe ich mich an. Jammern, möchte ich hinzufügen, ist keine politische Kategorie. Was aber notwendig ist, sind strukturelle Maßnahmen.

Zurück daher zur Frage, welchen Beitrag Politik leisten kann, damit Wirtschaft funktioniert. Diese Frage möchte ich jetzt positiv beantworten. Ich meine, daß die klassisch-liberale Antwort, die da lautet: "Die Politik hat die Rahmenbedingungen vorzugeben, unter denen Wirtschaft stattfindet, und die Strukturen zu schaffen, in denen Unternehmer tätig werden können", eigentlich nach wie vor im großen und ganzen gültig ist.

Was ist daher strukturell notwendig?

Eine kurze Zusammenfassung aus meiner Sicht: Notwendig ist

1. Eigenkapitalstärkung und Maßnahmen dazu. Der Ausverkauf der österreichischen Unternehmen an das Ausland ist natürlich auch eine Folge der Eigenkapital- schwäche der heimischen Unternehmen. Man kann dem Wlaschek nicht vorwerfen, daß er "Billa" an "Rewe" verkauft hat. Man kann und muß aber der Bundesregierung vorwerfen, daß sie jahrzehntlang die Eigenkapitaldecke der heimischen Unternehmen strapaziert hat. Das Gros der Unternehmen wurde belastet, und man hat versucht, durch Subventionen einige wenige Unternehmen zu fördern. Das war eine Politik, die sehr rasch an ihre Grenzen gestoßen ist.

2. Das Treffen von Maßnahmen zur steuerlichen Entlastung der Arbeit. Die Lohnnebenkosten sind im internationalen Vergleich in Österreich am höchsten. Daher herunter mit den Lohnnebenkosten, und eine Reform des Steuerrechts in eine Richtung, bei der es darum geht, nicht erneuerbare Energieträger zu besteuern.

3. Eine funktionierende Börse. Der Gesamtwert der notierten Aktien erreicht in Österreich lediglich 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Damit liegt Österreich weit abgeschlagen hinter anderen OECD- und EU-Staaten. Auch das ist ein Indiz für die Eigenkapital- schwäche der heimischen Unternehmen. Das ist auch jedenfalls ein Beweis dafür, daß österreichische Unternehmen sich nur in einem sehr geringen Maße billig über die Börse finanzieren können. In weit höherem Maße sind sie auf teure Kredite angewiesen. Die nicht funktionierende Börse und der nicht funktionierende Aktienmarkt sind ebenfalls für die notorische Eigenkapital- schwäche der heimischen Unternehmen verantwortlich.

4. Ein Klima, das Unternehmertum fördert und Unternehmern den Weg in die Selbständigkeit erleichtert. Darauf wurde heute schon mehrmals hingewiesen. Es

war heute schon mehrmals von der Notwendigkeit einer Verwaltungsreform die Rede. Trotzdem feiert - wie wir alle wissen - die Bürokratie im Baurecht - das wird heute novelliert -, im Gewerberecht, im Steuerrecht und im Sozialrecht fröhliche Urstände. Die Werkvertragsregelung, die ebenfalls heute schon zur Sprache kam, ist für mich symptomatisch dafür, daß es so einfach nicht weitergehen kann. Erstmals werden Personen in die Sozialversicherung einbezogen, die niemals Ansprüche erwerben können. Diese Regelung ist dermaßen kompliziert und unvollziehbar, daß die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten die Höhe der einbezahlten Beiträge jedenfalls weitaus überwiegen werden.

5. Wien muß eine Ansiedlungspolitik betreiben, die innovative Unternehmen in diese Stadt bringt. Ich bemerke ein redliches Bemühen beim Finanzstadtrat, aber ich bemerke noch wenig Erfolg. In der letzten "Wirtschaftswoche" charakterisiert ein Experte des WIFO Strukturängel und Innovationsschwäche als die gravierendsten Probleme der Wiener Stadtwirtschaft.

6. Die Zusammenarbeit zwischen der Universität und der Wirtschaft auf dem Gebiet der Forschung ist zu forcieren. Sie wissen, Sie kennen die Studie des WIFO, wonach bis zu 50 Prozent der universitären Forschungseinrichtungen in Wien sind, aber nur 17,5 Prozent der betrieblichen Forschungsstätten. Das ist ein Beweis dafür, daß die Zusammenarbeit zwischen der Universität und der Wirtschaft nicht funktioniert. Ein Beweis aber auch dafür, daß die Universität möglicherweise am Bedarf der Wirtschaft vorbeiforscht. Das Forschungsthema ist ein ganz, ganz wesentliches Thema, das in der Stadtpolitik und in der Wirtschaftspolitik dieser Stadt noch nicht einmal andiskutiert worden ist.

Zusammenfassend ist - aus meiner Sicht - ein Bündel von strukturpolitischen Maßnahmen, die es den Unternehmen ermöglicht, erfolgreich tätig zu sein und damit langfristig Arbeitsplätze zu sichern, notwendig. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr Erwin Hirschnall: Als weiterem Redner erteile ich nunmehr dem Herrn Abg Prinz das Wort.

Abg Walter Prinz (FPÖ): Herr Präsident! Herr Stadtrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Herr StR Edlinger hat heute in höchsten Tönen das Motorenwerk in Aspern gelobt. Er hat nicht angeführt, wieviel Steuermillionen bereits in diesen Betrieb hineingeflossen sind. Er hat auch nicht gesagt, wie diesem Werk sonst noch entgegengekommen wird und welche Probleme es mit der Anrainerschaft in diesem Stadtteil gibt.

Ich möchte das ziemlich kurz und prägnant formulieren. Wir haben heute in der Folge im Gemeinderat eine Flächenwidmung zur Beschlußfassung - die wir selbstverständlich ablehnen -, bei der die Bevorzugung des GM-Werks besonders zum Ausdruck kommt. Es geht um Lärmbelastungen im Nachtbetrieb und um die Verkehrsbelastung zur Zeit des Schichtwechsels.

Es ist eigentlich unglaublich: GM spielt auf der Pfeife und die Stadt Wien tanzt danach! In diesem Flächenwidmungsakt werden die Anrainerinteressen wirklich größtenteils vernachlässigt.

Es geht um nicht mehr und nicht weniger, als daß Opel Austria im wesentlichen die Verpflichtung für den nächtlichen Lärmschutz genommen wird. Es geht aber auch darum, daß man weiterhin zuläßt, daß sich bei Betriebsantritt und -schluß eine Autolawine über die anschließenden Wohnungs- und Siedlungsgebiete ergießt.

Ich habe da ein Schreiben vom - da steht gar kein Datum darauf, aber es war im Zuge des Flächenwidmungsverfahrens dieses relevanten Grundstücks -, in dem es wortwörtlich heißt: "Sollte eine Erhöhung des Lärmpegels durch Veränderung der derzeitigen Bepflanzung im Grünstreifen zwischen dem Meßpunkt und unserem Werk erfolgen, dürfen die erforderlichen Schutzmaßnahmen nicht zu Lasten von Opel Austria gehen." Das heißt, wenn Lärmschutzmaßnahmen, die eigentlich dazu da sind, um die Anrainer zu schützen, nicht mehr greifen, dann ist nicht der Verursacher schuld und kostenpflichtig, sondern die Stadt Wien muß für diese Kosten derartiger Schutzmaßnahmen aufkommen!

Im zweiten Punkt dieses Schreibens heißt es: "Die Möglichkeit einer Gebäudeerweiterung für die Werkshalle W 20 und das Sozialgebäude W 21 in westlicher Richtung bis an die derzeitige Grundgrenze muß erhalten bleiben." Was heißt das? In diesem Bereich hat es bis vor einiger Zeit - bis vor zwei Jahren ungefähr - eine interne Zufahrt zu dem einzigen großen Parkplatz von Opel Austria gegeben. Diese Zufahrt wurde verbaut. Es gäbe zwar jetzt noch die Möglichkeit, im Grenzbereich eine derartige Nebenfahrbahn auf dem Werksgelände zu errichten, aber mit dieser Vereinbarung ist diese Möglichkeit weg. Es ist eigentlich zementiert worden, daß in den nächsten Jahren die Zufahrenden zu Opel Austria weiterhin nicht über eine Betriebszufahrt zu diesem Parkplatz gelangen, sondern die Schleichwege über die Siedlungsgebiete nehmen werden. Das ist wirklich eine unglaubliche Zumutung für die Anrainer!

Die Ankündigungen vom Herrn StR Edlinger, daß ab 1997 im Nahbereich von General Motors die Betriebsansiedlungen fortgesetzt werden, möchte ich beinahe als gefährliche Drohung bezeichnen. Nämlich dann als eine gefährliche Drohung, wenn die infrastrukturellen Einrichtungen so bleiben, wie sie derzeit sind: Es gibt keine öffentlichen Verkehrsmittel, die diesen zusätzlichen Belastungen entsprechen, und es gibt natürlich keine entsprechenden Zufahrten. Die vorhandenen Straßen sind aber einer derartigen weiteren Aufschließung überhaupt nicht gewachsen.

Es ist wirklich einmal ganz klar festzustellen: Wenn General Motors und Opel Austria - ich habe gegen die Firmen an und für sich überhaupt nichts - rufen, dann geht Wien einfach in die Knie, und dem Herrn StR Edlinger und dem Herrn StR Swoboda sind die Bela-

stungen der Anrainer vollkommen egal. Es muß einmal völlig klar und deutlich festgestellt werden: Diese Leute, die jetzt in der Nacht durch den Werksbetrieb gestört werden und es erleiden müssen, daß durch diese Siedlungsgebiete täglich Schleichwege nachvollzogen werden, waren lange vor GM hier ansässig. Sie haben keine Förderungen erhalten. Sie haben sich ihre Häuser selbst gebaut und müssen jetzt diesen Belästigungen ausgesetzt sein. Aber das ist anscheinend den Herrn Stadträten und der sozialdemokratischen Fraktion völlig egal. Der einzelne Mensch, der vorher da war, hat für sie überhaupt keinen Stellenwert!

Noch ein Wort bitte, weil der Herr StR Edlinger dieses Thema angeschnitten hat. Man macht die SPÖ immer für die Arbeitsplatzvernichtung verantwortlich. Da fallen mir zwei Namen ein, die in letzter Zeit viel genannt wurden und mir jetzt wieder so untergekommen sind, nämlich der Alexander Maculan und der Herr Ex-Minister Erich Schmidt. Was haben diese beiden Herren gemeinsam? Sie sind Großpleitiers! Sie leben persönlich recht gut und durchaus angenehm. Den Herrn Maculan kann man immer wieder in den Klatschspalten der Zeitungen sehen, und nachlesen, wie er sich vergnügt. Den Herrn Erich Schmidt trifft man sehr oft in Schwechat am Flughafen, wenn er seine Vergnügungsreisen antritt oder beendet. Beide haben gemeinsam ein Erbe hinterlassen, das vielen Arbeitnehmern oder Arbeitgebern größte Schwierigkeiten bereitet. Die nächste Gemeinsamkeit, die für Wien wesentlich ist: Sie wurden beide sehr großzügig mit ihren Unternehmungen gefördert!

Der Herr Schmidt hat über die "Osthilfe", die leider total verunglückt gehandhabt worden ist, sehr viel Schaden angerichtet. Der Herr Maculan wurde mit seinem Bauunternehmen in vielen Bereichen wesentlich bevorzugt. Bei Maculan hat man die Zeichen an der Wand nicht gesehen. Aber auch beim Erich Schmidt hat es wegen seiner Projekte, die er da im Ausland abgeführt hat, große Bedenken gegeben. Sie wurden aber nicht beachtet. Das ist die Verantwortung der SPÖ - nur in diesem kleinen Bereich -, die man wirklich groß anführen könnte. *(Abg Johann Driemer: Aber der Maculan, der gehört nicht zu uns!)* Bitte? *(Abg Johann Driemer: Der Maculan gehört nicht zu unserer Fraktion!)* Dann schauen Sie sich die Baustellen der Stadt Wien an, wo die Firma Maculan mit Dumpingpreisen die Konkurrenz ausgeschaltet hat! *(Abg Johann Driemer: Der gehört nicht zu unserer Fraktion!)* Also nach der ÖNORM hätten Sie diese Vergaben oft gar nicht akzeptieren dürfen! Das ist die Verantwortung der Stadt Wien: Zuerst die Preise durch eine Firma ruinieren lassen, und hinterher die Arbeitsplätze gefährden und andere Unternehmen noch in den Konkurs treiben! Also das muß einmal deutlich gesagt werden!

Aber ich möchte auch noch ganz wenig - nur in Stichworten - zum StR Swoboda sagen, der ja hier auch einen großen Bericht gebracht hat.

Die planlose Stadterweiterung in seiner Ära ...

(Amtsf StR Dr Hannes Swoboda: Warum haben Sie dann zugestimmt, oder sehr oft ja gesagt?) Ich habe jetzt gar nicht gesehen, daß Sie da sind, sonst hätte ich das vielleicht anders formuliert.

Ich sage es noch einmal: Die Initiativen der Freiheitlichen, Herr Stadtrat, haben Sie in letzter Zeit dazu bewogen, diese planlose Stadterweiterung, bei der Häuser ohne Infrastruktur und auch ganze Wohnhausanlagen ohne die notwendige Versorgungssituation gebaut worden sind, einzubremsen.

Die Gürtelsanierung ist schon angesprochen worden. Ich möchte da noch einmal - zum Vergleich - diese 450 Millionen ansprechen. Dieser Betrag würde in etwa ausreichen, um 30 Miethäuser zu sanieren! Da sieht man die Dimension, die hier tatsächlich zum Tragen kommen wird.

Die Nahversorgung durch die Einkaufszentren, die Sie mit Ihren Flächenwidmungen letztlich bewirken und auch bewirkt haben, ist ins Stocken geraten. Die Sanierung der lokalen Zentren findet überhaupt nicht statt. Das alles und vieles andere mehr sind Verantwortlichkeiten, welche die Konzeptlosigkeit dieser Stadtplanung in weiten Bereichen dokumentiert.

Wir werden uns heute auch noch sehr ausführlich - allerdings wahrscheinlich schon in den frühen Morgenstunden - mit dem Hochhausbau in Wien beschäftigen, bei dem anscheinend nach dem Zufalls- oder Privilegienprinzip vorgegangen wird.

Daher kann man ruhig feststellen: Die Stadtplanung in Wien hat keine langfristigen Konzepte und ist unkalkulierbar geworden, und das alles zum Schaden der Stadt! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Pilz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Dr Peter Pilz *(GRÜNE)*: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich komme jetzt direkt zum Geschäftsstück und darf Ihnen berichten, daß ich in der absoluten Ausnahme-situation bin, dem Herrn Berichterstatter und seiner Einleitung nach mehreren Stunden zustimmen zu dürfen.

Ich bin sehr froh, daß wir diese Geschäftsordnungsverhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht haben, verhehle nicht, daß wir uns einiges ausgestritten haben und - für mich manchmal überraschenderweise - die Mehrheitsfraktion in einzelnen Punkten durchaus wesentliche Neuerungen zugelassen hat, die ihr in dieser Legislaturperiode nicht mehr nützen hätten können. Das Ganze hat sich aber dadurch sicherlich relativiert, daß in dieser Legislaturperiode diese Geschäftsordnungsreform niemandem mehr in gravierender Weise nutzen wird können.

Mir bleibt nur, mich für die wirklich gute Zusammenarbeit im Geschäftsordnungsreformkomitee zu bedanken und anzukündigen, daß die wenigen offenen Fragen wie die Einführung von Untersuchungsausschüssen, die Verstärkung ganz bestimmter oppositioneller und Kontrollrechte in der nächsten Legislaturperiode Sicherlich einer weiteren Klärung zugeführt wer-

den.

Noch einmal: Danke schön! Wir beenden hiermit sicherlich eines der erfreulicheren Kapitel dieses Gemeinderates, und ich freue mich schon auf den nächsten, in dem wir diese Geschäftsordnung nach Lust und Laune und aus vollem Herzen ausleben dürfen. Vielen herzlichen Dank! *(Beifall bei den GRÜNEN. - Abg Göbl: Das war wie Weihnachten!)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Als nächstem erteile ich Herrn Abg Mag Karl das Wort.

Abg Mag Franz Karl (ÖVP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich werde mich ausnahmsweise nicht so kurz wie der Kollege Pilz halten, weil ich doch glaube *(Abg Volkmar Harwanegg: Warum nicht? Nehmen Sie sich ein Beispiel an Ihn!)* - na ja, einmal, sonst redet er stundenlang *(Abg Volkmar Harwanegg: Man kann ja auch gescheiter werden!)* -, daß es wichtig ist, zu diesem Geschäftsstück auch sachlich etwas zu sagen. Und so sehr ich die vorhergegangene Debatte geschätzt habe, sage ich Ihnen, sie war ganz einfach zu lang. Ihre Dauer hätte genau die Hälfte betragen können, dann wäre sie sinnvoll gewesen. Sie war viel, viel zu lang. Aber ich will jetzt trotz allem sehr genau auf das Geschäftsstück eingehen.

Zuerst allerdings noch ein Satz zu dem Antrag, betreffend Gentechnik der zu meiner großen Verwundung hier gestellt wurde. Wir haben hier eine allgemein politische Debatte, aber jeder geht hinaus und sagt, was er will. Denn, bitte, was hat die Gentechnik mit der Geschäftsordnung zu tun. Ich will nur sagen, weil mir das persönlich ein Herzensanliegen ist, daß ich glaube, daß die Gentechnik insgesamt etwas ganz besonders Wichtiges ist.

Wie Sie vielleicht wissen, bin ich bei den Muskelkranken tätig, und gerade wenn Muskelkrankheiten einmal wirklich geheilt werden sollten, so kann das einzig und allein über gentechnische Methoden geschehen. Daher werden wir diesem Antrag - auch wenn er sich mit anderen Dingen beschäftigt, aber ich sehe das als eine ganzheitliche Sache - nicht zustimmen.

Nun aber, meine Damen und Herren, zur Geschäftsordnung des Landtags, die ich doch für sehr bedeutend halte. In wichtigen Punkten haben wir die Debatte bereits bei der Änderung der Stadtverfassung im Landtag am 13. Mai 1996 durchgeführt.

Nur ganz kurz in Schlagworten: Außer der ÖVP waren alle anderen Parteien mit halbem Herzen dabei:

die SPÖ, weil sie die autoritative Bürgermeisterverfassung möglichst lange und möglichst ungeschmälert beibehalten wollte;

die FPÖ, weil sie als einzige Oppositionspartei das Instrument der dringlichen Anfrage zur Verfügung hatte;

und die Grün-Alternativen, weil sie in ihrer typischen Haltung ja überhaupt keine Geschäftsordnung brauchen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nehmen

Sie - ich möchte das als Charakteristikum sagen - die gerade diskutierte Mitteilung, zu der uns der Herr StR Edlinger gestern knappe 15 Zeilen Blabla zukommen hat lassen, während eine dringliche Anfrage schon einen Tag vorher im detaillierten Wortlaut bekanntgegeben werden muß, und der Herr StR Swoboda hat sich überhaupt spontan zu einer Wortmeldung hinreißen lassen. So sieht eben die Waffengleichheit zwischen Regierung und Opposition aus, und das wird sich auch mit der neuen Geschäftsordnung nur ein bißchen zugunsten der Opposition ändern.

Lassen Sie also einen Lehrer sagen: Von sehr gut oder gut kann bei dieser Geschäftsordnung nicht die Rede sein, genügend wäre zu hart, also ganz offen drei bis vier. *(Abg Josefa Tomsik: Sind Sie ein guter Lehrer?)* Ich hoffe es. *(Abg Josefa Tomsik: Dann wissen Sie, daß es Zwischennoten nicht gibt!)* Ich weiß schon, ich weiß schon. Also dann schreibe ich vielleicht "gerade noch drei" hin, wenn Sie mit mir darüber diskutieren wollen, aber mehr wirklich nicht. *(Abg Josefa Tomsik: Noch befriedigend!)*

Meine Damen und Herren! Ich will jetzt etwas tun, was man ohnehin viel zu selten macht, ich will mich nämlich auch ein bißchen detailliert mit dem Text der zu beschließenden Rechtsvorschrift auseinandersetzen, und ich darf Ihnen sagen, ich bin mit den Kronjuristen des Rathauses, die sicher damit sehr viel Arbeit hatten, sehr unzufrieden. *(Abg Josefa Tomsik: Das heißt, die benoten Sie jetzt auch!)* Ich will das auch in einzelnen Punkten begründen.

Schon im vergangenen Sommer habe ich den Vorschlag gemacht, für eine gute und parallele Lesbarkeit der Geschäftsordnung des Landtags und des Gemeinderats eine entsprechende Numerierung einzuführen. Aber die Juristen stören - oder störten, wir haben es jetzt Gott sei Dank ohnehin geändert - die Buchstaben a, b, c, d bei Paragraphen, denn anders ging es nicht, wenn das man wirklich parallel lesen wollte.

Dabei halte ich das geradezu für ideal, denn hat ein Paragraph einen beigeetzten Buchstaben, dann weiß man jetzt automatisch, der gilt nur in einem Vertretungskörper, hat er keinen Buchstaben, dann weiß man, daß dieser Paragraph sowohl im Gemeinderat als auch im Landtag gilt.

Jemand sagte zu mir, das sollte man doch nicht machen, denn jetzt würde der Kollege Stix die entsprechenden Paragraphen der Geschäftsordnung tatsächlich auch finden. Also ich halte das für eine kleine Bosheit, denn es sollten sich doch alle Kolleginnen und Kollegen in der Geschäftsordnung zurechtfinden.

Nun darf ich mich aber ein bißchen unserem Streiter im Geschäftsordnungskomitee, dem Kollegen Honay, zuwenden *(Abg Andreas Honay: Ja, bittell)*, der mir vielleicht auch einige Aufklärungen geben kann.

Zunächst einmal ist es mir nicht gelungen - ich bedauere das, aber ich werde versuchen, das heute als Vorsitzender des Gemeinderats noch auszunützen -, den Ausdruck zu eliminieren, daß der Vorsitzende durch "Erinnerungen" für die Aufrechterhaltung der

Ordnung sorgen kann. Ich habe es noch nie erlebt, daß eine Präsidentin, ein Präsident, eine Vorsitzende, ein Vorsitzender jemanden unter Hinweis auf die Geschäftsordnung etwa erinnert hat: Ich erinnere Sie, Kollege Westenthaler, daß Sie sich einer schöneren Sprache befleißigen sollten - oder so irgendwie. Ich halte das Wort "Erinnerung" ganz einfach fast für eine Erinnerung aus dem 19. Jahrhundert. Es ist das eine sprachliche Altertümlichkeit, aber Kollege Honay wollte es drinnen haben, also ist es drinnen. *(Abg Johannes Prochaska: Ein Urkonservativer halt!)* So ist es. *(Abg Josefa Tomsik: Da haben Sie sich als Lehrer nicht durchsetzen können! - Abg Johannes Prochaska: Der große Urkonservativer!)*

Nächste Kritik, meine Damen und Herren, auch an den Juristen. Wenn es schon etwas gibt, schreiben sie das kritiklos ab, bei neuformulierten Dingen sind sie ein bißchen besser und haben sich mehr Mühe gegeben. Ich wäre ja auch gerne in den Ausschuß gekommen, habe mir aber leider eine Woche Urlaub gegönnt. Im Ausschuß konnte ja auch noch einiges bereinigt werden, aber beim genauen Lesen, meine Damen und Herren - und das sollten Juristen machen -, findet man immer noch einiges.

Und so darf ich jetzt einen Abänderungsantrag einbringen. Leider Gottes waren die Sozialdemokraten - aber vielleicht stimmen sie jetzt zu -, nicht bereit, auf diesen Abänderungsantrag einzugehen. Es ist dies ein Abänderungsantrag, der eine Unterschiedlichkeit in der Geschäftsordnung des Landtags und des Gemeinderats entfernen soll.

Es ist im Gemeinderat so, daß eine Anfrage auch während der gesamten Sitzung eingebracht werden kann, im Landtag nur vor Beginn der Sitzung. Der Unterschied ist eigentlich nicht einzusehen, und ich weiß auch nicht, warum - ich sage das durchaus auch positiv -, nachdem man sich in so vielen Punkten geeinigt hat, man jetzt auf diesen einen Punkt besteht und hier eine Unterschiedlichkeit statuiert. Es sollen also die Worte im Paragraph ... *(Abg Josefa Tomsik: Da sollten Sie sich jetzt auf Ihren Juristen im Ausschuß verlassen! Auf den Kollegen Tschirfl!)* Und zwar wieso? *(Abg Josefa Tomsik: Sie kennen den Unterschied zwischen Landtag und Gemeinderat aber schon, nehme ich an! Auch als Lehrer und als langjähriger Angehöriger des Gemeinderats!)* Ich denke schon, ja. Bitte, kann man mir das kurz erklären, warum man das da nicht streichen darf, daß man eine Anfrage nicht während der Sitzung stellen kann. Welche bundes- oder landesverfassungsrechtlichen Dinge sprechen dagegen, das zu tun? Bitte, ich lasse mir das gerne von jedem Juristen erklären. Es kann sich ja auch nach der alten Geschäftsordnung sogar ein Beamter des Hauses Über Aufforderung zu Wort melden und uns das erklären, warum man das nicht streichen kann. Ich sehe wirklich keinen vernünftigen Grund. Wenn Sie es ablehnen, mein Gott, die Welt wird nicht untergehen, es ist nur schade, daß eine Rechtsvorschrift, bei der wir uns

doch auf vernünftige Dinge geeinigt haben, dann doch wieder einen kleinen Fehler hat.

Und da ich schon bei den Fehlern bin, meine Damen und Herren, darf ich jetzt noch auf einige eingehen.

Im § 26 heißt es folgendermaßen: "§ 26. Zu einem gültigen Beschluß des Landtages ist die unbedingte Stimmenmehrheit der in beschlußfähiger Anzahl anwesenden Landtagsabgeordneten erforderlich." - Also der Kollege Honay wird mir sicherlich gleich erklären - vielleicht in einem Zwischenruf -, was die bedingte Stimmenmehrheit ist. Der Ausdruck "unbedingte Stimmenmehrheit" ist eigentlich überhaupt nicht vernünftig zu erklären. Ich habe ihn allerdings nach späterem Studium der Ausschußgeschäftsordnung, glaube ich - sage ich vorsichtig -, verstanden. Er wird nämlich an einer Stelle der Ausschußgeschäftsordnung im Sinne einer absoluten Mehrheit verwendet. Was eine absolute Mehrheit ist, das brauche ich Ihnen nicht zu erklären, das werden Sie alle wissen. Bei einer Abstimmung kann es aber immer nur eine absolute Mehrheit geben.

Das heißt, der Begriff "absolute Mehrheit" hat überhaupt nur einen Sinn in einer Wahl. Wenn man also, wie das in der Geschäftsordnung der Ausschüsse steht, etwa durch den Gemeinderat oder Landtag ein Ausschußmitglied wählen läßt, weil die Fraktion keine Nominierung abgegeben hat, dann kann es passieren, daß da drei Abgeordnete auftreten und einer die relative Mehrheit hat. Dort muß man den Begriff "absolute Mehrheit" setzen. Im § 26 ist er überhaupt sinnlos.

Warum steht da ein "gültiger Beschluß"? Wenn es ein ungültiger Beschluß ist, dann ist es ja gar kein Beschluß. Also, das Wort "gültig" ist völlig sinnlos.

"... in beschlußfähiger Anzahl anwesend ...", heißt es weiter. Wenn keine beschlußfähige Anzahl anwesend ist, dann kann gar kein Beschluß gefaßt werden. Ich frage mich wirklich, wie die Juristen mitdenken, wenn sie diese Texte formulieren beziehungsweise abschreiben, weil sie irgendwo eben schon einmal gestanden sind.

Diese Wendung kommt übrigens auch im § 17 Abs. 6 vor. Dort hat sie genauso wenig Sinn. Es heißt dort: "Auf Vorschlag des Präsidenten kann der Landtag mit unbedingter Stimmenmehrheit der anwesenden Abgeordneten beschließen, daß ein Verhandlungsgegenstand von der Tagesordnung abgesetzt wird." Das ist in dieser Formulierung völlig sinnlos.

Ich komme zu einer weiteren Sache, die ich auch recht köstlich finde. In der Landtagsgeschäftsordnung ist von "selbständigen" Anträgen die Rede, in der Gemeinderatsgeschäftsordnung vernünftigerweise von "schriftlichen" Anträgen. Ich würde gerne wissen, was ein "unselbständiger" Antrag ist und ob man im Gemeinderat unselbständige Anträge stellen kann. - Das sind doch bitte, meine Damen und Herren, Dinge, die eher wieder einmal etwas für meine Faschingspressekonferenz sind, und ich frage mich wirklich, was die

Juristen hier getan haben, daß sie uns solche Dinge vorgelegt haben.

Ich weiß schon, Sie können jetzt sagen, diese Dinge wollten wir auch im Ausschuß ändern. Die wollten Sie nicht ändern, und ich sage auch gleich, worauf Sie sich berufen haben: daß das auch in der Stadtverfassung steht. *(Abg Ing Karl Svoboda: So ist es!)* Na, umso schlimmer! Dieser Unsinn steht auch in der Stadtverfassung. *(Abg Ing Karl Svoboda: Dort hätte man es ändern müssen!)* Ich weiß schon. *(Abg Ing Karl Svoboda: Bei der Stadtverfassung hätten Sie das verlangen sollen! - Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Ich weiß schon, ich weiß schon! Aber man kann ja auch immer noch klüger werden und vor allem kann man bei diesen Dingen, wie ich festgestellt habe, etliches überlesen. Ich werde Ihnen jetzt auch gleich noch dokumentieren, was man alles überlesen kann.

Ich beginne - ich habe es mit dem Kollegen Hundstorfer schon besprochen; Sie werden vor Begeisterung hochspringen - mit einem Beistrich. Im § 23 Abs. 1 heißt es nämlich: "Anträge auf Schluß der Debatte können jederzeit, jedoch ohne Unterbrechung des Redners" - Beistrich -, gestellt werden und sind sofort zur Abstimmung zu bringen." Der Beistrich gehört nicht hin. Es wäre mir vielleicht, obwohl ich gut bin in Deutsch, gar nicht aufgefallen, aber wenn man eben die Geschäftsordnungen parallel liest, dann findet man denselben Satz in der Geschäftsordnung des Gemeinderats, und dort ist richtigerweise kein Beistrich gesetzt.

Nun kann man sagen, daß ist I-Tüpferei *(Abg Rudolf Hundstorfer: Ja!)*, aber das ist es nicht, meine Damen und Herren, denn ich sage Ihnen, wenn die Juristen auf der einen Seite und die Abgeordneten auf der anderen Seite die Gesetze so genau lesen würden, wie ich das - ich träume ja schon davon, weil ich sie ja auch fünf Jahre verhandelt habe - getan habe, dann würden wir in dieser Republik und in diesem Land bessere Gesetze haben.

Daher nenne ich jetzt noch für die sozialdemokratische Fraktion und die kommende Reform - denn ich hoffe ja, daß wir, nicht so wie bisher, die Geschäftsordnung in 10-Jahres-Abständen reformieren werden, sondern in wesentlich kürzeren Abständen - die entsprechenden Punkte, damit Sie sich dann das Stenographische Protokoll hernehmen und das entsprechend finden können. Ich weiß, Sie werden das alles nicht so ernst nehmen, aber mir ist das sehr ernst.

In den beiden Vorlagen kommt zum Beispiel das Wort "des Einlaufes" vor; gemeint ist der Posteinlauf. Etliche Male steht in der Geschäftsordnung "Einlaufs", zweimal steht "Einlaufes". - Auch das müßte Juristen auffallen.

Über die "unbedingte Stimmenmehrheit" habe ich schon gesprochen.

Im § 20 Ziffer 2 könnte man die Worte "für das Geschäftsstück" streichen.

Wir haben nach dem § 23 die Überschrift "Beschlüsse" vergessen, denn in der Gemeinderatsge-

schäftsordnung steht "V. Beschlüsse", hier steht es nicht. Das sollte man noch hinzufügen, auch der Übersichtlichkeit halber.

Natürlich können Sie sagen, warum haben Sie das nicht im Ausschuß verlangt. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, über die Beschlüsse zum Beispiel habe ich ganz einfach hinweggelesen. Aber wozu haben wir Juristen? Wenn alle sich das genau anschauen, dann kann man das auch entsprechend gut machen.

Nach § 24 Abs. 2 wäre folgender Abs. 3 anzufügen:

"(3) Die Anwesenheit der Hälfte der Landtagsabgeordneten ist nur zur Beschlußfassung, nicht aber auch zu Beginn oder zur Fortsetzung der Beratungen erforderlich." Das hielte ich sogar für einen ganz wichtigen Paragraphen, denn wenn ich die ständige Anwesenheit betrachte, so könnte man ja daraus, daß eben in der Gemeinderatsgeschäftsordnung steht, es müssen nicht immer die Hälfte oder ein Drittel anwesend sein, in der Landtagsgeschäftsordnung das aber nicht steht, rückschließen, daß auch während der Beratung immer ein Drittel anwesend sein muß. Na herrlich! Dann werden wir endlich ein volleres Plenum haben.

Ich komme auf den § 27 Abs. 3. Da steht in der Landtagsgeschäftsordnung: "Ablehnende Anträge sind unzulässig." - Also erstens einmal halte ich das für eine Selbstverständlichkeit. Interessanterweise steht es in der Gemeinderatsgeschäftsordnung nicht, dafür fehlt aber in der Landtagsgeschäftsordnung: "Anträge, die nicht zur Sache gehören, also sich nicht als Gegen-, Abänderungs- oder Zusatzantrag zu einer in Verhandlung stehenden Gesetzesvorlage oder einem Antrag darstellen, sind unzulässig." - Das steht nicht drinnen, deswegen haben wir ja den Gentechnikantrag, der überhaupt keinen Zusammenhang mit der Tagesordnung hat.

Aus dem § 30d Abs. 3 darf ich Ihnen auch einen sprachlichen Leckerbissen vorlesen. Da heißt es: "Dem Landtag steht auch das Recht zu, jeden solchen Antrag an den Ausschuß beziehungsweise an die Kommission oder die Landesregierung zu verweisen" - alles okay, aber jetzt kommt es - "und bis auf weiteren Bericht die Verhandlungen abubrechen."

"Bis auf weiteren Bericht die Verhandlungen abubrechen." - Also erstens ist es nicht sehr deutsch, zweitens, wenn man es schon als Deutsch klassifiziert, ist es altertümlich. Ich nehme an, gemeint ist "und bis auf weiteres die Verhandlungen abubrechen".

Im § 33 Abs. 1 sollte das Wort "zuständiges" gestrichen werden.

Der § 35 Abs. 2 ist auch ganz lustig. Meine Damen und Herren, hier steht - ich muß immer blättern, darum dauert es ein bißchen -: "Jeder Antrag im Landtag muß mit der Formel versehen sein, 'der Landtag wolle beschließen'" - das finde ich auch lustig, denn im Gemeinderat muß nichts mit der Formel versehen sein, "der Gemeinderat wolle beschließen"; also ich sehe hier keinen zwingenden Grund; das hat man nämlich

abgeschrieben, daher ist es auch da wiedergekommen. Der weitere Text lautet: "und hat den Wortlaut des nach dem Antrag zu fassenden Beschlusses sowie eine kurze Begründung zu enthalten."

Viel vernünftiger wäre folgende Formulierung: "Diese Anträge sind in formulierter Fassung mit kurzer Begründung und der Unterschrift des Antragstellers/der Antragsteller dem Präsidenten zu Beginn der Sitzung zu überreichen." Das ist genau die Formulierung, die für den Gemeinderat gilt, und die ist die vernünftigste.

Im § 38 Abs. 4 wäre das Wort "sonst noch" zu streichen.

Meine Damen und Herren! Das Ganze ist eine Fundgrube für Lustigkeiten, denn zum Beispiel ist es gelungen, daß große "Ja" und "Nein" noch im Ausschuß hinauszubringen, denn einmal ist es groß geschrieben worden und einmal ist es klein geschrieben worden. Auch hierfür liegt kein vernünftiger Grund vor.

Es ist zum Beispiel der Erste Präsident in der Stadtverfassung groß geschrieben, also mit einem großen "E", der Zweite Präsident mit einem großen "Z", offenbar so als eine Art Eigenname, in der Geschäftsordnung ist er klein geschrieben. Da ist die Argumentation des Kollegen Honay, daß die Stadtverfassung und die Geschäftsordnung übereinstimmen sollen, schon wieder völlig ins Leere gegangen, denn da stimmt sie ja auch nicht mit dem Geschäftsordnungstext überein.

Jetzt darf ich Ihnen noch etwas Lustiges sagen. Interessanterweise gibt es einen "Landesamtsdirektor", aber keine "Landesamtsdirektion", sondern es gibt nur einen "Landesamtsdirektor" und eine "Magistratsdirektion", wenn Sie das in der Geschäftsordnung lesen. Das finde ich auch komisch. Entweder heißt das Magistratsdirektor und Magistratsdirektion und im Landtag dann eben Landesamtsdirektor und Landesamtsdirektion, aber daß plötzlich im Landtag der Landesamtsdirektor die Magistratsdirektion zu irgend etwas anweist, das finde ich auch recht lustig.

Und jetzt - damit bin ich dann schon am Schluß, meine Damen und Herren - sage ich noch ein Wort zur heutigen Fragestunde, weil mich die auch wieder einmal geärgert hat. Der Kollege Pilz hat noch rechtzeitig interveniert, damit wir wenigstens bis zur seiner hübschen Anfrage betreffend den "vorehelichen Geschlechtsverkehr" gekommen sind, wir sind aber wieder einmal nur bis zur 6. Anfrage gekommen - zur Benachteiligung der Opposition. Ich hoffe, daß die kommenden Präsidenten und Vorsitzenden viel strenger sind und sowohl die Abgeordneten wie auch die Stadträte zu wirklich kurzen Fragen und kurzen Beantwortungen zwingen.

Ich habe mir unlängst im Fernsehen die Fragestunde im Nationalrat angeschaut. Also, da können wir wirklich alle miteinander etwas lernen, wie das zack, zack geht. (Abg Ing Karl Svoboda: Nein, zack, zack geht überhaupt nichts!) Ich möchte aber nur eines auch noch sagen, und das sage ich insbesondere dem Herrn VBgm Rieder, aber auch noch anderen Stadträ-

ten: Wir haben ohnehin schon keine Zeit in der Fragestunde, aber immer wird noch die gestellte Anfrage im Wortlaut wiederholt. Da wird gesagt, "Sie haben mich gefragt", und dann wird noch einmal das vorgelesen, was wir eh am Zettel stehen haben. Das ist sogar nach der Geschäftsordnung ausdrücklich nicht vorgesehen. "Die Anfrage ist nicht mehr zu verlesen", steht sowohl in der alten wie auch in der neuen Geschäftsordnung. Vielleicht könnte man diese Vorgangsweise der Beantworter ändern. (Abg Ing Karl Svoboda: Das ist für die Zuhörer auf der Galerie!) Na ja, die auf der Galerie haben ja die Anfragen auch aufliegen.

Und wenn wir schon bei der Galerie sind, bitte auch dazu noch ein kleiner Gag. "Diese Anfragen sind auf der Galerie aufzulegen", heißt es in der Geschäftsordnung des Landtages, und auf "den Galerien" sind sie gemäß der Geschäftsordnung des Gemeinderats aufzulegen. Ich weiß nicht, haben wir im Gemeinderat plötzlich mehr Galerien als im Landtag.

Alle diese Dinge, meine Damen und Herren, zeigen, daß bei aller Mühe und bei aller Anstrengung - ich habe ja selbst sehr eifrig mitgearbeitet -, hier wirklich etwas zusammenzubringen, es noch immer - ich würde fast sagen - eine extrem große Anzahl von Fehlern gibt. Dazu hätten wir, meine Damen und Herren, die Juristen. Das muß 17mal gegengelesen werden, damit solche Dinge eben nicht vorkommen.

Ich sage es Ihnen noch einmal: Ich glaube, wenn alle Damen und Herren Abgeordneten mit dem nötigen Verantwortungsbewußtsein die Gesetze, die sie beschließen, lesen würden, dann würde das dieser Republik und der Stadt Wien sehr gut tun. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsidentin Ingrid Smelkal: Als nächster hat sich Herr Abg Dr Günther zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Helmut Günther (FPÖ): Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach diesem langen Ausflug unseres Mathematikprofessor Karl in das breite Feld der Legistik kann man eigentlich dem Rechtsbüro der Magistratsdirektion nur raten, ihm einen Werkvertrag als Lektor zu geben. Vielleicht macht sich das dort auch durchaus positiv bemerkbar. (Abg Gerhard Göbl: Das wäre ein Zusatzeinkommen!) Da das aber nach der jetzigen Regelung verhältnismäßig hoch zu besteuern ist, würde ihm das auch nicht viel bringen.

Wir verhandeln und beschließen heute eine Geschäftsordnung, die vier Jahre lang verhandelt wurde und deren Grundlage vor zwei Monaten durch die Änderung der Wiener Stadtverfassung ermöglicht worden ist. Und was ist herausgekommen? Wir beschließen eine Geschäftsordnung, die zum Teil Neuerungen bringt, die es im Parlament bereits seit Jahrzehnten gibt - zum Beispiel mündliche Anfragen mit der Möglichkeit, Zusatzfragen durch Abgeordnete anderer Fraktionen stellen zu können oder den Abschluß von Fraktionsvereinbarungen über das Aufrufen von mündlichen Anfragen in einem vorgegebenen Kreislauf -,

aber wir beschließen auch eine Geschäftsordnung, die Neuerungen aufnimmt, die erst seit ein paar Jahren im Parlament gültig sind wie zum Beispiel die Durchführung einer Aktuellen Stunde oder das Aufrufen der Beantwortung der dringlichen Anfrage um 16 Uhr. Und dann beschließen wir auch noch Neuerungen, die erst vor kurzem im Parlament geändert wurden, und zwar die Einschränkung der Oppositionsrechte für die größte Oppositionspartei. Auch das wird jetzt hier im Haus im Bereich des § 36 beim Einbringen von dringlichen Initiativen beschlossen.

Was beschließen wir aber nicht? Wir beschließen wichtige Bereiche nicht, die der Opposition Möglichkeiten gegeben hätten, hier in diesem Haus etwas zu bewegen.

Zum Beispiel beschließen wir nicht die Einrichtung von Untersuchungsausschüssen. Das kommt in der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag nicht vor. Gerade diese Untersuchungsausschüsse haben im Bereich des Parlaments dadurch viel Positives gebracht, daß sie Negatives aufgedeckt haben. Ich denke nur an den Untersuchungsausschuß im Bereich des AKH, der Phyrn Autobahn, des Milchwirtschaftsfonds oder der NORICUM.

Wir beschließen unter anderem auch nicht das Rederecht für den Rechnungshofpräsidenten hier im Hohen Haus. Gerade dieses Rederecht hätte den Vorteil gehabt, daß Rechnungshofberichte hier diskutiert werden könnten und derjenige, der diesen Rechnungshofbericht erlassen hat, auch befragt werden kann. Auch dies wäre eine Möglichkeit für die Opposition gewesen, hier mehr Informationen einzuholen.

Das zeigt, daß der vorliegende Entwurf der Geschäftsordnung, der heute zu beschließen ist, nur ein Minimalergebnis darstellt, das von allen Fraktion getragen werden kann. Die SPÖ hat sich mit ihrer absoluten Mehrheit, die bis heute noch besteht, dagegengestemmt, mehr Oppositionsrechte in diesem Hohen Hause zuzulassen. Nach der Wahl am 13. Oktober werden die Freiheitlichen ein Garant dafür sein, daß es hier zu Änderungen kommen kann.

Da die vorliegende Geschäftsordnung aber immer noch besser ist als das bisher Bestehende, wird die freiheitliche Fraktion die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Als nächster hat sich Herr Abg Hundstorfer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Rudolf Hundstorfer (SPÖ): Danke, Frau Präsidentin! Herr Stadtrat!

Herr Mag Karl hat die Juristen dieses Hauses kritisiert. Ich möchte nicht den Mathematiker kritisieren, der vier Jahre gebraucht hat, um gewisse Ungereimtheiten aufzuzeigen. Ich darf Herrn Mag Karl nur einladen, das Landesgesetzblatt für Wien, 31. Stück, zu lesen, da hat er einiges mitbeschlossen. Dann darf ich ihn einladen, die Bundesverfassung zu lesen, dort haben wir einiges bezüglich des Landesamtsdirektors geregelt. *(Abg Mag Franz Karl: Kollege Hundstorfer!*

Ich war so darauf konzentriert, die Parallelität herzustellen, daß ich sicher manches überlesen habe!) Ja, vier Jahre lang. *(Abg Mag Franz Karl: Nein, nein, nicht vier Jahre lang! Da haben wir ja noch nicht gewußt, was herauskommt!)* Dann darf ich, Herr Mag Karl, auch erinnern - weil Sie heute die Erinnerung so betont haben - an das gesamte Entstehungsprocedere. Ich kann mich daran erinnern, im Ausschuß des Herrn StR Hatzl noch mitgeholfen zu haben, daß wir den Abänderungsantrag gemeinsam zusammenbringen, obwohl ich gar nicht Mitglied dieses Ausschusses bin, aber ich habe mich trotzdem noch bemüht, das fertigzubringen.

Ich glaube, wir sollten die Kritik dort ansetzen, wo sie tatsächlich anzusetzen ist, und sollten nicht das Haus hier als Ganzes hinstellen. Ich würde wirklich ersuchen, bei ein paar Kritikpunkten zuerst das Landesgesetzblatt, zuerst die Bundesverfassung anzuschauen und dann erst die Kritik vorzubringen. *(Abg Mag Franz Karl: Ich bin bereit, mich in jedem Punkt der Diskussion zu stellen!)* Gut. Das können wir weitere vier Jahre tun bis zur nächsten Reform. *(Abg Mag Franz Karl: Da hat es Unterschiede gegeben in der Geschäftsordnung und in der Verfassung! Ich erinnere nur an die Klubstärke zwei und dreißig. Das ist jahrelang in diesen zwei Rechtsmaterien gestanden! Das hat niemanden gestört!)* Ich lade Sie noch einmal ein: Diskutieren wir die nächsten vier Jahre und schauen wir, was dann herauskommt. *(Abg Mag Franz Karl: Hoffentlich nicht! Ein Jahr! In einem Jahr sollten wir zu einer neuerlichen Reform kommen!)* Ich bewundere Ihren Optimismus.

Ich möchte auf die Inhalte dieser Geschäftsordnung gar nicht mehr viel eingehen, denn ich habe das bereits bei der Novelle zur Stadtverfassung getan, die wir vor einiger Zeit beschlossen haben. Ich möchte auf all diese Punkte, vom Minderheitsrecht beginnend über das verstärkte Rederecht in den Ausschüssen, die Präsidialkonferenz und so weiter, gar nicht mehr eingehen.

Ich glaube, daß wir einen sehr wichtigen Schritt gesetzt haben beziehungsweise setzen werden. Ich werde mir dann auch noch gestatten, im Gemeinderat einen gemeinsam getragenen Abänderungsantrag einzubringen.

Es sei mir aber eines noch gestattet, da es heute schon ein paarmal der Fall war, daß man versucht, der sozialdemokratischen Fraktion mehr oder weniger alle Pleiten Österreichs umzuhängen, etwa Hofman & Maculan oder den Herrn Schmidt.

Ich glaube, Herr Prinz, man sollte da so vorgehen, wie es sich gehört. Ich habe Hofman & Maculan noch nicht auf so vielen Zeitungsseiten in den Gesellschaftsspalten gesehen, wie Sie gemeint haben, aber ich könnte genauso sagen, ein Mandatar Ihrer Partei, dem es wirtschaftlich auch nicht sehr gut geht, nämlich der Herr Meischberger, fährt immer noch mit dem Porsche durch die Gegend und hat auch die Arbeitsplätze in seinem Betrieb gefährdet.

Ich glaube, auf diesem Niveau sollten wir uns nicht

bewegen, denn gerade Sie wissen, wo Hofman & Maculan den Verlust gebaut hat. Das wissen Sie, glaube ich, viel, viel besser als viele hier. *(Abg Walter Prinz: Weil in Wien das Preisniveau ruiniert ist!)* Sie wissen auch, was freie Wirtschaft heißt, denn Sie sind ja einer der Repräsentanten dieser freien Wirtschaft.

Und bei aller Diskussion über General Motors: Ich glaube, gerade eine Partei, die vorgibt, für die Menschen in der Wirtschaft dazusein, für Arbeitsplätze dazusein, müßte auch der Tendenz entgegenwirken, daß wir zwar alle Arbeitsplätze wollen, aber nicht vor der eigenen Haustür. Das kann nicht die Zukunft sein, daß kann nicht die Zukunft einer Stadt sein! Ich glaube, hier ist die Kritik ins Leere und in die falsche Richtung gehend. Ich kann sie daher wirklich nur zurückweisen.

Zurückkommend zur Geschäftsordnung: Ich ersuche Sie um Annahme. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet.

Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter amtsf StR Johann Hatzl: Hohes Haus!

Selbstverständlich ist es bei einer Sitzung, die die letzte einer Funktionsperiode ist, doch so, daß naturgemäß die Sprecher aller politischen Parteien, die hier vertreten sind, durchaus ihre Reden auch noch verstärkt abstimmen im Hinblick auf die Aussagen, die für den 13. Oktober getroffen werden sollen - daran ist kein Zweifel -, und selbstverständlich kann es manchmal passieren, daß Vertreter der Regierungspartei das Positive, das es in einem hohen Maße vorzuzeigen gilt, vielleicht etwas stärker charakterisieren, aber selbstverständlich habe ich auch zur Kenntnis genommen, daß - und das ist durchaus legitim - Oppositionsparteien grundsätzlich alles als falsch, als schlecht und als unrichtig darstellen.

Es dauert nicht mehr allzulange, bis die Entscheidung durch die Wienerinnen und Wiener getroffen wird, und ich persönlich bin zutiefst davon überzeugt, daß es durchaus möglich ist, hier die richtige Gewichtung und die richtigen Entscheidungen über die Stärkeverhältnisse für die kommende Funktionsperiode vorzunehmen.

Das ist auch der Grund, warum es jetzt nicht besonders sinnvoll ist, bestimmte Kommentierungen verschiedener Redner vorzunehmen, mit kleinen Ausnahmen vor allem dort, wo ich meine, daß ich entweder direkt angesprochen wurde, oder wo es eine tatsächliche Entstellung von Themenbereichen gibt.

Das erste: Herr Abg Pilz hat davon gesprochen, daß die Mehrheitsfraktion - ganz besonders die zuständige Abteilung und ich politisch - das vollziehe, was das FPÖ-Volksbegehren vor einigen Jahren verlangt hat. Wenn er eine objektive Betrachtung, die möglicherweise für ihn schwer ist, zugrunde legt, dann wird er draufkommen, daß es praktisch eigentlich keinen einzigen Punkt, sondern höchstens einen halben

Punkt gibt - das gebe ich gerne zu, für einen halben Punkt trifft das zu -, für den diese Aussage zutreffen würde. Auf die anderen 11 Punkte trifft seine Feststellung nicht zu. Da gibt es klare Unterschiede zwischen den Auffassungen der Sozialdemokratie und der Freiheitlichen Partei, wenn die Freiheitliche Partei noch auf dem Boden des Volksbegehrens von damals steht, was man annehmen muß.

Das zweite: Ich habe mich keineswegs auf Beamte ausgedet - wer mich kennt, weiß, daß ich das überhaupt nicht tue -, aber Tatsache ist auch, daß man als amtsführender Stadtrat nicht über jede Frage, die ein Beamter im Vollzug seiner Tätigkeit macht, vorher informiert wird. Das wäre völlig unsinnig. Ich unterstelle auch dem Herrn Dr Pilz nicht, daß er als Klubobmann aller grünen Mandatare in dieser Stadt verantwortlich gemacht werden kann für jede Äußerung, die ein grüner Bezirksrat oder Mandatar irgendwo macht, beziehungsweise für Auffassungen, Meinungen, Ausdrücke und ähnliches mehr. Das liegt daher auch in der Eigenverantwortung einzelner.

Aber ich füge gleich hinzu: Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß die Beamten in Absprache mit den entsprechenden Bundesdienststellen ein Gesetz vollziehen und daß bestimmte Fragen gestellt werden, und zwar so gestellt werden, wie es von den Bundesdienststellen empfohlen beziehungsweise gewünscht wird, um das hier auch noch einmal klarzustellen.

Nebenbei - aber das muß nicht unbedingt Gegenstand der Diskussion sein -: Ich nehme gerne den Wettbewerb auf, wer nichtösterreichischen Staatsbürgern in den letzten Jahren bisher mehr und wirksamer geholfen hat. Ich nehme an, daß es anderen, die das besonders kritisieren, sehr schwerfallen wird, mich in bezug auf Hilfe, nämlich auf tatsächliche Hilfe, zu übertrumpfen. *(Abg Dr Peter Pilz: Ich habe eine Zusatzfrage! - Präsidentin Ingrid Smejkal: Bei der nächsten Fragestunde!)*

Drittens: Herr StR Kabas hat auch von den Entwicklungen von 1989 bis 1996 in bezug auf Veränderungen bei der Anzahl von Nichtösterreichern in Österreich und in Wien gesprochen. Natürlich, das ist richtig, nur sollen wir nicht übersehen, welche politische Situation es in den Jahren 1989 und 1990 gegeben hat und daß seither eine besonders starke Zuwanderung, eine besonders starke Entwicklung in jenen Teilbereichen entstanden ist, wo Menschen entweder überhaupt erst dabei waren, ihre Freiheit zu bekommen und manche durchaus mißtrauisch waren, ob diese politischen Veränderungen überhaupt zu einer tatsächlichen Freiheit führen würden oder wo zweitens in einem anderen Teil, nicht unweit von uns, eine entsetzlich kriegerische Situation entstanden ist. Das hat die Entwicklung vor allem in den Jahren 1989 bis 1992 sehr wesentlich geprägt, und ich stehe dazu, daß es eine ganz wichtige Verpflichtung auch dieses Landes ist, in einer solchen Notsituation für die Menschen offen zu sein, ihnen zu helfen und sich nicht zu verschließen.

Wenn er aber den Zeitraum zwischen 1993 und 1996 genauer betrachtet, dann wird er eigentlich feststellen können, daß seine Behauptungen von diesem schrankenlosen Zuzug überhaupt nicht mehr zutreffen können, weil in Wirklichkeit hier eine Stabilität in der Anzahl der Nichtösterreicher eingetreten ist, obwohl sich durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union eine Veränderung insofern ergeben hat, daß jene, die europäischen Bürger sind, ganz einfach die Freizügigkeit auch des Lebens in den EU-Staaten besitzen. Das heißt, de facto hat es im Maximum in den letzten drei Jahren von den Zahlen her gerechnet nicht mehr als 15 000 gegeben, die eine neue Genehmigung erhalten haben. Davon abzurechnen sind wieder alle jene, die Österreich, die Wien verlassen haben - solche hat es auch gegeben, aber die müssen sich ja nicht registrieren lassen -, sodaß - ich sage es noch einmal - die Behauptung, es gebe in den letzten Jahren einen schrankenlosen Zuzug von Nichtösterreichern nach Wien und eine weitere Überfremdung - denn das steckt dahinter -, schlicht und einfach eine falsche und nur politisch motivierte ist, um Angst zu machen und damit Stimmen zu gewinnen.

Gestatten Sie mir auch noch eine andere Bemerkung. Es gibt auch keine Ausländer-rein-Politik für die Zukunft, wie sie heute von Herrn Kabas behauptet wurde. Eine solche Behauptung aufzustellen, ist absurd, wenn sogar in den "Salzburger Nachrichten" vom 9. August - das ist bekanntlich der heutige Tag - der Innenminister festhält: "Ich habe nie vorgeschlagen, Frauen und Kindern von Gastarbeitern von der Ausländerbeschäftigungsquote auszunehmen und ohne Rücksicht auf die Arbeitslosenzahlen auf den Arbeitsmarkt zu lassen." Sondern er hat eigentlich darauf verwiesen - und das in Abstimmung auch mit dem Herrn Khol, dem Klubobmann der Bundes-ÖVP -: "Ehe man neue Ausländer ins Land lasse, sei es humaner und sozial verträglicher, jene Ausländer, die schon länger im Land sind, besser zu integrieren. Das bedeute auch, daß man ihnen legale Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen soll" - und jetzt kommt der wesentliche Halbsatz dazu -, "aber natürlich nur innerhalb der dafür vorgesehenen Quote, also in Absprache mit dem Sozialminister und mit den Bundesländern."

Damit bricht eigentlich die gesamte Argumentation der Wiener FPÖ zusammen, daß hier auf Kosten der Bürger eine Überfremdung, wie man sagt, vorgenommen werde und in Wirklichkeit weitere Menschen en masse nach Wien geholt werden.

Ich sage es noch einmal: Es wird auch in Zukunft keine Ausländer-rein-Politik geben, aber auch keine Deportationen wie jene der Juden zwischen 1938 und 1945, um sie außer Landes zu bringen. Das möchte ich auch klargestellt haben und dokumentieren.

Meine Damen und Herren! Es ist auch davon gesprochen worden, daß man seitens der Politik keine Arbeitsplatz- und Beschäftigungsgarantien abgeben solle, wobei ich, wenn man sich den Inhalt etwas genauer betrachtet, schon fast den Eindruck hatte,

Abgeordneter Serles hat heute eine Rede gegen seine eigene Partei und gegen seinen Vorsitzenden gehalten, aber zumindest hätte ich in der Zukunft ganz gerne eine bessere Orientierung, denn nach Serles hat Prinz gesprochen, und der hat eigentlich das Gegenteil beklagt und verlangt. *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Breites Spektrum!)* Man kann sagen, das ist die demokratische Breite - ich habe schon gewußt, daß das jetzt kommen wird - innerhalb der Freiheitlichen Partei. Ich halte das allerdings für einen weiteren Punkt der politischen Praxis, jedem in dieser Stadt alles zu versprechen mit der Garantie, es nie einlösen zu müssen und daher auch nie auf den Wahrheitsgehalt geprüft zu werden. *(Zwischenruf des Abg Gert Wolfram.)*

Es bleibt halt dabei: Die Freiheitliche Partei ist sicher keine Partei der Arbeiter, Angestellten, Pensionisten und Jungen, sie ist eigentlich eine Partei, die sich nur an den wendet, mit dem sie gerade spricht, und keine Angst davor hat, in der nächsten Minute durch einen anderen das Gegenteil zu verlangen. Das nennt man dann "demokratische Breite" einer politischen Bewegung. Ich würde eher jene, die sich mit dem Stimmzettel politisch so entscheiden als solche betrachten, die ihre Stimme bewußt wegwerfen, weil es eigentlich eine verlorene Stimme für eine politische Zukunft ist. *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Nein, die Wähler wissen schon, was sie tun!)* Aber das wird man sicher ausdiskutieren.

Eine letzte Bemerkung in Richtung FPÖ noch. Ich habe mit Interesse dem Herrn Westenthaler zugehört in bezug auf die sogenannten Multikassierer. Also ich würde nicht ganz so sicher sein. Wenn man das so oberflächlich betrachtet - ich sage: oberflächlich betrachtet -, wie es er getan hat, würde ich ihm empfehlen, nochmals genauere Überprüfungen im Bereich der freiheitlichen Mandatäre, Funktionäre und Abgeordneten vorzunehmen. Da gibt es guten Grund - offensichtlich auch in der Wiener Organisation, wie man hört -, tätig zu sein und sich dann besser zu verschweigen im Vorwurf gegen andere. Aber das gehört halt ein bißchen zum effektiven Schmutzkübel, den man gelegentlich gerne herausholt und verwendet und dokumentiert.

Meine Damen und Herren! Zum vorliegenden Antrag habe ich die Auffassung, man soll im Bereich dieses Geschäftsstückes jene Anträge beschließen, auf die sich die Klubs vorher geeinigt haben. Das ist ein Grundprinzip, das es für diesen Tagesordnungspunkt gegeben hat, und daher empfehle ich, einem Einzelantrag, der hier eingebracht wurde, nicht die Zustimmung zu erteilen. *(Abg Mag Franz Karl: Sie empfehlen Ihre Haltung dazu!)*

Bei den anderen Resolutions- und Beschlüssen ist meiner Auffassung nach eine Zustimmung auch nicht notwendig, weil in vielen Bereichen, die hier angesprochen wurden, die Mehrheitspartei und vor allem der Wiener Bürgermeister tätig ist.

Selbst zum Problem mit der Gentechnik, das angesprochen wurde, darf ich zumindest auch dokumentie-

ren, daß es vom zuständigen Ministerium einen Entwurf in Begutachtung gibt, der in hohem Maße eigentlich dem Rechnung trägt, was man jetzt plötzlich als Antrag verlangt, wobei das Land selbst in Wirklichkeit gar nicht selbständig tätig werden könnte. *(Abg Hannelore Weber: Warum haben Sie es dann beim Embryotransfer machen können?)* Daher bedarf es auch hier keiner Zustimmung. Sie müssen sich nur informieren. *(Abg Hannelore Weber: Warum kann man es bei der Gentechnik nicht machen?)*

Entschuldigung, ich habe mich ja gerade in der Frage der Lebensmittel und der Gentechnik vor zwei Monaten sehr klar und deutlich für einen bestimmten Weg ausgesprochen, und ich freue mich, daß die zuständige Bundesministerin mit einem entsprechenden Entwurf tätig geworden ist, der sicherlich auch Ihnen recht ist, wenn Sie sich diesen Entwurf ansehen und eine entsprechende Beurteilung vornehmen. *(Abg Hannelore Weber: Aber bis dahin wird es in Österreich schon Genprodukte geben!)*

Nun bleiben noch zwei Schlußbemerkungen übrig: Herr Abg Dr Günther hat nochmals angesprochen, daß es im Parlament den Untersuchungsausschuß gibt, und sein Fehlen bei uns beklagt. Jeder, der im Parlament war, weiß, daß eigentlich die entsprechende Vollzugskontrolle im Parlament vor dem Untersuchungsausschuß nur der Rechnungshof war, denn die Abgeordneten sind in den Vollzug der Ministerien und der Minister - das wissen Sie als ein dort Beschäftigter am besten - überhaupt nicht eingebunden. Sie können beim Budget und beim Rechnungsabschluß oder zu einzelnen Gesetzen Stellungnahmen abgeben.

Hier im Haus ist es anders. Da gibt es eine Vollzugskontrolle der Abgeordneten im zuständigen Gemeinderatsausschuß, im Kontrollausschuß, im Kontrollamt und durch den Rechnungshof, das heißt, um ein Vielfaches mehr, und im Parlament ist letztendlich nur das gelöst worden, was in Gemeinderäten oder in Landtagen - aber vor allem in Gemeinderäten - schon üblich ist. Das ist eine kleine Begründung.

Und weil der Begriff "Boshaftigkeit" einmal in einer anderen Form von Herrn Abg Karl gebracht wurde, als er gemeint hatte, der erste Teil dieser Diskussion hätte kürzer sein können, sage ich nochmals: Ich teile diese Auffassung nicht, denn es ist klar gewesen, daß es hier ein Bedürfnis gibt, Bilanz zu ziehen. Aber korrekterweise muß ich sagen, es hat zum ersten Teil eine Wortmeldung einer Parteilosen gegeben, zwei Wortmeldungen von der grünen Fraktion, drei Wortmeldungen von den Sozialdemokraten und je fünf von ÖVP und FPÖ. Also zur Kürze hätte Ihre eigene Partei ein bißchen mehr mit beitragen können. *(Abg Mag Franz Karl: War durchaus auch eine Kritik an der eigenen Parteil!)* Ich versuche, es immer mathematisch zu beantworten. *(Heiterkeit. - Abg Josefa Tomsik: Du bist kein Lehrer!)*

Ansonsten ersuche ich um Zustimmung zu den gestellten Anträgen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Wir kommen zur Ab-

stimmung.

Ich lasse als erstes über den Abänderungsantrag abstimmen. *(Abg Ing Karl Svoboda: Über welchen?)* Es gibt nur einen, ich kann ihn aber kurz noch einmal vorlesen. Es geht darum, daß der vorliegende Entwurf einer Geschäftsordnung des Landtages für Wien wie folgt abzuändern ist: Im § 31 Abs. 2 erster Satz sind die Worte "vor Beginn der Sitzung" zu streichen. Das ist der Antrag.

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. - Das ist die Minderheit. Somit ist dieser Abänderungsantrag nicht angenommen.

Ich bitte nun jene Mitglieder des Landtags, die der Geschäftsordnung des Landtages für Wien zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschluß- und Resolutionsanträge.

Ich lasse als erstes über den Antrag - ich sage jetzt nur ein Stichwort - über die gentechnikfreie Zone abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren des Landtags, die für diesen Antrag sind, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Minderheit.

Beim nächsten Resolutionsantrag - ich sage wieder nur ein Stichwort - geht es um die Werkverträge.

Wer für diesen Resolutionsantrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist die Minderheit.

Der nächste Antrag betrifft die einseitige Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionisten und die Einführung der Krankenscheingebühren.

Wer für diesen Resolutionsantrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. - Auch das ist die Minderheit. *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Die Koalition ist größer geworden! Ich habe geglaubt, die Koalition gibt es sonst nur nach der Wahl - Weitere Zwischenrufe.)*

Der letzte Resolutionsantrag betrifft - auch in Kurzfassung - die Maut.

Wer für diesen Resolutionsantrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. - Das ist die Minderheit.

Somit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Wir kommen zu Postnummer 6. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Besoldungsordnung 1994, die Pensionsordnung 1995, das Ruhe- und Versorgungsgenüßzulagegesetz 1995 und das Wiener Bezügegesetz 1995 geändert werden.

Berichterstatter hiezu ist Herr amtsf StR Hatzl. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Amts f StR Johann Hatzl: Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Da ich informiert bin, daß Wortmeldungen vorliegen, brauche ich es nicht näher zu erläutern. Ich ersuche um Zustimmung für die Gesetzesentwürfe.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke.

Gemäß § 35 Abs. 10 der Geschäftsordnung schla-

ge ich vor, die General- und Spezialdebatte zusammenzulegen.

Wird gegen diese Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet.

Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Sander. Ich erteile es ihr.

Abg Jutta Sander (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Einleitend zum Berichterstatter des Vorpunktes, der gemeint hat, für die Opposition sei sowieso alles falsch und schlecht. Dazu kann man nur sagen: Der Opposition ist ja nur selten Gelegenheit geboten, an Ausarbeitungen entsprechend mitzuarbeiten, also wird dann auch wohl die Kritik daran kommen.

Zu diesem Geschäftsstück. - Ich gehe das artikelweise durch, weil ich davon ausgehe, daß in der erster Lesung vielleicht auch eine artikelweise Abstimmung erfolgen wird, und begründe kurz unsere Position.

Zur Besoldungsordnung. - Mehrmals wurde bereits in diesem Jahr und auch schon im Vorjahr unter dem Titel "Sparpaket" die Kürzung der Karenzzeit auf 18 Monate diskutiert. Ich gehe nicht näher darauf ein, denn wir haben hier schon öfter darüber diskutiert, warum wir diese Kürzung nicht befürworten. Die Höhe des Karenzgeldes wird für 1997 auf dem Stand von 1996 eingefroren; das sind zirka 6 000 S. Meine Damen und Herren, überlegen Sie sich genau, wie weit Sie selbst mit 6 000 S im Monat kommen, und beurteilen Sie, wie das aussieht, wenn man das dann auch noch für das nächste Jahr einfriert.

Wir sind also gegen die Kürzung der Karenzzeit auf 18 Monate und gegen das Einfrieren der Bezüge auf dem Niveau des Jahres 1996, somit also gegen diesen Artikel I.

Zu den Artikeln II und III, Pensionsordnung und Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz. - Dazu möchte ich zunächst schon anmerken, daß alleine der Titel irgendwann einmal an die heutige Zeit anzupassen wäre. Wer versteht denn Versorgungsgenußzulagegesetz, wenn man es ihm nicht näher erklärt oder wenn er nicht selbst davon betroffen ist?

Wenn man Krankheit ernst nimmt - und Frühpension bei Beamten ist ja praktisch nur möglich, wenn man krank ist -, dann soll Krankheit nicht bestraft werden oder mit Strafe gleichgesetzt werden. Oder wird den Amtsärzten unterstellt, falsche Diagnosen zu stellen? - Dann muß man hier klare Richtlinien setzen oder die Amtsärzte überprüfen.

Diese Gesetzesnovelle löst nur einen finanziellen Aspekt der Pensionskassa, setzt aber überhaupt keine Leistungsanreize, sondern tote Seelen hinter Schreibtische. Darunter leiden die KollegInnen, die Abteilung, das Image. Es behindert auch den Dienstleistungscharakter, den die Stadt eigentlich haben sollte und stellt ganz sicher auch kein modernes Management dar.

Wir sind also gegen diese Form der Bestrafung für Krankheit. Wenn mit diesem Gesetz andere Mißstände

saniert werden sollen, dann soll man diese Mißstände konkret angehen und beheben. Wir sind also gegen diese Artikel II und III.

Zum Artikel IV, Bezügegesetz. - In den letzten Landtagen wurde in den verschiedenen Punkten am Bezügegesetz herumgedoktert.

Auch diese Novelle ist eine Fortschreibung von Politikerprivilegien. Und wir haben mehrfach betont, daß wir statt des Sonderstatus Politikerpension die Möglichkeit der Weiterversicherung im bisherigen Bereich vorziehen. Also nicht hier extra Politikerpension, dort extra irgendeine andere Pension und scheidet man dann aus, fehlen einem die Jahre dort und jeder ist eigentlich nur darauf ausgerichtet, diese acht Jahre da abzusetzen, damit er dann mit 60 Jahren mit 46 Prozent in Pension gehen kann. Das ist ganz sicher nicht die Vorstellung vom politischen Engagement.

Übrigens möchte ich hier, was Politikerprivilegien betrifft, nicht unerwähnt lassen, daß ich mit 31. Juli mein Beamtengehalt nicht mehr beziehe, weil ich die neue Regelung, die im Parlament beschlossen wurde, benützt und auf die Bezüge als Beamtin verzichtet habe.

Ja, also wir werden auch aus der vorher genannten Begründung diesem Artikel IV nicht zustimmen. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsidentin Ingrid Smekal: Als nächster hat sich Herr Abg. Herzog zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Johann Herzog (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der vorliegende Entwurf hat eine Vielzahl von Regelungen, die sich hier mit der Besoldungsordnung, Pensionsordnung, dem Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz und auch mit dem Wiener Bezügegesetz beschäftigen.

Zu den ersteren Punkten ist eine freiheitliche Zustimmung als gegeben zu sehen. Wir haben ja auch in diesem Sinne bereits im Ausschuß unsere Meinung deponiert. Dagegen sind wir der Ansicht, daß wir dem Wiener Bezügegesetz 1995 nicht zustimmen werden.

Ich glaube, daß es eine ganz eigenartige Novellierung ist, die am letzten Tag einer Gemeinderatssitzung stattfindet, wenn man in der letzten möglichen Sitzung jene Novelle beschließt, sozusagen fünf nach zwölf, was die öffentliche Meinung betrifft, die sich ein klares Urteil gebildet hat über die Art und Weise, wie mit Politikerprivilegien umgegangen wird. Es ist eine unnötige Vorgangsweise, weil ja eine Generalreform in Aussicht gestellt ist, und ich ja doch erwarte, daß hier endlich Taten gesetzt werden und daß die versprochene Generalreform kommen wird.

Es ist auch eine überfallsartige neue Regelung gewesen, eine überfallsartige Novellierung, weil eine solche Vorgangsweise, in der letzten Gemeinderatssitzung - für offensichtlich nur einige Wochen - einen Beschluß zu fassen, der wieder alte Dinge perpetuiert, sozusagen als unnötig zu betrachten ist. Und ich glaube also, daß heute hier diejenigen, die zustimmen,

einen Beschluß fassen, der die jetzige gegebene Kopplung an die Beamtengehälter sozusagen als Willensäußerung dieses Landtags wieder perpetuiert, wieder verstärkt und damit zeigt, daß in diesem Sinne von vielen hier im Hause noch so gedacht wird.

Und eine Vertiefung dieses Systems wollen wir sicherlich nicht. Wir wollen garantiert nicht eine Neuregelung, die in bisheriger Weise auf dem Beamten-schema aufbaut. Wir halten daher diese Vorgangsweise für unnötig, unverständlich und werden daher diesen Punkt ablehnen.

Wir ersuchen deshalb um eine getrennte Abstimmung in der ersten Lesung zwischen Wiener Bezüge-gesetz und den anderen zur Novellierung anstehenden Ordnungen beziehungsweise Gesetzen und werden in der ersten Lesung das Wiener Bezügegesetz ablehnen, dem anderen zustimmen und in der zweiten Lesung alles ablehnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Weitere Wortmeldungen liegt nicht vor.

Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter amtsf StR Johann Hatzl: Meine Damen und Herren!

Vielleicht wäre es doch notwendig gewesen, bei der Einleitung noch zu sagen, daß es sich hier im wesentlichen um die Vollziehung einer Vereinbarung handelt, die auf der Bundesebene zwischen den Ländern, den Gewerkschaften und dem Bund getroffen wurde und die nunmehr auch hier für bestimmte Bereiche nachzuvollziehen ist.

Ich verstehe, daß politische Parteien, die im Parlament bestimmten Teilbereichen oder überhaupt den Gesetzen dort nicht zugestimmt haben, hier ihre Haltung beibehalten. Daher finde ich auch die gesamte Diskussion über diesen Bereich für weiter entbehrlich, denn die politischen Positionen zwischen den Parteien sind ja nach der Vereinbarung auf der Bundesebene und im Parlament auch entsprechend vorgenommen worden und das soll ja nicht ein Abklatsch der Diskussion sein.

Ein einziger Punkt ist aber dennoch hervorzuheben aus der Wortmeldung des Herrn Abg Herzog. Abgesehen davon, wenn wir jetzt seinen Vorstellungen nachfolgen und beim Bezügegesetz das nicht beschließen, dann bleibt es eigentlich bei der jetzigen Regelung. Die jetzige Regelung ist für die Politiker die bessere Lösung als die, die heute zum Beschluß vorgeschlagen wird.

Streng gerechnet treten Sie eigentlich dafür ein, daß es bei der besseren Regelung bleibt, das könnte man so auslegen. Und wenn Sie von der Generalreform reden, dann möchte ich mich durchaus mit dem auch auseinandersetzen, und zwar in zwei Fragen.

Also halten wir noch einmal fest, würden wir das heute nicht beschließen, dann wäre die bessere Regelung weiter in Geltung und es würde wahrscheinlich dazu führen, daß vehement die Freiheitliche Partei ab morgen aufzeigt, die Wiener Politiker beschließen nicht einmal das, was man auf der Bundesebene bereit war,

zum Nachteil der Politiker zu beschließen. In diese Falle tappen wir nicht hinein, das liegt auf der Hand. Da müssen wir eher sagen, Sie wollen die bessere Lösung und die bessere Regelung noch ein Stück der Zeit weiter beibehalten.

Abschluß einer generellen Regelung. Sie wissen aus den jetzigen Entscheidungen, daß ja einige Teilbereiche bereits im Parlament mit einer Verfassungsbestimmung gelöst wurden. Die Frau Abg Sander hat darauf verwiesen, daß aufgrund einer solchen Entscheidung auch sie in der Lage ist, für sich persönlich etwas in Anspruch zu nehmen, was sie rechtlich bisher als Möglichkeit nicht hatte. Und daher ist es nicht sinnvoll, jetzt bestimmte Wiener Gesetze und Bestimmungen vorzunehmen, wenn man nicht weiß, wie im Herbst des heurigen Jahres - und das hat ja die Bundesregierung und das haben ja auch die beiden großen Parteien des Parlaments so vereinbart und angekündigt - weitere Regelungen und Neubeschlußfassungen erfolgen.

Daher ist es nicht sinnvoll, in der letzten Sitzung des Landtags ein Gesetz vorzulegen, das unter Umständen zum Zeitpunkt der Wirksamkeit durch einen Verfassungsbeschluß im Parlament möglicherweise außer Kraft gesetzt ist. Daher haben wir das abzuwarten und dann die entsprechenden rechtlichen Bestimmungen auf der Wiener Ebene zu diskutieren beziehungsweise neu festzulegen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Einfachheit halber, meine sehr geehrten Damen und Herren, würde ich Sie bitten, daß wir in der ersten Lesung über jede einzelne Novelle - es wurde ja die getrennte Abstimmung verlangt - abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die der Novelle zur Besoldungsordnung zustimmen können, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mehrstimmig so beschlossen.

Wer der Pensionsordnung, sprich der Novelle zur Pensionsordnung, zustimmen kann, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mehrstimmig.

Wer der Novelle zum Ruhe- und Versorgungs-genußzulagengesetz zustimmen kann, den bitte ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mehrstimmig.

Und wer der Novelle zum Wiener Bezügegesetz zustimmen kann, den bitte ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mehrstimmig so beschlossen.

Wir müssen noch einen Punkt beschließen, das ist der fünfte. Das ist der Termin des Inkrafttretens dieses Gesetzes. Es ist der 1. Oktober 1996.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem zustimmen können, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist ebenfalls mehrstimmig so beschlossen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die

dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit in zweiter Lesung mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Die Postnummer 7 der Tagesordnung betrifft den Tätigkeitsbericht 1995 des Unabhängigen Verwaltungssenats Wien an den Wiener Landtag.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn amtsf StR Hatzl, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Johann Hatzl: Sehr geehrte Präsidentin! Hohes Haus!

Am Beginn der neunten Stunde meiner Berichterstattertätigkeit darf ich nun hier das dritte Geschäftsstück einleitend referieren. Es wurde ja schon mitgeteilt, es betrifft den Tätigkeitsbericht 1995 des UVS. Ich möchte sie ersuchen, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen, und ersuche um die entsprechende Diskussion zum Tätigkeitsbericht.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke, zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich als erste Frau Abg Sander gemeldet. Ich bitte sie, das Wort zu nehmen.

Abg Jutta Sander (GRÜNE): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zu begrüßen ist, daß der Tätigkeitsbericht für das Jahr 1995 schon auf dem Tisch liegt, die Vorberichte haben ja viel länger auf sich warten lassen, also man soll auch Positives bemerken und das tue ich hiermit.

Zum Inhalt: Viele Seiten von diesem Tätigkeitsbericht widmen sich dem Zitat von Gesetzestexten. Jetzt denke ich mir, er ist nicht sehr umfangreich der Bericht, und da wird er ein bißchen aufgepöppelt mit solchen Texten, aber ich glaube, das ist nicht notwendig, und im übrigen genügt es, wenn man diese Texte zum Nachschlagen im Anhang klein abdruckt. Dann können die, die so etwas gerne lesen wollen, sich das hinten anschauen, und man muß sich da nicht - in wie vielen Seiten - durch einen gesetzestextartigen Bericht durchfressen.

Es werden sehr viele Zahlen genannt, es schaut alles sehr erhoben und formell aus. Diese Zahlen werden aber nie in irgendwelche Beziehungen gesetzt. Dieser UVS-Bericht wird uns ja hier als Tätigkeitsbericht vorgelegt, und wir als Landtagsabgeordnete sind ja dazu verpflichtet, wenn da etwas drinnensteht, entsprechend zu handeln. Das ist nach diesem Bericht alleine nicht möglich, denn da muß ich noch sehr viel phantasieren, damit ich mir überhaupt verschiedenes zusammenreimen kann.

Zum Beispiel beim Arbeitsanfall. Auf Seite 11 steht drinnen, daß es eine Steigerung von 16 Prozent gegenüber 1994 gibt, aber mich würde vielmehr interessieren, warum es diese Steigerung gegeben hat. Sind also die Bürger mündiger geworden und machen mehr Beschwerden? Sind die Behörden strenger geworden und haben sehr viel mehr Entscheidungen dazu geführt, daß die Leute dann mehr Berufungen geschrieben haben, oder werden dort mehr Gesetze judiziert? Sie können sich das aussuchen. Nur eine Anfrage dort bei Mitgliedern kann Ihnen Auskunft darüber erteilen.

Denn eigentlich kann man - ja, man kann es nach dem Wetter fühlen, oder man weiß es nicht.

Interessante Zahlen fehlen, zum Beispiel fehlt eine Verjährungsquote überhaupt. Oder es fehlt auch der Zusammenhang zwischen der Quote der aufgearbeiteten Fälle und was denn das eigentlich heißt, also nur wenn drinnensteht 49 Prozent der Akten des Jahres 1995 sind erledigt, was bedeutet das für die restlichen 51? Oder was wäre zu erreichen, sinngemäß?

Also ich denke mir, ohne diese Aussagen, und wenn man nicht Juristin aus dem Fachbereich ist, kann man wirklich nicht viel damit anfangen. Es gibt auch keine inhaltlichen Argumente wie, die Erstinstanz entscheidet zu spät, daher kommt es zu mehr Verjährungen, oder Gesetze wären eigentlich so und so zu verändern - das wäre nämlich auch unsere Aufgabe hier, einzuschreiten.

Ich erwarte mir als Mitglied des Landtags, dem dieser Tätigkeitsbericht vorgelegt wird, eben eine differenziertere Aufarbeitung der Probleme und stelle hier den Tätigkeitsbericht von Vorarlberg als Beispiel dar.

Zur Tätigkeit der Vollversammlung: Ich entnehme dem Bericht die Vertagung von Sitzungen aufgrund des Umfangs unter einer Protokollzahl. Sehr wichtig, es ist vertagt worden, aber es ist keine zweite Protokollzahl angelegt worden - es gleicht einem Faschingscherz möchte ich sagen, denn über den Inhalt der Sitzungen selbst entnehme ich dem Tätigkeitsbericht gar nichts, also es ist viel wichtiger festzustellen, daß man sehr knausrig ist mit den Protokollzahlen, als was da eigentlich besprochen worden ist. Für mich wäre es tatsächlich interessanter, ein bißchen etwas darüber zu wissen, was die Vollversammlung in ihren Versammlungen gemacht hat. Es ist ja für uns als Landtagsabgeordnete durchaus nicht Geheimnis oder sollte es nicht sein.

Es ist auch von Interesse, warum sich in vier von elf zu besetzenden Planposten der Vorschlag der Vollversammlung nicht mit dem Beschluß der Landesregierung deckt. Der Bericht weist wieder einmal keine Antwort aus. Ich muß also davon ausgehen, daß es sich bei einer dieser Personen vielleicht - zum Beispiel - um ein Protektionskind handelt, wie ich der Presse im Februar 1995 entnehmen konnte, und es sei hier die Frage aufgeworfen - und ich fühle mich als Abgeordnete, die da auch Kontrolle ausüben soll, schon verpflichtet, ein bißchen darauf einzugehen -, wie dann vielleicht Bescheide eines Protektionskindes ausschauen, wenn dann im Bescheid Fahrscheinverfärbung statt Parkscheinverfärbung drinnensteht. Man muß ja wohl wissen, ob man eine Parkometersache oder eine Fahrscheingeschichte behandelt, und wenn man dann statt Erfolgsdelikt Ungehorsamkeitsdelikt qualifiziert, ist das auch ein Problem, denn das setzt Umkehr der Beweislast voraus. Aber bitte, das sind Details am Rande. Immerhin wäre es doch sehr interessant gewesen, warum die Empfehlung der Vollversammlung nicht gewertet wurde.

Zum Raumbedarf: Heute ist der UVS auf drei Adressen, nämlich Dresdner Straße, Schiffamtsgasse und Höchstädtplatz, verteilt. Ich glaube, ich habe hier schon einmal darüber berichtet, daß es sicher nicht sehr sinnvoll ist, wenn Akten über Schubhaftbescheide dann mit dem Taxi von der Schiffamtsgasse in die Dresdner Straße und zurück transportiert werden, aber so ist es. Ich selbst habe vor kurzem erlebt, ich war nämlich mit dabei, bei einer Verhandlung am Höchstädtplatz: Eine Zeugin ist nicht aufgetaucht, freundlicherweise hat man die Verhandlung unterbrochen, und wir haben die Zeugin dann in der Dresdner Straße gesucht, und die Verhandlung ist dann fortgesetzt worden. Aber ich denke mir, das liegt auch in der Bewertungskompetenz des Landtags, über die Wichtigkeit eines unabhängigen Landesverwaltungsgerichts zu urteilen, das man immerhin eingeführt hat, um dem europarechtlichen Status zu entsprechen.

Die Zukunft, was den Raumbedarf betrifft, heißt also Muthgasse. Das ist dann eine Adresse ohne Anbindung an die U-Bahn. Ich weiß nicht, an welche Buslinien das Haus dann dort genau angebunden werden wird, und wenn man aus dem Tätigkeitsbericht entnimmt, daß es zirka 5 500 und etliches an Verhandlungen im Jahre 1995 gab, kann man das jetzt ein bißchen höher ansetzen, also kann man sagen fast 6 000 oder mehr Verhandlungen im Jahr mit mindestens 10 000 Personen beziehungsweise Behördenvertretern, die dorthin fahren, gehen, mit dem Auto, zu Fuß. Das kostet Zeit, Geld und lockt sicher auch Autoverkehr an. Also ich glaube, daß die Adresse Muthgasse vielleicht modern sein wird, aber vielleicht doch nicht ganz geeignet sein wird für einen derartigen Parteienverkehr.

Zum Personalstand: Der entspricht ganz sicher nicht dem tatsächlichen Bedarf, und die da drinnen angeführten zirka 200 Erledigungen - es sind angeblich weit mehr als 200 Erledigungen pro Mitglied des UVS - müssen sich zweifellos auf die inhaltliche Art der Erledigungen niederschlagen, sage ich jetzt einmal. Denn wenn es darum geht, quantitativ Erledigungen dieser Art zu werten, so wäre es doch wohl sinnvoller, diese Erledigungen qualitativ zu werten. Ich selbst erwarte mir - und ich glaube, das erwarten sich sehr viele hier - vom UVS Wien, ein unabhängiges Landesverwaltungsgericht zu sein. Das heißt, Rechtsschutzeinrichtung müßte im UVS ausgebaut werden, Ausbau der unabhängigen Kontrolle der Verwaltung und Erweiterung der Kompetenzen.

In Wien zeichnet sich nichts dergleichen ab. Zum Beispiel Grundverkehr-Vergaberecht, Regelungen der Kontrolle im Umweltbereich, AWG und so weiter, das könnte alles dort stattfinden. Und zur Unabhängigkeit gehört ganz sicher auch die Absicherung der Posten der Mitglieder gegenüber dem Magistrat Wien, denn wenn ich dort entscheiden soll gegen den Magistrat oder für den Magistrat - das wird sich ja im Fall entscheiden -, aber wenn ich immer weiß, meine weitere sechsjährige Bestellung hängt sicher davon ab, ob ich

gefällige Gutachten, gefällige Entscheidungen treffe, dann werde ich mir das wahrscheinlich überlegen, gegen den Magistrat zu entscheiden. Und die Neubestellung der Mitglieder erfolgte wieder auf sechs Jahre statt auf Lebenszeit, so wie es andere Bundesländer gemacht haben, die auch sechs Jahre sozusagen Probezeit hatten. Ich sehe dies als Abhängigkeit.

Der UVS soll auch keine Mauschelinstantz sein, wo der Präsident die Magistratsabteilungsleiter fragt, ob die Entscheidungen wohl passen. Ich hab da ein Beispiel, wo erwähnt wird, daß das kollegiale Gespräch auch im Interesse des Bürgers die wirtschaftlichste und zielführendste Methode darstellt, umfassenden Rechtsschutz zu gewähren. Ich meine, daß meistens die kollegialen Gespräche schon ausgeschöpft sind, wenn die Leute dann versuchen, Recht bei Gerichten zu bekommen, und wenn dann der Präsident meint, die Anrufung des Verwaltungsgerichtshofs zur Klärung strittiger Rechtsfragen wird ganz offensichtlich in den seltensten Fällen als taugliches Mittel angesehen, dann muß ich als lebhafteste Demokratin sagen, es tut mir leid, wenn es so ist, denn ich denke mir: Sicher möchte ich nicht sofort alles in erster Linie bei einem Gerichtshof erstreiten müssen, aber ich sehe es eigentlich schon als Mittel der letzten rechtlichen Möglichkeiten, in letzter Instanz zum Verwaltungsgerichtshof oder zu einem unabhängigen Verwaltungssenat zu gehen. Also, ich sehe keinesfalls, daß die kollegiale Methode diejenige ist, die zielführender ist und mehr verspricht.

Wie es bei der Wiederbestellung war, konnte man auch der Presse vom 1. Juli 1996 entnehmen. Da titelt die Presse: "Verwaltungssenat - Wiederbestellung als gutes Mittel der Einflußnahme." Die Verlängerung der Bestellungen sei ein gutes Mittel der Einflußnahme auf ein korrektes Arbeiten im UVS Wien, hatte Moser im Vorfeld dieser Personalentscheidung einem hochrangigen Wiener Magistratsbeamten versichert. Es tut mir leid, wenn es so ist. Ich halte das also wirklich für die verkehrte Methode, ein unabhängiges Landesverwaltungsgericht für Wien zu haben oder zu etablieren. Es ist ja erst seit 1991 da, und wir sollten uns wirklich bemühen, dem UVS eine tatsächliche Unabhängigkeit und unabhängige Stellung zu geben.

Konkret betreffen diese Nichtwiederbestellungen zwei Frauen. Nummer eins, wen wundert's?

Nummer zwei, die zwei Frauen waren in Karenz und haben das in Anspruch genommen. Das zeigt ganz klar die Haltung, die mir der Präsident Moser in einem Gespräch auch vor Jahren ausgedrückt hat, Frauen sind unpraktisch, denn die können Kinder kriegen. Ich frage Sie schon, in welcher Gesellschaft leben wir, wenn auch in solchen Instanzen in erster Linie daran gedacht wird, daß Frauen Kinder kriegen können? Ja, sie können Kinder kriegen, aber ich weiß nicht, Sie sind auch alle einmal Kind gewesen, hier sitzen auch viele Frauen, die Kinder haben. Möchten Sie alle selbst so beurteilt werden von Ihrem Vorgesetzten?

Ich meine wirklich, daß diese Art von Einstellung gegenüber Frauen in einem UVS überhaupt nichts

verloren hat. Noch dazu muß man sagen, daß sich eine der beiden als kritische Juristin und Publizistin einen Namen gemacht hat und daß ihre Kritik auch sicher dazu geführt hat, und *(zur SPÖ gewendet)* genau Ihnen müßte diese Frau ja sehr bekannt sein, sie ist Ihrer Fraktion sehr nahe. Ich habe deswegen auch einen Resolutionsantrag vorbereitet:

"Das Gesetz über den Unabhängigen Verwaltungssenat Wien soll dahin gehend geändert werden, daß die Mitglieder des UVS Wien von der Landesregierung analog zu den für Richter bestehenden bundesgesetzlichen Regelungen auf Lebenszeit ernannt werden."

Ich weise also abschließend noch einmal darauf hin, daß ich mir den UVS Wien als eine unabhängige Kontrollinstanz für die Verwaltung vorstelle und daß ich doch hoffe, daß man nicht mehr lange darauf warten wird müssen. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Als nächstem erteile ich Herrn Abg Dr Tschirf das Wort.

Abg Dr Matthias Tschirf *(ÖVP)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Der vorliegende Bericht des UVS Wien zeigt an den Zahlen, die hier vorliegen, daß hier tatsächlich Arbeit geleistet wurde. Die Zahl der Geschäftsfälle, 10 214 im Jahre 1994, 11 847 1995, sind für sich sprechend. Ich könnte mir auch vorstellen, daß in diesem Bericht noch etwas mehr über Rechtsvorschriften und darüber die Rede ist, wie sinnvoll, wie zweckmäßig diese sind, und das wäre eine wertvolle Anregung gerade auch an uns als Gesetzgeber. Ich glaube aber, daß an dieser Stelle jedenfalls der Dank an alle Mitarbeiter des UVS Wien auszusprechen ist.

Dieser Bericht zeigt aber noch etwas auf, und zwar weist er darauf hin, daß in Wien der Landesgesetzgeber nicht wie andere Landesgesetzgeber von der Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, dem UVS noch zusätzliche Aufgaben zu übertragen. Dieser Hinweis ist richtig und gut und sollte von diesem Haus nach dem 13. Oktober aufgegriffen werden.

Genauso wie das in anderen Bundesländern ist, sollte das auch in Wien im Sinne der Rechtsstaatlichkeit, das heißt im Sinne der Bürger, erfolgen. Das Ziel der Österreichischen Volkspartei ist die Umwandlung des Unabhängigen Verwaltungssenates in ein Landesverwaltungsgericht. Wir stellen uns daher auch den Richterstatus für Mitglieder des UVS vor, ähnlich wie das in Niederösterreich der Fall ist. Das gilt für das Dienstrecht, die Bestellungsmodalitäten, die Weiterstellungsmodalitäten und auch das Gehaltssystem. Die Diskussion darüber haben wir schon öfter in diesem Haus geführt, und das war zuletzt bei der Diskussion über den Tätigkeitsbericht 1994. In diesem Zusammenhang ist von uns eben verlangt worden, daß für die UVS-Mitglieder in Wien eine ähnliche Regelung des Gehaltsgesetzes geschaffen wird, wie das in Niederösterreich der Fall ist. Die SPÖ hat das abgelehnt und unter anderem auch damit begründet, daß die Mitglieder des UVS das selber nicht wollen. Ich habe aber dann in der nächsten Nummer der Zeitschrift der Un-

abhängigen Verwaltungssenate entnommen, daß die Mitglieder der Unabhängigen Verwaltungssenate die Meinung der ÖVP hier vertreten, und das ist dort nachzulesen. Es steht das in der Nummer vom April drinnen, daß die Mitglieder des UVS Wien eine Rechtsstellung haben wollen, wie sie in Niederösterreich gegeben ist. Das kann man nachlesen *(Abg Godwin Schuster: Der Schreiber meint das!)* und immerhin wird auf diese Zeitschrift der Unabhängigen Verwaltungssenate auch in dem Bericht hingewiesen, weil das an und für sich eine für die juristische Diskussion ausgesprochen wertvolle Zeitschrift ist, die mehr als nur eine Standeszeitschrift ist und die also hier in rechtspolitischen Diskussionen zeigt, wohin der Weg gehen sollte.

Die ÖVP wird sicherlich nach dem 13. Oktober alles daran setzen, daß dieser Unabhängige Verwaltungssenat in Wien zu einem Landesverwaltungsgericht wird. Wir halten das für einen wesentlichen Schritt im Sinne der Rechtsstaatlichkeit, im Sinne der Rechtssicherheit für den einzelnen Bürger und nehmen den Bericht gerne zur Kenntnis *(Beifall von der ÖVP.)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Als nächster hat sich zum Wort gemeldet Herr Abg Dr Günther. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Helmut Günther *(FPÖ)*: Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben erst vor wenigen Monaten den Bericht des UVS über das Jahr 1994 zur Kenntnis genommen, und jetzt liegt uns der Bericht über das Jahr 1995 im richtigen Zeitpunkt vor.

Der Kollege Tschirf hat schon darauf hingewiesen, daß wiederum eine Steigerung bei den Fällen, die im UVS behandelt werden, zutage getreten ist und daß sich auch der Personalstand erhöht hat, von damals 38 bis Ende 1995 auf immerhin 45. Und auch auf eines hat Kollege Tschirf sehr richtig verwiesen, es findet sich wieder der Hinweis der Herren des UVS, daß Wien die Möglichkeit nicht wahrnimmt, daß Landesgesetzgebung im UVS behandelt wird.

Da dieser Hinweis bereits im Bericht 1994 gestanden ist, haben die Freiheitlichen damals einen Antrag gestellt, auch hier die Möglichkeit auszuschöpfen und so wie in anderen Bundesländern die Landesgesetzgebung dem UVS zu unterlegen. Dieser Antrag wurde dem Ausschuß Bürgerdienst, Inneres, Personal zugewiesen und mit Schreiben vom 3. Juni 1996 schreibt mir StR Hatzl folgendes zurück:

"Der Verwaltungsgerichtshof" - wir haben damals begründet, daß es auch zu einer Entlastung des Verwaltungsgerichtshofes kommen könnte - "würde durch die beantragte Kompetenzerweiterung des UVS auch nicht entlastet, da aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit den Berufungsentscheidungen des Unabhängigen Verwaltungssenats Wien nicht zu erwarten ist, daß diese weniger oft bei den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechts angefochten würden als die Berufungsentscheidungen des Amtes der Wiener Landesregierung.

Die Administration in zweiter Instanz durch den

Unabhängigen Verwaltungssenat Wien ist im übrigen weitaus kostenintensiver, als eine solche im Rahmen des Amtes der Landesregierung, weshalb die Übertragung weiterer Aufgaben auch einen höheren Verwaltungsaufwand nach sich ziehen würde.

Das Land Wien wird aber in jenen Bereichen, in denen durch die Europäische Menschenrechtskonvention die Entscheidung eines Unabhängigen Tribunals über Civil Rights gefördert ist, von der Übertragungsmöglichkeit selbstverständlich Gebrauch machen."

Herr Stadtrat, das ist nicht sehr erfreulich, daß hier die Möglichkeit eines Unabhängigen Verwaltungssenaates nicht genützt wird.

Die Frage von mir ist jetzt nur an Sie: Wurde die Möglichkeit der Einschaltung des UVS im Bereich der Europäischen Menschenrechtskonvention schon einmal genützt oder war das bis heute nicht erforderlich?

Eine zweite Frage ist die Raumsituation. Im Bericht 1994 ist gestanden, daß es das Hauptbüro gibt in der Dresdner Straße, dann darüber hinaus eine Expositur im 2. Bezirk in der Schifffamts-gasse, und jetzt im Jahre 1995 gibt es schon wieder eine Expositur, und zwar im 20. Bezirk am Höchstädtplatz. Wir alle wissen, daß im Jahr 1997 die Muthgasse eröffnet werden sollte, und es sollte alles darangesetzt werden, das so schnell wie möglich zu erledigen, denn ich glaube, daß hier auf einfache Weise Reibungsverluste abgebaut werden können, weil doch durch Botentätigkeit und sonstiges zwischen den einzelnen Dienststellen Zeit- und Personalverluste entstehen.

Der dritte Bereich, der noch angesprochen wird - und der auch schon in den anderen Berichten angesprochen wurde -, ist die Einrichtung und der Wunsch nach dem Online-Zugriff auf verschiedene Datenbanken, wie die Grundstücksdatenbank, das Firmenbuch oder das Zentralmelderegister.

Hier steht dann im Bericht, daß bereits die technischen und organisatorischen Möglichkeiten ausgeschöpft sind und auch vorhanden sind, daß nur leider die rechtlichen Möglichkeiten noch nicht eingeleitet sind.

Und das kann ich mir einfach nicht vorstellen. Sie alle wissen, daß man bei jedem Immobilienmakler heute direkt in das Grundbuch greifen kann und es kann doch wohl für den UVS nicht schwierig sein, der für alle BürgerInnen in Wien tätig ist, eine derartige rechtliche Regelung auf Bundesebene zu erreichen.

Ich stelle daher gemeinsam mit meinen Kollegen Herzog und Zeihsel und der Kollegin Jutta Sander von den GRÜNEN den Antrag:

"Der zuständige Stadtrat möge mit der Bundesregierung in Kontakt treten, daß von den zuständigen Regierungsstellen die Regierungsvorlagen dem Parlament zur Beschlußfassung vorgelegt werden können."

Es bleibt mir zum Schluß nur noch, dem UVS für seine Tätigkeit zu danken, und wir nehmen den Bericht des Unabhängigen Verwaltungssenaates und die Tätigkeit des Unabhängigen Verwaltungssenaates unter ihrem Präsidenten Moser mit Dankbarkeit und Anerkennung

zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Schuster. Ich erteile es ihm.

Abg Godwin Schuster (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der vorgelegte UVS-Bericht für das Jahr 1995 hat mir gezeigt, daß die Haltung, die wir vor ungefähr sechs Monaten bei einem Antrag an den Tag gelegt haben, der für den UVS eine Fristsetzung mit sich gebracht hätte, richtig war, daß wir nicht eingegriffen haben in das demokratische Gefüge des UVS und daß mit dieser rechtzeitigen Vorlage auch dokumentiert wurde, daß das Verantwortungsbewußtsein, aber auch die demokratischen Strukturen innerhalb des UVS funktionieren.

Und ich glaube, daß für diese rasche - und für meine Begriffe auch sehr ausführliche - Vorlage dieses Tätigkeitsberichts der Dank nicht nur an den Präsidenten, sondern an alle Mitglieder der Vollversammlung auszusprechen ist für die Darstellung ihrer Leistungen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wer die Leistungen des UVS in den letzten Jahren aufmerksam beobachtet hat, kann eine sehr kontinuierliche, stark ansteigende Entwicklung feststellen.

Seit 1991, seit Einrichtung dieses UVS wurde vom Bundesgesetzgeber dem UVS eine Fülle von Aufgaben übertragen. Sie sind auch im Tätigkeitsbericht aufgelistet, daher erspare ich mir diese Anführung der einzelnen Behandlungsnotwendigkeiten durch den UVS.

Hingewiesen wurde schon auf die Fülle der Geschäftsfälle, und wenn man diese Geschäftsfälle vergleicht mit der Gesamtanzahl der Geschäftsfälle in den letzten fünf Jahren - und das hatte ich zu Beginn gemeint mit dem Hinweis auf den großen Arbeitsanfall -, dann kann man auch nachlesen, daß seit Bestehen des UVS bis Ende 1995 etwa 38 000 Verfahren anhängig waren. Und wenn alleine im Jahr 1995 17 886 Geschäftsfälle - das ist nicht ident mit den Verfahren - behandelt wurden, dann ist das schon eine enorme Leistung, die hiebei erbracht wurde.

Diese hohe Erledigungsquote - und das behandelt auch teilweise die Frage vom Kollegen Günther - hat es mit sich gebracht, daß im Geschäftsjahr 1995, also während des Tätigkeitsberichts, fünf weitere Senatsmitglieder installiert wurden, und für diese fünf weiteren Senatsmitglieder war natürlich auch ein Raumbedarf notwendig, und das ist auch der Grund für diese zweite Expositur, die hierfür vorgesehen war.

Die Anzahl der mündlichen Verhandlungen, die im Bericht mit knapp etwas über 5 500 angegeben wurde, muß auch noch zusätzlich im Zusammenhang mit den Fällen betrachtet werden, bei welchen die Anwesenheit von mindestens drei Senatsmitgliedern notwendig waren. Es war also eine Anzahl von insgesamt 7 016 Verhandlungsterminen gegeben, was an und für sich eine enorme Steigerung gegenüber dem Jahr 1994 bedeutet hat, nämlich in der Höhe von etwas über 40 Prozent.

Interessant für die korrekte Erledigung im UVS ist,

daß im Jahr 1995 die Anzahl der Beschwerden beim Verwaltungsgerichtshof beziehungsweise beim Verfassungsgerichtshof rückläufig war. Sie lag in diesem Jahr bei etwa 2 Prozent, und das ist schon eine Sache, auf die man zweifellos auch hinweisen muß, weil damit doch auch das Anerkennen der Rechtsprechung des Unabhängigen Verwaltungssenates dokumentiert wird.

Die Kollegin Sander hat auf die Wiederbestellungsmodalitäten und auch auf zwei Nichtwiederverlängerungen der Verträge hingewiesen und daß hievon zwei Frauen betroffen waren. Ich habe mich natürlich auch wegen dieses Umstandes erkundigt und habe mich persönlich überzeugen lassen, daß hier in keiner Weise Frauenfeindlichkeit im Vordergrund stand - in keiner Weise. Würde das nämlich der Fall sein, müßte ... *(Abg Jutta Sander: Das läuft immer auf Frauenfeindlichkeit hinaus!)* Kollegin Sander, schauen Sie sich die Geschlechtsaufteilung bei den Aufnahmen an. *(Abg Jutta Sander: Das ist eine Frauenfeindlichkeit!)* Ja, schauen Sie sich das an, damit ist genau das widerlegt, was Sie mit Frauenfeindlichkeit ausdrücken. Sondern maßgeblich für die Entscheidung der Nichtverlängerung dieser Verträge war ein Punktekatalog, der ganz einfach eine Leistungsbewertung im internen Bereich widerspiegeln soll, wo eine Fülle von Punkten angeführt sind, die erfüllt sein sollen, damit ganz einfach auch eine Rechtfertigung für eine Verlängerung des Vertrags gegeben ist, wobei in diesen Punkten in erster Linie auch berücksichtigt ist, die Anzahl der Erledigungen, auch berücksichtigt ist die Verjährung bestimmter Bescheide und auch berücksichtigt ist, wieviele Publikationen et cetera et cetera. Also, es ist eine Fülle von Kriterien hier maßgeblich, und wenn ich richtig informiert bin, dann wurde diese Form des Ausleseverfahrens auch abgestimmt mit der örtlichen Gewerkschaft oder Personalvertretung. Sie wurden zumindest informiert und sie hatten auch die Möglichkeit, hierüber ihre Stellungnahme abzugeben.

Ich glaube, daß in unserem Hause hier, zumindest im Ausschuß, in dem wir tätig sind, auch das steigende Arbeitsvolumen und diese 200 Geschäftsfälle pro Mitglied im Durchschnitt pro Jahr, auch erwähnt wurden. Das ist wirklich ein enormes Ausmaß an erledigten Geschäftsfällen, die österreichweit herzeigbar sind. Ich glaube, daß wir auch hiebei Rücksicht genommen haben, eben durch die Aufstockung des Personalstandes, des Dienstpostenplanes von 100 Anfang 1995 auf 118 Anfang 1996. 51 Dienstposten stehen jetzt für das Judizium zur Verfügung.

Abschließend noch ein paar Worte zu dieser Übersiedlung. Wir haben beim letzten Mal, beim Bericht 1994 darauf hingewiesen, daß es natürlich durch diese einzelnen, dislozierten Orte in der Abfolge auch in der Kommunikation nicht unproblematisch ist. Aber wir wissen auch, und zwar seit Frühjahr dieses Jahres, da ist es schon berichtet worden, daß im Herbst 1997 diese Einrichtungen in der Muthgasse fertiggestellt sein sollen, und soweit ich weiß, sind die Büroräum-

lichkeiten und sonstigen Aufteilungen, die notwendig sind, mit dem UVS und auch mit der Personalvertretung UVS abgestimmt. Ich glaube - zumindest höre ich das so -, daß sie sich schon mit großer Zufriedenheit auf diesen Tag freuen, und ich persönlich würde mich auch schon freuen, würde das ein bißchen früher fertig werden.

Die Mitglieder des UVS leisten viel, das haben wir gesehen. Wir haben auch gesehen, anhand der Beschwerden gegen die Entscheidungen, daß hier eine hohe Qualität erbracht wird. Unser Anliegen - und zwar unser gemeinsames Anliegen - sollte sein, nicht ständig an der Unabhängigkeit des Unabhängigen Verwaltungssenates zu zweifeln, sondern wir sollten diese Unabhängigkeit unangetastet lassen. Jede Bemühung, die auf die Arbeitsabläufe hier durch dieses Haus politisch einwirkt, glaube ich, müßte von uns abgelehnt werden.

Für die herzeigbare Leistung der Mitarbeiter des UVS möchte ich meinen herzlichen Danke aussprechen, und ich ersuche, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsidentin Erika Stubenvoll: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter amtsf StR Johann Hatzl: Meine Damen und Herren!

Ich möchte mich nicht verschweigen, es ist der Bereich Landesverwaltungsgerichtshof angesprochen worden. Das hat man sehr genau zu überlegen, die Gefahr der zehn verschiedenen Rechtsprechungen in Österreich ist durchaus gegeben, und man soll das alles im Detail überlegen.

Ich glaube auch, daß der UVS in der jetzigen Struktur eine ganze Menge erledigen kann. Ich habe bei dem Gesamtgedanken Landesverwaltungsgerichtshof durchaus immer im Hinterkopf, warum das so vorgeschlagen wird, weil sich der Verwaltungsgerichtshof von einer Reihe von Fällen, die an ihn herangetragen werden, befreien möchte und bestimmte Bereiche halt ganz einfach nicht attraktiv genug sind, zumindest diesen Verdacht bekommt man nicht weg im Hinblick auf die Diskussion, die in aller Öffentlichkeit geführt wird. Daher ist das eine Frage, die man wirklich in jeder Art und Weise zu prüfen und nicht Hals über Kopf zu entscheiden hat.

Die zweite Sache, auf die es mir noch ankommt: Der Bericht liegt so vor, wie ihn die Vollversammlung beschlossen hat. Es ist daher nicht eine Sache des Präsidenten oder meiner Person oder des Magistrats, was im Bericht stehen soll, und ich habe auch nicht vor, in Zukunft darauf Einfluß zu nehmen.

Soweit mir bekannt ist, nimmt der Präsident an den Debatten immer regen Anteil, und ich nehme an, daß er das, was heute gesprochen wurde, auch berichten wird, aber wir sollten uns hüten, in diesem Bereich entsprechende Einflußnahmen vorzunehmen.

Und das dritte, es ist schon angedeutet worden: Ich bitte wirklich sehr darum, nicht grundsätzlich,

wenn wo jemand neu bestellt wird und es handelt sich um eine Frau, zu sagen, nun endlich, und wenn jemand nicht wieder bestellt wird, das - und es handelt sich durch Zufall um eine Frau - als frauenfeindlich auszulegen. Es ist vollkommen egal, ob es sich um eine Frau oder um einen Mann handelt, wenn die Entscheidung offensichtlich im schon erwähnten Beurteilungssystem und daher aufgrund der Leistung aufgebaut wird.

Und wir sollten uns dazu bekennen: Dort, wo die Leistung erbracht wird, soll es die entsprechende Verlängerung geben, und wo die Leistung trotz Könnens nicht erbracht wird, da soll man nicht mit Gewalt eine Verlängerung vornehmen.

Und im übrigen freue ich mich mitteilen zu können, daß die Frau Vizepräsidentin des UVS durch die entsprechenden Entscheidungen hier im Hause nunmehr auch in die Dienstklasse IX befördert wurde, was letztendlich auch eine Anerkennung von Frauen bedeutet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsidentin Erika Stubenvoll: Wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die den vorliegenden Tätigkeitsbericht zur Kenntnis nehmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mit Stimmeinhelligkeit beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschluß- und Resolutionsanträge.

Mir liegt vor ein Beschluß- und Resolutionsantrag der Frau Abg Jutta Sander, betreffend Ernennung der Mitglieder des Unabhängigen Verwaltungssenates. Es wurde die Zuweisung dieses Antrags an das zuständige Mitglied der Landesregierung beantragt.

Wer mit der Zuweisung einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig, das ist mehrstimmig, das ist abgelehnt. *(Abg Rudolf Hundstorfer: Mehrstimmig abgelehnt!)* Mehrstimmig abgelehnt. Okay. Der Antrag hat nicht die Mehrheit gefunden und ist daher abgelehnt. *(Heiterkeit unter den Abgeordneten.)*

Wir kommen zum Beschlußantrag der FPÖ-Landtagsabgeordneten Dr Helmut Günther, Johann Herzog, Gerhard Zeihsel und Jutta Sander von den GRÜNEN, betreffend Schaffung der rechtlichen Grundlagen für den On-line-Zugriff auf Datenbanken. Auch hier wurde die Zuweisung des Antrags an den Amtsführenden Stadtrat für Bürgerdienst, Inneres und Personal beantragt.

Wer mit dieser Zuweisung einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. So, ich bitte um ein deutliches Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig, die Zuweisung ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nun zur Postnummer 1 und 2 der Tagesordnung. Sie betreffen die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes über Kleingärten, Wiener Kleingartengesetz 1996, und die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Bauordnung für Wien, das Wiener Kleingartengesetz und das Wiener Gasgesetz geändert werden. Wir werden, so kein Einwand besteht,

die Debatte gemeinsam und anschließend geschäftsordnungsgemäß die Abstimmungen getrennt durchführen.

Ich darf daher den Berichterstatter, Herrn amtsf StR Dr Swoboda, ersuchen, die Verhandlung einzuleiten.

Amts f StR Dr. Hannes Swoboda: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf Sie ersuchen, die beiden hier vorliegenden Gesetzentwürfe zu diskutieren und zu beschließen. Es hat ja ausführliche Diskussionen auch mit den Abgeordneten dieses Hauses gegeben, und in dem Sinn glaube ich, daß die beiden Vorlagen heute beschlußreif sind. - Danke schön.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Gemäß § 35 Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Herr StR Mag Chorherr.

StR Mag Christoph Chorherr: Meine Damen und Herren!

In der gebotenen Kürze lassen Sie mich begründen, warum wir insbesondere dem Kleingartengesetz nicht zustimmen können. Es betrifft einen Paragraph, der feststellt, daß die Wärmeschutzbestimmungen - die strengen Wiener Wärmeschutzbestimmungen - in dem Bereich nicht anzuwenden sind. Und es werden auch keinerlei Maßnahmen getroffen. Bei diesen jetzt zunehmend auch ganzjährig genutzten Objekten, wo keine Kaminmöglichkeit bestehen läßt sich wahrscheinlich nur auf eine einzige Wärmeversorgung zurückgreifen, nämlich auf den elektrischen Strom -, sodaß überhaupt keine Energieeffizienz gegeben ist. Es betrifft viele tausende Wohnungen, und das ist zutiefst unökologisch und widerspricht jeglicher moderner Energiepolitik. Wobei ich durchaus anerkenne, daß man die klassischen Wärmeschutzbestimmungen des mehrgeschoßigen Wohnbaus hier nicht eins zu eins anwenden kann, aber wir hätten das ernst nehmen müssen.

Wir hätten sagen können, okay, was machen wir ökologisch in diesem Bereich? Da kann man im Bereich Solarenergie unglaublich viel tun und zum Beispiel Koppelungen vornehmen und sagen, wenn du ganzjährig nutzen willst, okay, dann aber bitte diese und diese Art der Energieversorgung. Optimist, wie ich bin, werden wir dem heute zwar nicht zustimmen, werden aber einem - wie auch immer zusammengesetzten - neuen Landtag und Gemeinderat hier unsere Vorstellungen vorlegen. Ich denke mir, es ist kein umstrittenes Thema zu sagen, man muß im Bereich der Kleingärten mehr tun, als jetzt reihenweise hohe Anschlußwerte festzusetzen und den Verbrauch elektrischer Energie im Winter in die Höhe zu treiben. Deswegen werden wir dem nicht zustimmen.

Ich habe nun diesen Punkt beendet, möchte aber noch kurz verweilen und auch einige Sätze sagen, weil

ich mich heute im Sinne aller bei der Generaldebatte habe streichen lassen und dies heute der letzte Tag ist, an dem Herr StR Swoboda als Stadtrat in Wien tätig ist. Es ist unangenehm, über oder mit jemandem zu reden, der jetzt hinter mir sitzt, ich werde es aber trotzdem zusammenbringen, es sind keine Journalisten mehr da, ich kann jetzt auch das formale "Sie", das ich sonst ja immer einhalte, verlassen.

Es passiert nicht so oft in der Politik, daß - unbeschadet vieler parteibezogener Unterschiede - ich es aufrichtig bedauere, Hannes, daß du in Zukunft in Wien nicht mehr tätig bist. Jetzt haben ein paar gesagt, nun bitte, du bist jetzt Bundessprecher und der ist ein Spitzenkandidat der Sozialdemokraten, das lasse ich jetzt alles weg. Ich habe es oft als sehr angenehm empfunden, daß es Politiker gibt - zu denen ich dich zähle -, die in Zeiten, wo die Dumpfheit und das Ressentiment um sich greifen, mit einer gewissen Coolness dem Verstand und der Analyse und auch dem Abwägen, daß viele Dinge zwei Seiten haben, Raum gegeben haben. Ich denke an Projekte wie die autofreie Siedlung, die nicht nur du, aber auch du sehr unterstützt hast. Ich denke an das Projekt in Südafrika, wo ich mich sehr freue, daß vier Fraktionen in einigen wenigen Wochen eine tolle Schule in Südafrika eröffnen werden. Ich denke an das leider in Österreich generell viel zu geringe Interesse an moderner Architektur für die du dich in Wien auch sehr eingesetzt hast, und auch einfach für einen Stil im Umgang, den ich - ich sage es so - irgendwie vermissen werde. Ich tue mir jetzt schwer, dir alles Gute zu wünschen, das ginge zu weit, aber das, was man da tun kann, tue ich. Du wirst mich nicht beim Kollegen Voggenhuber verpetzen und insofern wünsche ich dir doch alles Gute. - Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Fuchs. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Georg Fuchs (ÖVP): Frau Präsident! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Ich glaube, trotz der Problematik bei den Wärmeschutzbestimmungen ist es dieses Gesetz wert - und es hat so viele positive Ansätze -, daß man hier die Zustimmung geben muß. Wenn nun dieses Gesetz heute geändert wird, so wird sicherlich jeder Kleingärtner oder jeder Pächter die Neuordnung der Baubewilligungsverfahren begrüßen und sehr darüber erfreut sein. Es soll aber nicht unerwähnt bleiben, daß die Wiener Volkspartei durch ihre Initiative und durch ihre laufenden Forderungen zum Abbau der Wohnbaubürokratie und Vereinfachung der Bewilligungsverfahren wesentlich beigetragen hat. Und es ist dieses Gesetz heute auch ein wesentlicher Erfolg der Österreichischen Volkspartei.

Tausende Kommissionen mußten bisher, glaube ich, tätig werden, um jede einzelne Bewilligung durchzuführen, ob das jetzt ein Zaun ist oder ob das eine Erdbewegung gewesen ist, hier hat man Beamte gebunden, die für andere Bereiche, für wichtige Aufga-

ben eigentlich verhindert waren. Es ist daher gut, wenn nun nach dem Wiener Kleingartengesetz 1996 kleine Bauführungen in Kleingärten wie zum Beispiel Einfriedungen, wie ich bereits genannt habe, nicht bewilligungspflichtig sind.

Und es ist weiters gut und bürgerfreundlich, glaube ich, wenn statt der bescheidmäßigen Baubewilligung eine fiktiv erteilte Baubewilligung erfolgt, wenn innerhalb von drei Monaten keine Untersagung ausgesprochen wird. Natürlich, die Nachbarrechte müssen auch gesichert werden, und der Gesetzgeber gibt hier ganz klar die Möglichkeit von Einwendungen innerhalb von drei Monaten, dann kann hier anstandslos bebaut werden. Und es haftet natürlich - das muß auch gesagt werden - für die Pläne, für die Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen, der Bauordnung und des Wiener Kleingartengesetzes der Planverfasser.

Ich glaube auch, daß es jetzt bei dieser Gelegenheit notwendig ist auszusprechen, daß es nicht nur hier bei einer Reform dieses Gesetzes bleiben soll, sondern daß das gesamte Kleingartenwesen einer Reform unterzogen werden soll. Die Stadt hat nämlich die Möglichkeit, gesetzliche Voraussetzungen zu schaffen, um dem einzelnen Kleingartenpächter mehr Rechte zuzugestehen.

Und es ist - glaube ich - nahezu unverständlich, daß es noch immer Kleingartenvereine oder Kleingartenobmänner gibt, die ihren Kleingartenpächtern keine detaillierte Jahresabrechnung vorlegen und eine solche auch behindern, wenn sie verlangt wird. Die Nachvollziehung ist einfach nicht möglich, das ausreichende Einschaurecht in Belege ist nicht vorhanden beziehungsweise wird es, Herr Kollege, verhindert, wir haben darüber schon diskutiert. Ich weiß Sie sind also hier anderer Meinung.

Ich glaube, eine Stadt wie Wien kann es sich überhaupt nicht leisten, die Verletzung dieser natürlichen Rechte, die Überprüfungsmöglichkeit, die wir überall anerkennen, bei den Mietwohnungen, bei den Eigentumswohnungen in den Abrechnungen, überall erkennen wir sie an, nur bei den Kleingärten da will man nichts wissen. Das ist ja nichts Böses eine Überprüfung. Jeder Obmann müßte doch froh sein, wenn hier kontrolliert wird. Und dann ist alles in Ordnung. Es ist auch schön zu wissen, daß die Leute mit einem zufrieden sind.

Die Glaubwürdigkeit unserer Willenskundgebung - das muß man hier auch aussprechen - beim Bereich der Eigentumsbildung, die Glaubwürdigkeit dieses Hauses leidet schon sehr, wenn wir einerseits hier Beschlüsse fassen und den Wienerinnen und Wienern das Recht auf den Erwerb von Kleingärten, wie wir es hier vor einigen Jahren getan haben, zugestehen, und andererseits die Regierungsmehrheit dieser Stadt nichts unternimmt, wenn der Vollzug dieser Eigentumsbildung von vielen Kleingartenobmännern oder vom Zentralverband behindert wird. Aber auch die Stadt tut nichts dazu, um diese starke Willenskundgebung hier anzuerkennen.

Und dennoch haben 13 Prozent der Wiener Kleingärtner von Ekl- und GS- gewidmeten Flächen bei der Stadt Wien ihr Kaufinteresse schriftlich deponiert.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend sagen: Ich glaube, man sollte hier nicht länger zusehen. Drei Jahre sind vergangen. Man sollte hier endlich dem Willen, der hier klar zum Ausdruck gekommen ist, zum Durchbruch verhelfen, daß die Eigentumsbildung stattfindet, und man sollte hier in Zukunft Gesetze machen, damit die Kleingartenbewegung und die Kleingärtner endlich mehr Rechte und mehr Einsicht in die Belege bekommen.

Diesem Gesetz, das sehr, sehr positiv ist, möchte ich zustimmen. Ich möchte mich aber gleich bei allen bedanken, die hier mitgearbeitet haben, weil ich glaube, daß es ein echtes, gutes Reformgesetz ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Prinz. Ich erteile es ihm.

Abg. Walter Prinz *(FPÖ)*: Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Kleingartengesetz war eines der letzten Aktenstücke, die in der Bauordnungsreformkommission zur Verhandlung standen, und da bestand dann schon ein gewisser Zeitdruck aufgrund des fortgeschrittenen Jahres, sodaß vielleicht eine kleine Unschärfe einmal auszuräumen wäre und darüber noch einmal gesprochen werden sollte. Denn es bleibt eine Frage offen im § 14, wo die Abstände von Kleingartenbaulichkeiten von den Parzellengrenzen behandelt werden und ein Kleingärtner aufgrund dieses neuen Kleingartengesetzes das Recht zugesprochen bekommt, entweder in einem Abstand von zwei Metern zu bauen oder überhaupt an der Grundgrenze, und das auch ohne Einverständnis des Anrainers. Wenn dieser Kleingarten zum Beispiel an ein Wohngebiet anschließt, dann kann es ja nicht sein, daß jemand direkt an der Grundgrenze baut, ohne daß der Besitzer dieser Parzelle im Wohngebiet damit einverstanden sein muß. Ich glaube, darüber sollte man noch reden, denn da kann es schon vorkommen, daß es in der Folge zu Rechtsstreitigkeiten kommt.

Ein leidiges Kleingartenthema hat der Kollege Fuchs schon angesprochen, nämlich den Eigentumserwerb im Kleingarten für ganzjähriges Wohnen. Wir haben alle die vielen Fälle zur Kenntnis genommen, wo einfach die Verfahren zu lange dauern. Die Leute möchten in ihren Besitz kommen, aber es geht halt diese Parzellierung und das ganze Verfahren viel zu langsam.

Aber man hat auch den Eindruck, daß sich der eine oder andere Kleingartenfunktionär gegen den Machtverlust wehrt, der mit der Eigentumsbildung natürlich verbunden ist. Daß gewisse Kleingartenvereinsobmänner im Stile von Feudalherren agieren, das ist auch nichts Unbekanntes, und beim Eigentumserwerb fallen dann natürlich diese Möglichkeiten weg.

Aber auch bei der Vergabe von Parzellen überhaupt oder bei der Weitergabe von Kleingartenparzellen ist vieles noch im argen. Wir können das mit dem Klein-

gartengesetz nicht regeln, aber die Praxis muß sich ändern. Es kann nicht so sein, daß alte Menschen, wenn sie ihren Kleingarten aufgeben, weil sie nicht mehr in der Lage sind, diesen zu betreuen, von den Funktionären oft unter Druck gesetzt werden, eine Weitergabe an Personen zu tätigen, die sie gar nicht wollen. Sie haben dann keine Möglichkeit oder keine entsprechende rechtliche Kenntnis, sich dagegen zur Wehr zu setzen, und das ist ein unakzeptabler Zustand.

Es ist also dringend notwendig, daß wir im Rahmen des Kleingartenwesens dieses Weitergaberecht von Kleingärten für den Pächter selbst verankern und daß die Einflußnahme der Funktionäre endlich ausgeschlossen wird. Denn es ist ja überhaupt nicht erklärlich, daß jemand einen Kleingarten bei einer Ekl-Widmung kaufen kann und über sein Hab und Gut bestimmen kann, wie es halt rechtmäßig ist, aber ein Pächter einer Kleingartenparzelle, die nur die Ekl-Widmung hat, sein von ihm geschaffenes Gut eigentlich jedem geben muß, den irgendein Vereinsfunktionär bestimmt, daß ihm diese Entscheidungsfähigkeit oder -tätigkeit aus der Hand genommen wird.

Ich glaube, das sind wichtige Punkte, die wir in Zukunft lösen müssen.

Es ist auch nicht einzusehen - im wahrsten Sinne des Wortes -, wie die Vergabe von Neuparzellierungen erfolgt. Kleingartenparzellen sind ja sehr beliebt und begehrt. Es kommt ja immer wieder vor oder manchmal vor, daß Neuparzellierungen erfolgen, und dann ist es völlig "unklar" - unter Anführungszeichen -, wer denn den Anspruch auf derartige Parzellen erheben kann, wenn es nicht zufällig jemand ist, der irgendwo abgesiedelt wurde und eine neue Parzelle als entsprechenden Ersatz bekommt.

Meine Damen und Herren! Ich halte mich an sich sehr kurz.

Dieses Kleingartengesetz wird in viele Fragen dieser Materie Ordnung hineinbringen, und ich glaube, daß es gelungen ist, hier ein handhabbares Gesetzesmodell zu schaffen.

Aber es gibt noch ein Problem, das ich bei dieser Gelegenheit ansprechen möchte, wo ein Kleingartenbereich involviert ist. Aufgrund der besonderen Lage an der Alten Donau sind die Besitzer von Kleingartenparzellen dort derzeit in einer Situation, die vor fünf, sechs Jahren der Fall war, nämlich was die Sanierung der Alten Donau anbelangt. Sie unterziehen die Maßnahmen, die in den letzten Wochen und Monaten von der Stadt zur Sanierung der Alten Donau ergriffen worden sind, einer sehr, sehr kritischen Beurteilung, denn es wurde sehr viel herumgemurkst in letzter Zeit. Es sind hunderte Tonnen von Chemikalien in die Alte Donau versenkt worden. Man hat von der Rettung der Alten Donau gesprochen. Ich darf erinnern: Vor einem Jahr ungefähr ist die Alte Donau überhaupt gekippt. Da wurde ja dann auch ein Badeverbot verhängt. Dann hat man alle möglichen Gutachten eingeholt und die Sanierung begonnen. Man hat, wie gesagt, Chemikali-

en in die Alte Donau hineingeschüttet. Wassersprudler sind eingesetzt worden. Letztendlich hat man jetzt die Natur bezwungen und läßt die Alte Donau sozusagen gegen den Donaustrom fließen. All das hat bewirkt, daß sie, nachdem sie ursprünglich gekippt war und eine Braunfärbung hatte, dann rot geworden ist, nicht weil diese Sanierungsmaßnahmen so schlecht sind, sondern diese Chemikalien haben halt bestimmte Prozesse verursacht, die zu dieser Rotfärbung geführt haben. Jetzt ist sie dunkelbraun oder grünlich verfärbt, olivengrün oder welchen Farbton man dann halt für sich in die Betrachtung einbezieht.

Ich glaube, es ist wirklich ein Punkt erreicht, wo es die Anrainer, die Badegäste und die Steuerzahler einfach satt haben, ständig von einer Sanierung zu hören und zu lesen, und in Wahrheit werden da nur Gelder verpulvert, ohne daß tatsächlich entsprechende Erfolge erzielt werden.

Das ist ein Punkt. Der heurige Sommer war bis jetzt nicht besonders heiß und schön. Wir haben diese langen Schönwetterperioden gar nicht gehabt, wo man seinerzeit gesagt hat: Wenn das wieder so sein sollte, kann es sein, daß die Algen wieder stärker wachsen. Die Voraussetzungen waren gar nicht gegeben. Und dennoch hat dieses Badewasser der Wiener wieder einen Zustand erreicht, der äußerst bedenklich ist.

Meine Damen und Herren! Das kann man wirklich nicht hinnehmen. Ich glaube, wir sollten uns sehr rasch mit diesem Thema im neuen Gemeinderat, im neuen Landtag wieder beschäftigen. Denn nur Erfolgsmeldungen in den Zeitungen und schöne Fotos, wo der eine oder andere Politiker der SPÖ darauf hinweist, wie wunderbar die Wasserqualität ist, sind zuwenig. Die Alte Donau muß tatsächlich gerettet werden! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Effenberg. Ich erteile es ihm.

Abg Franz-Karl Effenberg (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen!

Im Hinblick auf das Kleingartengesetz und so weiter ist es, glaube ich, an der Zeit, nachdem wir in die Endphase der Bauordnungsreform kommen, allen Dank zu sagen, vor allem Dank zu sagen - und ich möchte das wirklich von dieser Stelle aus tun - unserem StR Hannes Svoboda, daß wir jetzt das Wiener Kleingartengesetz auf diese Art und Weise über die Bühne gebracht haben. Ich bin wirklich glücklich und bin dir auch persönlich sehr, sehr dankbar.

Selbstverständlich gilt mein herzlichster Dank - es war ja nicht so einfach - der Beamtschaft. Herr Obersenatsrat, recht herzlichen Dank, denn es ist ja doch nicht einfach gewesen, jetzt, zu Beginn der Urlaubszeit, während der Urlaubszeit unter diesem Druck entsprechend zu arbeiten.

Einen ganz besonderen Dank erlaube ich mir unserem Ernstl Roth auszusprechen, und ich kann mir nur wünschen, auch wenn uns leider unser Hannes Swo-

boda verläßt, daß uns der Ernstl Roth nicht ganz im Stich läßt, denn ich persönlich weiß eigentlich nicht, wie man dann in gewissen Bereichen, obwohl wir ja eigentlich fast alles erledigt haben, über die Runden kommen werden.

Euch allen wirklich sehr, sehr herzlichen Dank. Es ist ja das insgesamt keine einfache Materie gewesen.

Ich erlaube mir aber auch anlässlich dieser letzten Landtagssitzung, allen anderen Fraktionen, die sehr intensiv an der Gesetzeswerdung mitgearbeitet haben, herzlichst zu danken. Über alle Parteigrenzen hinaus haben wir hier, glaube ich, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt wirklich ein hervorragendes Gesetz geschaffen, haben wir dieses Kleingartengesetz sogar noch hineingebracht.

Es gibt immer eine Fraktion in diesem Hause, die besonders darauf dringt, die Bezirksautonomie zu stärken. Wir haben hier selbstverständlich den Bezirken mehr Pflichten, wenn ich das so sagen darf, ich will das so bezeichnen, zugeteilt, Kollege Fuchs. Ich glaube, er weiß es ja sehr genau. Wir haben uns, wie ich schon erwähnt habe, sehr intensiv damit beschäftigt, und ich glaube, es ist ein gutes Gesetz geworden.

Wir haben nunmehr zuletzt noch am heutigen Tag eine Änderung vorzunehmen, und ich erlaube mir daher, gemeinsam mit den Kollegen Svoboda, Prinz und der Kollegin Rothauer einen Abänderungsantrag einzubringen, der sich zum einen damit beschäftigt, daß der Bezirkskleingartenkommission künftighin drei Mitglieder der jeweiligen Bezirksvertretung, entsprechend dem Verhältnis der in der Bezirksvertretung vertretenen Parteien, angehören werden.

Zum zweiten beschäftigt sich dieser Abänderungsantrag mit dem § 23, dem folgende Absätze 7 und 8 angefügt werden sollen - ich darf das ganz kurz vorlesen -:

"(7) Der Stadtsenat kann über Abs. 1 hinaus durch Verordnung Gebiete bestimmen, auf die folgende Voraussetzungen zutreffen:

1. Der Baubestand hat überwiegend keine Baubewilligung;

2. der Baubestand könnte weitgehend bewilligt werden, wenn die Widmung 'Grünland - Erholungsgebiet - Kleingartengebiet' und so weiter und so fort. Ich glaube, der Inhalt ist hinlänglich bekannt.

Es ist das auch zum Schutze unserer Kleingärtner. Wir haben nämlich in der Vergangenheit ja auch das Problem gehabt, daß halt manche Objekte etwas zu groß gebaut worden sind und eigentlich mit der Widmung Eklw, zum Teil auch mit der Widmung GS nicht saniert werden konnten.

Es hat dann gewisse Probleme gegeben mit oberstgerichtlichen Entscheidungen. Daher wollten wir auch hier Ordnung hereinbringen. Es sind alle jene, die etwas zu groß gebaut haben und wo diese Objekte bis zum 31. März 1991 errichtet worden sind, nunmehr aufgerufen, gemäß § 71 um eine Baubewilligung anzusuchen.

Ich darf hier diesen Abänderungsantrag einbringen.

Ich bin ja sehr froh, daß wir auch das gemeinsam hier tun können.

Darüber hinaus erlaube ich mir, den Abänderungsantrag, betreffend die Bauordnung für Wien, das Wiener Kleingartengesetz und das Wiener Gasgesetz, einzubringen. Ich verzichte auch hier auf die Verlesung.

Ich darf jetzt vielleicht in aller gebotenen Kürze zu den einzelnen Redebeiträgen etwas sagen.

Es hat die interfraktionelle Koordination, wenn ich das so sagen darf, nicht ganz geklappt. Daher erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, daß ich nunmehr gemeinsam mit dem Kollegen Prinz und der Kollegin Rothauer einen Beschluß- und Resolutionsantrag einbringen werde, der sich mit dem Wärmeschutz befaßt. Die Bestimmungen über den Wärmeschutz konnten wir nämlich nicht in das heute zur Beschlußfassung vorliegende Kleingartengesetz einbringen, denn das müßte nach Brüssel gehen. Das wird gemeinsam mit der Technik-Novelle nach Brüssel geschickt, wobei wir uns meines Wissens noch nicht ganz im klaren sind, ob es mit der Technik-Novelle in die Bauordnung kommt - obwohl es vielleicht etwas schöner wäre, das im nachhinein ins Kleingartengesetz hineinzubringen. Das werden wir noch gemeinsam diskutieren. Diese Dinge müssen nach Brüssel. Es soll das daher eine Absichtserklärung sein, daß wir hier dokumentieren, diese Änderungen vorzunehmen. Ich ersuche diesbezüglich um sofortige Abstimmung.

Wir haben überhaupt gerade im Kleingartenbereich - zwei Sätze - die Möglichkeit, die Kleingärtner aufzuklären - und wir tun es ja permanent - hinsichtlich des Einsatzes alternativer Energien. Ich hoffe, daß wir im Laufe der kommenden Jahre hier wirklich um einige wesentliche Schritte weiterkommen werden.

Im übrigen ganz kurz zum Kollegen Fuchs. Es ist mir klar: Natürlich, die Österreichische Volkspartei war es, die das alles vereinfacht hat. Deshalb waren meine ersten Dankesworte natürlich gerichtet an den StR Swoboda. Ich habe ja schon gesagt, ich bin ihm wirklich sehr dankbar, daß das auf diese Art und Weise erledigt werden konnte.

Was die angesprochene Bürokratie, die Überprüfung des Kleingartens und so weiter und so fort anlangt: Wir haben das schon x-mal hier von dieser Stelle aus diskutiert. Ich erlaube mir, einmal mehr darauf hinzuweisen: Die Stadt Wien selbst vergibt keine Kleingärten, sondern das macht der jeweilige Generalpächter. Das muß nicht der Zentralverband sein, es gibt auch andere Generalpächter, wenn ich darauf hinweisen darf.

Und was jetzt die Eigentumsbildung anlangt. Das war nicht so einfach, hier zu den entsprechenden Regelungen zu kommen. Es gibt ja Gemeinschaftsflächen, es gibt die entsprechenden Einbauten für die Versorgung, für die Entsorgung. Wie halten wir es ein bißchen zusammen? Der Kollege Fuchs weiß es schon, wenn er es wissen will. Das ist mir vollkommen klar. Die Dinge sind momentan tatsächlich im Laufen, in der Ausführung.

Ich darf als Beispiel die Kleingartenanlage Thaya-gasse nennen, wo innerhalb der letzten 14 Tage die Angebote hinausgegangen sind. Wir haben auch gesagt, wir wollen ein, zwei Anlagen einmal so durchlaufen lassen, um zu sehen, was sich für Probleme ergeben. Es werden sich jetzt sicherlich keine Probleme mehr ergeben, und die Verkäufe können sukzessive durchgeführt werden. - So weit dazu.

In aller gebotenen Kürze zu der vom Kollegen Prinz angesprochenen Abstandsituation. Ja, das kann einem zum Beispiel im Einfamilienhausgebiet auch passieren, wenn man ein schmäleres Grundstück hat, aber wir werden uns das noch ansehen. *(Abg Walter Prinz: Herr Kollege, die Zustimmung des Anrainers!)* Na ist gut, Herr Kollege Prinz.

Kollege Prinz hat auch gemeint, es fürchten halt manche Kleingartenobleute einen Machtverlust, wenn die Kleingärtner ihre Gärten ins Eigentum bekommen. - Das mag natürlich da oder dort der Fall sein. Aber ich darf darauf hinweisen: Wir haben zu Beginn ja auch gewisse Probleme gehabt mit der Widmung Eklw, daß die Kleingärtner das wollten, Obleute das nicht wollten. Na ja, es sind Obleute auch abgewählt worden im demokratischen Verfahren. Also ich mache mir da wirklich keine allzugroßen Sorgen.

Was die Weitergabe und vieles andere mehr betrifft: Nicht ganz verstanden habe ich, daß Kleingärtner ihre Gärten auch abgeben müssen, wie der Kollege Prinz gesagt hat, ohne daß sie es wollen. - Also es muß keiner seinen Kleingarten abgeben, ohne daß er es will. Das weiß ich nicht, was er da genau gemeint hat. *(Abg Walter Prinz: Das haben Sie mißverstanden!)*

Was Ansprüche anlangt bei einer Neuparzellierung oder bei einer Weitergabe von Gärten: Ich glaube, Kollege Prinz sollte es auch wissen, daß es hier an und für sich Listen gibt, daß sogar - Sie werden es nicht glauben - nach diesen Listen vorgegangen wird. Natürlich, es stimmt schon, daß immer wieder Kleingärtner ihre eigenen Vorstellungen haben, sie hätten jemanden und so weiter und so fort. Ich möchte das gar nicht weiter ausführen.

Gar nichts, werte Kolleginnen und Kollegen, möchte ich in Wahrheit zur Alten Donau sagen. Über die Alte Donau haben wir wirklich schon so viel da herinnen diskutiert. Es ist sinnlos, weitere Worte dazu zu verlieren. Ich will ja nicht sagen - nein, ich sage es wirklich nicht *(StR Mag Hilmar Kabas: Aber ja!)* in Anbetracht dessen, daß die Zusammenarbeit bei der Gesetzesentstehung wirklich gut geklappt hat. Aber vielleicht gehen die Blauen mit angegrüneten Brillen durch die Gegend, daß die Alte Donau jetzt auf einmal grün ist. Eine andere Möglichkeit kann es nicht geben, denn sonst hätte ich wirklich gesagt, und jetzt rutscht es mir doch noch heraus: Das ist ein aufgelegter Blödsinn.

Ich weiß nicht, Kollege Prinz, mit wem Sie geredet haben, wer da seine Unzufriedenheit zum Ausdruck bringt. Ich kann nur eines sagen: Es wird immer wieder Herrschaften geben, die mit gewissen Dingen nicht

zufrieden sind. Einem jeden recht getan, ist eine Kunst, die wirklich keiner kann. Ich höre es aber auch von den Siedlerinnen und Siedlern, daß sie mit der Wasserqualität zufrieden sind. Ich meine, es ist für jede Frau und für jeden Mann sichtbar; für die Freiheitlichen halt nicht, da kann man nichts machen.

In diesem Sinne ersuche ich um Zustimmung.
(Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter amtsf StR Dr Hannes Svoboda: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich dem vielfachen Dank an die Mitglieder dieses Hauses und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anschließen. Ich glaube wirklich, daß es eine vorbildliche Art und Weise war, wie im Bereich der Bauordnung und des Kleingartengesetzes hier im Hause zusammengearbeitet worden ist.

Ich möchte mich auch beim Kollegen Chorherr für seine netten Worte bedanken und für das eine oder andere nette Wort auch in der anderen Debatte. Ich glaube fürwahr, daß es wichtig wäre, bei aller Differenz in der Sache in einem Ausmaß humane und humanistische Politik zu betreiben, daß die Achtung und Würde der Menschen, auch der Politiker, denn in dem Sinn wird ja manchmal in der Öffentlichkeit so getan, als gebe es Menschen und Politiker, geachtet werden sollte. Auch in Wahlkampfzeiten wäre das aus meiner Sicht angebracht.

Zuletzt zu den Anträgen. Was den Beschluß- und Resolutionsantrag bezüglich des Wiener Kleingartengesetzes betrifft, erachte ich das für sehr wichtig, denn es ist ja auch vom Kollegen Effenberg klar und deutlich zum Ausdruck gebracht worden, daß es hier darum geht, in diesem Bereich angepaßte und geänderte Wärmeschutzvorschriften zu etablieren.

Den Abänderungsantrag - ich habe das jetzt vielleicht in der verkehrten Reihenfolge gesagt - gebe ich natürlich auch - diszipliniert wie ich bin - weiter, obwohl ich nicht sehr überzeugt bin, daß er sinnvoll ist. Ich sage das auch ganz offen. Ich glaube, das Problem, das hier angegangen wird, ist ein wirkliches Problem. Es gibt halt aus vielen Jahrzehnten Bauten, die nicht ganz bauordnungskonform sind, und es gibt auch Bauten, die überhaupt nicht bauordnungskonform sind. Ich erachte es im Interesse aller Parteien und der Gesamtstadt für notwendig, daß es hier zu einer entsprechenden Sanierung kommt, und ich meine, daß die nachträglichen Baugenehmigungen, die hier durch die Bürger eingereicht werden müßten, die einzig wirkliche Lösung sind - nicht als Sanktion, nämlich im Sinne einer positiven Sanktion, als eine stillschweigende Genehmigung für ein nicht gesetzeskonformes Verhalten. Ich glaube, daß die Baubehörde absolut nicht nur die Pflicht hat, rein rechtlich, sondern auch moralisch gegen jene vorzugehen, die heute im Bewußtsein der

Regelwidrigkeit - oder auch ohne dieses Bewußtsein - nicht bauordnungsgemäß bauen. Ich glaube auf der anderen Seite, daß das, was sich aus sehr, sehr unterschiedlichen Gründen über Jahrzehnte angesammelt hat an Bauordnungswidrigkeiten, sanktioniert - im Sinne von nachträglich bewilligt - werden sollte.

In diesem Sinn mag dieser Abänderungsantrag das eine oder andere Problem lösen, aber die wirkliche Lösung kann nur dadurch passieren, daß jene, die eine nachträgliche Bewilligung wollen, auch einreichen und die Baubehörde mit der entsprechenden Großzügigkeit hier auch die Genehmigungen vornimmt.

Zuletzt darf ich dann auch noch den Abänderungsantrag übermitteln hinsichtlich des Tagesordnungspunktes 2 und ebenfalls um eine entsprechende Annahme ersuchen. - Danke, Frau Präsidentin. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Danke schön, Herr Stadtrat.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlagen, betreffend das Wiener Kleingartengesetz.

Dazu wurde ein Abänderungsantrag eingebracht, der genügend unterstützt ist.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Abänderungsantrag die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Der Abänderungsantrag ist einstimmig angenommen. (Abg Jutta Sander: Nein!) Nein, mit Mehrheit angenommen. (Abg Ing Karl Svoboda: Gegen eine Stimme!) Mehrstimmig angenommen. (Abg Ing Karl Svoboda: Gegen eine Stimme von den GRÜNEN!)

Ich bitte nun jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang mit der beschlossenen Abänderung zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das ist mehrheitlich so beschlossen. Das Gesetz ist in erster Lesung mehrstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist auch in zweiter Lesung mit Stimmenmehrheit beschlossen. (Abg Ing Karl Svoboda: Gegen die Stimmen der GRÜNEN!) Gegen die Stimmen der GRÜNEN.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage, betreffend das Gesetz, mit dem die Bauordnung für Wien, das Wiener Kleingartengesetz und das Wiener Gasgesetz geändert werden.

Auch hier wurde ein Abänderungsantrag eingebracht, der genügend unterstützt ist.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Abänderungsantrag die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand - Das ist aber jetzt einstimmig so angenommen.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang plus Abänderung zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das ist

einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Beschluß- und Resolutionsantrag. Er wurde von drei Parteien eingebracht und betrifft den Wärmeschutz. Hier wurde die sofortige Annahme empfohlen.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig.

Wir kommen nun zur Postnummer 4. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes ... *(Schriftführer Abg Heinz Hufnagl begibt sich zur Präsidentin und führt ein kurzes Gespräch mit ihr.)* Postnummer 4 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Baumschutzgesetz geändert wird.

Ich darf den Berichterstatter, Herrn amtsf StR Svihalek, bitten, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Fritz Svihalek: Frau Präsidentin!

Ich berichte über das Gesetz, mit dem das Wiener Baumschutzgesetz geändert wird.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, die Debatte zu eröffnen.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Ich habe die Postnummer 3, glaube ich, vergessen. Entschuldigung. Ich darf das nachholen.

Die Postnummer 3 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Abfallwirtschaftsgesetz geändert wird.

Auch hier bitte ich den Herrn Berichterstatter, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Fritz Svihalek: Frau Präsidentin!

Es liegt das Gesetz, mit dem das Wiener Abfallwirtschaftsgesetz geändert wird, vor.

Wenn es Wortmeldungen gibt, bitte ich, die Debatte zu eröffnen.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Es gibt keine Wortmeldungen.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz auch in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen nun zum Verlangen des Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz auf dringliche Behandlung des Antrags, betreffend Ablehnung des Integrationspakets durch den Wiener Landtag.

Gleichzeitig wurde von der in § 44 Abs. 3 der Geschäftsordnung festgesetzten Anzahl von Landtagsabgeordneten die Verlesung dieses Antrags verlangt.

Ich bitte daher den Schriftführer, den Antrag zu verlesen.

Schriftführer Abg Gerhard Zelhsel: "Dringlicher Antrag der FPÖ-Landtagsabgeordneten Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz, Johann Herzog, Dr Helmut Günther, eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtags am 9. August 1996, betreffend Ablehnung des Integrationspakets durch den Wiener Landtag.

Im Frühsommer haben der Innenminister Caspar Eitem und der Klubobmann der ÖVP im Nationalrat, Andreas Khol, einen Entwurf zur Änderung der Fremdenrechtsgesetze unter dem Titel 'Integrationspaket' vorgelegt. Die darin enthaltenen Änderungen würden für das Land Wien eine weitere Zuwanderung von 100 000 bis 150 000 Personen unter dem Titel 'Familiennachzug' mit sich bringen. Die sozio-ökonomischen Auswirkungen sind nicht absehbar, insbesondere würde es zu einer weiteren Verschärfung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt kommen. Aus diesen Gründen wurden im Begutachtungsverfahren zu diesem Gesetzesentwurf von der Vorarlberger und der Salzburger und der Oberösterreichischen Landesregierung, aber auch vom ÖGB und der Arbeiterkammer negative Stellungnahmen abgegeben. Aus diesen Gründen wurde die Realisierung des 'Integrationspakets' bis nach den Wiener Wahlen verschoben.

Waren die Auswirkungen des geplanten 'Integrationspakets' auf das Land Wien schon dramatisch genug, so haben sich die Rahmenbedingungen nunmehr völlig geändert. Wie der Verfassungsgerichtshof feststellte, ist auch Österreich an die Bestimmungen des Assoziierungsvertrages der Türkei an die EU aus dem Jahr 1963 gebunden, der in seinen Auswirkungen türkische Einwanderer in Fragen des Familienzusammenzugs und der Aufenthalts- und Arbeitsberechtigung de facto mit EU-Bürgern gleichstellt. So werden schon unter diesem Titel bis zu 17 000 türkische Staatsbürger zusätzlich nach Wien zuwandern und Arbeit suchen. Der Innenminister geht aber in seinen Plänen noch weiter: Er fordert für alle Ausländer die

Behandlung analog zum Assoziierungsabkommen mit der Türkei, was die Grenzen Österreichs weitgehend öffnen und nach Einems eigenen Schätzungen 140 000 zusätzliche Einwanderer mit sich bringen würde. Wovon zirka 40 000 sofort auf den Arbeitsmarkt drängen würden.

Die Stellungnahme des Amtes der Wiener Landesregierung zum geplanten 'Integrationspaket' hingegen enthält keine Kritik an den geplanten Rechtsänderungen, die nunmehrige Entwicklung der Pläne des Innenministers läßt aber eine Revision der Wiener Stellungnahme als unumgänglich erscheinen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten daher gemäß § 44 der Geschäftsordnung des Landtags für Wien folgenden dringlichen Antrag:

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert den Landeshauptmann auf, eine Revision der Stellungnahme des Amtes der Wiener Landesregierung zum 'Integrationspaket' vorzunehmen, um damit den jüngsten Entwicklungen bei den Plänen des Innenministers aktiv entgegenzutreten und die Wiener Bevölkerung vor einer weiteren gewaltigen Zuwanderung und den damit verbundenen unabsehbaren Folgen auf den Arbeits- und Wohnungsmarkt zu schützen.

In jedem Fall muß aber sichergestellt werden, daß es zu keiner Öffnung der Gemeindebauten für Ausländer kommt, der Abbau der illegal in Wien lebenden Ausländer vorangetrieben wird und kriminelle Ausländer konsequent abgeschoben werden. Um die Integration der bereits im Land lebenden Ausländer zu gewährleisten und den Arbeitsmarkt nicht weiter zu belasten, soll ein vorläufiger Einwanderungsstopp verhängt werden."

Präsidentin Erika Stubenvoll: Zur Begründung seines Verlangens auf Dringlichkeit erteile ich Herrn Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz das Wort, wobei ich bemerke, daß gemäß § 44 Abs. 2 der Geschäftsordnung seine Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist.

Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben diesen dringlichen Antrag gestellt - wie wir ja heute schon mehrere, auch Resolutionsanträge, gestellt haben -, weil wir meinen, die Sozialdemokraten einladen zu können, ihre Überlegungen und Vorstellungen auch tatsächlich unmittelbar und direkt mit so einem Antrag dokumentieren zu können.

Meine Damen und Herren! Die Sache ist ja wirklich ganz aktuell, ich darf das so sagen. Wenn ich etwa eine morgige Tageszeitung aufschlage und da drinnen Bezug genommen wird auf das, was heute möglicherweise noch im Landtag oder im Gemeinderat passieren wird, gebe ich schon zu, daß die Entscheidungen offensichtlich schon getroffen sind.

Ich lese da zu meiner allergrößten Überraschung etwa auf der einen Seite, daß der verdienstvolle frühere Innenminister Franz Olah doch nicht Ehrenbürger beziehungsweise Bürger der Stadt Wien ist, daß es

aber - und das ist schon etwas ganz Wichtiges - in dieser Angelegenheit möglicherweise doch dann weitergehen werde.

Ich bin an sich guten Mutes - beim Viktor Frankl hat es auch lange gedauert -, daß wir das schon (*Lhptm Dr Michael Häupl: Das schmerzt Sie!*) - zugeben, es schmerzt mich wirklich - hinbringen werden.

Aber es ist etwas anderes, worauf ich hier eigentlich eingehen möchte. Da lese ich, daß von immer mehr Sozialdemokraten in Wien - durchaus hinter vorgehaltener Hand, steht hier - die Vorgangsweise Einems als ärgerlich empfunden wird, daß Einem heikle Themen, wie die Ausländerfrage, unnötigerweise aktualisiert und damit - so sagen die Sozialdemokraten - den Freiheitlichen im Wahlkampf nützt.

Und da meine ich, meine Damen und Herren: Die gesamte Ausländerfrage ist nicht eine Frage des Wahlkampfes, sondern es ist ein Problem, das die Bürger unserer Stadt bewegt. Wenn nun dieser Wunsch tatsächlich in diesem Ausmaß gegeben ist, auch in der Sozialdemokratischen Partei, hier ganz klar zu sagen, daß man mit der Vorgangsweise Einems, des Innenministers, oder Einems und Khols nicht einverstanden ist, dann sollen wir das auch mittels einer Abstimmung hier eindeutig und klar dokumentieren. Und das kann der Landtag. Der Landtag würde eigentlich in dieser Frage auch den Landeshauptmann unterstützen. Und es ist auch etwas Schönes, wenn etwa die Mehrheitsfraktion in der Frage hinter dem Obmann steht.

Daher, meine Damen und Herren, wir alle gemeinsam sollten diesem Antrag, den wir hier gestellt haben, zustimmen.

Und was ganz wichtig ist: Ich meine, daß wir diesen Antrag, den wir hier stellen, breit diskutieren sollten. Denn da gibt es natürlich eine ganze Reihe von Problemen, die ja kurz in der Einleitung angerissen worden sind. Und man soll diese Dinge nicht hinter vorgehaltener Hand diskutieren, sondern hier ganz offen im Plenum. Es würde uns die Chance geben - und mit "uns" meine ich alle Wienerinnen und Wiener -, in dieser Frage ähnlich vorzugehen wie etwa der Landtag - oder das Amt der Landesregierung - in Vorarlberg, der das Paket abgelehnt hat, oder etwa das Amt der Landesregierung in Salzburg und auch andere Bundesländer, die ja das Khol-Einem-Paket in der vorliegenden Form abgelehnt haben. (*StR Mag Hilmar Kabas: Die Arbeiterkammer!*) Die Arbeiterkammer etwa natürlich genauso, aber es gibt eine ganze Reihe von Institutionen.

Ich meine daher - und ich lade auch den Klubobmann der Sozialdemokratischen Partei ein -: Meine Damen und Herren! Nehmen wir diesen Antrag her, nehmen wir die Gelegenheit, die Möglichkeit wahr, das zu diskutieren, und distanzieren wir uns dann auch ganz offiziell - was Sie hinter vorbehaltener Hand machen; ganz offiziell - vom Einem-Khol-Paket. Ich glaube, das würde im Interesse der Stadt liegen, und ich bitte Sie, der Dringlichkeit dieses Antrags zuzustimmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Wir kommen nun zur Abstimmung über die dringliche Behandlung des Antrags.

Ich bitte jene Damen und Herren des Landtags, die für die dringliche Behandlung sind, die Hand zu erheben. - Danke, das ist die Minderheit.

Ich weise den Antrag dem Herrn Landeshauptmann zur Behandlung zu.

Wir kommen nun zu dem Verlangen, daß die von den Abgen Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz, Dr Rüdiger Stix, Johann Herzog und Dr Helmut Günther eingebrachte und an den Herrn Landeshauptmann gerichtete Anfrage, betreffend Sicherheit der Wiener Bevölkerung, vom Fragesteller mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfinde.

Gemäß § 39 Abs. 6 der Geschäftsordnung hat vor der mündlichen Begründung die Verlesung der Anfrage zu erfolgen. Ich bitte daher den Schriftführer um Verlesung dieser Anfrage.

Schriftführer Abg Gerhard Zeihsel: "Dringliche Anfrage der FPÖ-Landtagsabgeordneten Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz, Dr Rüdiger Stix, Johann Herzog, Dr Helmut Günther an den Herrn Landeshauptmann, betreffend Sicherheit der Wiener Bevölkerung.

Die Entwicklung der Kriminalität in Wien ist besorgniserregend. Die Zahl der Delikte beträgt jährlich rund 170 000. Eine Reduzierung erfolgt meist nur auf dem Papier. Dazu kommt, daß die Sparmaßnahmen der Bundesregierung zu einer Personalreduktion führen, von der Wien erheblich betroffen ist. Ein zunehmendes Problem liegt in der Tatsache, daß organisierte Banden Wien als Aktionsgebiet auserkoren haben.

Die Internationalisierung der organisierten Kriminalität schreitet voran. Einem Bericht der Vereinten Nationen zufolge sind die Hauptgeschäftszweige im Bereich des Schmuggels von Drogen über Waffen bis hin zum Menschenhandel zum Zwecke der Prostitution oder aber auch der illegalen Einwanderung zu finden. Dazu kommen noch 'Dienstleistungen' wie Auftragsmord oder Glücksspiel bis hin zu Giftmüllentsorgung oder Zinswucher. Die größten Zuwachsraten in diesem Bereich verzeichnet derzeit die ehemalige Sowjetunion, wo sich die Zahl der kriminellen Vereinigungen seit 1990 mit 700 bis 1995 mit 8 000 mehr als verzehnfacht hat. Das neue Ziel zur Ausbreitung ihrer Geschäftstätigkeit ist Westeuropa.

In der jüngsten Zeit häufen sich Aktivitäten der sogenannten 'Russenmafia' in Wien. An der Spitze der Straftaten stehen zweifelsohne die Mordanschläge, welche zum Teil auf offener Straße und mit bis zu diesem Zeitpunkt ungekannter Brutalität durchgeführt wurden. So wurden unter anderem folgende Bluttaten im Zuge von Bandenkriegen begangen: Am 19. September 1994 wurde Sergej Hodscha-Achmedov am Steuer seines Fahrzeuges erschossen. Im Juni 1996 fällt Izrael Laster in seiner Wohnung einem Attentat zum Opfer. David Sanikidze wird im Juli in der Wiener Innenstadt auf offener Straße von zwei Auftragskillern hingerichtet.

Daneben hat sich die 'Russenmafia' aber auch in diverse Wirtschaftsunternehmen, wie Häuser, Liegenschaften und Juweliergeschäfte, eingekauft und beginnt, Wien als Eintrittspforte für den EU-Raum auszubauen. Eine zentrale Bedeutung kommt der Geldwäsche zu, aber auch im Rotlichtmilieu etablieren sich diese Gruppierungen zusehends. Die Liste der Delikte und die Arbeitsweise dieser Organisationen erinnern den objektiven Betrachter nicht zu Unrecht an das Chicago der 20er Jahre. Besondere Gefahr geht von weiteren Bandenkriegen aus. Diese entstehen einerseits, wenn die 'Russenmafia' dem heimischen organisierten Verbrechen Gebiete streitig macht, andererseits resultieren sie aus Streitereien der einzelnen Mafia-gruppierungen aus dem Osten.

Das Problem der Geldwäsche wird immer dringlicher. Einem Bericht der Tageszeitung 'Standard' war zu entnehmen, daß nach Aussagen von Exekutivbeamten beispielsweise nur zehn Prozent der Chinalokale wirklich rentabel sind. Der Rest dient mittels fingierter Tageslosungen ausschließlich zum Zweck der Geldwäsche.

Beunruhigend sind aber auch die Entwicklungen im Drogenhandel in Wien. Hier ergibt sich insbesondere ein Problem mit organisierten Banden von Dealern aus Nigeria. Wie die 'Kronen-Zeitung' berichtete, leben laut Fremdenpolizei alleine in Wien rund 900 Nigerianer, von denen nur 'ein paar Dutzend' gemeldet sind. Der Rest reist entweder als Touristen oder 'Flüchtlinge' ein, meist mit falschen Papieren und unter falschen Angaben. Fast täglich werden Nigerianer als Drogen-dealer festgenommen, doch kommen diese Dealer aufgrund der herrschenden Gesetzeslage nach einigen Tagen wieder frei und können ihren 'Geschäften' nachgehen. Das Instrument der Abschiebung wird vom Bundesministerium für Inneres viel zu lasch gehandhabt.

Die Handlungen von Drogenhändlern werden zusätzlich noch durch den Umstand begünstigt, daß die offene Drogenszene auf immer neue Plätze, wie zum Beispiel den Schwedenplatz, übergreift. Selbst wenn es im Zuge von Razzien zu Festnahmen von Dealern kommt, gehen diese nach kurzer Zeit wieder frei.

Aus diesen Gründen häufen sich nicht nur die Beschwerden aus der Bevölkerung, sondern auch jene der Exekutive, die sich im Kampf gegen die Kriminalität von den Regierenden alleingelassen sieht. Völlig unzureichende Ausrüstung und ständige Kürzung beim Personalstand und bei den Überstunden führen zu Frustration und zu verminderter Sicherheit der Bevölkerung. Zu Recht ist die Bevölkerung über diese Entwicklung beunruhigt.

In diesem Zusammenhang stellen die gefertigten Abgeordneten zum Wiener Landtag daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 39 der Geschäftsordnung des Landtags für Wien nachfolgende dringliche Anfrage:

Welche Maßnahmen haben Sie gesetzt beziehungsweise mit den zuständigen Bundesdienststellen

erörtert, um die Ausbreitung der organisierten Kriminalität einzudämmen?

Inwieweit haben Sie dafür Sorge getragen und sich bei den zuständigen Stellen dafür eingesetzt, damit im Bereich der Bundespolizei in Wien zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität endlich genügend Beamte zur Verfügung stehen?

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, daß auf bundespolitischer Ebene Maßnahmen gesetzt werden, wie etwa ein Zeugenschutzprogramm und Beweislastumkehr, die es der Exekutive erlauben, wirkungsvoller gegen die organisierte Kriminalität vorzugehen?

Sind Sie bereit, im Rahmen Ihrer gewerberechtlichen Kompetenzen Maßnahmen zu setzen, die die Geldwäsche mittels Gewerbebetrieben wirksam verhindern?

Welche technischen Möglichkeiten stehen dem Kriminaldienst im Bereich der Bundespolizeidirektion Wien zur Verfügung, um Informationen zum Bereich der organisierten Kriminalität zu verarbeiten und zu verknüpfen?

Wie viele Personen sind im Zuge der durchgeführten Razzien im Bereich der offenen Drogenszene und ähnlichen Drogentreffs von der Sicherheitswache in den vergangenen drei Monaten wegen Drogenhandels festgenommen worden?

Wie viele Personen davon sind tatsächlich den Gerichten eingeliefert worden?

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um sicherzustellen, daß nach dem 13. Oktober 1996 nicht, wie beabsichtigt, die Dienstposten bei der Bundespolizeidirektion Wien reduziert werden und daß endlich das Versprechen des Bundeskanzlers von 1990, wonach es zu einer Aufstockung des Dienstpostenplanes um 1 200 Stellen kommen soll, eingelöst wird?

Welche Maßnahmen werden Sie setzen, daß es im Bereich der Bundespolizeidirektion Wien zu keinen Planstellenverschiebungen in das Innenministerium kommt?

Welche Bemühungen haben Sie getätigt, daß von seiten der verantwortlichen Bundesstellen ausländische Straftäter wirkungsvoll abgeschoben werden?

Gemäß § 39 Abs. 1 und 6 der Geschäftsordnung des Wiener Landtags wird beantragt, daß die Anfrage verlesen und mündlich begründet werden kann und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfindet."

Präsidentin Erika Stubenvoll: Bei der nun folgenden Begründung und der anschließenden Debatte darf gemäß § 39 Abs. 8 der Geschäftsordnung kein Redner mehr als 20 Minuten sprechen.

Ich erteile nun Herrn Abg Dr Pawkowicz zur Begründung der Anfrage das Wort.

Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Frage, die wir hier gestellt haben, ist tatsächlich von großer Dringlichkeit. Ich verstehe daher nicht ganz, wenn ich etwa die morgigen Tageszeitungen aufschlage, was da zu lesen ist. Hier habe ich eine Zeitung, wieder ist es die "Kronen-Zeitung", wo -

diesmal im Wien-Teil - der Bürgermeister wieder vorkommt. Ich darf den Bürgermeister hier zitieren. Er sagt: "Wir leben in einer sicheren Millionenstadt, und das einzige, was den Freiheitlichen einfällt, ist, diese Metropole zu beschimpfen." Meine Damen und Herren! Das zeigt das tiefe Mißverständnis.

Bei uns ist es so, daß wir uns schlicht und einfach ein bißchen Sorgen machen. Tatsächlich ist es so, daß Wien - vor allem im historischen Bereich - eine wunderschöne Stadt ist. Man geht natürlich auch gerne spazieren. Ich würde sagen, man lustwandelt durch die Stadt, durch das Zentrum - aber man will nicht erschossen werden dabei. *(Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)* Das ist es, um es auf den Punkt zu bringen. *(Lhptm Dr Michael Häupl: Keine Sorgen! Das wird dir nicht passieren! Wir passen auf!)*

Meine Damen und Herren! In den letzten Wochen und Monaten haben wir nun tatsächlich Schießereien in der Stadt, die wir in dieser Form vorher nicht gekannt haben. Und da meinen wir nun, daß es durchaus berechtigt ist, ein bißchen Sorge zu haben, und daß es durchaus berechtigt ist, wenn man sich auch andere Entwicklungen anschaut, etwa im Bereich der organisierten Kriminalität oder in der Drogendealerei, Sorge zu haben und zu sagen, was unternimmt man eigentlich hier, was unternimmt die zuständigen Sicherheitsbehörden, was unternimmt etwa der Wiener Landeshauptmann, um die Bevölkerung auf diese neuen Gegebenheiten ein bißchen zu sensibilisieren? Und da ist es eben zuwenig, zu sagen, das ist die sicherste Stadt - und damit hat sich schon alles.

Ich denke, meine Damen und Herren, mehr Sicherheit ist unser gutes Recht! *(Beifall bei der FPÖ.)* Und das ist ja auch das, was wir der Bevölkerung sagen. Auf dem Plakat steht das sogar oben, bitte. Und wir haben eine große Zustimmung in der Bevölkerung. *(Lhptm Dr Michael Häupl: Ja!)*

Ich meine daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sollten diesen gesamten Problembereich diskutieren. Auch natürlich leidenschaftslos diskutieren. Das Problem ist zu ernst, um hier vielleicht mit Emotionen über den einen oder anderen Bereich hinwegzugehen. Wir sollten - völlig richtig - ganz ruhig die Sachen ansehen und den Versuch unternehmen, diese ausufernden Entwicklungen, die es in dieser Form vorher nicht gegeben hat, unter Kontrolle zu bekommen.

Ich meine, daß der Wiener Landtag dazu, nach einer eingehenden Debatte, durchaus seinen Teil beitragen kann. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Für die Debatte über den Gegenstand ist als erster Herr Abg Pfeiffer gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Gerhard Pfeiffer (ÖVP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sicherheit! Sicherheit ist mehr, als es uns die Freiheitlichen in ihrer Anfrage suggerieren wollen. Sicherheit ist zweierlei: eine objektivierbare Tatsache einerseits, ein subjektives Gefühl andererseits.

Ja, ich kann mir denken, sie ist sogar noch etwas Drittes, nämlich eine unabdingbare Notwendigkeit für uns Menschen, um ein Leben ohne Zwänge zu führen, ein Leben ohne Angst, ein sicheres Leben also.

Dafür nehmen wir viel in Kauf. Wir tauschen ein Leben in Zufriedenheit und Genügsamkeit in einer abgelegenen Hütte gegen die Abhängigkeit von der Nachbarschaft und dem ständigen Drängen nach Mehr.

Für das subjektive Gefühl der Sicherheit haben wir alles darangesetzt, uns im Laufe der Entwicklungsgeschichte von der Abhängigkeit von der Natur zu befreien, und haben dafür die Abhängigkeit von der Gesellschaft eingetauscht.

Sie sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sicherheit ist eines der höchsten Güter für uns Menschen.

Es gehört daher auch zu den wichtigsten Aufgaben der Politik, diese Sicherheit objektiv zu gewährleisten und ein subjektives Sicherheitsgefühl herzustellen.

Es gehört aber leider auch zu den schlechten Eigenschaften mancher Parteipolitik, uns durch Beschwichtigungen ein falsches Bild der objektiven Tatsachen vorzugaukeln oder mit einem verfälschten Bild über angebliche Gefahren unser subjektives Sicherheitsgefühl zu zerstören.

Beides gehört eigentlich nicht zur Politik, sondern zur Manipulation der Massen. Beider Methoden bedienen sich immer wieder jene Bewegungen, die die Massen kritiklos, weil voller Angst, hinter sich scharen möchten. Beides ist einer reifen Demokratie nicht würdig.

Wir von der Volkspartei verurteilen diese Methoden, weil sie nur zur Erhaltung oder zur Erlangung der Macht dienlich sein sollen und nichts beitragen zu mehr Sicherheit für den Bürger. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg Harry Kopietz: Weiß das der Kollege Hawlik auch? - Lhptm Dr Michael Häupl: Man unterbricht doch Predigten nicht!)*

Ist es nicht ein absichtliches Vorgaukeln von Sicherheit - Sie haben Ihr Stichwort gewußt, Herr Kollege, das haben wir gut ausgemacht -, wenn immer wieder seitens der Sozialdemokraten behauptet wird, daß für den Zivilschutz alles Erdenkliche getan wird, was im Rahmen des noch Finanzierbaren überhaupt möglich ist? Und dann wissen noch immer mehr als 60 Prozent der Wienerinnen und Wiener nicht, was zu tun ist, wenn die Sirenen heulen.

Hier haben Sie und Ihre Politik versagt, meine sehr geehrten Damen und Herren der Sozialdemokratie. Hätten Sie doch einige Millionen des PID für eine bessere und zielstrebigere Information der Bevölkerung aufgebracht, anstelle sie in Selbstlobhudeleipropaganda zu stecken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ist es nicht ein schändliches Spiel mit unbewußten Ängsten, wenn man im Vorfeld dieses Wahlkampfes in den Presseaussendungen der Freiheitlichen die Forderung lesen muß, Wien darf nicht Chicago werden? *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Das ist unglaublich!)* Was meint man denn damit? Ist damit vielleicht

die große polnische Minderheit Chicagos gemeint, die im dortigen Telefonbuch dokumentiert ist? Nein. Damit können wir in Wien auch aufwarten, Herr Pawkowicz. *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Eben!)* Gemeint ist, die unterbewußte Angst vor Straßenkämpfen - und Sie scheuen sich ja nicht, das hier auch noch zu sagen -, vor Gangs, vor rivalisierenden Banditen zu schüren. *(StR Mag Hilmar Kabas: Sie beschreiben die Realität!)* Das ist doch bei uns nicht an der Tagesordnung wie im Chicago der 20er Jahre, was Sie uns hier vorgaukeln wollen! Sie wollen uns hier nur zeigen, daß Sie bereit sind, die unterbewußte Angst in der Bevölkerung zu schüren! Ich habe es Ihnen gesagt. Eine trübe Suppe, in der sich leicht fischen läßt. Das glauben Sie aber nur. *(StR Mag Hilmar Kabas: In der Annagasse war es, nicht in einer trüben Suppe!)*

Ist es nicht ein absichtliches Vorgaukeln? Es ist doch bei uns nicht an der Tagesordnung! Sie können doch nicht sagen, es ist bei uns selbstverständlich, daß ständig mit Maschinenpistolen um sich geschossen wird! *(Abg Ing Peter Westenthaler: In der Annagasse im 1. Bezirk war es so!)*

Um Gottes willen! Das war einmal der Fall. Das können Sie doch nicht mit Methoden wie dem Abschieben von Ausländern, das Sie damit begründen wollen, verhindern! Das ist doch lächerlich!

Ist es nicht ein absichtliches Vorgaukeln von Sicherheit, wenn behauptet wird, daß die Drogensituation in Wien im Griff sei und dies noch durch - man könnte fast meinen, gestellte - Aktionen der Polizei im Stadtpark mit großem Trara und Zeitungsbeilegung inszeniert wird?

Ein paar Monate vor der Wahl wird die Exekutive zur nahezu operettenhaften Zerstreuung der offenen Szene eingesetzt, nachdem man viereinhalb Jahre lang die Exekutive eher immer zurückgepfiffen oder bei ihrem gesetzlichen Auftrag behindert hat! Ich sage nur: "Arena"! *(Beifall bei der ÖVP. - Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Das war eine gute Passagel!)*

Sie haben Ihr Stichwort gelernt! Sie kommen schon wieder an die Reihel! *(StR Mag Hilmar Kabas: Eine trübe Suppe aus einer trüben Tasse!)*

Ist es nicht ein schändliches Spiel mit unbewußten Ängsten, wenn in einer angespannten Situation des Arbeitsmarkts ein Zerrbild der Ausländerproblematik an die Wand gemalt und der Verlust der Arbeitsplätze jenen Menschen zugeschrieben wird, die wir selbst hereingeht haben, damit diese das österreichische Wirtschaftswunder miterarbeiten? *(Abg Dr Rüdiger Stix: Wer hat die hereingeht?)*

Glaubt denn jemand - jetzt hören Sie bitte zu -, daß draußen auf der Straße ein Unterschied zwischen alteingesessenen oder frisch zugezogenen Ausländern gemacht wird? Ich sage Ihnen, wenn sich eine gewissenlose Parteitaktik einmal dafür hergegeben hat, das Halali zu blasen, werden die Hasen ohne Unterschied zur Hatz freigegeben! *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Was ist mit dem Hatzl? Was war das jetzt eben?)*

Ich lese es Ihnen gern noch einmal vor, wenn Sie es verstehen möchten. Das ist kein Problem. Ich habe gesagt, ob nicht eine gewissenlose Parteitaktik, wenn sie sich dafür hergegeben hat, das Halali zu blasen, es erzeugt, daß die Hasen ohne Unterschied zur Hatz freigegeben werden. *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Was hat das mit dem Hatzl zu tun?)*

Das haben Sie mit Ihren wirklich infamen Anschlügen in den Gemeindebauten bewiesen, wo Sie - nach Namen sortiert - Ausländer geortet haben. *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Das stimmt ja nicht!)* Das ist genau die Art der Hatz und das Halali, was ich gemeint habe! *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Aber das ist doch ein Unsinn!)* Hoffentlich haben Sie es jetzt endlich verstanden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ist es nicht ein absichtliches Vorgaukeln von Sicherheit, wenn behauptet wird, daß die Gesundheitsversorgung bei uns auf dem allerhöchsten Stand sei? *(LhptmSt Dr Sepp Rieder: Also, bittel - Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Diese Passage ist wieder besser!)* Es gibt aufgrund marxistischer Ideologie noch immer zentralistische Strukturen, welche die Finanzierbarkeit des Gesundheitswesens langsam, aber sicher wirklich gefährden!

Müssen Krankenhäuser, die zur Zeit für die medizinische Nahversorgung von Kindern und allen Menschen notwendig sind, geschlossen werden? Müssen pflegebedürftige Menschen, die mitgeholfen haben, unseren Wohlstand aufzubauen, in 14-Betten-Sälen ihrem Ende entgegendämmern?

Ist es nicht ein schändliches Spiel mit unbewußten Ängsten, wenn die Einigung Europas - die nach dem Vorbild der Monarchie als Fernziel eine gemeinsame Außen-, Verteidigungs- und Finanzpolitik ihrer Mitgliedsstaaten anstreben sollte - für alles verantwortlich gemacht wird, was in Österreich durch Jahrzehnte einer unsozialen Geschenkpoltik zum Wählerstimmeneinkauf verschlampt wurde? Jetzt den alten Menschen den Verlust ihrer Ersparnisse bei Einführung einer europäischen Währung zu suggerieren, ist ein schamloses Ausnützen von Urängsten!

Sehen Sie, meine Damen und Herren, wie Parteitaktik vor das Ziel einer objektiven Sicherheitspolitik und einem subjektiven Sicherheitsgefühl gereiht wird! Das sind die Massenverführer, die - wenn es darauf ankommt - schon auch einmal gern die Rollen tauschen und in einem Wahlkampf, wenn es eng wird, mit einem Brief den Pensionisten subjektive Angst einjagen oder mit einem bedingungslosen Ja eines Jörg Haider zur NATO ein objektives Sicherheitskriterium vorgaukeln wollen, wo man weiß, daß das Kommando: Kehrt Euch! zu den wichtigsten Funktionärstugenden der Freiheitlichen zählt!

Wir, die wir nunmehr wirklich die einzige bürgerliche Partei in diesem Hause sind - dagegen können Sie nicht mehr Einspruch erheben -, können mit beiden Methoden nicht vor unsere bürgerlichen Wähler treten. Nicht, weil wir vermeintlich so moralisch sind, sondern weil wir uns mit unserem Programm an den freien,

leistungsorientierten, toleranten und verantwortungsbewußten Menschen wenden.

Wir wollen erreichen, daß jeder Bürger unserer Stadt sich zu dieser Kategorie zählen kann. Das kann aber nur geschehen, wenn die schonungslose und umfassende Manipulation aufgezeigt wird, wir den Menschen ehrlich sagen, daß man nur durch Leistung Sicherheit erreichen, durch Verantwortung Sicherheit bewahren kann und nur in der Toleranz jene Menschlichkeit zu finden ist, die unser Leben auch sicher macht, und wir den Menschen unserer Stadt klarmachen können, daß nur der mündige Bürger, der sich nicht gegen seinen Mitmenschen aufhetzen läßt, sicher sein kann, daß man auch niemand gegen ihn selbst aufhetzt, und nur der kritische Bürger, der sich nicht durch Propagandamillionen und Festzeltbetrieb Sand in die Augen streuen läßt, sicher sein kann, daß alles Menschenmögliche für die Sicherheit aller unternommen wird.

Zu all den von mir vorher genannten Beispielen haben wir in dieser Legislaturperiode unsere Stimme erhoben, Anträge gestellt, die diesen Zielen dienen, und durch Anfragen versucht, Hintergründe und Verantwortlichkeiten zu ergründen.

Unsere Anträge für den Schutz der Wienerinnen und Wiener vor Katastrophen jeglicher Art waren von der Verantwortung für den Schutz von Leib und Leben unserer Mitmenschen geprägt. Sie wurden von den Sozialisten ausnahmslos zurückgewiesen. Es wurde von Ihnen auf keine einzige Intention - sei es die tatsächliche Verbesserung der Kenntnisse im Umgang mit Katastrophen beim Zivilschutz, die bessere Organisation des Katastrophenschutzes oder für eine bessere Ausrüstung und verbesserten Schutz der Einsatzeinheiten oder vieles andere mehr - eingegangen.

Unsere Anträge zur Verbesserung der Situation beim Kampf gegen Dealer, gegen Drogen selbst oder gegen ihre Auswirkungen beim Drogenkranken wurden von den Sozialisten ausnahmslos zurückgewiesen. Es wurde von Ihnen auf keine einzige Intention - seien es Vorsorgeprogramme, Drogenbudget, jährliche Berichterstattung über die Drogensituation, mehr unterschwellige Einrichtungen, Förderung von Suchtforschung und Evaluierung von Therapieeinrichtungen und vieles andere mehr - eingegangen.

Unsere Anträge zur Vorsorgemedizin, zum Stufenbau der intramuralen Einrichtungen, zur Koalition mit den niedergelassenen Ärzten, zu echter Dezentralisierung der Spitäler und zur Ganzheitsmedizin wurden von den Sozialisten ausnahmslos zurückgewiesen.

Aus unserer Sicht - aus der Sicht der freien, leistungsbewußten Menschen - hat die sozialdemokratische Stadtregierung vieles verabsäumt, was der Sicherheit der Menschen unserer Stadt dient. Aus unserer Sicht - aus der Sicht der toleranten und verantwortungsbewußten Menschen - würde eine freiheitliche Stadtregierung hingegen vieles unternehmen, was der Sicherheit der Menschen unserer Stadt nicht dienlich sein kann.

Wir glauben aufrichtig, die bessere Alternative zu sein! Wir werden das in dieser Wahlauseinandersetzung auch klar und deutlich sagen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Als nächstem Redner erteile ich Herrn StR Mag Kabas das Wort.

StR Mag Hilmar Kabas: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man selbst etwas glaubt - zu meinem Vordredner gesagt -, muß es noch lang nicht heißen, daß es auch der Wähler glaubt. Das scheint bei Ihnen der Fall zu sein. Diesbezüglich scheinen Sie doch einige Schwierigkeiten zu haben.

Die sogenannte 2-Watschen-Theorie - das kenne ich auch aus einer Phase unserer eigenen Partei - ist nicht immer erfolgreich.

Es ist auch nicht immer sachlich, wenn man tut, als ob es sachlich wäre. Wenn Sie sagen, es ist alles nur Parteitaktik, kann ich Ihnen nur sagen, wenn Sie sich die Situation und die Verhältnisse in den letzten Monaten in Wien näher angeschaut und auch mit der Polizei gesprochen haben, wurde doch sehr klar zum Ausdruck gebracht, daß die Polizei bei dem, was jetzt zu uns kommt sozusagen herüberschwappt - gerade die Morde, die im Zuge von Bandenkriegen oder was immer das war, begangen wurden, zeigen das -, davon spricht, daß es eine neue Qualität von Verbrechen und von Morden ist.

Somit kann man nicht einfach sagen, das ist nichts und wir sind immer noch eine Insel der Seligen. Wir sind das eben nicht mehr. Wir sind schon viele Jahre lang als Drehscheibe für alle möglichen Kriminalitätsformen aufgebaut worden.

Das, was aber jetzt hier in Erscheinung tritt, war in dieser Form tatsächlich noch nicht bei uns. Und das sind die Vorboten von etwas, wo wir sagen, unternehmen wir alles, daß es in dieser Form nicht zu uns kommt und daß Wien eben nicht Chicago wird. Aber ist es drohend an der Wand, daß es so kommt! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn Sie sich die morgige "Kronen-Zeitung" anschauen, ist darin eine Umfrage von OGM enthalten, in der auch die Frage gestellt wird, ob in Österreich genug für die Sicherheit getan werde. 47 Prozent der Bevölkerung sagen ja, aber 44 Prozent sagen nein. Das heißt, es ist an und für sich ausgeglichen. *(Abg Harry Kopietz: Das ist kein Wunder bei Ihrer Politik!)*

Es ist kein Wunder! Da gebe ich Ihnen Recht! Bei dem Innenminister ist es kein Wunder, daß sich die Menschen verunsichert fühlen! Da haben Sie vollkommen recht, Herr Kopietz! Endlich kommt einmal etwas Richtiges von Ihnen! *(Beifall bei der FPÖ. - Abg Harry Kopietz: Sie machen schon Fehler beim Zuhören!)*

Wenn also ein dermaßen hoher Prozentsatz der Bevölkerung sagt, es werde aus ihrer Sicht nicht genug für die Sicherheit in Österreich getan, kann man sich vorstellen, wie verunsichert die Menschen wirklich sind. Leider haben sie auch recht, weil gerade im Sicherheitsbereich sehr viel bagatellisiert wird. Aber

natürlich weiß es die Regierungspartei beziehungsweise die Partei, die den Innenminister stellt, daß den Menschen die Sicherheit sehr wichtig ist.

Mit Sicherheit meine ich jetzt die Sicherheit vor Kriminalität und nicht die Flucht in den Plakatslogan "Sicherheit ist mehr". Ich glaube schon, daß man gern auch über anderes reden würde. Sicherlich gibt es auch in anderen Bereichen einen Sicherheitsbegriff. Wir meinen aber jetzt ganz konkret Sicherheit vor Kriminalität.

Es wird nicht wirklich ernsthaft daran gearbeitet, daß sich die Verhältnisse im Sicherheitsbereich bessern, sondern es wird nur kaschiert. Es werden nur Potemkinsche Dörfer aufgestellt. Das ist aber zuwenig, weil die Unterwelt beziehungsweise die Kriminalität sich letztlich und perspektivisch nicht darum kümmert, was man gern haben möchte, sondern dabei geht es um harte Fakten und Realitäten. Entweder kann man die Kriminalität in Schach halten, sie zurückdrängen oder man macht eine Propagandalawine. Aber irgendwann ist der Punkt der Wahrheit eben erreicht.

Daher ist es zuwenig, wenn man nur den Slogan "Sicherheit ist mehr" plakatiert und dann alle möglichen anderen Themen anführt, wenn man weiß, wieviel in Wien im Sicherheitsbereich im argen liegt. Deswegen kann und muß man eben auch die Schwachstellen, welche die SPÖ versucht zu kaschieren, immer wieder analysieren und aufzeigen. Nur dann hat man nämlich die Chance, daß unter dem Druck der Meinung in der Bevölkerung Fortschritte erzielt werden können. Diesbezüglich genügt es nicht, wenn man nur Statistiken frisiert.

Ich möchte nur schnell zwei Beispiele anführen.

Löschnak hat bei seiner Abschlußpressekonferenz die Generalstatistik aus dem Jahr 1994 präsentiert. Er hat gesagt, österreichweit gesehen, wurde die Grenze von 500 000 nicht überschritten, sondern die Delikte konnten - Gott sei Dank - auf 495 000 eingependelt werden.

Ein Jahr später wurde bei der Präsentation des Sicherheitsberichts 1994 vom Innenminister gesagt, 504 000 gerichtlich strafbare Handlungen - also Delikte - mußten im Jahr 1994 registriert werden.

Also zwei Innenminister und zwei verschiedene Zahlen zu ein und demselben Gegenstand.

Das kommt davon, wenn man versucht, zu frisieren, und zwar der eine beim Abgang, daß er sagt, er habe die Schallmauer beziehungsweise Alpträumgrenze von 500 000 nicht überschritten, und der andere - damit er besser dasteht, weil er es ein bißchen gesenkt hat - sagt, es waren 504 000.

Das zweite Beispiel war die Kriminalitätsstatistik 1995 in Wien.

Der Polizeipräsident sagt am 7. Dezember 1995, es konnte eine leichte Senkung von 0,5 Prozent erreicht werden, wobei sich die Frage stellt, wie er die erreicht.

Drei Monate später - im Februar 1996 - waren es bei der Klubklausur der Sozialisten auf einmal minus 2,6 Prozent.

Es geht schon rein arithmetisch nicht, daß man innerhalb von einem Monat von einem Minus von 0,5 Prozent auf ein Minus von 2,6 Prozent bei gerichtlich strafbaren Handlungen kommt. Das heißt, Sie liefern selbst die Beweise. *(Abg Godwin Schuster: Sie sollten nur mit kompetenten Leuten reden! Sie haben noch kein einziges Mal mir irgend jemand Kompetenten gesprochen!)*

Ich weiß schon, Sie wollen immer die Verwaltungsdelikte hineingeben. Aber das ist nicht richtig, Herr Schuster. Sie haben schon einmal ihrer sozialistischen Sekretärin einen schlechten Rat erteilt.

Daher, glaube ich, muß man schon aufpassen, wenn es die ganze Sicherheitspolitik der Sozialisten ist, daß man immer wieder versucht, Statistiken zu kaschieren und durcheinanderzubringen. Das ist einfach zuwenig! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Anstatt jetzt gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um das Sicherheitsnetz in unserer Stadt dichter zu machen, geschieht genau das Gegenteil. *(Abg Ilse Forster: Das ist nicht zum Aushalten!)*

Ich möchte nur kurz daran erinnern, Vranitzky hat dem Altbürgermeister Zilk 1990 - vor der Nationalratswahl - versprochen, Wien bekommt 1 200 Dienstposten mehr für die Exekutive. Bis heute ist aber kein einziger dieser Dienstposten tatsächlich gekommen. Ganz im Gegenteil werden wir momentan ausgedünnt. Das heißt, es werden die Dienstposten eingeschränkt und Überstunden gestrichen, sodaß wir in Wirklichkeit in der Wiener Exekutive einen Zustand erreicht haben, wo der Fußstreifendienst untertags zusammenbricht. In der Nacht ist er grundsätzlich sowieso nicht mehr gegeben.

Bezüglich der Vorgaben, die von Wien aufgrund des Sparpakets gefordert werden, gibt es ein Schreiben vom Innenministerium, und zwar von der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, daß Wien im Jahr 1996 151 und im Jahr 1997 146 Dienstposten zu streichen hat.

Vorerst wurde es einmal aufs Eis gelegt, nachdem der Herr Bürgermeister dem Innenminister - so stand es wörtlich im "Kurier" - "mit Krieg gedroht hat". Jetzt wurde es aufs Eis gelegt, aber ab 14. Oktober dieses Jahres wird es durchgezogen werden.

Diesbezüglich sage ich, mein Vorredner hat insofern recht gehabt, daß das bitte keine Politik ist, wenn man sagt, am 13. Oktober dieses Jahres ist ein Wahltermin und man schiebt das Ganze hinaus, obwohl es schon festgeschrieben ist und auch vom Innenminister in einer parlamentarischen Anfragebeantwortung vom 2. August dieses Jahres klargestellt wird, daß aufgrund der Vorgaben des Bundesfinanzgesetzes eingespart werden muß. Es muß eingespart werden, aber man sagt noch nicht wie, wo, was und wann. *(Abg Godwin Schuster: Das haben wir schon schriftlich festgehalten!)*

Dort steht es nicht! *(Abg Godwin Schuster: Dort steht es schon!)* Aber hier steht es! Hier steht, was eingespart werden muß! Aber man schiebt es jetzt

hinaus!

Das kann doch keine Sicherheitspolitik sein, daß man sagt, man kürzt die Dienstposten immer mehr, und damit glaubt, daß man die Kriminalität in Wien erfolgreich bekämpfen kann. *(Abg Harry Kopietz: Sie verschleiern wie immer die Tatsachen! Kabas verschleiern!)* So sicher nicht! *(Beifall bei der FPÖ. - Abg Harry Kopietz: Sie beugen die Tatsachen!)*

Das ist alles belegbar! Es ist nicht nur belegbar, sondern ich kann es Ihnen auch auf der Stelle beweisen! Also ich weiß überhaupt nicht, was das soll! *(Abg Rudolf Hundstorfer: Lesen Sie doch vor, was dort steht!)* Was denn? *(Abg Rudolf Hundstorfer: Lesen Sie es vor!)*

Das habe ich Ihnen vorgelesen! Minus 151 und minus 146! *(Abg Godwin Schuster: Wo?)* Was heißt wo? Im Schreiben der Republik Österreich, Bundesministerium für Inneres, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit vom Februar 1996 *(Abg Rudolf Hundstorfer: Und die Antwort des Innenministers?)*: "Aufgrund der Vorgaben des Bundesfinanzgesetzes für die Jahre 1996 und 1997 gelangen bei der Gruppe Bundespolizei insgesamt 580 Planstellen zur Einsparung." *(Abg Ing Peter Westenthaler: Wissen das die Sozialdemokraten nicht?)*

Ich kann aber noch nicht sagen, wo, weil das noch nicht wirklich durch ist. *(Abg Godwin Schuster: Lesen Sie doch weiter!)* Ich habe das Schreiben der Sicherheitsdirektion. Also warum regen Sie sich auf? *(Abg Rudolf Hundstorfer: Lesen Sie den nächsten Satz vor!)*

Das sind lauter Schmäh! *(Abg Volkmarr Harwanegg: Was Sie uns erzählen, sind lauter Schmäh!)* Das sind Nullsätze.

"Hinsichtlich Anzahl und Bewertung der bei der Bundespolizei für Wien und deren Organisation einzusparenden Planstellen kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Aussage getroffen werden." *(Abg Harry Kopietz: Das wissen wir auch! Sie erzählen uns lauter Schmäh!)*

Das habe ich gesagt. Er hat es schon getroffen, nämlich in dem Schreiben vom Februar dieses Jahres. Also was wollt Ihr noch? *(Beifall bei der FPÖ.)*

So ist es eben. Das Minus an Planstellen steht fest, aber Sie wollen es jetzt in der Öffentlichkeit natürlich noch nicht diskutiert haben. *(Abg Harry Kopietz: Sie wollen die Wahrheit nicht sagen, Herr Kolleg!)*

Ich habe hier das Schreiben vom Innenministerium. *(Abg Rudolf Hundstorfer: Das haben wir alle!)* Ich verstehe überhaupt nicht, was Sie wollen! *(LhptmSt Dr Sepp Rieder: Sie sollten vielleicht die nächste Zeile lesen!)*

Natürlich kann man auch Sicherheitspolitik machen, indem man sagt, man sagt nichts bis zum Wahltag, aber nachher wird alles durchgezogen und die Leute werden es schon wieder vergessen. So werden Sie aber die Kriminalität - und schon gar nicht die organisierte Kriminalität - in den Griff bekommen. Ganz im Gegenteil ist das eine Einladung an alle Ganoven, weiterhin nach Wien zu kommen, wie sie es jetzt auch

schon jahrelang gemacht haben.

Warum kommen die Ganoven nach Wien? Weil sie sagen, erstens werden sie nicht erwischt und zweitens werden sie, selbst, wenn sie erwischt werden, gleich wieder ausgelassen. Das ist die traurige Realität! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir haben hier einige Fragen zur organisierten Kriminalität und zur Mafia, wie sie sich derzeit in Wien breitmacht und in fürchterlicher Weise bereits ihre Handschrift hinterlassen hat, gestellt. Und wir sind sehr gespannt auf die Antworten des Landeshauptmanns. *(Abg Rudolf Hundstorfer: Alle russischen Mafiamorde sind aufgedeckt!)*

Wir haben auch Fragen zur Geldwäsche durch die Lokale gestellt, wie dies vom "Standard" in dieser Woche beschrieben wurde.

Ganz besonders arg hat sich aber in den letzten Wochen, Monaten und Jahren die Drogenkriminalität entwickelt. Nicht umsonst schreibt die "Kronen-Zeitung" am 2. August dieses Jahres: "Machtlos gegen 1 000 Nigerianer". In diesem Artikel wird sehr genau beschrieben, wie demotiviert die Polizei auf der einen Seite ist und wie hilflos sie auf der anderen Seite gegen eine Drogendealermafia agiert, die sich immer weiter ausbreitet, sich bei der U 3 - Volkstheater, Westbahnhof und so weiter - ausgebreitet hat und jetzt auch schon im Bereich der U 1 - Südtiroler Platz dealt.

Wie es aussieht, ist auch im Stadtpark eine neue Szene entstanden. Diesbezüglich wird mit wirkungslosen Razzien versucht, ein bißchen Medienwirbel zu machen. *(LhptmSt Dr Sepp Rieder: Da kann ich nur lachen!)*

Es setzt sich jetzt gerade am Schottenring eine neue Szene fest. Es wird aber nichts gemacht. Man macht nichts, weil man sagt, man kann eigentlich nichts machen.

Das kann doch bitte nicht der Weisheit letzter Schluß sein. Man muß im Gegenteil alles machen, damit diese besonders fürchterliche Kriminalitätsform der Drogendealer endlich in die Schranken gewiesen wird und sich nicht wie ein Krebsgeschwür über die ganze Stadt verbreitet. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dazu möchte ich Ihnen - weil gerade die Sozialdemokraten aus ideologischen Gründen immer wieder Schwierigkeiten mit der Polizei, mit Polizeieinsätzen und einem gezielten Angehen der Kriminalitätsbekämpfung haben - kurz ein paar Zitate aus der "Neuen Züricher Zeitung" bringen, wie die Kriminalität in New York seit 1994 erfolgreich bekämpft wird.

"In New York, wo es vor kurzem noch 2 000 Morde pro Jahr gab, sank die Mordrate in den vergangenen beiden Jahren um mindestens 39 Prozent, 1995 allein um 25 Prozent. Rückläufig sind aber auch die Verbrechensraten insgesamt. In New York City wurde 1994 ein Abfall um 11 Prozent, 1995 um 17 Prozent und in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 9 Prozent verzeichnet."

Jetzt kommt das Entscheidende, wie das erreicht wurde. Das ist nämlich eine Frage, die Raimund Löw in der ORF-Sendung "Report" nicht mehr gesagt hat. Er hat nur gesagt, es wird aber herumgestritten, ob die Statistik stimmt oder nicht stimmt.

Der Korrespondent der "Neuen Züricher Zeitung" hat dies in seiner Analyse sehr wohl dargelegt. Er sagt nämlich folgendes: "Als nämlich ein neuer Bürgermeister gekommen ist, hat er auch einen neuen Polizeipräsidenten geholt, der aber wirklich mit einer dementsprechenden Geradlinigkeit angefangen hat, die Verbrechen zu bekämpfen. Rückte Bratton sofort nach seinem Amtsantritt weg vom jahrelang hochgehaltenen Konzept einer betont verständnisvollen und sozial engagierten Polizei, die auch einmal ein Auge zudrückt, wenn es die Menschlichkeit gebietet. Das angebotsorientierte Community-policing-System des früheren Bürgermeisters Dinkins, das die Polizisten in erster Linie als Problemlöser für die Gemeinde sah, wurde über Bord geworfen. Die Polizei besann sich wieder auf ihre eigentliche Aufgabe, die Verbrechensbekämpfung und die Garantie von Gesetz und Ordnung." - Die 38 Beamten sind teilweise neu organisiert worden. Es wurden auch die Führungskräfte teilweise ausgetauscht. Und auf einmal ist ein Erfolg gelungen, indem man eben wirklich im Rahmen der Gesetze mit aller Konsequenz die Kriminalität bekämpft hat.

Das, glaube ich, ist ein gutes Beispiel dafür, daß man in die Sicherheit investieren soll und auch in eine gut funktionierende, gut ausgerüstete sowie gut ausgebildete Polizei, die auch personell genügend dotiert ist, investieren muß, weil man nur dann eine Chance hat. Gerade wir in Wien, wo sich verschiedene Mafiaorganisationen diese Stadt als Drehscheibe ausgesucht haben und nunmehr mit ihren Bandenkriegen zu uns stoßen, haben nur dann eine Chance, die Kriminalität zurückzudrängen, wenn es uns gelingt, den Sicherheitsapparat und die Exekutive ordentlich zu organisieren, auszubilden und auszurüsten.

Wir Freiheitlichen bekennen uns dazu, daß gegen Kriminalität und für Ordnung nur eine ordentliche Polizei erfolgreich sein kann! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Stix gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Rüdiger Stix (FPÖ): Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Meine Damen und Herren!

Ich möchte in meinem Beitrag nüchtern, aber deutlich auf drei Stufen den Nachweis führen, daß alle in der dringlichen Anfrage angeführten Elemente lückenlos belegbar sind und es Kronzeugen gibt, denen man beim besten Willen wirklich keine Nahebeziehung zu den Freiheitlichen oder zum laufenden Wahlkampf unterschieben kann.

Ich beginne in der ersten Stufe mit der Diskussion, ob unser Slogan, in dem wir gewarnt haben, daß Wien nicht Chicago werden darf, nur eine saloppe Verkürzung war oder ob er den Kern getroffen hat.

Ich zitiere als ersten Kronzeugen Oberrat Dr Geiger.

Nicht Dr Jörg Haider, nicht Dr Rainer Pawkowicz, sondern Oberrat Dr Geiger, den Sie sehr gut kennen.

Er hat unmittelbar am Beginn der Legislaturperiode - also nach dem Wahlkampf -, nach der Debatte, ob Wien nicht Chicago werden darf, ganz klar und deutlich gesagt, daß der Anteil von türkischen und jugoslawischen Tätergruppen im Bereich speziell organisierter Kriminalität, vor allem bestimmter Art des Drogenhandels, 80 Prozent beträgt.

Oberrat Dr Geiger hat ganz klar gesagt, daß sich die verschiedenen Verteilerebenen mit ägyptischen, tunesischen und libanesischen Staatsangehörigen unterscheiden lassen. Oberrat Dr Geiger hat auch ganz klar gesagt, daß es im Bereich der sogenannten Ameisenstraße mit Massenschmuggel indische und pakistanische Gruppierungen gibt.

Schon damals - am Beginn der Legislaturperiode - hat Oberrat Dr Geiger auf das Ansteigen der nigerianischen Dealer verwiesen. Aber dazu komme ich noch.

Die organisierte Kriminalität, die jetzt eine völlig neue Qualität des Verbrechens in Wien erreicht hat, hat aber auch schon damals - als wir gewarnt haben, daß Wien nicht Chicago werden darf - auf die traditionellen Verbrechensformen wie Diebstahl, Wohnungseinbrüche oder ähnliches übergegriffen.

Auch dazu rufe ich als Kronzeugen Oberrat Dr Geiger auf. *(Abg Godwin Schuster: Jetzt ist es aber langsam peinlich!)* Ich weiß, daß das für Sie peinlich ist, Kollege Schuster! *(Abg Godwin Schuster: Ihre Wortmeldung ist peinlich!)*

Oberrat Dr Geiger hat schon am Beginn ganz klar gesagt, daß Einbruchsdiebstähle in Wohnungen nunmehr in erheblichem Maße auf organisierte Kriminalitätsstrukturen zurückzuführen sind. Bei jugoslawischen Tätergruppen kommt eine Beschaffungsebene und eine Verwertungsebene hinzu. Es kommen die südamerikanischen Tätergruppen dazu.

Dann wird fast wie in einem Verbrechenskonzern differenziert zwischen Taschendiebstahl, Wohnungseinbruch, KFZ-Einbruch und natürlich Schutzgelderpressungen.

Schon seit den 80er Jahren sind von diversen Jugoslawengruppierungen - die Nationalitäten sind wohl gemerkt alle Originalzitate von Oberrat Dr Geiger *(LhptmSt Dr Sepp Rieder: Hofrat Geiger vom "Mariandl"?)* - Schutzgelderpressungen vorgenommen. Selbstverständlich gab es dann entsprechende Wechselbeziehungen zwischen inländischen und jugoslawischen Tätergruppen.

Sie können sich vorstellen, wie das jetzt - nach dem vorläufigen Waffenstillstand im Balkankrieg - aussieht.

Aber ich rufe ihn weiter als Kronzeugen auf. Auch die klassische italienische Mafia, die Cosa Nostra und die Camorra, operiert in Wien. *(Abg Harry Kopietz: Wer hat das gesagt?)* Oberrat Dr Geiger natürlich, den rufe ich als Kronzeugen auf. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Sie lachen darüber! Das ist anscheinend sehr lustig, daß die Mafia hier operiert! Es ist sehr lustig, daß Ihre

führenden Kriminalisten genau das bestätigen, wovon wir konkret gewarnt haben, meine Damen und Herren! Das ist ungeheuerlich! *(Beifall bei der FPÖ. - Lhptm Dr Michael Häupl: Ich habe geglaubt, das sind unsere Polizisten! Oder von wem sind sie jetzt? Ich hoffe, daß sie unser aller Polizisten sind!)*

Ich hoffe, daß das unsere gemeinsamen Kriminalisten sind, Herr Landeshauptmann!

Wir haben vollstes Vertrauen in den Oberrat Dr Geiger, Herr Landeshauptmann. Ich freue mich, wenn Sie das auch haben. *(LhptmSt Dr Sepp Rieder: Hofrat Geiger?)* Er ist inzwischen Hofrat, war aber damals Oberrat. Sie sehen, Sie kennen ihn doch sehr gut.

Der jetzige Hofrat und damalige Oberrat Dr Geiger - ich zitiere den Oberrat Dr Geiger -, der Ihnen sehr gut bekannt ist, wie sich der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter jetzt dankenswerterweise geoutet hat - würde man heute sagen -, verweist darauf, daß auch die italienische Mafia in Wien tätig ist. Er verweist auf die Fälle Enrico Maisto - ein führendes Mitglied der Camorra in Neapel - und Carmine die Nardo - ein exponiertes Mitglied der Camorra. *(Abg Godwin Schuster: Wo Sie überall verkehren!)* Lustig, sehr lustig!

Meine Damen und Herren, das geschah unmittelbar nachdem wir gewarnt haben, Wien darf nicht Chicago werden. *(Abg Godwin Schuster: Das haben Sie alles vorher gewußt?)*

Jetzt geht es um eine Ebene weiter. Schauen wir uns die Russenmafia an. Es ist zumindest bemerkenswert, wenn beispielsweise nachdem das Buch "Die Russenmafia - das gefährlichste Verbrechersyndikat der Welt" von Roth geklagt wurde, der Kläger, Herr Loutchansky, obwohl er sogar teilweise Zensur durchsetzen konnte, es aber trotzdem für notwendig hält, die Zentrale seiner Geschäftstätigkeiten von Wien wieder in die GUS zu verlegen.

Wir sind hier immun. Deshalb kann ich Ihnen die zensierten Teile nur empfehlen. Sie finden darin alles, angefangen von Briefbomben mit dem dazugehörigen Sprengstoff bis zu Waffenhandel, Menschenhandel und von Verquickungen im Tschetschenienkrieg. Ich empfehle es Ihnen, Herr Kollege Schuster, denn für einen Sicherheitssprecher ist das Ganze hoch interessant. Es hat eine neue Qualität erreicht.

Bei der russischen Mafia gibt es - um präziser zu sein - drei Ostmafiagruppen. Das sind die Solnzewskaia - das ist die Russenmafia im engeren Sinn mit sehr starken Verbindungen zum ehemaligen Geheimdienst und Militär -, die Georgier - aber zum Herrn Sanikidze und zu seinen sozialistischen Geschäftsfreunden komme ich noch - und die Tschetschenen.

Ich stelle fest, bisher hat Loutchansky bei Klagen obsiegt, daß ihm eine unmittelbare Verbindung in diese tschetschenische Mafia nicht nachgewiesen werden konnte. Was aber nachgewiesen werden konnte, ist, daß der erste Mafiamord an Sergej Hodscha-Achmedov immerhin die Frage aufwirft, meine Damen und Herren, wieso er überhaupt legal in Wien gewesen ist. Wieso ist er überhaupt legal in seiner Villa gewe-

sen? Sie wissen das.

Man kann sagen, im wesentlichen ist es eben noch im Umfeld. Dasselbe beim Mord an Herrn Izrael Laster.

Aber jetzt, beim dritten Mord, in der Annagasse, an Sanikidze, ist zum erstenmal ein international hochrangiger Capo liquidiert worden, der eben Geschäftsbeziehungen zu einem ehemaligen Wiener Bürgermeister und zu einem ehemaligen sozialistischen Zentralsekretär hat. *(Abg Heinz Sramek: Darauf wollen Sie also hinaus!)*

Ich bin weit davon entfernt, zu sagen, daß der ehemalige Wiener Bürgermeister und der ehemalige Zentralsekretär der Sozialistischen Partei von den mafiosen Beziehungen des Herrn Sanikidze gewußt haben müssen, halte aber fest, daß dies in einschlägigen Kreisen - vor allem in der Gruppe C und der Gruppe D des Innenministeriums - seit Jahren bekannt war. Vielleicht könnte man diesbezüglich Kommunikation und Kontakte herstellen, um jeden Anschein zu vermeiden.

Ich darf den nächsten Polizeijuristen als Zeugen aufrufen. In diesem Fall ein Hofrat, und zwar Herr Polizeihofrat Dorn, der aufgrund dieser Verquickungen wortwörtlich meint, daß ehrenwerte Angehörige der Megakriminalität eben als Bewohner der obersten Kriminalitätspyramide nicht nur in Justizkanzleien, in Führungsetagen heimischer Geldinstitute, in öffentlichen Dienststellen und verschiedenen Bereichen von Handel und Industrie sitzen, sondern auch in allgemeinen Vertretungskörpern, überall dort, wo weitreichende Entscheidungen von OK-Relevanz - OK bedeutet organisierte Kriminalität - getroffen werden können.

Ich halte fest, daß die in den ORF-Berichten und in den Medienberichten zitierten Nahebeziehungen zwischen einem anderen Zentralsekretär, dem ehemaligen Zentralsekretär der Sozialistischen Partei, Herrn Marizzi, und Herrn Grigori Loutchansky zumindest ein Bild ergeben, das dem Bild ähnelt, das die Verbindungen zwischen Herrn Sanikidze - der in der Annagasse liquidiert worden ist und wohl eine wesentliche Rolle in der georgischen Mafia gespielt hat -, dem Herrn Altbürgermeister Gratz - den ich als persönlich sehr anständigen und ehrenwerten Mann kennengelernt habe, der aber eben in Geschäftsbeziehung zu Herrn Sanikidze stand - und dem ehemaligen Zentralsekretär der SPÖ Blecha ergeben.

Ich halte auch fest, daß sich Loutchansky zumindest bei Klagen in Österreich durchsetzen konnte, verweise aber darauf - vielleicht könnte man dem Kollegen Marizzi einen Tip geben -, daß die Amerikaner, die Briten und andere westliche Justizbehörden das ganz und gar nicht so sehen. *(Abg Ing Peter Westenthaler: Einreiseverbot in Großbritannien!)* Meine Damen und Herren, das sind die Fakten.

Es kommt noch ein dritter Bereich der Kriminalität dazu, über den wir heute schon ein wenig gesprochen haben. Das ist die organisierte Kriminalität auf offener Straße.

Auch diesbezüglich haben wir schon vor zwei Jahren darauf hingewiesen, daß sich beispielsweise die nigerianische Drogenmafia dem Zugriff unserer Kriminalpolizei entzieht.

Diesbezüglich darf ich als Zeugen Herrn Oberstleutnant Franz Essl - so sein damaliger Dienstgrad - aufrufen, der gesagt hat, daß es fast nicht möglich ist, zuzugreifen, weil es einerseits schwer ist, eine verdeckte Fahndung zu machen - das sehen wir ein -, aber andererseits auch weil - ich zitiere Herrn Oberstleutnant Franz Essl wortwörtlich - "eine hohe Gewaltbereitschaft da ist" - das müssen Sie sich auf der Zunge zergehen lassen - "und meistens die Straftäter den Kripobeamteten körperlich überlegen sind." Daher greift man nicht zu!

Meine Damen und Herren, soweit sind wir also mit der organisierten Kriminalität. Inzwischen ist es schlimmer geworden.

Diese Nigerianer sind im wesentlichen schon tätig gewesen. Diese Nigerianer sind im wesentlichen in Frankfurt aktiv gewesen, dort aufgegriffen und abgeschoben worden. Sie sind in einer Gruppierung - man kann darüber streiten, ob es 900 oder 1 000 Leute sind - in Österreich aktiv und beherrschen im wesentlichen den Drogenhandel entlang der U-Bahn-Strecken, obwohl nur einige Dutzend gemeldet sind. *(Abg Godwin Schuster: Das ist wirklich ein Wahnsinn!)*

Ich halte daher fest und fasse zusammen, die organisierte Kriminalität hat eine Dimension und eine Bedeutung erreicht, die offensichtlich nicht mehr unter Kontrolle ist. Die organisierte Kriminalität - sei es aus dem jugoslawischen Bereich, sei es aus dem italienischen Bereich, sei es aus dem Bereich Mittelost und Fernost - ist von uns nicht kontrollierbar.

Ich halte weiters fest, daß inzwischen die GUS-Mafiagruppen - die Tschetschenen-, die Georgier- und die Russenmafia - in überhaupt keiner Weise kontrollierbar sind und offensichtlich Kontakte und Zutritt zu hohen und höchsten Kreisen der Republik Österreich und der Stadt Wien haben.

Und ich halte fest, daß vor unser aller Augen nigerianische Drogendealer - offensichtlich vom Westbahnhof bis zum Stadtpark - ihr Unwesen treiben können. *(Abg Godwin Schuster: Kollege Stix, warum reduzieren Sie das Problem nicht? Sie wissen offensichtlich, wie viele es sind!)*

Ich bin daher der Meinung, daß der Herr Landeshauptmann und Bürgermeister dringend aufgefordert ist - vielleicht vor dem 13. Oktober dieses Jahres -, eine Antwort darauf zu geben, was man tatsächlich dagegen zu tun gedenkt! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Als nächstem erteile ich Herrn Abg Dr Tschirf das Wort.

Abg Dr Matthias Tschirf (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sicherheit bedeutet für uns alle Lebensqualität und Freiheit. Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Wenn man ohne Angst am Abend durch die Straßen einer

Großstadt geht, ist das Teil dieser Freiheit und Lebensqualität.

Genau deshalb ist es wichtig, rechtzeitig die auf uns zukommenden und bestehenden Probleme zu bekämpfen, und zwar die organisierte Kriminalität sowie den Drogenhandel in der U-Bahn. Dazu bedarf es gerade auch im Sicherheitsbereich entsprechender organisatorischer Maßnahmen im Bereich des Sicherheitsapparats.

Es ist daher bedauerlich, wenn sich der Innenminister mehr mit einem historisch überholten Neutralitätsbegriff als mit den anstehenden Problemen, mit denen er sich tatsächlich auseinandersetzen sollte, beschäftigt. Statt die Reorganisation der Staatspolizei anzugehen, philosophiert er über die Abschaffung des Bundesheeres. In einer Situation, die gerade für Wien aufgrund der geopolitischen Lage in Europa ein Sicherheitssystem verlangt, wird von seiten des Innenministers ein Diskussionsverbot zur WEU und zur NATO verordnet. Das ist kein Beitrag zur Sicherheit.

Es ist aber auch kein Beitrag zur Sicherheit, was die Freiheitlichen hier aufführen. Es gibt Probleme, denen wir uns zu stellen haben. Aber mit Verunsicherung und Hetze zu reagieren, ist kein adäquates Mittel. *(Abg Kurth-Bodo Blind: So wie Sie das machen, geht das auch wieder nicht!)*

Wenn wir vorhin den StR Kabas gehört haben, wie er davon gesprochen hat, daß man selbst an etwas glauben soll, was man sagt, muß er wirklich ein völlig anderer geworden sein als der liberale Justizsprecher der sozialistischen Koalitionsregierung zwischen 1983 und 1986. *(StR Mag Hilmar Kabas: Er hat sich eben auch geändert!)* Damals hat er die Justizpolitik Brodas weiterbetrieben, und heute gebärt er sich als ein ganz Wilder, als Aufgebrachter beziehungsweise jemand, der offensichtlich die Leute aufhetzen will. *(StR Mag Hilmar Kabas: Die Justizpolitik Ofners! Broda war nicht mehr Justizminister, junger Kollege!)*

Aber Sie haben die Politik weiterverfolgt. Es war doch die Politik Brodas, die nach seinem Abtritt 1983 von Ihnen weiterbetrieben wurde. Vielleicht wollen Sie sich nicht daran erinnern. Aber es ist eben so. *(StR Mag Hilmar Kabas: Ich erinnere mich sehr gut und sehr gern! Aber es war anders als Sie behaupten!)*

Das Jonglieren mit allen möglichen Zahlen und so weiter mag diesem Konzept zwar entgegenkommen, aber es dient nicht dazu, die Probleme zu lösen, die hier bestehen, daß es eben um eine effiziente Bekämpfung der organisierten Kriminalität geht, daß man tatsächlich den Drogenhandel bekämpft und daß man eine Neuorganisation der Staatspolizei - ähnlich wie das in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Verfassungsschutz der Fall ist - endlich in Angriff nimmt. Dazu gehört eine Ausbildungsreform im Bereich der Polizei und die beste Ausrüstung für die Polizei, die möglich ist.

Sicherheit ist für uns von der Österreichischen Volkspartei tatsächlich mehr und darf nicht freiheitlicher Polemik überlassen bleiben! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Für die Debatte über den Gegenstand der dringlichen Anfrage ist niemand mehr zum Wort gemeldet.

Der Herr Landeshauptmann hat sich zur mündlichen Beantwortung der Anfrage zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Lhptm Dr Michael Häupl: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Erlauben Sie mir - bevor ich auf die Beantwortung der einzelnen Anfragen eingehe - noch ein paar Bemerkungen zur Einleitung dieser dringlichen Anfrage. Ich will versuchen, mich besonders unpolemisch zu halten, aber Sie verzeihen mir, wenn ich doch darauf hinweise, daß man ganz offensichtlich den Wahlkampf merkt.

Man kann stundenlang über Statistiken streiten. Wenn einem Statistiken nicht passen, gibt es immer ein sehr gutes und probates Mittel, daß man hergeht und sagt, sie sind frisiert.

Wir erleben das beispielsweise gerade bei der Diskussion der Statistik in New York. Möglicherweise ist sie richtig. Möglicherweise ist sie falsch. Ich weiß es nicht und kann es nicht überprüfen, ob sich in einer Stadt, wo es im Jahr 2 000 Morde gibt, plötzlich alles zum Guten gewendet hat, nachdem man weiß, daß es früher einen demokratischen Bürgermeister in New York gegeben hat, unter dem alles schlimm war, und es nunmehr einen republikanischen Bürgermeister in New York gibt, unter dem alles gut ist.

Lieber Kollege Kabas, du weißt, wie sich solche Dinge ändern. Als die Freiheitliche Partei in der Bundesregierung gewesen ist, war beispielsweise die Umwelt wunderbar. Als sie die Regierung verlassen hat, war die Umwelt plötzlich ganz schlimm und entsetzlich.

Das bringt offensichtlich die Eigenheit und das Eigenleben politischer Diskussionen mit sich. Wir werden damit leben. Um einen anderen großen in der morgigen Zeitungen zu zitieren: "Es hilft nichts, aber es schadet natürlich nichts, wenn dem so ist."

Nachdem ich weder der Vorsitzende des Statistischen Zentralamts noch der Leiter der Statistischen Abteilung der Wiener Polizeidirektion bin, kann ich für mich nur davon ausgehen, daß ich mit jenen Zahlen operiere und immer operiert habe, die ich - ich darf dir versichern, mit Mühe - vom Wiener Polizeipräsidenten bekomme.

Ich halte auch fest, daß im Gegensatz zur Chicago-Variante, die wir heute wieder vorgeführt bekommen haben und die wir - fürchte ich - in diesem Wahlkampf noch sehr oft intensiv vorgeführt bekommen und ertragen werden müssen, in der Zeit zwischen 1992 und 1995 die Gesamtsumme der gerichtlich strafbaren Handlungen um 6,9 Prozent zurückgegangen ist. Ich sage das mit jener Einschränkung, die man Statistiken sowie Meinungsumfragen entgegenbringen sollte.

Bemerkenswert ist dabei schon, daß gemäß dieser Statistik des Wiener Polizeipräsidiums die Verbrechen in derselben Zeit um 20,8 Prozent zurückgegangen

sind. Also macht für die einzelnen Bereiche - ich könnte das jetzt so fortsetzen - doch der Slogan einen Sinn, daß Wien offensichtlich schon New York geworden ist, aber mit dem kleinen Hinweis, daß es in Wien - im Gegensatz zu New York, wo es 2 000 Mordfälle gibt - im Jahr 1995 69 Mordfälle gegeben hat.

Ich weiß schon, New York ist natürlich viel größer als Wien. Das ist völlig fraglos. So weit reichen meine bescheidenen Kenntnisse. Aber das Verhältnis von 69 zu 2 000 spiegelt sich im Bevölkerungsverhältnis wohl nicht so ganz wider.

Ich würde daher von dem Slogan abraten, daß man sagt Wien darf nicht die Bronx werden. *(StR Mag Hilmar Kabas: Das klingt auch nicht so gut! Chicago ist besser!)* Es klingt auch nicht so gut. Also werden vielleicht auch die eifrigen PR-Manager, denen es im hohen Ausmaß daran gelegen ist, Wien als Chicago darzustellen, zumindest von der Bronx Abstand nehmen. *(Abg Dr Peter Pilz: Wie wäre es mit Wieselburg? - StR Mag Hilmar Kabas: Wieselburg ist nicht so gut!)* Ich denke, daß das für die guten Beziehungen zwischen Wien und New York durchaus dienlich ist.

Ich hoffe, daß man das mit Chicago noch hinbringen wird. Dort sind die Leute momentan nicht ganz zufrieden, denn sie prägen dort gerade den Slogan "Chicago sollte Wien werden", was ich für sehr vernünftig halten würde. *(Beifall bei der SPÖ und allgemeine Heiterkeit.)*

Zum zweiten, meine sehr geehrten Damen und Herren, zur organisierten Kriminalität:

Kein Mensch von uns hat jemals behauptet - das sind seltsame Unterstellungen, mit denen ich nicht sehr viel anfangen kann -, daß wir betreffend organisierte Kriminalität eine Insel der Seligen sein können und in der Zukunft auch sein werden. Natürlich gibt es bei uns, wie bedauerlicherweise in nahezu allen Staaten, aber auch Städten - wenn ich zum Beispiel an Berlin denke -, den Versuch internationaler verbrecherischer Organisationen, hier Fuß zu fassen, egal wo sie auch immer herkommen mögen. Vor wenigen Minuten haben wir diesbezüglich einen großen Nachhilfeunterricht von einem Experten des organisierten Verbrechens bekommen. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Es steht außer jedem Zweifel, daß man dieser Entwicklung entgegengetreten muß. Aber ich denke doch, daß man dies weniger mit parteipolitischen Agitation, wahrscheinlich auch nicht mit romantischen Vorstellungen im Stil von Jerry Cotton, sondern wohl eher mit sehr guten organisatorischen, logistischen, aber selbstverständlich auch politischen Konzepten tun muß, zu denen nicht zuletzt auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ebenso zählt wie der Aufbau geeigneter Strukturen bei den polizeilichen Behörden.

Ein Beispiel dafür, daß solche Methoden bestehen und wirksam sind, ist wohl die rasche Aufklärung der von Ihnen zitierten Straftaten, nicht zuletzt des Mordes an David Sanikidze. Ich bitte um Verzeihung, wenn ich das etwas holprig ausspreche, aber ich bin kein Spezialist im organisierten Verbrechen.

Gerade die Wiener Polizei erkannte frühzeitig die Gefahren der grenzüberschreitenden Kriminalität. Nicht zuletzt deshalb ging auch von Wien die Initiative zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Polizeibehörden aus. Ich nenne diesbezüglich nur die internationale Polizeiakademie, welche die Ausbildung der leitenden Beamten über Staatsgrenzen hinweg zum Ziel hat und welche von Wien ihren Ausgang nahm, aber auch die Maßnahmen, welche vom Innenministerium der Wiener Polizei durch den Aufbau neuer polizeilicher Strukturen gesetzt wurden.

Zum dritten Themenfeld - der Geldwäsche:

Auch hier stimmen wir vollkommen überein, daß jeder Form der organisierten Kriminalität - auch der sogenannten Geldwäsche - massiv entgegengetreten werden muß. Gerade die Geldwäsche muß als Teil eines besonders wichtigen Elements in der organisierten Kriminalität bekämpft werden.

Die Wirtschaftspolizei sowie die Finanzbehörden sind aufgerufen, jeder Spur, die darauf hinweist, daß bestimmte Lokale als Drehscheibe der Geldwäsche dienen, nachzugehen.

Wenn es in der Tat stimmt - wie es berichtet wurde -, daß Exekutivbeamte dem Klubobmann oder anderen Mitgliedern beziehungsweise Mandatären der Freiheitlichen erzählt haben, daß nur ein Teil der Chinalokale rentabel ist und durch fingierte Tageslosungen Geldwäsche betrieben wird *(StR Mag Hilmar Kabas: Das steht im "Standard"!)*, denke ich doch, es wäre vernünftig, wenn die Exekutivbeamten, von denen in der Begründung geredet wird, ihr Wissen nicht nur euch, auch nicht nur dem "Standard", sondern vielleicht auch der Wirtschaftspolizei oder den Finanzbehörden melden würden.

Ich frage daher umgekehrt, wie viele Anzeigen in dieser Hinsicht erstattet wurden, sodaß von denjenigen, die dafür zuständig sind - den Finanzbehörden und der Wirtschaftspolizei -, tatsächlich auch entsprechend ermittelt werden konnte.

Es wären natürlich nicht die Freiheitlichen, wenn in der Einleitung zur dringlichen Anfrage nicht auch das heißgeliebte Ausländerthema auftauchen würde. *(Abg Ilse-Maria Arié: Erfinden braucht man das nicht, und lieben kann man es nicht!)* Von Erfinden hat kein Mensch geredet! *(StR Mag Hilmar Kabas: Aber von einer heißen Liebe!)*

Damit kein Mißverständnis mit den verschiedenen Unterstellungen entsteht, die Sie uns in dem Bereich machen - wie etwa, daß die Sozialdemokraten aus ideologischen Gründen für die Duldung des organisierten Verbrechens und ähnliches mehr eintreten -, halte ich ein für allemal fest: Selbstverständlich bin ich in meiner politischen Argumentation dafür und werde das auch nochmals wiederholen, daß straffällig gewordene Ausländer rasch und - wie ich hoffe - erfolgreich abgeschoben werden können. Aber Sie wissen, daß dies weder die Stadt Wien tut, noch dies immer und überall möglich ist.

Sie sollten sich, nachdem Sie sehr viele Kontakte

mit der Polizei beziehungsweise mit den Kriminalpolizisten haben, vielleicht einmal mit ihnen über die Problematik unterhalten, die sich zum Beispiel bei der Abschiebung von Nigerianern in der Praxis beziehungsweise in der Realität ergibt.

Ich bitte Sie intensiv, davon Abstand zu nehmen - wie dies Frau Partik-Pablé getan hat -, grundsätzlich alle Nigerianer als Drogendealer und Kriminelle zu bezeichnen. Das ist in der Tat Rassismus, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf nun im einzelnen auf Ihre Fragen eingehen:

Zu 1: Im Bereich des Innenministeriums wurden spezielle Sondereinheiten geschaffen, deren Aufgabe die Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist.

Auch im Bereich der Bundespolizeidirektion Wien kam es zu einer Neuorganisation im Rahmen der kriminalpolizeilichen Abteilung, mit einer Schwerpunktsetzung in den Bereichen Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Fahndung, Observation, Datensicherung bei Computerkriminalität und kriminalpolizeiliche Prävention.

Ich darf auch in diesem Zusammenhang noch einmal deutlich darauf hinweisen, daß die von Wien ausgehende Organisation der Zusammenarbeit der Polizeibehörden aller Staaten rund um Österreich - und keineswegs nur in der Europäischen Union -, welche die Wiener Stadtverwaltung materiell und organisatorisch massiv unterstützt hat, ein wesentlicher Bestandteil bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist.

Zu 2: Ich bin sowohl in der Öffentlichkeit als auch in Einzelgesprächen mit den zuständigen Bundespolitikern selbstverständlich immer dafür eingetreten, daß der Wiener Polizei genügend Personal zur Verfügung gestellt wird, damit die Aufgaben ordnungsgemäß erfüllt werden können.

Ich bekenne mich auch dazu, daß wir bei der öffentlichen Verwaltung sehr sorgsam mit den Wünschen nach mehr Personal umgehen müssen. Dort, wo es um die Sicherheit der Menschen geht - zum Beispiel bei der Polizei, oder im Zuständigkeitsbereich von Wien bei der Feuerwehr -, werde ich sicher nicht zulassen, daß weniger Beamte im operativen Teil eingesetzt werden.

Aber es sei auch gesagt, Quantität kann Qualität nicht ersetzen. Es ist daher auch - da ist die Wiener Polizei auf dem besten Weg - eine Frage der Ausbildung und ihrer entsprechenden Verbesserung.

Zu 3: Losgelöst von allfälligen romantischen Vorstellungen über vermummte Zeugen, denen man Gesichtsoperationen ermöglicht und eine andere Identität verpaßt - wie man das aus amerikanischen, aber auch aus Bestsellern österreichischer Autoren kennt -, werde ich selbstverständlich dafür eintreten, daß ernsthaft über die Möglichkeiten eines verbesserten Schutzes von Zeugen gesprochen wird.

Ich werde dafür eintreten, daß man auch über die Verbesserung von Fahndungsmethoden diskutiert. Aber ich werde auch verlangen, daß wir nicht Grundwerte unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates

aufgeben. Es muß noch immer die Aufgabe des Staatsanwalts bleiben, dem Angeklagten seine Schuld zu beweisen. Die Unschuldsvermutung muß bis zum Beweis, daß der Täter diese Tat auch begangen hat, gelten.

Die Beweislastumkehr - wie Sie das in Ihrer Fragestellung durchaus auch formulieren - zum tragenden Prinzip der Strafjustiz zu machen, ist meiner Auffassung nach eine Abkehr vom Rechtsstaat sowie von demokratischen Prinzipien und ist eine Rückkehr zu einem Unrechtsstaat. Diesbezüglich folge ich Ihnen mit Sicherheit nicht. Ich bin aber davon überzeugt, daß Sie das auch nicht wollen.

Zu 4: Falls Sie es nicht wissen, die Angelegenheiten des Gewerbes sind in der Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache. Die Wiener Gewerbebehörden üben im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung Vollzugsaufgaben aus.

Von den Gewerbebehörden sind die Eignung der Gewerbetreibenden und die Eignung der Lokale zu prüfen. Die Gewerbebehörden haben keine Möglichkeit, sich die wirtschaftliche Gebarung von Unternehmen anzusehen.

Die Prüfung der Umsätze, der tatsächlich erzielten Einnahmen und der wirklichen Ausgaben von Betrieben können ausschließlich die Finanzbehörden und die Organe der Wirtschaftspolizei vornehmen, denn nur sie haben die rechtlichen Möglichkeiten dazu.

Zu 5: Den Polizeibehörden stehen ausreichende technische Einrichtungen - sowohl für die Fahndung als auch für die Verarbeitung beziehungsweise Verknüpfung von Informationen - zur Verfügung. Es kann aber keine Frage sein, daß diese Einrichtungen ständig angepaßt werden müssen, weil auch die technische Entwicklung ständig fortschreitet.

Ich möchte im übrigen darauf verweisen, daß die Stadt Wien eine Menge an Leistungen - auch finanzielle Leistungen - gerade für diesen Bereich getätigt hat.

Zu 6 und 7: Die Bundespolizeidirektion konnte mir zu den von Ihnen gestellten Fragen von 1996 noch keine Daten liefern.

Ich verweise Sie in diesem Zusammenhang auf die Beantwortung der dringlichen Anfrage vom 19. April 1996, bei denen ich Ihnen die Daten für 1995 mitteilte.

Zu 8. und 9. Ich habe, wie Sie ebenfalls wissen, keine formale Kompetenz, den Dienstpostenplan der Polizei zu bestimmen. Aber ich habe schon einleitend darauf hingewiesen, daß ich nicht zulassen werde, wenn irgend jemand auf die Idee kommt, die Zahl der auf der Straße eingesetzten Polizisten zu reduzieren, weder vor dem 13. Oktober noch nach diesem Datum.

Was die Frage der Verschiebung von Dienstposten innerhalb der Sicherheitsbehörden betrifft, kann ich Ihnen nur sagen, im Prinzip ist es mir gleichgültig, zu welcher Stelle Dienstposten formal zugeordnet werden. Ich will sicherstellen, daß die erforderliche Anzahl von Exekutivbeamten zum Schutz der Wiener Bevölkerung zur Verfügung steht.

Zu 10. Ich weise Sie noch einmal darauf hin, daß die Abschiebung von strafrechtlich verurteilten Ausländern keine Angelegenheit Wiens ist und ich daher keine rechtmäßigen Bemühungen zu setzen habe. Politisch, und ich wiederhole es, trete ich dafür ein, daß Ausländer, die sich in Österreich strafbar gemacht haben, rasch und konsequent abgeschoben werden. Ich stehe aber insbesondere auch dafür ein, daß Menschen, die seit Jahren ordentlich leben, die hier seit Jahren einen Beitrag für die Gesellschaft leisten, anständig behandelt und vor Ausländerfeindlichkeit, Haß, Verfolgung und Verunglimpfung geschützt werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Ich danke dem Herrn Landeshauptmann. Mit dieser Beantwortung ist die dringliche Anfrage erledigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bevor ich die Landtagssitzung schließe, möchte ich mich von Ihnen verabschieden. Für mich endet heute ein sehr bedeutender Lebensabschnitt, Sie können sich das sicher sehr gut vorstellen. Nach 12 Jahren in diesem Hause möchte ich mich bei euch, aber auch bei

Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr herzlich für die Zusammenarbeit bedanken. Es gab viele Hochs, es gab viel weniger Tiefs, und ich glaube, daß wir in diesem, ja etwas mehr als einem Jahrzehnt doch gemeinsam sehr viel bewegen, erreichen konnten für unsere Stadt und vor allem für die Menschen in unserer Stadt. Wir haben um Standpunkte gerungen, manches Mal konnte Einvernehmen hergestellt werden, manches Mal hat es etwas länger gedauert - wenn ich so an den "Ganslwirt" zurückdenke, daß dieses Einvernehmen erst im nachhinein entstanden ist.

Es gab auch für mich persönlich, das möchte ich nicht verhehlen, neben vielen gemeinsamen Erfolgen auch persönliche Tiefs, die ich in diesem Haus erlebt habe. Aber es ist mir der Spruch eingefallen: "Jeder Abschied ist ja der Beginn schöner Erinnerungen." Daher wünsche ich euch, wünsche ich Ihnen für die zukünftige Arbeit für unsere Stadt sehr viel Kraft, Erfolg, aber auch persönliches Glück und schöne Erinnerungen.

Auf Wiedersehen. Ich schließe diese Sitzung.
(Allgemeiner Beifall - Schluß um 22.03 Uhr.)

